DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 6 Juni 1989 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

CDU:
Wie Geißler deutschen Interessen schadet

Bundeskanzler Kohls Traum von einem Europa, in dem Bonn Zahlmeister ist

Revisionismus:
Historiker veröffentlichen Tatsachen zum Thema »Holocausto-Manie«

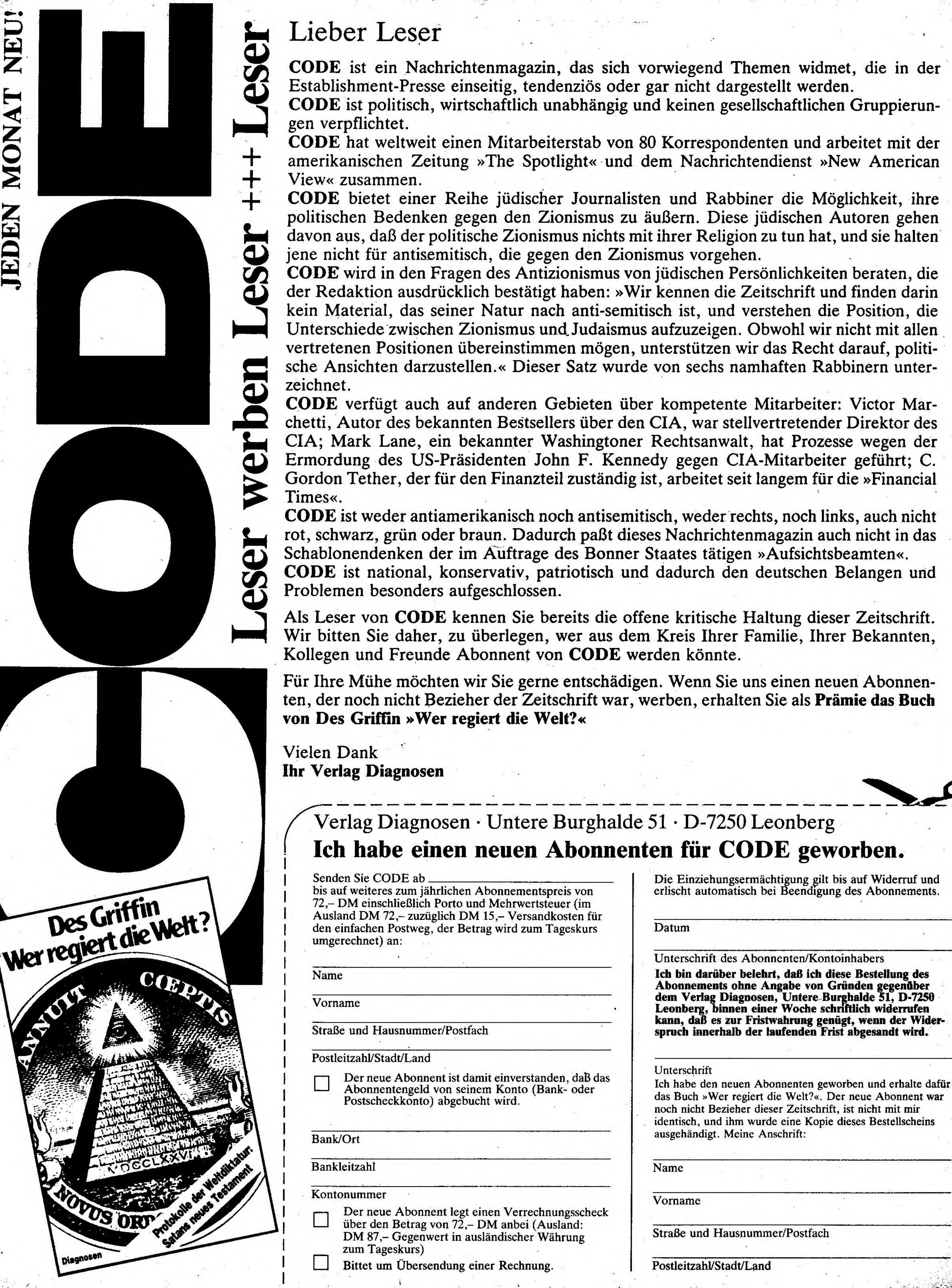
Aktienmarkt:
Deutsche Bank, Daimler und die Macht

Geld: Das Dilemma der Inflation

USA: Das Ende der Monroe-Doktrin

Vatikan:
Waren Roncalli und Montini Freimaurer?


Gesunde
Medizin
2/89
E 4877 F
Zeitschrift für eine natürliche Lebensweise
Mai – Juni – Juli
DM 5,–
ÖS 40,–
SFr 5,–
Therapie:
Die Faszination des Lecithin
Ernährung:
Krank durch Zucker und Mehl
Krebs:
Selen stärkt die Abwehrkraft
Naturarzt:
Das hilft bei
Leber-Störung
Medizinbetrieb:
Drei Millionen
Krankenhaus-Patienten
sind zuviel



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Bereits Konrad Adenauer hat als Bundeskanzler niemals ernsthaft versucht, die Einheit West- und Mitteldeutschlands aufrechtzuerhalten.

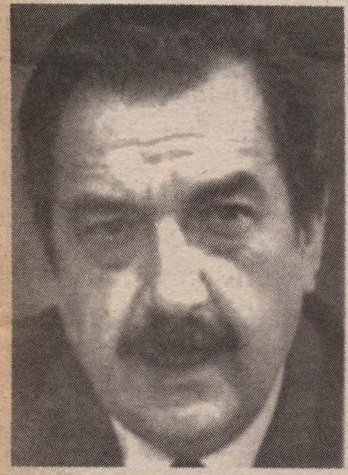


Der Historiker David Irving legte Beweise vor, daß der britische Premierminister rechtzeitig im voraus wußte, daß die Japaner Pearl Harbor angreifen, und daß er diese Entwicklung mit Behagen genoß.

Finanzen

Internationales

Nr. 6 Juni 1989



Raul Alfonsin hat Argentinien in den finanziellen und wirtschaftlichen Untergang geführt.

Kulturgeschichte

Medizin

Ständige Rubriken

Bonn

Es reicht noch lange nicht!

Werner Gebhardt

Ob das Provisorium Bundesrepublik Deutschland (BRD) – man scheut sich immer mehr, es als Teil-»Deutschland« zu bezeichnen – ohne einen radikalen Umbruch überhaupt noch zu retten ist, wird immer zweifelhafter. Es muß sogar bezweifelt werden, ob unter den ansonsten weiter bestehenden Machtstrukturen eine »nationale«, »konservative« Partei am rechten Rand der CDU/CSU mit zehn oder 20 Prozent der Wählerstimmen die Agonie noch aufhalten könnte.

Wie jeder weiß, ist einem Alkoholiker erst zu helfen, wenn er in der Gosse liegt und am Ende ist. Vorher ist er sich über seinen eigenen Zustand selbst nicht klar, vorher will er nicht wahrhaben und nicht zugeben, daß es einer radikalen Umkehr bedarf, wenn er eine Chance haben will. Im Gegenteil, er reagiert aggressiv und hysterisch auf alle Versuche, ihm zu helfen und ihn zur Vernunft zu bringen.

Der Leserbetrug beginnt bei der Wortwahl

Solche Vergleiche drängen sich zwangsläufig auf, wenn man unter unzähligen ähnlichen die Pressemeldung über zwei »Asylanten« und Sozialhilfe-Empfänger liest, die seit 1984 unter 140 falschen Namen stehlend, fälschend und betrügend durch unser Land reisen, ohne daß unser Gemeinwesen die Möglichkeit sieht, diese mehrfach vorbestraften Namens-Jongleure »aus dem Verkehr zu ziehen oder abzuschieben«.

Die Deutsche Presse Agentur dpa meldete: »Durch 140 Alias-Namen mußten sich Beamte des Grenzschutzamtes Aachen hindurcharbeiten, um die wahre Identität von zwei Jugoslawen herauszufinden, die an der Grenze mit falschen Papieren aufgefallen waren. Den Angaben zufolge leben die beiden seit 1984 in der Bundesrepublik, kassieren Sozialhilfe, geben sich als Asylanten aus, reisen jedoch ständig zwischen Jugoslawien, der Bundesrepublik und Nachbarländern hin und her. Beide hätten schon Haftstrafen wegen Diebstahls, Betrugs, Urkundenfälschung und Verstößen gegen das Ausländergesetz verbüßt. Die neuerliche Grenzverfehlung reiche jedoch nicht hin, die Namens-Jongleure aus dem Verkehr zu ziehen oder abzuschieben.«

Bei der Nachforschung des Inhaltes dieser Agenturmeldung kamen weitere Einzelheiten ans Licht. Die beiden »Landfahrer«, die man nicht mehr Zigeuner nennen darf, weil das übelster »Rassismus« wäre, sind seit Jahren im Bundesgebiet und in den Nachbarländern auf Diebestour, regelmäßig und rechtzeitig aber immer beim zuständigen Sozialamt, um sich die Sozialhilfe von unseren Steuergeldern abzuholen.

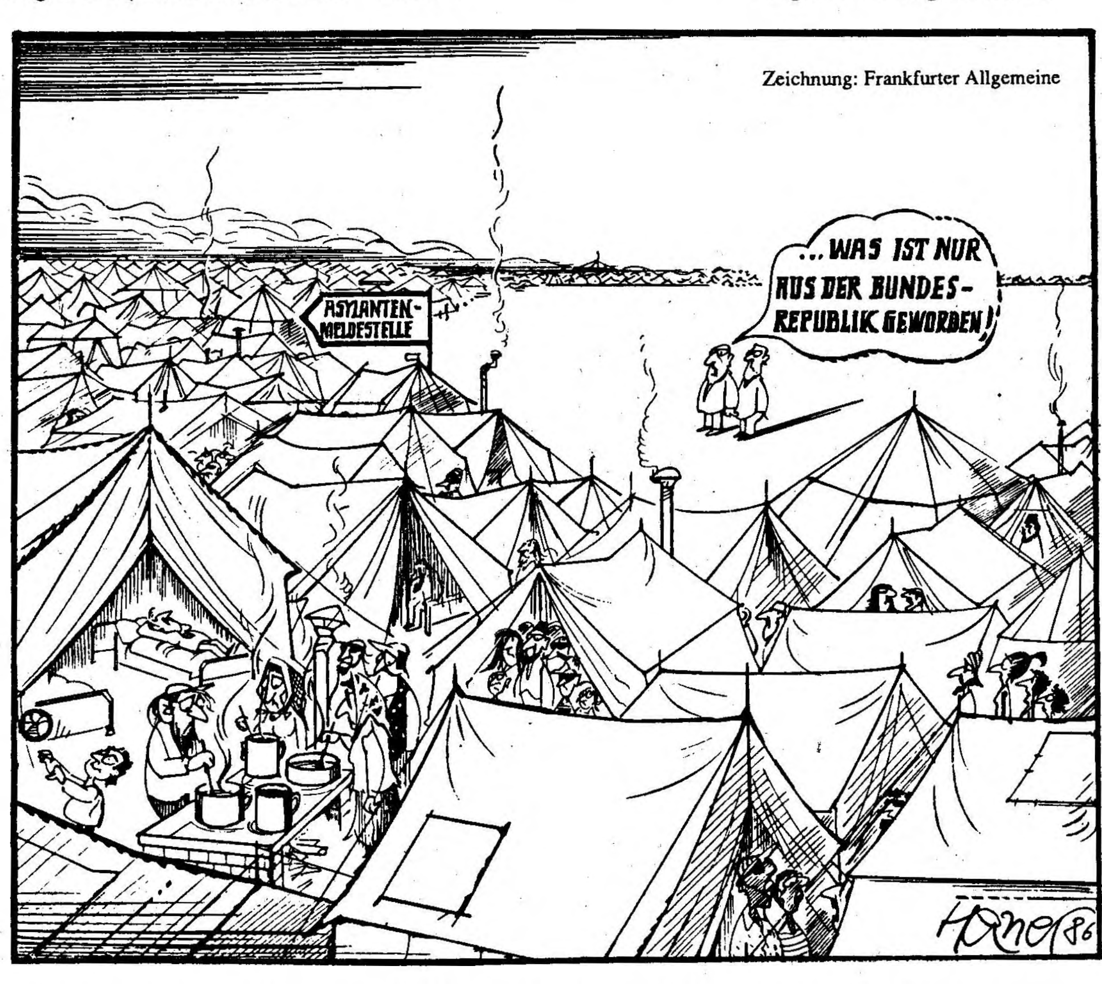
Ein Meter Papier mit Einzelheiten

Die in der verharmlosenden Pressemeldung genannten »falschen Papiere« waren keine jugoslawischen, sondern »Roma-Pässe«.

Auf der Grundlage von Fingerabdrücken warf der Computer des Bundeskriminalamtes auf über einem Meter Papier die kriminelle Karriere der beiden Männer aus:

Novica N., 21, aus Nisch in Jugoslawien, wohnhaft in einem Wohnwagenlager für »Landfahrer« in Köln, war am 4. Mai 1983 erstmals nach einem Einbruch in Offenburg aufgefallen.

Es folgten dann weitere neun Festnahmen: Die erste bereits am 10. Mai 1983 wegen Einbruchs in Friedrichshafen, dann am 10. August 1983 wegen Einbruchs in Brügge (Belgien), am 16. November 1983 in Verviers (Belgien) wegen mehrerer Diebstähle, am 23. Januar 1984 in Wuppertal wegen Diebstahls, am 15. Februar 1984 in München wegen Wohnungs-Einbruchs, am 9. Juni 1986 in Karlsruhe wegen Einbruchs, am 27. April 1987 wegen Urkundenfälschung in Köln, am 26. März 1988 wegen Verstoßes gegen das Ausländergesetz in Köln, zuletzt im Juli 1988 in Lugano (Schweiz) wegen Wohnungseinbruchs.



Zeichnung: Frankfurter Allgemeine

Insgesamt hatte Novica gegenüber den Behörden 59 Alias-Namen gebraucht. Ob der Name, unter dem er im Computer des Bundeskriminalamtes (BKA) geführt wird sein richtiger ist, war nicht zu klären. Dreimal verbüßte er Haftstrafen – sechs Wochen, drei und vier Monate – in München, Hohenasperg und Stuttgart.

Nach dem ersten Haftbefehl im Januar 1984 hatte er einen Asylantrag als politisch Verfolgter gestellt. Als Asylbewerber bezieht er seither Sozialhilfe. Eine Abschiebung wegen krimineller Delikte ist nicht mehr möglich. Der Asylantrag ist bisher nicht entschieden. Nach einer Verfügung des Ausländeramtes darf Novica Nordrhein-Westfalen nicht verlassen.

Ivan N., 20, aus Krata (Jugoslawien), darf das Nürnberger Stadtgebiet nicht verlassen. Dennoch reist er seit 1981 unter 81 Falschnamen im Bundesgebiet umher. Bislang wurde er nach 29 Einbrüchen (Gießen, Coburg, Kassel, Ludwigsburg, Fürth, Homburg, Stuttgart, Krefeld) gestellt. Siebenmal kam er zu kurzen Jugendstrafen in Haftanstalten. Ivan N. bezieht Sozialhilfe in Nürnberg. Über seinen Asylantrag ist bislang nicht entschieden.

Hilflosigkeit bei der Grenzpolizei

Die Grenzbeamten mußten Novica und Ivan nach Aufnahme der Personalien entlassen: Der illegale Grenzübertritt sei nach geltendem Recht kein Haftgrund.

Grenzbeamte, die befragt wurden, ob es sich hier um einen Einzelfall handele, erklärten:

»Der Fall ist nur außergewöhnlich, was den Umfang der ihm angelasteten Delikte anlangt, sonst aber keineswegs einmalig. Wir stellen ständig Asylbewerber fest, die trotz Reisebeschränkungen reisen, sogar in Länder, in denen sie angeblich verfolgt werden. Da zeigt sich die ganze Hilflosigkeit gegenüber Kriminellen, die das Asylrecht mißbrauchen. Letzte Woche haben wir einen Jugoslawen, der seit 15 Jahren als anerkannter politischer Flüchtling hier lebt, aufgegriffen, als er gerade aus Jugoslawien kam. Das ist unmöglich, daß ein Asylant aus dem Land kommt, wo er verfolgt wird. Wir haben bei dem Mann einen zweiten, einen jugoslawischen Paß gefunden. Die Stempel beweisen, daß er seit Jahren fröhlich hin und her fährt.«

Natürlich wird auch dieser Scheinasylant nicht abgeschoben. Ein Einsatzleiter der Grenzpolizei erläuterte seine Hilflosigkeit:

»Ein Pole, der schon zehnmal in der Bundesrepublik war, sagt mir an der Grenze, er will hier arbeiten. Klar, da muß ich ihn zurückweisen. Mit Touristenvisum darf er das nicht. In dem Moment sagt er mir ins Gesicht: ›Dann will ich eben Asyl haben‹, und nichts geht mehr. Das ist es doch, was die Leute aufbringt.«

Reicht es wirklich noch nicht?

Während die Bonner Politiker, die Presse, die Kirchen und Gewerkschaften einhellig die Mehrheit aller Deutschen, die mit uns dieser Meinung sind, mit den übelsten Schimpfwörtern und Verdächtigungen verunglimpfen, werden sie nun doch langsam gezwungen, etwas zu unternehmen.

Ohne »Druck von unten«, ohne den aktiven Widerstand Tausender Deutscher, die in ihrem privaten Umfeld durch offene Briefe, Leserbriefe und Drucksachenverteilung die »Stimmungslage« geschaffen haben, vor der die etablierten Parteien nun Angst haben, würden sie sich auch heute noch nicht rühren.

So geht es bei der ausführlichen Darstellung dieses Einzelfalles auch nicht um die beiden ertappten Gauner, von denen man vor einer Ausweisung Schadenersatz und Rückzahlung erzwingen sollte. Es geht darum, jeden ganz normalen, sonst unpolitischen Deutschen aufzurütteln, von den Regierenden nicht nur beschwichtigende Worte, sondern endlich durchgreifende Maßnahmen zu verlangen.

Erste Erfolge zeichnen sich inzwischen ab, aber nur deshalb, weil die Parteien ihre Wähler schwinden sehen und selbst in der Parteibasis der Widerstand wächst – das gilt auch für die SPD. □



Bonn

Heuchelei statt Politik

Friedrich Kinkel

Die jüngsten Wahlen in Berlin und Hessen haben es deutlich aufgezeigt: die nationale Rechte ist wieder im Aufwind. Doch das ist es nicht alleine. Nein, sie haben ganz klar bewiesen, daß der wahre Gegner eines freiheitlichen Rechtsstaates nicht rechts sitzt, sondern in der Mitte und links. Anhand einiger weniger exemplarischer Beispiele soll aufgezeigt werden, was von den Politikern der etablierten Parteien – und hierzu zählen auch die Grünen – wirklich zu halten ist. Bei jeder künftigen Wahl sollte sich hieran erinnert und davon dann die Wahlentscheidung abhängig gemacht werden.

Sicherlich waren die 7,5 Prozent der Wählerstimmen für die Republikaner in Berlin ein Schock für CDU, FDP, SPD und Grüne (Alternative) – und deshalb muß man sicherlich für erste, im Schock getätigte überzogene Ansichten einiger Politiker Verständnis haben. Das hört aber dann auf, wenn noch Tage und Wochen später das Wort »Demokratie« von denjenigen, die sich als Hüter derselben aufspielend, ad absurdum geführt wird.

Der Wähler wird selten respektiert

War schon das mehr als arrogante Verhalten vieler Journalisten am Wahlabend bei den Interviews mit Schönhuber unerträglich – vielleicht sollte man diesen Personen einmal erklären, daß sie ungeachtet ihrer eigenen politischen Einstellung dazu da sind, die Zuschauer objektiv aufzuklären und nicht alleine durch die Art und Weise der Fragestellung bereits eine Wertung hineinzubringen –, so trifft dies in noch größerem Maße auf die Politiker selber zu – wobei jetzt einmal ihre Äußerungen von »Rechtsradikalen«, »Faschisten«, »Nazis« und ähnliches ganz außer acht gelassen werden sollen, da sie sich selber entlarven.

Sollte es eigentlich Sinn eines freiheitlichen Rechtsstaates sein, in dem wir angeblich leben, die Wählermeinung zu akzeptieren und vor allem auch zu respektieren, und sich mit einer neuen Gruppierung oder Partei sachlich argumentativ auseinanderzusetzen und diese trotz aller möglicher Gegensätze auch zu tolerieren, so trifft dies alles für Berlin und Hessen nicht zu.

Was geschah, als der republikanische Fraktionsvorsitzende Bernhard Andres von dem in einer Demokratie doch eigentlich selbstverständlichsten aller Grundrechte, nämlich dem der Meinungs- und Redefreiheit, Gebrauch machte und, wie Politiker aller anderen Parteien auch, am 2. März bei der konstituierenden Sitzung des Berliner Senats eine Rede halten wollte?

Während die Alternativen geschlossen auszogen (wobei sie vorher noch ihres Geistes gemäß mit Babylätzchen den Satz »Wehret den Anfängen« bildeten), schlossen sich dann im weiteren Verlauf fast alle SPD-Abgeordneten und auch viele CDU-Politiker diesem undemokratischen Schritt an. Den Worten vom Parlamentspräsidenten Jürgen Wohlrabe (CDU), so unausweichlich »die gelegentliche Entgleisung ist, so unverzichtbar ist der überwiegend faire Umgang miteinander«, zum Hohn.

Wo bleibt der freiheitliche Rechtsstaat?

Daß auf der Zuschauertribüne dann jugendliche Chaoten »Nazis raus«, »Wir wollen keine Naschweine« skandierten und die »Internationale« sangen, kennzeichnet die Heruntergekommenheit der politischen Berliner Szene. Ebenso wie die Tatsache, daß es »im freiesten Staat, den wir je hatten«, freigewählten Abgeordneten nicht möglich ist, unbehelligt das Parlament betre-

Bonn

Heuchelei statt Politik

ten zu können, sondern durch den Mob der Straße gezwungen werden, mit riesigem Polizeischutz das Gebäude durch Hintertüren zu betreten. Wo bleibt da der freiheitliche Rechtsstaat?

Daß es bei den mehreren sogenannten »spontanen«, in Wirklichkeit aber von den Linken organisierten Demonstrationen zu Gewalttätigkeiten kam, bei denen weit über 100 Polizisten verletzt wurden, ist schon leider nichts Besonderes mehr, sondern traurige, sich stets wiederholende Realität. Hier schafft der Staat es nicht durchzugreifen. Dafür wird dann aber in Köln ein jüngerer Mann, der einen schwarz-rot-goldenen Stikker mit dem Hakenkreuz und dem Satz »Ich bin stolz, Deutscher zu sein« zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt. Schließlich muß der Rechtsstaat hart durchgreifen, wenn durch solche rechtsradikalen Exzesse die innere Sicherheit der Bundesrepublik ernsthaft gefährdet wird.

Der Kölner »Express« scheute sogar vor der Perfidie nicht zurück, »die Aussprüche Schönhubers mit denen des ›Führers‹« zu vergleichen. Da werden dann so harmlose Sätze wie »Heute sind wir 100, morgen 1000, und übermorgen sind es 10 000«, »Je öfter man mich angreift, desto stärker werde ich kämpfen«, »Wir sind nicht mehr zu stoppen« mit Hitler-Sätzen verglichen. Bei gar nicht allzu anstrengender Suche ist leicht nachzuweisen, daß so ziemlich jeder in deutschen Parlamenten vertretene Politiker in Wahlkämpfen gleiches oder ähnliches gesagt hat; jetzt jüngst auch Bundeskanzler Helmut Kohl bei Angriffen gegen ihn, als er beispielsweise erklärte »Wenn einer gegen mich antritt, dann tragen wir es aus«.

Welche »Qualifikation« der Schreiber dieses »Artikels« im »Express« hat, kann man auch leicht daran erkennen, daß er die Liedzeile »Heute hört uns Deutschland und morgen die ganze Welt« in das »Horst-Wessel-Lied« verlegt und statt, wie es richtig heißt, »hört uns Deutschland« falsch »gehört uns Deutschland« schreibt.

Wer sind die Berliner Alternativen?

Dann hatten sehr viele Zeitungen sowie Fernseh- und Rundfunkberichterstatter nichts Eiligeres zu tun, als den »kriminellen Lebenslauf« Andres' zu veröffentlichen. Er hatte den Wechsel eines Nebenjobs nicht angegeben, sondern, damit dies nicht auffiel, gefälschte Bestätigungen der alten, nicht mehr existierenden Firma abgegeben. Wahrlich ein verabscheuungswürdiges, ihn für alle Zeiten abqualifizierendes Verbrechen. Der republikanische Abgeordnete Rudolf Kendzia gehörte früher einmal der Deutschen Partei, der Deutschen Reichspartei und der NPD an, was auch Angriffe gegen ihn auslöste.

Über die Alternative Liste (AL), die Momper schon als »demokratische Kraft« und Jochen Vogel als »durchaus manierlich und verantwortungsbewußt« bezeichnete, und deren Abgeordneten ist aber kaum etwas zu hören. Dabei ist deren Lebenslauf, den die »Welt am Sonntag« jetzt skizzierte, viel interessanter:

Hans-Christian Ströbele verteidigte nicht nur RAF-Terroristen, sondern baute gleichzeitig auch ein Informationssystem für die Inhaftierten auf. Weitere Strafen bekam Ströbele wegen »Beleidigung« und »Unterstützung einer terroristischen Vereinigung«. Renate Künast von der AL, die jüngst die »Abschaffung der Gefängnisse« forderte, hat bereits erklärt, was von der Zustimmung der AL zu einigen Punkten zu halten ist. »Die Übernahme von Bundesgesetzen ist eine Kröte, die wir schlucken müssen. Aber man kann ja ein Gesetz übernehmen und dann großzügig damit verfahren – das machen andere Bundesländer ja auch. Man kann zum Beispiel das Gesetz für maschinenlesbare Ausweise übernehmen und dann sagen: Für ein neues Lesegerät haben wir kein Geld.« Oder: »Der Staat hat das Recht zu entscheiden, wer Zwang ausüben darf. Aber wir wollen weiterhin hinter Frauen stehen, die rechtswidrig abgetrieben haben. Wir wollen zu Demonstrationen aufrufen, auch wenn wir nicht garantieren können, daß sie gewaltlos bleiben. Und wir wollen abgewiesene Flüchtlinge schützen.«

Politik, die das Ausland wünscht

Die 46jährige Heidemarie Bischoff-Pflanz versteckte 1986 als Initiatorin einer sogenannten »Aktion Fluchtburg« mehrere von Ausweisung bedrohte Ausländer vor der Polizei. Harald Wolf gehörte der »Gruppe internationaler Marxisten (GIM)« an, die vom Verfassungsschutz als »handlungsfähigste trotzkistische Organisation« eingestuft wird. Die »GIM« propagiert die »Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates«, die »permanente Revolution« und die »Diktatur des Proletariats« in Form von »Rätesystemen«. Und Birgit Arkenstette erklärte, daß das Gewaltmonopol des Staates durch eine Regelung mit der SPD »nicht anerkannt« werde.

Das sind also die Personen, mit denen Momper die nächsten vier Jahre regieren will (was er noch am Tag der Wahl eindeutig verneinte) und die er sogar den Schulsenator stellen läßt. Damit ist vorprogrammiert, daß die Schüler in Berlin einseitig linksradikal erzogen werden. Strotzen schon jetzt viele Schulbücher von monströsen Geschichtsfälschungen und einseitiger linker Tendenz, so steht zu befürchten, daß dies in Berlin nun noch schlimmer werden wird.

In Hessen jetzt das gleiche Spiel. Die dortigen Erfolge der NPD und der Republikaner hatten das gleiche Echo wie in Berlin. Mit diesen Parteien dürften sich anständige Leute nicht an einen Tisch setzen, sie wären »undemokratisch« und »verkappte Nazis«. Besonders verurteilt wurden die Forderungen zur Ausländerpolitik. Dabei bleiben diese oftmals sogar hinter dem zurück, was in anderen als urdemokratisch anerkannten Ländern, wie beispielsweise der Schweiz, aber auch den USA, schon seit vielen Jahren praktiziert wird.

Natürlich warnte auch der DGB, den politische Wahlen im Grunde genommen überhaupt nichts angehen, vor einer »Rückkehr des Nazismus«. Der Moderator Rainer Holbe warnte im RTL-Frühstücksfernsehen davor, was nach den jüngsten Wahlerfolgen der Rechten jetzt wohl das Ausland denke. Ja, Herr Holbe, kann man da nur fragen, haben wir eine Politik zu betreiben, die wir als richtig empfinden, oder eine, die das Ausland wünscht? Deutsche Politik hat sich an deutschen Interessen zu orientieren und nicht daran, was irgendein Politiker irgendeines Landes darüber denkt.

Wer alles im Bonner Staat bestimmt

Und einer durfte nicht fehlen – Heinz Galinski. Dieser bezeichnete die Erfolge der Republikaner als »schwere Niederlage der Demokratie«. Und auch hier muß klipp und klar gesagt werden, daß sich der Zentralrat der Juden in Deutschland lieber um die ungeklärte Frage der Nachmann-Millionen (um die es heiße Gerüchte gibt, doch davon einmal später mehr) kümmern soll, anstatt demokratisch zustande gekommene Wahlergebnisse zu kritisieren.

Verwunderlich ist aber, daß Michel Friedmann, der in Frankfurt zu der Führungsspitze der dortigen jüdischen Gemeinde zählt, gleichzeitig auch in der CDU der Stadt ein »hohes Tier« ist und sonst immer in vorderster Front gegen die vermeintliche »Gefahr von rechts« steht, bislang noch nichts von sich hören gelassen hat. Friedmann hatte einmal erklärt, daß er die jüdischen über die deutschen Interessen stelle.

Auch der folgende Ausspruch stammt von ihm: »Versöhnung ist ein absolut sinnloser Begriff . . . Die Erben des judenmordenden Staates bieten den Opfern und Nachkommen der Opfer Versöhnung an und sind verbittert, wenn dieses Wort zurückgewiesen wird. Es kommt ihnen in Wirklichkeit gar nichts anderes zu, als die schwere historische Verantwortung auf sich zu nehmen, generationenlang, für immer.« Daß er dafür kein Ausschlußverfahren aus der CDU bekommen hat, wie es für eine »konservative deutsche Partei« eigentlich richtig gewesen wäre, braucht wohl nicht extra erwähnt zu werden.

Wie sehr Bundestagsabgeordnete demokratische Entscheidun-

gen achten, geht auch aus einem Interview des »Express« mit dem Vorsitzenden des Bundestags-Innenausschusses, Hans-Gottfried Bernrath (SPD), hervor. Auf eine Frage, ob der Verfassungsschutz die Republikaner als Rechtsextremisten beobachten soll, antwortete der SPD-Politiker: »Ja, das verlangen und erwarten wir. 40 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland dürfen wir eine solche rechtsradikale Unterwanderung von Parlament und Staat nicht dulden.« Über die Linken sagte Bernrath bezeichnenderweise nichts.

Erzbischof fordert Änderung des Wahlsystems

Das paßt ins Bild dessen, was der Verfassungsschutz-Präsident Gerhard Boeden dem in dieser Sache sehr agilen, aber deswegen nicht objektiven »Express« in einem am 22. Dezember des vergangenen Jahres veröffentlichten Interview sagte: »Viele scheinen zu vergessen, daß die Nazis nicht durch Revolution, sondern durch Wahlen und Gesetze an die Macht kamen. Wir müssen daher auch solche Extremisten beobachten, die ihre politischen Ziele derzeit nicht mit Gewalt verfolgen. Es muß die Devise gelten: Wehret den Anfängen!«

Hier ging kein Aufschrei durch die politische Landschaft. Wenn aber der »Spiegel« oder sonst wer veröffentlicht, daß irgendwo Politiker der Grünen vom Verfassungsschutz beobachtet worden sein sollen, dann geht der Aufruhr quer durch alle Parteien. Dagegen hat noch kein Politiker der von Boeden genannten NPD oder DVU irgendwelche gegen die Verfassung gerichtete Ausfälle gemacht, wie es Politiker der Grünen nahezu jeden Tag tun.

Da die von »etablierter« Seite wie die Pest gefürchtete »Gefahr« immer größer wird, daß die Deutschen endlich ihren Nationalmasochismus ablegen und wieder Parteien wählen, die deutsche und nicht internationalistische Interessen vertreten, stellt sich die Frage »Was tun?«. Wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« berichtete, hat jetzt der Bischof von Fulda, Erzbischof Dyba, die Änderung des Wahlsystems in der Bundesrepublik gefordert. Statt der Verhältniswahl soll demnächst das Mehrheitswahlrecht gelten.

Dadurch würde der Bevölkerung in der Bundesrepublik der seiner Ansicht nach »enorme Gesichtsverlust erspart bleiben«, den ihr der Wahlerfolg irgendeiner »extremistischen Splitterpartei« in aller Welt immer wieder eintrage. Der Bischof soll sich lieber darum kümmern, daß der Papst wieder eine mehr am wahren Christentum orientierte Politik betreibt und nicht, wie derzeit, eine, die Christus, wäre er heute auf der Welt, entschieden bekämpft hätte.

Am Ende eine Koalition der Versager

War die bisherige Fünf-Prozent-Klausel schon demokratisch äußerst bedenklich, so würde die Verwirklichung des erzbischöflichen Vorschlags aber auf eine Festzementierung der Herrschaft der Umerzieher in Deutschland führen. Schon jetzt fallen bei rund 40 Millionen Wahlberechtigten im ungünstigsten Fall 4,9 Prozent – fast zwei Millionen Stimmen – einfach unter den Tisch; wenngleich man natürlich eine unverhohlene Schadenfreude nicht verhehlen kann, daß die Umfallerpartei FDP endlich zumindest aus einigen Landesparlamenten herausgeflogen ist.

Ein Mindeststimmenanteil von einem oder gegebenenfalls auch zwei Prozent zum Einzug in ein Parlament würde vollkommen reichen. Damit würden dann extreme Splitterparteien, die nur eine Handvoll Stimmen erhalten, automatisch ausgesiebt, würde auf der anderen Seite aber auch Opposition ermöglicht.

Wie wenig wirklich nationales Gedankengut, das wohlgemerkt immer den Gedanken eines freiheitlichen Rechtsstaates wahrt, in der CDU – aber auch in anderen Parteien – vorherrscht, zeigt die jüngste Diskussion, nachdem es einige CDU-Politiker gewagt hatten, eine Koalition mit den Republikanern zumindest nicht für alle Zeit auszuschließen. Heiner Geißler, wie immer in solchen Fragen in vorderster Front, schmetterte sein »Niemals« durch den westlichen deutschen Teilstaat. Andere schlossen sich ihm an. Lieber wird also einer immer weiter nach links rückenden SPD eine große Koalition der Versager angeboten, als daß man auch nur bereit ist, ein kleines Stück wahrlich nationaler Politik in Deutschland zuzulassen.

Was kümmert Bonn das Volk?

Statt sich der berechtigten Sorgen der Wähler, die zur Abwanderung zu den nationalen Parteien führten, anzunehmen und eine am Willen des Volkes ausgerichtete Politik zu betreiben – so sprachen sich jetzt bei einer GEWIS-Umfrage 88 Prozent für eine Begrenzung des Ausländer-Zuzugs und 62 Prozent ganz oder teilweise für eine verstärkte Ausländerabschiebung aus –, wird stur an der für Deutschland fatalen Politik festgehalten. Frei nach dem Motto »Was kümmert mich das Volk«.

Welch Blüten dies treibt, kann man sehr gut an folgendem Beispiel erkennen. In einem Interview sprach sich jetzt der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel – wenn man ihn mit seinem Vater, dem Wüstenfuchs, vergleicht, muß man Zweifel an der ansonsten richtigen Vererbungstheorie Konrad Lorenz' haben – für eine Kanzler-Kandidatur des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth aus, nicht etwa weil er der beste CDU-Politiker wäre, sondern weil er der derzeit populärste CDU-Politiker sei.

Damit nähern wir uns in der Bundesrepublik also auch langsam dem Politshowtheater der USA, wo es weniger um die Qualifikation des betreffenen Politikers geht, sondern ausschließlich darum, wer am sympathischsten ist, wer am breitesten grinsen kann und bei wem die auf den Arm genommenen Babys am wenigsten schreien.

Und die SPD sympathisiert immer offener und unverhohlener auch auf Bundesebene mit den Grünen. Zum Abschluß soll aus einer Analyse der »Privat-Depesche« zitiert werden:

»Der Jubel über die ›neue Politikfähigkeit der Grünen‹ kommt zu früh. Der auf der Duisburger Bundeskonferenz gewählte Bundesvorstand wird von durchtrainierten Kader-Funktionären der früheren K(ommunistischen)-Gruppen beherrscht, und zwar bis in die Sprecher-Spitze hinein.

Einer der drei Sprecher ist Ralf Fücks (37), wegen einer sogenannten Rektoratsbesetzung in Bremen zu einer dreieinhalbmonatigen Haftstrafe verurteilt.

Fücks, von Beruf Sozialwissenschaftler, gehörte bis 1978 zur maoistischen Sekte ›Kommunistischer Bund Westdeutschland‹ (KBW). Als der KBW sich auflöste, erhielt Fücks den Auftrag, gemeinsam mit anderen Kadern die sechs Millionen des Bundesvermögens für ›alternative und ökologische‹ Bewegungen einzusetzen.

Über Fücks schrieb die Zeitung ›Arbeiterkampf‹ des konkurrierenden ›Kommunistischen Bundes‹ (KB): ›Ralf Fücks ist ein wirklich ultralinker Routinier.‹ Über seinen KBW urteilte der Verfassungsschutzbericht 1979: ›Der prochinesische KBW tritt unverändert für die Zerschlagung des ›imperialistischen Staatsapparates‹ . . . und die Errichtung der ›Diktatur des Proletariats‹ . . . ein.‹

Die Mit-Sprecherin von Fücks, Verena Krieger (27), kommt aus der Redaktion des Blattes ›Moderne Zeiten‹ (MOZ), das 1984 zugunsten des vom KBW herausgegebenen ›Kommune-Forum für Politik und Ökonomie‹ eingestellt wurde. Krieger-Mitstreiter Jürgen Reents, ebenfalls Neu-Mitglied des Grünen-Bundesvorstands, war Redakteur der MOZ, laut Verfassungsschutzbericht (1975) ›für zahlreiche Publikationen‹ des KB verantwortlich und mehrere Jahre Herausgeber des bereits zitierten ›Arbeiterkampfs‹.

Von Reents berichtete die ›Frankfurter Allgemeine Zeitung‹ am 14. März 1985: ›Als Schily forderte . . ., die Grünen sollten das staatliche Gewaltmonopol anerkennen oder wenigstens darüber diskutieren, rief ihm Reents entgegen, genau an dieser Frage beginne der ›Übergang zur SPD‹.«

Jeder weitere Kommentar zu dieser Chaoten-Partei ist wohl überflüssig. Und eine Partei, die, wie die SPD, ernsthaft an eine Koalition mit ihnen im Bund denkt, macht sich des Verrats an Deutschland in größtmöglichem Ausmaß schuldig. □

CDU

Wie Geißler den deutschen Interessen schadet

Fritz Dammann

Der derzeit wohl einflußreichste Politiker der CDU ist der Generalsekretär der Partei, Dr. Heiner Geißler. Fast schon bedingungslose Unterstützung für seine Politik, die den Interessen des deutschen Volkes diametral zuwiderläuft, bekommt er vom linken Flügel der Partei, und hier insbesondere von Rita Süssmuth, Norbert Blüm und Ulf Fink sowie der Jungen Union. In den vergangenen Jahren bestimmte Geißler, und nicht der Parteivorsitzende und Bundeskanzler Helmut Kohl, die politische Richtung der CDU. Folge war ein starker Linksruck, der heute kaum noch von der dem deutschen Volk schadenden Politik eines Helmut Schmidt während seiner Kanzlerschaft zu unterscheiden ist.



Konrad Adenauer trieb immer ein gegen die deutsche Einheit gerichtetes Doppelspiel, und seine Enkel setzen die gleiche, gegen die Wiedervereinigung gerichtete Politik fort.

Ermöglicht wird dies durch einen Bundeskanzler, dessen Wendeversprechen von 1982 sich von Tag zu Tag mehr als eine Wahlpropaganda erweist und der nicht daran denkt, diese auch in der Tagespolitik umzusetzen und dies auch noch nicht einmal versucht. Erleichtert wird dies für Geißler dadurch, daß die Union ganz allgemein in ihrer Mitgliederstruktur immer weiter nach links rückt und ihre ursprünglichen Ziele, wie sie beispielsweise noch in den fünfziger und sechziger Jahren vertreten wurden, heute nur noch Makulatur sind und von verantwortlichen Politikern dieser Partei gar als zu »weit rechts« abgelehnt werden.

Geißlers Taktik und Vorgehen

Die noch einen wahren konservativen Standpunkt vertretenden Politiker, wie beispielsweise Todenhöfer, Czaya oder früher Hupka, verfügen kaum noch über Einfluß in der Partei beziehungsweise wurden »geschaßt«.

Dabei ist Geißlers Taktik, was jetzt die programmatische Ausrichtung der CDU und der Union ganz allgemein anbelangt – denn die Intentionen der CSU verloren in den vergangenen Jahren trotz eines Franz-Josef Strauß immer mehr an Gewicht –, sehr interessant. Er verfährt dabei ähnlich wie ein cleverer Anwalt vor einem Geschworenen-Gericht. Selbst wenn er von vornherein weiß, daß seine Äußerung, Frage oder Kommentierung vom Richter aus dem Protokoll gestrichen wird, weiß er, daß bei den Geschworenen etwas hängen bleibt, das nicht mehr ganz aus dem Bewußtsein zu streichen ist.

Und so verfährt auch Geißler. Selbst wenn er später auf Druck des zwar noch immer vorhandenen, aber weitgehend seines Einflusses beraubten rechten Flügels der CDU von seinem öffentlich geäußerten Standpunkt etwas abrücken muß, ist zumindest eine öffentliche Diskussion darüber entstanden. Und gestützt durch seine linke Hausmacht sowie die FDP, und hier insbesondere Genscher, rückt es dann meist langsam, aber sicher in den politischen Standpunkt zuerst der CDU und dann der Gesamtunion hinein.

Und Geißler setzt in seinem Vorgehen noch auf zwei weitere Punkte. Zwischenzeitlich, besonders im Wahlkampf, streut er heftige polemische Angriffe gegen den politischen Gegner ein, denen auch – besonders – der rechte Flügel der Union zustimmen kann. Beispielsweise bei seinen Vorwürfen gegen die SPD, sie sei eine »Moskaufraktion«, oder bei seinem Vorwurf, der Pazifismus habe Auschwitz erst möglich gemacht.

Zu Deutschland gehört nur noch die DDR

Der zweite Punkt ist, daß Geißler seine linkslastigen Forderungen nie gesammelt vorbringt, sondern sie vielmehr im Abstand von einigen Wochen oder gar Monaten folgen läßt. Damit schafft er es, daß der eine Punkt aus dem Schußfeld der Unionsrechten verschwindet, während der andere »greifen« kann.

Mit diesem Artikel soll aber aufgrund Geißlers eigener Zitate der für das deutsche Volk schädliche Standpunkt dieses Politikers, dessen Ansichten immer mehr Unionspolitik werden, dargestellt werden.

Der erste Punkt soll dabei die Wiedervereinigung Deutschlands sein, wobei auch Geißler interessanterweise in dieser Frage immer nur vom Gebiet der jetzigen DDR spricht, die deutschen von Polen besetzten Gebiete aber völlig außer acht läßt. Doch haben Geißlers Äußerungen zu diesem Punkt auch den Standpunkt der Gesamt-CDU deutlich herausgestellt, was aus folgendem hervorgeht:

Bereits im Februar des vergangenen Jahres hatte Geißler zur Wiedervereinigung erstmals seine wahren Absichten kundgetan. In einem Programmentwurf zum CDU-Bundesparteitag hieß

es, »das Ziel der Einheit ist von den Deutschen nur mit Einverständnis ihrer Nachbarn in Ost und West zu erreichen«. Das Wort Wiedervereinigung wurde in Geißlers Entwurf mit keinem Wort erwähnt. Erst als die CDU-Rechte und große Teile der Bevölkerung alle Kräfte mobilisierten, wurden diese Passagen abgeändert.

Doch Geißler gab nicht auf. Anfang November sagte er dann während einer Podiumsdiskussion, es sei ein »historischer Irrtum« zu glauben, »wir stellen den Nationalstaat wieder her in den Grenzen von 19XY«; es bestehe ein Spannungsverhältnis zwischen dem Ziel der nationalen und dem Streben nach europäischer Einheit.

Zur Frage der Wiedervereinigung Lippenbekenntnisse

Auch hier wurde Kritik an dem Generalsekretär laut, die dieser mit folgenden ebenfalls bemerkenswerten Worten beantwortete: Er habe in dem umstrittenen Satz nicht von »der Nation«, sondern von dem »Nationalstaat« gesprochen. Es sei ihm darum gegangen, der von einem Diskussionsteilnehmer vertretenen These entgegenzutreten, die CDU solle statt der Europa-Orientierung die alte nationalstaatliche Frage wieder in den Vordergrund stellen. Dazu paßt auch die jüngste Werbekampagne der Europa-Fraktion der CDU/CSU, in der es heißt »Deutschlands Zukunft heißt, Europa«; und im »Spiegel« vom 27. Februar dieses Jahres sagte Geißler: »Die CDU ist die Europa-Partei!«

Obwohl die CDU sich immer als die Wiedervereinigungs-Partei darstellt, sieht es trotz aller Lippenbekenntnisse doch in Wirklichkeit ganz anders aus.

So sagte Bundeskanzler Helmut Kohl am 27. Februar 1985 im »Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland«: »Es geht nicht um Grenzen, nicht um Hoheitsgebiete, es geht nicht um Souveränität im Sinne des klassischen Nationalstaats. Es geht um Selbstbestimmung und Menschenrechte. Nicht souveräne Staaten, sondern souveräne Völker werden den Bau Europas dereinst vollenden.«

Die Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, Frau Wilms, sagte am 6. Juni 1988 in Brüssel: »Die Teilung Deutschlands kann . . . allein im Zuge eines Prozesses aufgehoben werden, der . . . den östlichen Teil unseres Kontinents . . . Anschluß an die fundamental neue historische Phase Westeuropas finden läßt.«

In der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 7. Juni heißt es: »Die Frage, ob die europäische Integration und die deutsche Einheit im Widerspruch stünden, sei ›klar zu verneinen‹, sagte Frau Wilms. Sie verband dies mit der Absage an die Vorstellung, es sei nationale Pflicht, unabhängig von europäischen Konstellationen das Gespräch mit Moskau zu suchen, wo der Schlüssel zur deutschen Einheit liege. Wer die deutsche Einheit wolle, könne die europäische Teilung nicht hinnehmen wollen . . . ›Einen deutschen Sonderweg zurück in eine isolierte nationalstaatliche Existenz kann und darf es nicht geben‹, sagte die Ministerin.

Europäische Integration ist Ziel Nr. 1

Sie fügte an, die europäische Friedensordnung, ›die uns vorschwebt und die den Zeithorizont unserer Deutschlandpolitik ausmacht, ist die eines Europas von Völkern, die sich mindestens im Sinne – nicht notwendig in der Form – der Europäischen Gemeinschaft einig sind, das heißt, daß kein wichtiges nationales Problem mehr gegen die gemeinsamen Interessen gelöst wird‹.« Und so was nennt sich »Ministerin für innerdeutsche Beziehungen«.

Und der von Kohl und Genscher berufene Koordinator der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Weidenfeld, sagte in den USA laut »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 24. März 1988: »Von Anfang an hätten zudem die Deutschen in der Bundesrepublik erklärt, Freiheit sei wichtiger als Einheit . . . Der Deutschlandvertrag von 1954 enthalte als gemeinsames Ziel der drei Westmächte und der Bundesrepublik ein wiedervereinigtes, freiheitlich-demokratisches Deutschland, das ›in die europäische Gemeinschaft integriert ist‹. Der Vertrag verpflichte alle Unterzeichner zum deutschlandpolitischen Zusammenwirken im Sinne der ›Verbindung von deutscher und europäischer Perspektive‹.

In dieser Form müßten die anderen die Deutschen als verläßliche Partner erleben, mit denen man gerne zusammenarbeite, weil sie ihr nationales Bewußtsein konstruktiv in die europäische Identität eingebracht hätten: ›So wird die europäische Integration die Prämisse für alle weitergehenden Ziele und Wünsche der Deutschlandpolitik.‹«

Wer also sagt, Geißler stehe in der Union alleine da und die offizielle Regierungspolitik betreibe aktiv die Erreichung der Wiedervereinigung mit Mittel- und Ostdeutschland, der irrt. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, daß das Ziel der Wiedervereinigung nur Lippenbekenntnisse sind, so wie auch Adenauer, wie sich jetzt herausstellte, niemals ernsthaft versucht hat, zumindest die Einheit West- und Mitteldeutschlands aufrechtzuerhalten beziehungsweise wiederherzustellen.

Offen für Ausländer und Asylanten

Und um es an dieser Stelle noch einmal zu wiederholen: Es geht nicht, wie es regierungsamtlich so schön heißt, um die Wiederherstellung des Deutschen Reichs in den Grenzen von August 1937, sondern um die Herstellung des Deutschen Reichs in den Grenzen vom 31. August 1939. Denn am 8. Mai 1945 hatte nur die Wehrmacht kapituliert und nicht das Deutsche Reich als solches. Und von daher steht Deutschland völkerrechtlich das Gebiet vom 31. August 1939, dem Tag vor Beginn des von England, Frankreich und Polen provozierten Polenfeldzugs, zu.

Ein weiteres Anliegen Geißlers ist die »multikulturelle Gesellschaft« in der Bundesrepublik. So sagte Geißler Ende Oktober 1988 der »Zeit«: »Ich kann nicht einsehen, warum Ausländer, die in der Bundesrepublik wohnen, arbeiten und sich integrieren wollen – Portugiesen, Griechen oder Menschen aus anderen Kulturen –, eine Gefahr für uns bedeuten sollen. Es bedeutet im Gegenteil eine Chance, solche Menschen bei uns zu haben . . . Für ein Land in der Mitte Europas ist die Vision einer multikulturellen Gesellschaft eine große Chance. Deshalb müssen wir das Land offenhalten für Ausländer und Aussiedler.«

Als Geißler im Februar dieses Jahres auf einer CDU-Veranstaltung in Oberkaufungen bei Kassel von Bürgern auf die zu große Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik angesprochen wurde, antwortete er: »Ich bin einer der friedlichsten Menschen in ganz Deutschland, aber darüber kann ich mich aufregen. Wir haben die Ausländer, die seit vielen Jahren bei uns leben, doch geholt, damals, als bei uns niemand mehr in der Müllabfuhr arbeiten wollte.«

Und im betreffenden »Spiegel«-Gespräch verkündete der CDU-Generalsekretär: »Wenn wir eine ausländerfreundliche Politik in der Bundesrepublik betreiben wollen – und das müssen wir als weltoffenes Land –, dann muß man den Mißbrauch beseitigen . . . Als Europa-Partei lassen wir uns auch von Ihnen (gemeint ist Lafontaine) keine Ausländerfeindlichkeit anhängen.«

Mit falschen Argumenten gegen die Rechten

Geißler ist also der Ansicht, daß knapp fünf Millionen Ausländer – gleich fast acht Prozent der in der Bundesrepublik lebenden Menschen; davon stellen die Türken mit rund 1,5 Millionen Personen den größten ausländischen Stamm – noch nicht genug sind. Schon heute gibt es jedoch Probleme zuhauf. In manchen Schulklassen sind deutsche Kinder schon in der Minderheit. Die Verbrechensrate ist bei den Ausländern ungleich höher als bei den Deutschen. Für die Asylanten, die zu 90 Prozent aus reinen Wirtschaftsflüchtlingen bestehen, müssen heute schon weit mehr als fünf Milliarden DM aufgewandt werden; denn zu den 3,5 Milliarden DM Sozialhilfe müssen schließlich auch noch die Verwaltungs-, Personal- und Arbeitskosten zugerechnet werden.

Und Geißler, der in seiner Ansicht von Süssmuth, Blüm, Fink und Konsorten unterstützt wird, macht genau mit den falschen Argumenten Stimmung gegen die »Rechten«, nämlich mit dem Schlagwort »Ausländer raus«.

CDU

Wie Geißler den deutschen Interessen schadet

Kein verantwortlich denkender volkstreuer Deutscher beabsichtigt aber, alle Ausländer auf einen Schlag aus der Bundesrepublik rauszuwerfen. Wer schon lange hier lebt und Arbeit hat, soll auch bleiben können. Er soll aber nicht mehr seine vielköpfige Familie nachholen können, wie beispielsweise der marokkanische Frührentner in Bielefeld, der jetzt Frau und fünf Kinder nachholte – und das Sozialamt muß zahlen.

Wer aber arbeitslos wird oder ist und in einer bestimmten Zeit keine Arbeit findet, sollte das Aufenthaltsrecht für die Bundesrepublik verlieren. Für neu in die Bundesrepublik kommende oder sich erst kurz hier Aufhaltende müßte das Rotationsprinzip nach Schweizer Vorbild eingeführt werden. Kindergeld dürfte es erst für in Deutschland geborene Kinder geben; wobei es Pflicht sein müßte, daß die in der Bundesrepublik geborenen Ausländerkinder die Heimatsprache ihrer Eltern lernen, um ihnen damit später die Integration zu erleichtern. Sozialhilfe sollte für Familienmitglieder nicht gezahlt werden. Bei bestimmten Straftaten müßte sofort nach Abbüßung der Schuld die Abschiebung erfolgen. Damit ergäbe sich eine natürliche, allmähliche Verminderung der hier lebenden Ausländer, die die deutsche Wirtschaft vor keinerlei Schwierigkeiten stellen würde; was jedoch bei einem sofortigen Rauswurf der hier lebenden Ausländer zu erwarten wäre.

Die Doppelzüngigkeit der CDU

Die Einbürgerung dürfte nur noch in Ausnahmefällen möglich sein. Denn ein Ausländer bleibt ein Ausländer, auch wenn er in Deutschland geboren ist. Die Forschung ist heute nahezu einhellig der Meinung, daß die Vererbung eine wesentlich wichtigere Rolle als die Umwelt bei der Entwicklung der Persönlichkeit spielt. Und türkische Eltern werden nun mal in Jahrhunderten gewachsene türkische Kulturmerkmale vererben und keine deutschen.

Außerdem, Herr Geißler, was heißt »Wir haben die Ausländer doch selber geholt, als wir sie damals brauchten«. Wenn jemand, der ein Eigenheim besitzt, heute gut verdient und sich einen Gärtner leisten kann, später aber, beispielsweise durch Arbeitslosigkeit, in finanzielle Nöte gerät, dann entläßt er doch auch den Gärtner und verzichtet nicht auf die vernünftige Ernährung oder Bekleidung seiner Familie. Was also im Geschäftsleben – und auch im Privatleben – ganz normal ist, warum soll dies dann nicht auch für die Ausländer gelten?

Auch geht es hier nicht um »die« Ausländer insgesamt. Kaum einer hat etwas gegen die Engländer, Iren, Skandinavier, Amerikaner, die hier leben und arbeiten und sich vor allem integrieren. Auf Kritik stoßen hauptsächlich die Südeuropäer, und hier insbesondere die Türken, sowie die Afrikaner und Mohammedaner, die sich fast gänzlich gegenüber der deutschen Bevölkerung und den Sitten Westeuropas abschotten und versuchen, ihre Kultur hier mehrheitsfähig zu machen.

Zwar ist die CDU offiziell gegen ein Ausländerwahlrecht, doch sind hier Zweifel angebracht. So forderte beispielsweise im November des vergangenen Jahres der »Bundesfachausschuß Innenpolitik« der CDU, der unter der Leitung des früheren Berliner Innensenators Kewenig steht, die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für in der Bundesrepublik lebende Ausländer aus Staaten der EG, eine Wiederkehroption für Ausländer, die in der Bundesrepublik aufgewachsen sind, sich dann aber eine Zeitlang in ihrem Heimatland aufhielten, sowie die Einführung einer Doppelstaatsangehörigkeit. Dafür sprechen sich auch die CDU-Sozialausschüsse aus.

Viele Worte, aber keine Taten

Und wenn man dann noch zusätzlich bedenkt, daß sich die Europafraktion der CDU/CSU nahezu einstimmig für ein EG-weites Kommunalwahlrecht für Ausländer ausspricht, müßten auch bei letzten nationaldenkenden Deutschen die Alarmglokken schellen. Denn wenn die EG ein EG-weites Kommunalwahlrecht für Ausländer beschließt, ist aufgrund der EG-Verträge auch die Bundesrepublik hieran gebunden. Man kann dann nur hoffen, daß das Bundesverfassungsgericht dem vielleicht doch noch einen Strich durch die Rechnung macht.

Also, was könnte für die CDU dann näher liegen, als sich aus rein wahltaktischen Gründen gegen das Kommunalwahlrecht für Ausländer auszusprechen; zumal es, wie aus volkstreuer Sicht zu befürchten ist, doch bald kommt, man aber nicht dafür öffentlich eintreten muß.

In der CDU wird nun auch zunehmend nach dem Berliner Wahldesaster der Ruf nach einer Verschärfung der Asylanten-Frage laut. Insbesondere sollen nicht als politische Flüchtlinge Anerkannte schneller wieder abgeschoben werden als derzeit. Doch schon Goethe sagte: »Der Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.« Denn neu sind diese Forderungen der CDU nun wirklich nicht. Man hört sie immer wieder, vor allem vor Wahlen!

Man könnte hunderte Beispiele hierfür nennen, doch soll ein Beispiel genügen: So erklärte der ehemalige Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der als einer der eifrigsten Verfechter einer schärferen Gangart gegen die Scheinasylanten galt, bereits im Juni 1986: »Der Zustrom der Asylsuchenden in die Bundesrepublik Deutschland hat besorgniserregende Ausmaße angenommen . . . Nicht nur beim Zugang an Asylsuchenden, sondern auch hinsichtlich der Zahl der sich im Land befindlichen Flüchtlinge mit oder ohne Flüchtlingsstatus liegen wir weit vor den anderen westeuropäischen Staaten . . . Ich habe veranlaßt, daß das Bundesamt für Anerkennung politischer Flüchtlinge in Zirndorf bevorzugt die Asylanträge von Personen aus Indien, Ghana, Bangladesch und Pakistan (bei denen die Anerkennungsquote besonders gering ist) bearbeitet, damit durch ein möglichst schnelles Verfahren und eine baldige Abschiebung – hier bestehen keine Abschiebungshindernisse – eine Signalwirkung eintritt und potentiellen Wirtschaftsflüchtlingen aus diesen Staaten verdeutlicht wird, daß sich die Reise in die Bundesrepublik Deutschland nicht rentiert.« Nur Taten sind diesen schönen Worten bis heute nicht gefolgt.

Ein weiteres Thema ist der jährliche Holocaust an Hunderttausenden ungeborenen Menschen im Leib der »Mutter« (sofern dies Wort auf diese Personen überhaupt anwendbar ist; ausgenommen sind natürlich alle Fälle festgestellter schwerer körperlicher Schäden des Ungeborenen und Vergewaltigungsschwangerschaften).

Am 8. Oktober des vergangenen Jahres sprach sich Geißler auf der 29. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU gegen eine weitere Verschärfung des Abtreibungsparagraphen 218 aus. Notwendig sei vielmehr eine Änderung des Bewußtseins dahingehend, daß Schwangerschaftsabbruch Tötung menschlichen Lebens bedeute. Deshalb stelle Bonn 15 Millionen DM für eine Aufklärungskampagne bereit.

Zweierlei Maß bei Menschlichkeit

Wie soll sich das Bewußtsein aber ändern, wenn selbst die Staatsanwaltschaft es ablehnt, gegen Jutta Ditfurth von den Grünen ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, nachdem sie erklärte, daß zwei Abtreibungen auf ein knapp 20jähriges lustvolles Liebesleben nicht besonders viel seien?

Unterstützung findet Geißler natürlich in Fink und Süssmuth. So erklärte die damalige Familienministerin (welch Perversion des Wortes) Ende September im Deutschen Bundestag bei einer Aussprache zu dem Memminger Abtreibungsprozeß: »Memmingen ist ein bedrückender Zustand.« Süssmuth meinte dabei aber nicht die vielen Abtreibungen des Arztes, sondern das Verfahren gegen eben diesen. Die Verfahren dort zeigen Süssmuth zufolge, daß es nicht gelungen sei, die Schwierigkeiten für die betroffenen Frauen zu lösen; in einem Rechtsstaat sei das Recht »sensibel, menschlich«

durchzuführen. Den Vergleich des CSU-Abgeordneten Geis, bei Nachprüfungen der Justiz im Steuerstrafrecht gebe es solche Beschwerden nicht, wie jetzt in Memmingen, wies Süssmuth zurück. In der Intimsphäre sei nicht zu »schnüffeln«.

Der Rechtsstaat soll also Süssmuth zufolge »menschlich, sensibel« sein. Wo bleibt aber die Menschlichkeit und die Sensibilität, wenn heute noch 84- und 86jährige, oftmals schwerkranke Greise wegen irgendwelcher angeblicher Verbrechen während des Dritten Reichs vor Gericht gestellt werden. Ist es menschlich und sensibel, wenn Alfred Streim von der Erfassungsstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg vor wenigen Wochen erklärte, es gebe derzeit noch rund 10 000 Ermittlungsverfahren wegen Verbrechen aus der NS-Zeit, davon etwa 1000 in Frankfurt wegen Auschwitz?

Es gibt in der Bundesrepublik eigentlich genug für Heiner Geißler zu tun, doch sieht er eine seiner Hauptfunktionen darin, die seiner Ansicht nach so schlimmen Verhältnisse in Chile, Nicaragua und Südafrika anzuprangern. Zur DDR und der Sowjetunion hört man dies aber in dieser Deutlichkeit nicht. Als Honecker die Bundesrepublik besuchte, war von Geißler nichts wegen der dortigen Menschenrechtsverletzungen zu hören. Das gleiche ist zu erwarten, wenn Gorbatschow im Juni den westlichen deutschen Teilstaat besucht.

Kein Platz für nationale deutsche Interessen

Wer aber nach den nun 13 für die CDU hintereinander verlorengegangenen Landtagswahlen geglaubt hatte, daß die CDU sich auf ihre angeblichen »konservativen Werte« erinnert und von dem von Geißler initiierten Linksschwenk abrückt, sieht sich, wie aber eigentlich nicht anders zu erwarten war, getäuscht. Die Kritik von rechten Unionspolitikern an Geißler, und vor allem die Forderung nach dessen Ablösung, wird von führenden CDU-Politikern wie folgt beantwortet:

So erklärte der Vorsitzende der linkslastigen CDU-Sozialausschüsse, der frühere Berliner Gesundheitssenator Ulf Fink, der sich vor allem durch seine großzügige Aids-Politik hervorgetan hat, bereits vor einem Jahr, Geißler sei »der bedeutendste Generalsekretär, den die CDU je hatte«.

Blüm sagte, »Heiner Geißler ist ein prima Generalsekretär, ein großer Kämpfer für die Union«.

Und Kohl forderte mit zornesrotem Kopf (so die »Bild«), »diese völlig sinnlose Personaldiskussion muß beendet werden«.

Und der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth wandte sich gegen Versuche, Geißler zum Sündenbock zu machen. Man dürfe nicht zulassen, daß er »angeschossen« werde.

Doch im Grunde genommen muß jeder volkstreue Deutsche froh über Geißler sein: denn er demaskiert die janusköpfige CDU, die sich konservativ-national gibt, in Wirklichkeit aber eine alles andere als an den wahren nationalen Interessen Deutschlands ausgerichtete Politik betreibt. Auch dem letzten Nationalen muß spätestens jetzt klargeworden sein, daß diese Partei für alle volkstreuen Deutschen unannehmbar ist. Und Geißlers Linkswende hat wesentlich dazu beigetragen, daß beispielsweise die Republikaner in Berlin und Hessen so stark geworden sind. Doch darf dies auf der nationalen Parteienseite noch nicht das letzte Wort sein.

Bemüht um Einklang mit dem Zeitgeist

Als Abschluß dieses »Geißler- und CDU-Demaskierungsartikels« eine bereits vor einem Jahr veröffentlichte Analyse der »Privat-Depesche« über die CDU:

»Altwähler der CDU und gläubige ›Wende‹-Wähler warten immer noch darauf, daß Helmut Kohl seine linken ›Kettenhunde‹ Geißler und Blüm öffentlich zurückpfeift. Sie warten vergeblich. Denn:

Die CDU ist längst keine national-konservative Wirtschaftspartei mehr. Was ihr Generalsekretär Geißler in seinen Programmpapieren für den Wiesbadener Parteitag festgeschrieben hat, ist heute Mehrheitsmeinung bei Mitgliedern und Funktionären der Union. Nur die Wähler haben das noch nicht so recht gemerkt. Aber:

Künftig wird es die CDU auch dem letzten Bürger ganz deutlich machen, daß sie sich als soziale Fortschrittspartei um Einklang mit dem ›Zeitgeist‹ bemüht. Sie kehrt damit zu einem großen Teil der linken Vorstellungswelt ihrer Anfänge zurück, die von der christlichen Soziallehre geprägt war (Ahlener Programm!).

Beachten Sie: Auch die CDU ist für ›Umverteilung‹ – doch nicht für eine an organisierter Gewerkschaftsmacht orientierte sozialistische Planungspolitik, die ja letztlich den ›Starken‹ zugute kommt, wohl aber für eine Umverteilung zugunsten sozial Schwacher, die über keine mächtige Pressure-Group verfügen: Familien, Frauen, Kinder, alleinstehende Mütter und alte, pflegebedürftige Menschen – das sind für Geißler die Repräsentanten der ›neuen sozialen Frage‹.

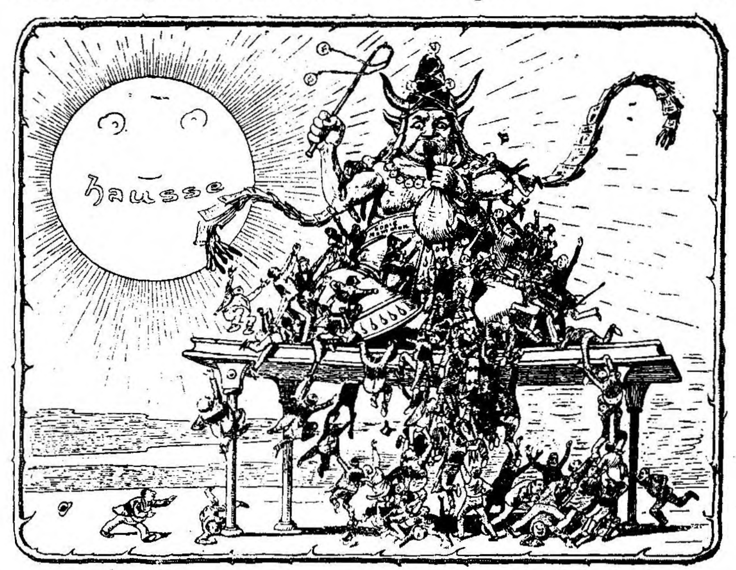
Dazu tritt immer stärker in den Vordergrund die Solidarität mit den Arbeitslosen, die von den Gewerkschaften bisher im Stich gelassen wurden. Und hier spielt Geißler neuerdings sogar einem SPD-Politiker (namens Lafontaine) Bälle zu. Die ›große Richtung‹ stimmt also.

Geißler ist überzeugt: Diese Programmatik steht im Einklang mit dem ›Wertewandel‹ in der Gesellschaft. Immaterielle Werte und menschliche Zuwendungen steigen im Kurs. Auf dieser Welle will der CDU-Generalsekretär reiten, um seiner Partei neue Wählerschichten zur Sicherung der Mehrheitsfähigkeit zu erschließen. Dafür wird der ›rechte Rand‹ der Wähler bewußt vernachlässigt.

Geißlers Thesen sind die CDU-Politik von morgen

Wichtig: Der Parteivorsitzende Helmut Kohl stützt seinen Generalsekretär bei der Neuausrichtung der CDU. Der Bundeskanzler stand in seiner Partei öfters links von der Mitte. Sein Aufstieg vollzog sich mit den ihm ergebenen Truppen der Jungen Union, der Frauenvereinigungen und zum großen Teil auch der Sozialausschüsse. Nur sein Gespür für Stimmungen läßt ihn nach außen vorsichtiger formulieren als Geißler (so zum Beispiel in den deutschlandpolitischen Fragen). Aber in der Sache sind sich der Vorsitzende und sein Generalsekretär einig. Trotz gelegentlicher heftiger Meinungsverschiedenheiten.

Das kommt auch in der Personalpolitik zum Ausdruck. Hier drängt sich fast der östliche Begriff der Kaderpolitik auf. Denn: Systematisch sind in den letzten Jahren viele Funktionen mit Leuten des ›Reformflügels‹ besetzt worden. Außer Dregger gibt es heute keinen profilierten Vertreter des rechten Flügels mehr in einer führenden Position. Den Kurs der CDU bestimmen Kohl/Geißler-Parteigänger. Sie prägen auch das Bild der Fraktion und der Parteitagsdelegierten. Schon heute kann deshalb kein Zweifel mehr daran bestehen: Die Geißler-Thesen von heute sind die CDU-Politik von morgen.« □



Bonn

Nein, Frau Lehr!

Christa Meves

Die Verlautbarungen der neuen Bundesfamilienministerin Ursula Lehr folgen Schlag auf Schlag. In einem ZDF-Interview erklärte sie, daß die Ehe ohne Trauschein »oft günstiger sei als eine Ehe mit Trauschein, die nach kurzer Zeit auseinandergeht«. Gleichzeitig deutete sie an, wie sie den Konflikt der Mütter zwischen Beruf und Familie zu lösen hoffe: »Durch Verlängerung der Kindergartenzeiten, der Schulzeiten auf täglich sechs bis sieben Stunden.«

Vor kurzem wurde Frau Lehr noch deutlicher. Die Möglichkeit, Kinder zu verwahren, solle im neuen Kindergarten schon vom zweiten Geburtstag an möglich werden, um Jungmüttern »ohne schlechtes Gewissen« die nahtlose Berufstätigkeit zu ermöglichen.

Von einer CDU-Regierung in Szene gesetzt

Aber jetzt ließ sie ihre Tendenz unverblümt aus dem Sack: Sie bezeichnete den Rat des ärztlichen Psychotherapeuten an die Frau Dr. Brinkmann in der Sendung »Schwarzwaldklinik«, der Verhaltensstörung ihres dreijährigen Sohnes durch ein Aufgeben ihrer Berufstätigkeit als Ärztin zu begegnen, als »verantwortungslos« und wußte per weit gestreuter Pressemeldung zu bedeuten, daß dieser Rat einem »veralteten Rollenklischee« entspringe, das wissenschaftlich widerlegt sei.

Was hier – paradoxerweise von einer CDU-Regierung – in Szene gesetzt werden soll, ist unüberhörbar: Die Ministerin setzt dazu an, die Kinder im Kleinkinderalter der personalen Beziehung in der Familie zu entwinden und sie zum größten Teil ihres Tages einer frühen Kollektivierung auszusetzen. Die Regierung wagt ein solches Modell anzubieten gerade zu einem Zeitpunkt, an dem das die Kinder seit 70 Jahren am strammsten kollektivierende Land, die Sowjetunion, den Offenbarungseid ihres Scheiterns erbringt – allen voran Generalsekretär Michail Gorbatschow.

Gorbatschow stützt sich gewiß nicht auf Vermutungen, sondern auf wissenschaftliche Untersuchungen, wenn er in seinem Buch »Perestroika« aussagt, daß die schweren Probleme mit der Jugend, dem Alkohol, der Wirtschaft dadurch hervorgerufen wurden, daß man die Mütter so weitgehend in die Berufe einband und der Familie entzog. Diese Erfahrungen sind eben nicht »veraltet«, wie das Frau Lehr noch 1989 zu behaupten wagt.

Wie hoch soll die unaufhaltsam wachsende Zahl der Rauschgifttoten in der Bundesrepublik Deutschland noch steigen, wie viel höher noch die Kriminalität? Wie haltbar erweisen sich die Beweise der Ministerin, daß die Enthäuslichung der Mütter den Kindern nicht schade, in der Langzeitpraxis?

Veraltet ist Frau Lehr mit ihrem Konzept

Ich kann die Vorstellung der Frau Familienministerin durch die Praxis hundertfältig widerlegen. Ich kann der Frau Ministerin zahllose Nachuntersuchungen und schriftliche Begründungen von Müttern, die ich beriet oder die meine Bücher lasen, vorlegen, in denen die Richtigkeit des ärztlichen Rates an die Frau Dr. Brinkmann mit genau dieser erschütternd schönen Erfahrung bestätigt wird: Daß das dreijährige, Haare raufende, kopfschlagende, suchtartig daumenlutschende, nachts aufschreiende, bockende, psychosomatisch auf den Mutterverlust reagierende Kind nach verhältnismäßig kurzer Zeit bereits seine verzweifelte Not aufgeben konnte, weil die Mutter wieder fortgesetzt bei ihm war, nachdem sich durch sorgfältigte Recherchen eben das als Störungsursache Nr. 1 herausgestellt hatte. Aber selbst wenn andere Faktoren die Störung hervorriefen, erwies sich oft die Mutter als der beste Trost und Garant zur Heilung des Kindes.

Es ist für mich als Praktikerin schlechterdings unfaßlich, wenn eine Familienministerin diesen Rat glaubt als »veraltetes Rollenklischee« abtun zu können. Nein, veraltet ist Frau Lehr mit ihrem Konzept, wenn sie uns 1989 noch kremlhafter als der Kreml ein schwedisches Modell der Kinderkollektivierung anzubieten wagt, statt sich wenigstens am Leiden der staatlich entmachteten schwedischen Eltern zu orientieren.

Der Schock sitzt tief. Mein Telefon läuft heiß. Namhafte Kinderärzte gehen mit folgenden Schlagzeilen in den Aufstand: »Familienpolitik gegen Kinder«, »Lehr will Krippen für Zwei- bis Dreijährige als Kindergärten tarnen«, »Kinderärzte gegen Lehrs neue Krippenpolitik«. »Kinderärzte laufen Sturm gegen Täuschungsmanöver der Ministerin Lehr.«

Professor Johannes Pechstein, der Leiter des Instituts für Sozialpädiatrie in Mainz, schrieb in einem offenen Brief an den Bundeskanzler: »Gerade wir Kinderärzte, die in den vergangenen Jahren eine geistig-moralische Wende der Politik in Richtung auf Familie und die Kinder als dem wahren Fundament unserer Zukunft mitherbeibeschworen haben, stellen heute – nach über sechsjähriger Amtszeit Ihrer Regierung – fest, daß die Zukunftspolitik für Kinder und Familie über Anfänge nicht herausgekommen ist. Eine geistige Stärkung der Familie ist ausgeblieben.

Der Bundeskanzler ist gefordert

Die bedeutsamste, aber schwächste Minderheit im Lande, die Kinder, geht immer schwereren Zeiten entgegen: mit immer weitergehender Destabilisierung ihrer Vertrauensbeziehungen, mit immer noch fortschreitender Kinderferne der Erwachsenen, der Lieblosigkeit, mit der Tendenz zu den bedauernswerten ›schwedischen Verhältnissen‹ der flächendeckenden Zwangs-Ganztagskindergärten und Ganztagsschulen.

Ihre Regierung hat nicht die versprochene Politik für Mütter gemacht, sondern ist aus einer wahrscheinlich irrtümlichen Einschätzung des ›heutigen Lebensgefühls der jungen Frauen‹ den Wortführerinnen einer kleinen Minderheit privilegierter Frauen gefolgt, die ohne Rücksicht auf die Kinder und die Zukunft des Ganzen nur die Berufs- und Erwerbstätigkeit im Mittelpunkt mediatisierten Wunschdenkens gestellt haben. Die Wirklichkeit braucht anderes.

Die Wirklichkeit ist so, daß eine überwiegende Mehrheit junger Frauen, die, beruflich wohl ausgebildet, ihren Beruf liebt, dann doch Sinnerfüllung ihres Daseins im Erleben und Erziehen eigener Kinder sucht und dafür auch eine zeitlang ganz für die Kinder da sein will. Die Wirklichkeit ist so, daß diese Mehrheit berufstätiger Mütter dies aber nicht kann, weil sie wegen der auch materiell massiven Benachteiligung der Familien gegenüber Alleinlebenden und kinderlosen Ehepaaren vom Steuer- und Rentenrecht dazu gezwungen ist, daß beide Eltern Geld verdienen müssen.

Alle Mängel früherer Politik für Mütter, vor allem auch die angstauslösend unzureichenden Möglichkeiten des Wiedereintritts der Mütter in das Berufsleben nach einer Familienpause, bestehen weiterhin; weiterhin gelten Mütter als die ›letzten Idealisten der Nation‹ und dürfen als ›Heimchen am Herd‹ öffentlich verhöhnt werden.«

Nun ist der Bundeskanzler gefordert. Er kann es unmöglich zulassen, daß das Grundkonzept der Kindererziehung sich so weit vom christlichen Weltbild der personalen Verantwortung der Eltern für ihre Kinder entfernt. Die ministerielle Empörung, mit der Frau Lehr das Opfer der Selbstverwirklichung einer Mutter für ihr krankes Kind als »unverantwortlich« zurückweist, stellt die Wahrheit und die Grundvorstellungen des christlichen Wertesystems geradezu auf den Kopf und verunsichert, ja diffamiert die Mütter. □

Bundesrepublik

Kohls naiver Traum von Europa

Alfred König

Ein Datum rückt näher, das noch immer von vielen Deutschen in seiner Wirkung für unseren Staat kraß unterschätzt wird. Gemeint ist der 18. Juni 1989, der Tag, an dem die dritten Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Wenn das deutsche Volk nicht aufpaßt, dann wird dieses Datum die allergrößten Auswirkungen auf Deutschland, und zwar auf das ganze Deutschland und nicht nur auf den westlichen Teilstaat, haben. Auswirkungen, die vielleicht noch schlimmer sein werden als die des Zweiten Weltkrieges.

Denn der ab Ende 1992 verwirklicht sein sollende Europäische Binnenmarkt bringt in Wirklichkeit fast nur den anderen Ländern Vorteile, dem bundesdeutschen Staat dagegen fast nur Nachteile. Und es gibt noch einen zweiten Gewinner: Das sind die Multis, die auch in Wirklichkeit diejenigen sind, die am kompromißlosesten darauf hingearbeitet und all ihren Einfluß bei den Politikern – soweit diese ohnehin nicht von ihnen abhängig sind – geltend gemacht haben.

Das Vorbild sind die USA

Als Vorbild für den Gemeinsamen Markt und für die Vorteile, die dieser uns angeblich bringt, werden uns von den Europa-Verfechtern immer die Vereinigten Staaten genannt. Diese seien ein zusammenhängender, unter einer Regierung stehender Wirtschafts- und Militärblock, der gerade dadurch die Supermachtstellung der USA in der Welt garantiert. Nationalstaaten alleine könnten dies heute in diesem Maß gar nicht mehr bewirken.

Von den Verfechtern dieser These wird aber immer eins gerne »vergessen« zu erwähnen: daß die europäischen Staaten nämlich in Jahrtausenden für sich allein homogen gewachsen sind und ihre ganz speziellen Eigenarten entwickelt haben, sei es kulturell, wirtschaftlich oder auch nur von der Mentalität her.



Hans-Dietrich Genscher betreibt eine Politik, die alles zum Ziel hat, nur nicht die Interessen Deutschlands.

Selbst ein Deutschland, das im 17. und 18. Jahrhundert in fast schon unzählig zu nennende, teilweise sehr kleine Fürstentümer aufgeteilt war, hatte eine eigene zusammenhängende Kultur. Sie führten auch Kriege untereinander, waren aber doch auch immer gegen einen gemeinsamen Feind zusammen präsent. Die vielen damaligen Auseinandersetzungen mit Frankreich sind doch eines der besten Beispiele hierfür. Und genauso, oder zumindest sehr ähnlich, erging es den anderen Staaten des alten Kontinents.

Doch wie sieht es in Nordamerika aus? Bevor der weiße Mann den Kontinent »zivilisierte«, hatten dort die Indianer eine weitgehend auf den Naturgesetzen orientierte Kultur errichtet, die zwar keine Dichter, Opernkomponisten oder große Philosophen herausbrachte, dafür aber der europäischen in vielen anderen Dingen überlegen war. Trotz aller Kämpfe zwischen Sioux, Apachen, Commanchen, Navajos und wie sie alle hießen, bildeten aber auch sie ein einheitliches Ganzes.

Dieses wurde dann aber durch den weißen Mann ausgerottet, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Die »industrielle Revolution« wurde über sie gebracht. Diese erfolgte aber nicht durch eine Kultur, sondern vielmehr durch ein wahres Völkergemisch. Waren die Spanier zwar die ersten, die den Tod über dieses Land brachten, so folgten ihnen schon sehr bald Engländer, Franzosen, sehr viele Italiener und nicht zu vergessen auch viele Deutsche und Skandinavier. Es waren oftmals das, was man heute »gescheiterte Existenzen« nennen würde. Sie bildeten aber kein Ganzes, weder kulturell noch mentalitätsmäßig und auch nicht intellektuell.

Der Verlierer heißt wieder Deutschland

Von daher kann trotz der zuerst dort auch erfolgten Einzelstaatbildung keine Rede von gegenüber Europa vergleichbaren Einzelstaaten sein. Etwas Derartiges ist dort nie gewachsen; alle Einzelstaaten, sei es Texas, Kalifornien oder wie sie alle heißen, waren im Grunde schon immer ein wirres Völkergemisch. Und für diese bestanden nur zwei Möglichkeiten; entweder untergehen oder sich unter gemeinsamen Bannern zusammenschließen. Dies erfolgte dann erst im Süden und dann im Norden – und nach dem Bürgerkrieg, der im wesentlichen auch von Freimaurern beherrscht wurde, waren dann die »United States of America« geboren.

Allein diese kurze Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der USA und Europas zeigt, daß ein Vergleich Europa – USA unmöglich ist. Jetzt einmal ganz außer acht lassend, daß es damals bei der Gründung der USA noch keine unterschiedliche Mehrwertsteuer, Quellensteuer, Straf- und Asylgesetze und vieles mehr gab.

Dies führt dann aber direkt zu der Frage, wer denn nun wirklich der Gewinner einer europäischen Einigung ist. Denn es ist eines der urältesten Gesetze, daß es da, wo ein Gewinner ist, auch einen Verlierer geben muß – auch Kompromisse sind letztlich nichts anderes.

Die Antwort fällt leicht: Der Hauptverlierer ist Deutschland, gefolgt wohl von England, Gewinner sind neben den Multis alle südeuropäischen Staaten, und vor allem auch Frankreich.

Denn Deutschland ist das Land, das trotz der verheerenden Niederlage 1945 und der darauf folgenden Ausbeutung und Ausblutung heute wieder am wirtschaftlich gesundesten dasteht (trotz der Regierung eines Willy Brandt, Helmut Schmidt oder Helmut Kohl). Frankreich aber, sich immer seines Sieges über Nazi-Deutschland rühmend, steht kurz vor dem Bankrott – und dieses darf eben nicht sein. Also wird flugs etwas gebastelt, was die Waage sich wieder zu Lasten Deutschlands und zugunsten der anderen Staaten neigen läßt.

Rettung für das bankrotte Frankreich

Sehen wir uns nur einmal das Argument an, daß der deutsche Handel von dem Binnenmarkt profitiert: 1913 wanderten 43 Prozent des deutschen Exports

Bundesrepublik

Kohls naiver Traum von Europa

in die heutigen EG-Staaten. 1938, also unter der Regierung Hitlers, waren es bereits 47 Prozent. Und heute – etwas mehr als 50 Prozent. Dies beweist, daß es ganz alleine auf die Qualität der Waren ankommt, auf »Made in Germany« – und eben nicht auf einen »Gemeinsamen Markt«. Praktisch bei allen Dingen, die nicht wetterabhängig sind (also Obst), können die ausländischen Waren gegenüber deutschen nur dann auf den Weltmärkten konkurrieren, wenn diese massiv durch den Staat subventioniert sind – ein Beispiel ist der Stahl – oder durch exzessiv niedrige Arbeitskosten zu Dumpingpreisen angeboten werden können.

Die Deutsche Mark ist heute die stabilste Währung der Welt, noch stabiler, wie sich gerade in diesen Monaten beweist, als der Schweizer Franken, das britische Pfund oder auch der Dollar, der zu einem reinen Spekulationsobjekt verkommen ist. Francs, Lire, Peseten, und wie sie alle heißen, sind mehr oder weniger Monopoly-Geld. Kein Mensch würde auf die Idee kommen, beispielsweise sein für das Alter zurückgelegte Geld in Anlagen dieser Währungen zu investieren; dort werden fast ausschließlich nur kurzfristige Gelder »geparkt«.

Also was passiert: Ganz oben auf der Liste der restlichen EG-Staaten stehen die einheitliche Währung, der Ecu, sowie eine gemeinsame Notenbank – alles natürlich wieder zu Lasten der DM, die beim Ecu die maroden Wirtschaften der anderen Staaten subventionieren würde. Die europäische Notenbank würde eine Geldpolitik betreiben, die – zwangsläufig – die Ungleichgewichte der einzelnen Staaten auszugleichen versuchen müßte – zu Lasten Deutschlands. Das gleiche gilt für die angestrebte europaweite Fusionskontrolle, die fast ausschließlich zu Lasten der Bundesrepublik gehen würde und nach ihrer Erstellung binnen vier Wochen durchgeboxt werden sollte – was aber selbst »unseren« Politikern zu weit ging und dann zusammen mit den Briten abgelehnt und zur neuerlichen Beratung an die zuständigen Gremien zurücküberwiesen wurde.

Immer mehr Macht für die Multis

Das »Handelsblatt« schrieb darüber: »Das Bundeskartellamt soll entmündigt werden.« Es ging dabei um die Frage, ab wann die nationalen Behörden noch über Fusionen entscheiden dürfen – ab, wie Deutschland und Großbritannien es wollten, bei umgerechnet 20 Milliarden DM Gesamtumsatz oder, wie die Franzosen es wollten, bereits bei zwei Milliarden DM Gesamtumsatz.

So schrieb dann auch das »Handelsblatt«: »Besonders engagiert an einer schnellen Vereinbarung zeigte sich die französische Handelsministerin Edith Cresson.« Und noch entlarvender: »Bonn und London wünschen ein reines Untersagungsverfahren nach wettbewerbspolitischen Gründen, während Paris für ein Genehmigungsverfahren unter Berücksichtigung industriepolitischer und internationaler Konkurrenzaspekte plädiert.« Kein Wunder, Frankreich würde nämlich in exorbitantem Maße von einer Mitbestimmung über deutsche Unternehmen profitieren.

Ebenfalls kein Wunder, daß die Mehrzahl der deutschen Unternehmen, vor allem der Mittelstand, noch Bedenken gegen den Binnenmarkt hat. Und dies auch noch aus einem anderen Grunde: denn noch nie gab es soviel Übernahmen mittelständischer Betriebe durch Großkonzerne wie in den vergangenen Monaten. Und der Mittelstand stellt nach wie vor das Gros der Beschäftigung. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die immer größer werdenden Multis zukünftig über eine immer größer werdende politische Macht verfügen würden.

Ein zweiter Punkt ist, daß der ohnehin heute schon überbordende Zustrom der Ausländer in die Bundesrepublik sich weiter verstärken würde. So schrieb die »Bild«-Zeitung: »EG-Bürger werden dort arbeiten wollen, wo am meisten verdient wird (Stundenlohn in Portugal: 5 DM). Die Bundesrepublik gehört zu den am besten zahlenden Ländern. Darum dürften viele zu uns übersiedeln – und die Mieten in manchen deutschen Städten um 25 Prozent steigen.

Jeder Bürger kann ab '92 alle sozialen Vorteile ausnutzen, wo es ihm paßt. Die Bundesrepublik zahlt am besten: Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld . . . Das summiert sich für eine vierköpfige Familie schnell auf 1600 Mark im Monat – mehr als der Verdienst eines Facharbeiters in neun der zwölf EG-Länder. Das wird uns viele neue Bürger bescheren.«

Das Asylrecht muß »heilig« bleiben

Hatte die CDU im Wendejahr 1982 noch in Flugblättern erklärt, 4,7 Millionen Ausländer im Bundesgebiet seien zu hoch, und gleichzeitig die »Verhinderung der mißbräuchlichen Ausnutzung des deutschen Sozialsystems«, »bessere Gesetze gegen den Zustrom von Wirtschaftsasylanten« und »Ausweisung und Abschiebung straffälliger Ausländer in ihre Heimatländer« angekündigt, ohne jedoch wirklich etwas Derartiges getan zu haben, so gaukelt sie jetzt vor, gegen diese Mißstände anzugehen. Gemeint sind die jüngsten Beschlüsse des Bundeskabinetts zur »Eindämmung des Asylmißbrauchs«.

Unter anderem ist darin eine Visumpflicht für Jugendliche enthalten – ausgenommen sind jedoch ausdrücklich alle Jugendlichen aus den EG-Ländern und, man lese und staune, auch aus Jugoslawien, Marokko, Tunesien und der Türkei. Experten vertreten die Ansicht, daß damit rund 80 Prozent aller in Frage kommenden jugendlichen Asylanten von vorneherein von der Visumpflicht ausgenommen sind.

Die Einreise von Polen wurde jetzt zwar deutlich erschwert, doch braucht an der Grenze bloß das Wort »Asyl« gestammelt zu werden – und schon muß der Grenzbeamte ihn einlassen. Denn gesetzliche Regelungen, diese Leute direkt an der Grenze wieder zurückzuschicken, gibt es bislang nicht.

Wie fadenscheinig in Wirklichkeit das Vorgehen der Union ist, beweisen folgende Beispiele und Zitate: Auf dem Europa-Kongreß der CDU im April in Bonn schloß Kohl »eindeutig« eine Änderung des im Grundgesetz garantierten Rechts auf Asyl für politisch, religiös und rassisch Verfolgte in der Bundesrepublik aus. »Dies muß so bleiben«, sagte der Bundeskanzler. Bei seinem Spanien-Besuch im Februar dieses Jahres sagte Kohl: »Das Asylrecht muß jedoch nach der Nazizeit heilig bleiben.«

Die hessische Landtagsfraktion der CDU hat jetzt eine erleichterte Einbürgerung für Ausländer und ein kommunales Wahlrecht für Bürger der EG-Staaten in allen Mitgliedsstaaten gefordert. Bei der Einbürgerung soll dabei die derzeit geforderte Summe von in der Regel 75 Prozent des Bruttoeinkommens oder maximal 5000 DM auf 100 DM gesenkt werden.

Alle sollen Asyl erhalten

Und das EG-weite Kommunalwahlrecht bedeutet eben nicht, wie es die Befürworter einer derartigen Regelung immer behaupten, einen gerechten Ausgleich untereinander. Während nämlich bei uns rund 1,5 Millionen Ausländer wählen und damit über den Oberbürgermeister und den Stadtrat mitbestimmen dürfen, kämen dagegen in den anderen EG-Staaten nur rund 150 000 Deutsche in den zweifelhaften »Genuß« dieser Regelung, blieben damit also ohne jeden Einfluß.

Den größten Sprengstoff birgt jedoch die »Entschließung des EG-Parlaments zu Fragen des Asylrechts« vom 13. Mai 1987 in sich. Aus Platzgründen können hier nur einige wenige Dinge aus dieser Entschließung genannt werden. Dort heißt es beispielsweise: »Anerkannte Flüchtlinge in der EG müssen die gleichen Rechte und Pflichten wie EG-Bürger aus anderen Mitgliedsstaaten erhalten.« Also auch Wahlrecht für als Asylanten anerkannte Afrikaner oder Asiaten.

»Alle Personen sollen Asyl erhalten, die wegen ihres Geschlechts oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt

werden.« Schwule aller Länder, macht euch auf nach der EG! »Die Grenz-, Einwanderungs- und Ausländerbehörden sollen das Nicht-Zurückweisungsprinzip einhalten«, »Dem Asylbewerber muß es freistehen, sein Asylland in der Europäischen Gemeinschaft auszuwählen.« Dreimal darf geraten werden, wohin die Mehrzahl gehen wird, nach Portugal, Spanien oder in die florierende und mit dem besten Sozialwesen ausgestattete Bundesrepublik.

Alleine in den vergangenen vier Jahren hat die Bundesrepublik rund 52 Prozent aller Asylbewerber, die sich in der EG meldeten, aufgenommen. Gegenüber dem an zweiter Stelle liegenden Frankreich liegt die Asylantenrate hier doppelt so hoch! Und so geht es munter weiter.

Die SPD und die Grünen sind natürlich dafür. Schließlich brachten »Testwahlen« der Ausländer in Berlin und Hessen beiden Parteien zwischen 30 und 60 Prozent.

Das schlimmste für alle Nationalen aber ist die Aufgabe der Wiedervereinigung, ja des gesamten deutschen Staates.

So sagte Kohl bei dem bereits erwähnten Europa-Kongreß der CDU: »Wer von rechts oder links außen für die Rückkehr zu einer nationalstaatlich beschränkten Wirtschaft und Gesellschaft plädiert, legt die Axt an unseren Wohlstand.«

Bei seinem Belgien-Besuch im November des vergangenen Jahres erklärte Kohl, die Westbindung sei »unwiderruflich«. Bei dieser »Werteentscheidung stehen wir an der Seite der westlichen Demokratien, weil dort unser geistiger und politischer Standort ist . . . Diese Entscheidung steht heute wie auch künftig nicht zur Disposition. Sie ist Teil der Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland.« Dann kam Kohls Absage an eine Wiedervereinigung: »Man kann dies auch auf andere Weise ausdrükken: Freiheit hat Vorrang vor Einheit. Das ist ein entscheidender Satz, eine entscheidende Maxime deutscher Politik.«

Freiheit hat Vorrang vor Einheit

Die deutsche Frage gehe »alle europäischen Völker an . . . Wir können eine Lösung der deutschen Frage nur mit unseren Nachbarn und vor allem nur mit dem Rückhalt der Gemeinschaft freier Staaten erreichen.«

Am 18. Januar dieses Jahres legte Kohl, wie die »Frankfurter Allgemeine« schrieb, ein »Bekenntnis zur Bildung eines westeuropäischen Bundesstaates« ab. Wörtlich: »Zu seiner Politik sagte er, er habe eine konkrete Vision, nämlich eine Friedensordnung, die ganz Europa in Freiheit vereine, auch die Deutschen. Die Vollendung des Binnenmarktes sei nur eine Zwischenstation; er wolle die Europäische Union verwirklichen, die Modell für eine europäische Friedensordnung sein solle.

Die europäische Einigungspolitik sei die einzig sinnvolle Antwort auf die ungelöste deutsche Frage; deshalb sei es absurd, einen Widerspruch zwischen deutscher Wiedervereinigung und europäischer Einigung zu konstruieren. Wiedervereinigung und Westintegration seien parallellaufende und zusammengehörige Aufträge des Grundgesetzes.«

Wie naiv und wirklichkeitsfremd ist »unser« Bundeskanzler eigentlich, kann man da nur fragen. Und welche Positionen vertritt er? Deutsche jedenfalls nicht. Bewiesen wird diese Aufgabepolitik auch durch zum Teil ganzseitige Annoncen der Union, die als Abschluß der Satz »krönt«: »Deutschlands Zukunft heißt Europa.«

Bei den vergangenen beiden Wahlen blieben viele Wähler den Wahlurnen fern, weil sie sich sagten, die EG interessiert mich nicht, und die Auswirkungen auf Deutschland bleiben aufgrund mangelnder Kompetenzen sowieso gering. Das hat sich aber nun geändert oder wird sich ändern. Von daher kann aus nationaler Sicht die Forderung nur lauten: Hingehen zur Wahl und die Parteien wählen, die nationale Interessen vertreten und sich gegen die EG, zumindest gegen eine, wie sie jetzt besteht, wenden. Dies kann aber nur der erste Schritt sein; der zweite und wichtigste Schritt hat dann im Spätherbst 1990 zu erfolgen: nämlich die Wahl einer wahrhaft nationalen Partei. □

Revisionismus

Greuellüge über Katyn entlarvt

Kurt Haußmann

»1943: Entdeckung von Massengräbern bei Katyn mit den Leichen von ca. 4000 erschossenen polnischen Offizieren durch die Deutschen«, so steht es im DTV-Atlas zur Weltgeschichte, Band 2, München 1981. Auch das Leib- und Magenblatt der Links-Liberalen, vor allem deutscher Lehrer, »Die Zeit«, hat noch bis vor wenigen Monaten die gleichen falschen historischen Tatsachen mit den entsprechenden Kommentaren verbreitet. Jetzt ist diese angeblich »feststehende historische Tatsache« als Greuellüge entlarvt – nun sogar ganz offiziell!

Was jeder Deutsche, der sich nur etwas in der Zeitgeschichte auskennt, seit vielen Jahren weiß, wird jetzt sogar von den Roten eingestanden: Das von den antideutschen Greuelpropagandisten den Deutschen angelastete Massaker von Katyn wurde von den Russen begangen.

Selbst das Rote Kreuz fügte sich der Greuelpropaganda

Die polnische Wochenzeitung »Odrodzenie« hat in ihrer jüngsten Ausgabe einen Bericht des ehemaligen Generalsekretärs des polnischen Roten Kreuzes, Kazimierz Skarzynski, über die Untersuchungen am Massengrab von Katyn veröffentlicht. Daraus geht eindeutig hervor, daß die dort gefundenen mehr als 4000 polnischen Offiziere im Frühjahr 1940 vom sowjetischen Sicherheitsdienst ermordet wurden.

Bezeichnend ist, daß der polnische Historiker Wladzimiers Kowalski dieses in nur noch einem Exemplar existierende Dokument in einem britischen Archiv gefunden hat, wo es als »top secret« (»streng geheim«) gekennzeichnet war.

Noch 44 Jahre nach Kriegsende wollen unsere westlichen »Freunde und Verbündeten« die Aufdeckung von historischen Wahrheiten verhindern. Mitarbeiter der polnischen Zeitung erklärten, daß monatelang auf die Genehmigung zur Veröffentlichung gewartet wurde.

In dem vier enggedruckten Zeitungsseiten umfassenden Bericht schildert Skarzynski, wie das polnische Rote Kreuz bemüht war, sich trotz des grausigen Fundes der Massengräber von Katyn nicht vor den »Karren der Nazipropaganda« spannen zu lassen. Selbst das Rote Kreuz mußte sich also 1943 der Greuelpropaganda gegen Deutschland fügen.

Die deutschen Besatzungsbehörden hätten die Leitung des polnischen Roten Kreuzes am 9. April 1943 von dem Fund der Massengräber im Wald von Katyn unterrichtet und sie aufgefordert, Beobachter zu entsenden. Einige Tage später sei er mit mehreren Vertretern des polnischen Roten Kreuzes nach Katyn gefahren, um für die Identifizierung der Opfer und ihre würdige Beisetzung in neuen Gräbern zu sorgen.

Die offene Frage zwischen Polen und der UdSSR

Gespräche der polnischen Rotkreuz-Vertreter mit der örtlichen Bevölkerung hätten bestätigt, daß von Anfang März bis zur zweiten Hälfte April täglich zwei bis drei vergitterte Wagen mit polnischen Offizieren an der nächstgelegenen Bahnstation Gniezdowo angekommen seien. Die Häftlinge seien in Autos verladen und in das abgesperrte Gebiet des sowjetischen NKWD im Wald von Katyn gebracht worden. Ein Bauer habe berichtet, daß er täglich viele Schüsse und Schreie gehört habe.

Bei den schon stark verwesten Leichen habe man Papiere gefunden, die ebenfalls keinen Zweifel daran ließen, daß die Offiziere im März und April 1940 erschossen wurden. So habe man bei der Leiche des Majors Solski eine vom 9. April 1940 datierte Notiz gefunden. Darin heißt es: »Eine Gruppe von Offizieren aus dem (Internierungslager) Kozielsk ist um 3.30 Uhr in Smolensk angekommen. Einige Minuten vor 5.00 Uhr wurden wir geweckt. Sie haben uns in Gefängnisautos gesetzt. Wir sind zu einem Wald gekommen, der nach einer Sommerfrische aussieht, wo man uns Eheringe, die Uhr und Taschenmesser abnahm. Was wird aus uns?«

Der Mord an den polnischen Offizieren in Katyn ist eine der wichtigsten noch offenen Fragen zwischen Polen und der Sowjetunion. Trotz der neuen Politik der Perestroika hatte der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow bei seinem Polen-Besuch im vergangenen Jahr kein klärendes Wort darüber gesagt.

Die Sowjets hatten bis vor kurzem immer behauptet, die polnischen Offiziere seien von den Deutschen nach dem Einmarsch in die Sowjetunion ermordet worden. Die Forderung der polnischen Exil-Regierung in London nach Aufklärung der Morde von Katyn hatte Stalin zum Vorwand genommen, um die diplomatischen Beziehungen abzubrechen.

Deutsche Soldaten finden die Leichen von 4000 ermordeten polnischen Soldaten in einem Massengrab bei Katyn.

Die Geschichtsbücher müssen gesäubert werden

Die in Katyn ermordeten Offiziere waren den Sowjets im September 1939 in die Hände gefallen, als sie aufgrund des Hitler-Stalin-Pakts Ostpolen besetzten. Von rund 10 000 Offizieren, die sich in anderen Internierungslagern befanden, fehlt noch immer jede Spur.

Wahrscheinlich sind auch die 10 000 wie unzählige andere Kriegstote ein Teil der Millionen, die bisher den »deutschen Verbrechen« zugerechnet werden, und für die wir bis zum Jüngsten Tag büßen und zahlen werden, wenn sich nicht junge, unbelastete Lehrer und Schüler die Aufgabe stellen, in jedem nachweisbaren Einzelfall wie diesem die Lehrbücher von den Greuellügen der Kriegs- und Nachkriegspropaganda zu säubern.

Die Inschrift eines Warschauer Mahnmals, das an die Ermordung polnischer Offiziere in Katyn während des Zweiten Weltkrieges erinnert, soll nach den Worten von Regierungssprecher Uraban geändert werden. Entgegen der bisherigen offiziellen Version soll nicht länger der »Hitler-Faschismus« für den Massenmord verantwortlich gemacht werden. □

Revisionismus

Tatsache gegen Behauptungen

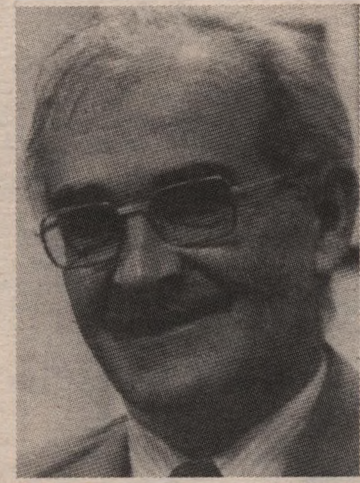
Tom Valentine

Mehr als hundert Teilnehmer trafen sich im südlichen Kalifornien zur neunten International Revisionist Conference (Internationale Konferenz der Revisionisten). Obwohl Historiker der revisionistischen Schule schon immer auf Lücken bei den Behauptungen über den angeblichen geschichtlichen Ablauf der Ereignisse der letzten fünfzig Jahre hingewiesen hatten, die in diesen Jahren als erfolgreiche Propaganda zu deutsch-feindlichen und pro-israelischen Zwecken benutzt worden sind, zeichnete sich die diesjährige Tagung dadurch aus, daß zum erstenmal hieb- und stichfeste, gerichtlich verwertbare Beweise vorgelegt wurden, mit denen viele Behauptungen widerlegt werden. Diese Behauptungen hatten die Opposition gegen den politischen Zionismus dermaßen eingeschüchtert, daß jede ehrliche Diskussion praktisch verhindert wurde.



Winston Churchill hatte das einzige Ziel: Amerika in den europäischen Krieg hineinzuzerren und den Krieg zu einem Weltkrieg zu machen.

Das Beweismaterial der Revisionisten wurde erstmals in Kanada während des zweiten Prozesses gegen Ernst Zündel vorgelegt, der unter Anklage stand, weil er Bücher veröffentlicht hatte, in denen die Holocaust-Behauptungen in Frage gestellt werden – in Kanada ebenfalls eine strafbare Handlung.



Professor Faurisson hat mit seinen wissenschaftlichen Studien eine weltweite Kontroverse ausgelöst.

Leuchters Forschungsergebnisse

Sowohl in Kanada als auch auf dieser Konferenz wurden die Beweise des amerikanischen Ingenieurs Fred Leuchter vorgelegt. Fred Leuchter ist »der Welt führende Autorität in Sachen Gaskammer-Technologie«.

Kurz gesagt, der »Leuchter-Bericht« beweist, daß die »angeblichen Gaskammern in Auschwitz, Birkenau und Majdanek, Polen« nicht, wie behauptet, zur Hinrichtung von vier Millionen Menschen benutzt worden sein können.

Leuchter, ein homorvoller Wissenschaftler mit zurückhaltenden Manieren, war kein »Revisionist«, als er sich dazu bereiterklärte, die Einrichtungen in Polen zu untersuchen. Er schloß mit Zündel einen Vertrag über diese Untersuchung ab und glaubte fest daran, daß es in Auschwitz Gaskammern gab.

Zündel war damit einverstanden, Leuchters Forschungsergebnisse zu verwenden, auch wenn sie seiner Verteidigung vor dem Kanadischen Gericht abträglich sein würden.

Ein »bekehrter« Leuchter bekannte vor den Tagungsteilnehmern: »Die Verbreitung dieser Behauptung, es seien Menschen durch Gas vernichtet worden, ist unrichtig und eine Beleidigung für jede einzelne Person auf diesem Planeten«.

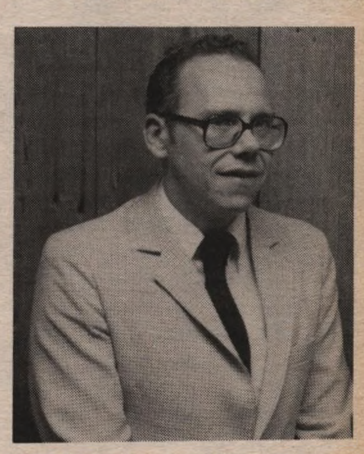
Der Morgenthau-Plan als Perversion der Politik

Die heutige Holocaust-Legende ist unzweideutig von den Einrichtungen von Auschwitz abhängig, da alle Behauptungen über Menschenvernichtung in bezug auf alle Konzentrationslager in Deutschland – selbst schon vor langer Zeit durch die Geschichtsforschung widerlegt wurden.

Außer diesen handfesten Ergebnissen von Leuchters wissenschaftlichen Untersuchungen, die wie eine Bombe einschlugen, gab es für die Teilnehmer an der Konferenz noch eine Reihe eindrucksvoller revisionistischer Vorträge. Dr. Anthony Kubek, seit 35 Jahren ein bedeutender amerikanischer Historiker und Aufbereiter der amtlichen Regierungsdokumente, die als »Morgenthau Diaries« (Morgenthau-Tagebücher) bekannt wurden, sprach über den »Morgenthau-Plan und das Problem der Perversion der Politik«.

David Irving, der populäre britische Historiker, dessen Fleißarbeit in den heiligen Hallen der orthodoxen Geschichtsforschung, in denen er einst als blonder Wunderknabe galt, Unbehagen hervorgerufen hat, bestätigte den Konferenzteilnehmern nicht nur, daß der Leuchter-Bericht »jeden Zweifel darüber beseitigt« hat, daß die Holocaust-Geschichten reine Mythologie sind, sondern berichtete auch den Medien auf einer nach der Tagung stattfindenden Pressekonferenz von diesen bedeutenden Erkenntnissen.

Irvings eigene Bombe des Revisionismus, die er auf dieser Ta-



Der Amerikaner Fred Leuchter ist »die weltführende Autorität in Sachen Gaskammer-Technologie«.

Revisionismus

Tatsachen gegen Behauptungen

gung platzen ließ, drehte sich um Winston Churchill und die Beweise dafür, daß der britische Premierminister rechtzeitig im voraus wußte, daß die Japaner einen Bombenangriff auf Pearl Harbor planten, und daß er diese Entwicklung tatsächlich mit Behagen genoß, die er selbst gefördert hatte dadurch, daß er Druck auf Franklin Delano Roosevelt ausübte, wirtschaftliche Sanktionen gegen Japan zu verhängen, obwohl er genau wußte, daß dies die Vereinigten Staaten in den Krieg mit Deutschland hineinziehen würde.

Die Lücken sprechen Bände

Es war Churchills einzige Rettung: Amerika in den europäischen Krieg hineinzuzerren und den Krieg zu einem Weltkrieg zu machen. Churchills Platz als Politiker und sein Platz in der Geschichte wurde durch Pearl Harbor gesichert – auf ungeheure Kosten.



Ernst Zündel stand in Kanada vor Gericht, weil er die Holocaust-Behauptungen in Frage gestellt hatte.

Irving hob hervor, daß es der Berufshistoriker mit der Zeit lernt, die »Lücken« in den Aufzeichnungen zu lesen, während er seine Forschungen betreibt. Er habe zum Beispiel festgestellt, daß alle britischen Dokumente vom Oktober und November 1941 – die Monate die zu Pearl Harbor führten – »fehlen«. Die »Lücke« spreche daher Bände.

Irving berichtete auch, daß das Tagebuch des US-Secretary of War (Kriegsministers) Harry Stimson für den 7. Dezember 1941 eine sauber mit der Maschine neu geschriebene Seite enthält – eine offensichtliche »Berichtigung« durch den Verfasser, die sich auf das bedeutende Ereignis jenes Tages bezieht.



Dr. Anthony Kubek, ein bedeutender amerikanischer Historiker, sprach über den berüchtigten Morgenthau-Plan.

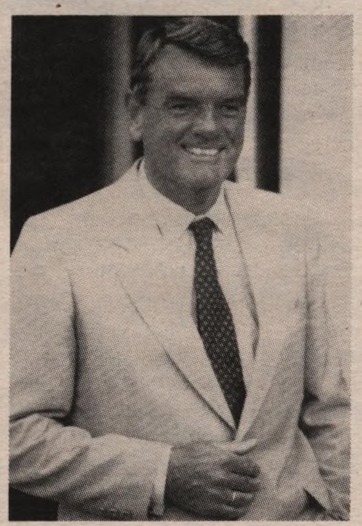
Eine dritte Bombe platzte auf der Konferenz am dritten Tage, als Herman Otten, ein lutherischer Pastor aus dem US-Bundesstaat Missouri und Herausgeber der »Christian News« den Tagungsteilnehmern ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen erklärte, daß Christen immer die Wahrheit verteidigen und Schwindeleien zurückweisen müssen.

Otten zählte zwölf Schwindel des 20. Jahrhunderts auf, die sowohl von der Kirche als auch vom Staat begangen wurden, und zitierte Nr. 12 klar und deutlich wie folgt: »Die Deutschen vernichteten rund sechs Millionen Juden mit einem klaren Programm, alle Juden im Zweiten Weltkrieg zu beseitigen, die meisten von ihnen durch Vergasung. Dieser Holocaust ist eine absolute Tatsache. Diejenigen, die bezweifeln, daß die Deutschen sechs Millionen Juden vernichtet haben, sind Antisemiten, Rassisten und Dummköpfe.«

Der unerschrockene Pastor verurteilte auch eine Reihe von festgesetzten doktrinären Traditionen, die »Christentum« sein wollen, die aber »Schwindel« seien, darunter die Vorstellung, daß »Jesus Christus ein Königreich des Friedens auf dieser Erde errichten und 1000 Jahre lang von Jerusalem aus regieren wird.«

Ein Pastor entlarvt die Lügen dieser Welt

Es ist ein ungeheurer Schwindel, zu predigen, daß »der moderne Staat Israel eine Erfüllung der biblischen Weissagung ist«. Dieser Schwindel, Nr. 7 auf der Liste des Pastors Otten, gehört anscheinend zu denen, die einen Großteil der Außenpolitik des ehemaligen Präsidenten Ronald Reagan gestalteten.



David Irving, der meistgelesenste Historiker englischer und deutscher Sprache, bestätigte, daß der Leuchter-Bericht jeden Zweifel beseitigt habe.

Dr. Robert Faurisson aus Frankreich, der Nestor der heute lebenden Revisionisten des Holocaust, war der letzte Redner. Dieser Mann, der teuer dafür bezahlen mußte, daß er auf geschichtliche Tatsachen, nicht auf »judicial notice« (Anerkennung durch das Gericht) des behaupteten Holocaust beharrte, sagte den Teilnehmern an der Konferenz, er hege jetzt »weniger Pessimismus in bezug auf die Revisionisten«.

Faurisson hatte bei früheren Gelegenheiten, nachdem er Prügel erdulden mußte, seine Professorenstellung verloren hatte und Gehaltseinbußen hinnehmen mußte, weil er es gewagt hatte, seine Forschungsergebnisse, die dem Holocaust widersprechen, zu veröffentlichen, einen »großen Pessimismus« zum Ausdruck gebracht für Leute, die es wagten, das emotionell geladene feststehende Dogma anzufechten.

Ein Opfer schlechter Hirten

»Die Wand der faustdicken Lüge bricht zusammen«, sagte Faurisson und wies darauf hin, daß die Zerstörung der Holocaust-Behauptungen auf eine »große Tragödie für die jüdische Gemeinde hindeutet«, die das Opfer »schlechter Hirten« geworden sei.

Faurissons schon viele Jahre währendes Beharren darauf, daß handfeste, vor Gericht verwertbare Beweise erarbeitet werden müßten, veranlaßte den Deutsch-Kanadier Ernst Zündel dazu, sich um die professionellen Dienstleistungen Fred Leuchters zu bemühen.

Faurisson war sich der Tatsache sehr bewußt, daß all die Jahre hindurch kein gerichtlich verwertbares Beweismaterial für Massenvernichtungen von Menschen durch Vergasung oder durch Verwendung von Wasserdampf vorhanden war. Er zitierte den Bericht eines französischen Offiziers aus dem Jahre 1945, der seinerzeit unterdrückt wurde. In dem von einem Dekan der Pharmakologie angefertigten Bericht war dem alliierten

Oberkommando mitgeteilt worden, daß bei den untersuchten Leichen »weder Gas- noch Giftspuren« gefunden wurden.

Faurisson wies auch darauf hin, daß die Denkmalsziffer von sechs Millionen vernichteter Juden von einem Mann namens Wilhelm Hoettl (ehemaliger SS-Führer) stammt, der gesagt habe, Eichmann hätte ihm gegenüber mit dieser Anzahl von Getöteten geprahlt – wahrscheinlich weil er betrunken war. Die dumme Prahlerei eines einzelnen Mannes sei zu einer »Tatsache« geworden, die jetzt, 40 Jahre später, in die Lehrpläne amerikanischer und deutscher Schulen sowie in einem National-Museum verankert wird, führte Faurisson aus.

An der Revisionisten-Konferenz nahmen außerdem noch teil: Carlo Mattogno, italienischer Sprachwissenschaftler (spricht ein Dutzend Sprachen fließend) und Privatforscher, der in der Nähe von Rom lebt. Er hielt einen Vortrag mit dem Titel »Die erste Vergasung in Auschwitz: Die Entstehung eines Mythos«.

Generalleutnant Hideo Miki, Professor für Geschichte an der japanischen Staatlichen Militärakademie, hielt einen Vortrag mit dem Titel »Gedanken zur Militärgeschichte der Besetzung Japans«.

Wie der CIA Geschichte macht

Jerome Brentar ist ein enger Freund der Familie von John Demjanjuk, der seiner amerikanischen Staatsbürgerschaft beraubt und nach Israel ausgewiesen wurde, wo ihm ein Schauprozeß gemacht wurde, er schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt wurde, weil er der berüchtigte »Iwan der Schreckliche« gewesen sein soll. Brentar, einer der führenden amerikanischen Kritiker der Art und Weise, in der der Fall Demjanjuk durch die amerikanische und israelische Regierung behandelt wurde, legte einen »auf den neuesten Stand gebrachten Bericht über den Fall Demjanjuk« vor. Er führte sehr überzeugend aus, daß der kürzliche »Selbstmord« des israelischen Anwalts, der Demjanjuks Berufung übernommen hatte, in Wirklichkeit Mord war.

Dr. Robert Countess, Profesor für Geschichte an der Universität of Alabama, hielt eine Rede mit dem Titel: »The Great Holocaust Debate« (Die Große Holocaust-Debatte).

Victor Marchetti, ehemaliger Beamter der CIA und Verfasser von »The CIA and the Cult of Intelligence« (»Die CIA und der Kult der Geheimdienste«) hielt ein Referat mit dem Titel »The CIA and the Making of History« (»Die CIA und wie man Geschichte macht«).

Florence Rost van Tonningen aus den Niederlanden hielt einen Vortrag mit dem Titel »Die Vision des Mynheer van Tonningen von der europäischen Wirtschaft«. Der Mann von Frau Rost war während der Zeit des Dritten Reiches hoher Beamter in der niederländischen Regierung. Er wurde nach dem Krieg von den Alliierten gefoltert und anschließend umgebracht.

James Keegstra sprach über seine eigene Auseinandersetzung mit dem offiziellen Kanada, unter dem Titel »Kanadische Zensur und der Fall Keegstra«.

Holocaustomanie verzerrt die Prioritäten

In seiner Eröffnungsansprache bemerkte der Historiker Mark Weber, der jedes Jahr als Moderator für diese Konferenz fungiert: »Es wird mehr und mehr Amerikanern immer klarer, daß die Kampagne, die der amerikanisch-jüdische Historiker Alfred Lilienthal sehr zutreffend ›Holocaustomanie‹ nennt, den Sinn unserer Nation für Prioritäten schrecklich verzerrt hat.

Präsident Ronald Reagan lieferte in einer 1983 gehaltenen Rede ein gutes Beispiel dafür, als er sagte, ich zitiere: ›Es ist jetzt unsere heiligste Aufgabe, sicherzustellen, daß die Erinnerung an diese größte menschliche Tragödie niemals verblaßt.‹ Hat er das wirklich ernst gemeint?

Darauf hinzuarbeiten, die Bedrohung eines weltweiten nuklearen Krieges zu verbannen, oder die Plage des Verbrechens in den Großstädten unseres Landes zu beseitigen – diese Aufgaben zum Beispiel, sind anscheinend nicht so wichtig«, bemerkte Mark Weber. □

Bundesrepublik

Vierzig Jahre Bonn

Werner Symanek

Nach 40 Jahren Bonner Bildungspolitik die katastrophale Erkenntnis: Millionen Bundesbürger können nur unzureichend lesen und mit einem geschriebenen Text kaum etwas anfangen. Der Bevollmächtigte des Vorstandes der Stiftung Lesen, Professor Kurt Hoffmann, sagte auf der Generalversammlung des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) in Köln, die Tendenz zum »sogenannten funktionalen Analphabetismus« sei in den Industriestaaten allgemein steigend.

Beschämend aber bezeichnend für die 40jährige Bundesrepublik: 200 000 Kinder sind Trinker. Immer mehr Kinder und Jugendliche trinken Alkohol. Schon 200 000 Heranwachsende sind in Deutschland alkoholkrank oder stark suchtgefährdet. Davor warnten Ärzte auf einer Tagung des Hartmann-Bundes in Marl. In drei von vier Fällen erleben die Jugendlichen ihren ersten Vollrausch auf einer Familienfeier. Häufiger Grund für den Alkoholismus: Fehlende elterliche Zuwendung in den ersten drei Lebensjahren.

Keinen Grund zum Feiern

Deutschlands Jugend wird von einer Drogenwelle überrollt, wie sie noch nie dagewesen ist. »Amerikanische Verhältnisse« drohen.

637 Rauschgifttote im Jahr 1988, doppelt so viele wie im Vorjahr. Um 38 Prozent auf 6997 Personen stieg die Zahl der festgestellten Erstkonsumenten harter Drogen. Insgesamt wird die Zahl der Konsumenten harter Drogen auf 80 000 bis 100 000 Personen geschätzt. Weil skrupellose Dealer mit allen Mitteln keine Umsatzsteigerungen erzielen, werden von ihnen neue Opfer gesucht, zum Beispiel Jugendliche in den Schulen. Die Konsequenzen für die Betroffenen sind Diebstahl, Raub und Prostitution.

Nach 40 Jahren Demokratie und Sicherheit: Polizei in einer ohnmächtigen Lage. Angesichts des stärker werdenden organisierten Verbrechens hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GDP), Lutz, die »ohnmächtige Situation« der Polizei beklagt. Experten meinen, so Lutz, daß es bereits »fünf nach zwölf« sei. Wenn es um die Bekämpfung von terroristischen Gewalttaten gehe, spiele Geld für die Politiker keine Rolle. Rund 100 000 Menschen seien bereits in privaten Sicherheitsdiensten beschäftigt. »Wer Geld hat, kann sich innere Sicherheit kaufen«, so Lutz.

Es mag Leute geben, die sich an der Lage der Politiker freuen. Traurig ist, daß das Volk deren Sicherheit mitfinanzieren muß.

Nach 40 Jahren Wiedergutmachung: Roma im Hungerstreik. In der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme bei Hamburg sind im Februar rund 20 Roma in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Wie der Vorsitzende der Hamburger Roma- und Sinti-Union, Kawczynski, erklärte, will die Gruppe damit gegen die »Abschiebepolitik und Vertreibung« von Roma und Sinti protestieren.

In der Bundesrepublik bauen türkische Moslems in immer mehr kleineren und mittleren Städten Moscheen. Zusätzlich zu den bereits bestehenden neun islamischen Gotteshäusern befinden sich zwölf weitere in der Planung oder im Bau. Darüber hinaus gibt es etwa 1000 Gebetsstätten in ehemaligen Lagerhallen, Büros oder Wohnungen. Das teilte jetzt das Islam-Archiv Deutschland in Iserlohn mit. Die Moscheen würden durch Spenden der in der Bundesrepublik lebenden Moslems finanziert.

Soweit ist es nach 40 Jahren gekommen

Empörte Türken blockieren Eingangstür am Gymnasium. Etwa 40 junge Türken haben in der Mittagszeit den Eingang der Karl-Rehbein-Schule in Hanau versperrt, um gegen eine »ausländerfeindliche« Flugblattaktion zu demonstrieren, an der angeblich auch Schüler des erwähnten Gymnasiums beteiligt waren. Bei der Blockade habe ein Sprecher der Türken mit der Schulleitung verhandelt. Diesem und auch Schüler sei nichts von den Flugblättern bekannt gewesen, die sich gegen Ausländer in der Bundesrepublik gerichtet haben sollen, noch hätten Schüler benannt werden können, die an der Verteilung mitgewirkt hätten. Auch die etwa zehn Türken, die beim Eintreffen der Polizei noch anwesend waren und sich als Zuschauer der Blockade bezeichneten, hätten keine Auskünfte über den Anlaß der Aktion geben können.

Nach 40 Jahren Schein-Souveränität: US-Armee verseucht Grundwasser. Amerikanische Streitkräfte verunreinigten das Mannheimer Grundwasser mit Chlorkohlenwasserstoffen. Schadenersatz zu fordern ist weder der Stadt noch der Landesregierung gestattet. Rund vier Millionen DM investierte die Kommune bereits 1985 in den Bau und Betrieb einer provisorischen Aktivkohlefilter-Anlage, um so das verseuchte Grundwasser von den Chlorkohlenwasserstoffen zu reinigen. Weitere Investitionen von noch einmal rund vier Millionen DM sind notwendig.

Bisher haben die Kosten in Millionenhöhe die Stadt Mannheim und die Rhein-Neckar-Wasserwerke AG beglichen. Den Schaden können sie, anders als von deutschen Verursachern, nicht von den Amerikanern einfordern, denn »den deutschen Behörden stehen keine hoheitlichen Befugnisse gegenüber den ausländischen Streitkräften« zu.

Hamburger Polizei registriert Straftaten-Rekord: Die Zahl der Straftaten in Hamburg hat eine neue Rekordmarke erreicht. 1988 vermerkte die Polizei in Hamburg insgesamt 278 856 Delikte. Das sind 7189 oder 2,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, sagte Innensenator Werner Hackmann (SPD) bei der Vorstellung der Kriminalstatistik. Zurückzuführen ist die erneute Steigerung nach seinen Worten vor allem auf die dramatische Entwicklung der Rauschgiftkriminalität und der Betrugsdelikte.

Beschämende Rekorde nach 40 Jahren

Die Zahl der Rauschgiftdelikte stieg um 25,5 Prozent oder knapp 1200 Fällen auf 5915 allein in Hamburg.

Nach Pressemeldungen vom 1. März 1989 hat die SPD die Bundesregierung aufgefordert, mit den Herkunftsländern der Aussiedler über eine Begrenzung der Ausreisen zu verhandeln. Es müßten Vorkehrungen getroffen werden, »damit wir uns nicht überfrachten«, sagte die SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs. Als falsch bezeichnete sie es, angesichts des Aussiedler-Andrangs das Asylrecht einzuschränken.

Das kann doch nicht gut gehen und muß böses Blut geben: Während wir für inzwischen 800 000 sogenannter Asylanten gewaltige Milliarden-Beträge – ein Asylant kostet pro Monat 2335 DM – ausgeben, müssen mehr als zwei Millionen unserer deutschen Rentner mit monatlich 700 DM auskommen. Alte Leute, die oft unverschuldet in Not geraten sind, obwohl sie ihr ganzes Leben hart gearbeitet und Kinder groß gezogen haben – sie sind finanziell schlechter gestellt als jeder Asylant. Oft genug schämen sich diese alten Menschen beim Sozialamt um weitere Hilfe zu bitten.

Man bedenke, bei dieser wohlwollenden Asylanten-Politik, die in der Bundesrepublik geübt wird, werden 300 000 unschuldige deutsche Kinder jährlich grausam im Mutterleib ermordet, weil man ihnen in unserer sogenannten Wohlstandsgesellschaft oft keine Lebensmöglichkeit bieten kann.

Wer aber diese Zustände kritisiert, ist sofort ein »Rechtsradikaler« oder »Rassist«. □

Deutsche Bank, Daimler und die Macht im Staat

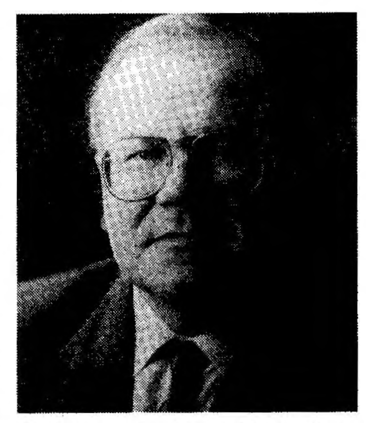
Günther Jansen

In den vergangenen Monaten hat CODE detailliert aufgezeigt, daß die Deutsche Bank im Laufe der Jahre zum Machtfaktor Nummer eins in diesem Staat herangewachsen ist. Ohne sie läuft nichts mehr – und seitdem Alfred Herrhausen den Vorstandssitz übernommen hat, versucht Deutschlands größtes Geldhaus seine Macht noch ungenierter auszubauen.

In dieser Folge geht es darum, wie die Deutsche Bank und die von ihr kontrollierten Daimler, wie der frühere Amtsgerichtsdirektor Rudolf Deichner herausgefunden haben will, zum Schaden vieler Kleinanleger den Einstieg bei MBB vorbereiteten und sich dabei gleichzeitig den Bremer Vulkan, Deutschlands wohl beste Werft, unter den Nagel rissen. Doch dies ist es nicht allein. Immer vorausgesetzt, Deichner hat recht – und es sieht so aus –, dann zeigt dies auch in aller Deutlichkeit die Machtfülle des Großkapitals und wie sehr staatliche Interessen ihm in die Hände spielen, statt es in die Schranken zu weisen und zu versuchen, den volkswirtschaftlich viel wichtigeren Mittelstand zu fördern.

Die Vorbereitungen liefen seit Jahren

Dabei stellt sich heraus, daß die Pläne Daimlers, bei MBB einzusteigen, nicht erst jüngster Natur sind, sondern die Vorbereitungen hierfür in aller Stille und vordergründig auch über viele Nebenwege bereits viele Jahre laufen. Wahrscheinlich wäre die Wahrheit nie ans Licht gekommen und hätten viele Aktionäre ihr Geld verloren, ohne die Hintergründe zu kennen, wenn nicht



Gegen den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann wurde Klage wegen »Beteiligung am Kapitalerhöhungsschwindel« erhoben.

Deichner, der bei Bremer Vulkan ungefähr drei Millionen DM verloren hat, auf eigene Faust langwierige Recherchen begonnen hätte.

Deichner will dabei herausgefunden haben, daß auch maßgebliche Leute der Bundesregierung und des Bremer Senats an diesem, wie er es nennt, »Kapitalerhöhungsschwindel zu Lasten der Kleinaktionäre«, der für diese zu einem Verlust von knappen 200 Millionen DM geführt habe, eine unrühmliche Rolle spielten.

Aufgrund der großen Kompliziertheit und Verschachtelung der Eigentumsverhältnisse bei MBB und beim Bremer Vulkan soll an dieser Stelle hier nur das für den Unbeteiligten unbedingt Notwendige dargestellt werden.



Bundeskanzler Kohl und seine Regierung wußten mehr über den »Kapitalerhöhungsschwindel« als die Kleinanleger.

Bevor Daimler den Einstieg bei MBB in die Wege leitete, sah es so aus, daß die ABM 19,2 Prozent hielt (und damit eine Sperrminorität besitzt; die Satzung schreibt bei wichtigen Entscheidungen eine Mehrheit von mindestens 82 Prozent vor), während 80,8 Prozent in Händen anderer Aktionäre lagen. Die Anteile der ABM waren wiederum wie folgt verteilt: 24,36 Prozent hielt die Allianz Holding AG, 23,05 Prozent die Robert Bosch GmbH (die wiederum mehrheitlich der Robert Bosch Stiftung GmbH gehört, deren Mitgesellschafter Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist) und 52,59 Prozent die VFW. Diese wiederum gehörte voll und ganz der Bremer senatseigenen Hibeg. Die Hibeg wiederum nannte einen großen Anteil an Bremer Vulkan-Aktien ihr eigen, 1985 verkaufte sie aber plötzlich einen 40-Prozent-Anteil am Vulkan in die Schweiz.

Bremer Senat stützt Machtkonzentration

Nachfolgend soll der Einfachheit halber aus mehreren Schriftsätzen der diesbezüglich derzeit beim Oberlandesgericht Bremen anhängigen Klage Deichners gegen die Hibeg wegen »Kapitalerhöhungsschwindels« zitiert werden:

»Die Transferierung der Bremer-Vulkan-Aktien in die Schweiz erfolgte, um die Aktionärsverhältnisse der Firma Bremer Vulkan AG zu verschleiern und zu ermöglichen, daß der bis zum heutigen Tage nicht benannte Großaktionär eine Beteiligung der Beklagten zu 2) (Bremer Vulkan) heimlich erwerben konnte. Darüber hinaus war es danach für den Großaktionär oder die entsprechende industrielle Machtkonzentration möglich, im Zusammenwirken mit dem Senat der Freien Hansestadt Bremen, der Hibeg und der Bremer Vulkan AG gesellschaftsrechtliche Konstruktionen zu erarbeiten und in die Tat umzusetzen, die der Vorbereitung des Engagements der Daimler-Benz AG bei MBB und dem Gesellschafterausschluß der Kleinaktionäre der Bremer Vulkan AG dienen sollten.

Die geschilderten Aktionen ließen sich nicht geheimhalten. Das Bundesverteidigungsministerium beobachtete aufmerksam die Geschehnisse um den Rüstungskonzern Bremer Vulkan, dem Anfang Dezember 1985 der Auftrag erteilt worden war, zwei Fregatten für ca. 1,2 Milliarden DM zu bauen. Auf Presseanfrage erklärte der Sprecher der Rüstungsabteilung des Bonner Verteidigungsministeriums wörtlich:

Das Schweigen der Bundesregierung

›Selbstverständlich haben wir sofort, nachdem die Gerüchte um die neuen Anteilseigner beim Bremer Vulkan bekannt wurden, ein neues Datenblatt der Werft geschickt und alle notwendigen Informationen erhalten. Danach bestand für die Bundesregierung kein Grund, wegen der neuen Anteilseigner den Fregattenauftrag zu überdenken.‹«

Man stelle sich einmal vor, die Bundesregierung weiß also, wer der neue Großaktionär ist, weigert sich aber, diesen Namen zu nennen. Dabei haben die Kleinaktionäre, die schließlich Miteigentümer der Gesellschaft sind, ja wohl ein größeres Recht hier-

Aktienmarkt

Deutsche Bank, Daimler und die Macht im Staat

zu als die Bundesregierung – nur sie haben es bis heute nicht erfahren.

Im September 1986 begann dann nach Worten Deichners der zweite Teil der Komödie. Bei einer Kapitalerhöhung des Bremer Vulkans um nominal 80 Millionen DM auf 222 Millionen DM, die von einer außerordentlichen Hauptversammlung am 30. September 1986 genehmigt werden sollte, sollte das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden (nachdem vorher schon am 4. März des gleichen Jahres das Grundkapital um 66 Millionen DM auf 154 Millionen DM aufgestockt wurde).

Vielmehr sollten die 1,36 Millionen jungen Aktien, für einen Ausgabekurs von 110 DM je Aktie (= 149,6 Millionen DM) von der Hibeg gegen eine von dieser getätigten Sacheinlage übernommen werden. Die Sacheinlage bestand aus einem 74,9prozentigen Anteil an VFW, was durchgerechnet 7,49 Prozent an MBB entspricht. Diese VFW-Beteiligung sollte einem Gutachter zufolge genau dem Gegenwert für die jungen Aktien entsprechen.

Wie sieht es aber wirklich aus? Lassen wir wieder Deichner zu Wort kommen:

»Der (Bremer-Vulkan-)Vorstand hat hierbei wohlweislich verschwiegen, daß umfangreiche Regelungen zugunsten der Hibeg, insbesondere bezüglich Ankaufs-, Anbietungs- und Vorkaufsrecht sowie der Vertretung im Aufsichtsrat von MBB, die Fungibilität (Verwertbarkeit) der VFW-Anteile für den Bremer Vulkan bis zum 31. 12. 1995 (bis zu diesem Zeitpunkt war den Äußerungen des damaligen Vulkan-Vorstandsvorsitzenden Henke auf der Hauptversammlung zufolge der Hibeg ein Vorkaufsrecht in Höhe von angeblich 150 Millionen Mark zugestanden worden; der Verf.) erheblich einschränken sollen und demzufolge die einzubringenden VFW-Anteile für den Bremer Vulkan bis zu diesem Zeitpunkt lediglich den Charakter einer Finanzanlage haben.«

Das Spiel mit den Nebenabreden

Erst am 1. Oktober, also einen Tag nach der Hauptversammlung, wurde der Vertrag mit diesen Nebenabreden von dem Bremer Vulkan und der Hibeg unterzeichnet. Ein Vertrag, »der die Rechte des Bremer Vulkan in der VFW weitgehend aushöhlt«. Im Vorfeld der Hauptversammlung hatte der Herausgeber des Aktionärsjournals »Effecten-Spiegel«, Bolko Hoffmann, durch eine Stimmrechtssammlung eine Sperrminorität aufgebaut, da dem Vulkan auch noch die marode Beteiligung an der Seebeckwerft aufgebürdet werden sollte. Nachdem die Hibeg aber ihren Verzicht hierauf erklärt hatte, stimmte Hoffmann dann für die Kapitalerhöhung. In seinem Blatt erklärte er aber jetzt, daß er dies nie getan hätte, wenn er über die ganzen Hintergründe, und vor allem über die Nebenabreden, wahrheitsgemäß informiert worden wäre.

Mindert dies allein schon den Wert der von der Hibeg getätigten VFW-Einlage, so enthält der Einbringungsvertrag aber noch weitere Merkwürdigkeiten. Laut Deichner bestimmt Paragraph 10 Absatz 2, d (3) dieses Vertrags nämlich, »daß auf den Stichtag der Ausübung des Ankaufsrechts der Verkehrswert des angekauften Geschäftsanteils bzw. der angekauften Geschäftsanteile durch einen Wirtschaftsprüfer festzustellen ist. Weicht der durch Gutachten (ohne Berücksichtigung der Vorrechte der Hibeg) ermittelte Kaufpreis um mehr als 30 Millionen DM nach oben oder nach unten ab, so ergibt sich eine geänderte Kaufpreisfeststellung.«

Für die Zeit nach dem 1. Januar 1996 wurde dann von den Gutachtern aufgrund der »allgemein anerkannten Grundsätze der Unternehmensbewertung« für diesen Anteil nach der direkten Ertragswertmethode dann aber sogar nur noch ein Wert zwischen 70,2 und 81,9 Millionen DM errechnet.

Dies sieht Deichner als Beweis, daß die Sacheinlage niemals einen Gegenwert von rund 150 Millionen DM aufwies, sondern dieser Betrag in den Gutachten nur fingiert wurde, um billig an die jungen Aktien zu kommen. Dies ergebe sich auch daraus, daß sich die Hibeg nicht zum Ankauf des VFW-Anteils zu 150 Millionen DM bis Ende 1995 verpflichtet habe, sondern die Gutachter vielmehr sogar selber schreiben »bei einem unterstellten Ankauf durch die Hibeg« oder von einem »voraussichtlichen Ankaufspreis« sprachen.

Und warum soll die Hibeg etwas beispielsweise 1993 oder 1994 zu 150 Millionen DM kaufen, was sie wenige Jahre später zwischen 70,2 und 81,9 Millionen DM bekommt – und durch das ihr übertragene Vorkaufsrecht und die Übertragung der Gesellschaftsrechte ist auch sichergestellt, daß kein anderer Einfluß bei der VFW erlangen kann.

Ohne Rücksicht auf Recht und Ordnung

Als weitere Indizien dafür, daß der VFW-Anteil nur einen Bruchteil der genannten 150 Millionen DM wert ist, nennt Deichner die Tatsache, daß es bereits zum Zeitpunkt der Übertragung 1986 klar war, daß die MBB auf Jahre dividendenlos bleiben und 1986 ein Verlust in dreistelliger Millionenhöhe erleiden werden würde.

Deichner schreibt weiter: »Daß die Beklagten vor Durchsetzung der Kapitalerhöhung die Vorrechte der Beklagten zu 1) nicht offenkundig werden lassen wollten, entsprach ihrer Strategie, Kleinaktionäre und Registergericht ›glaubwürdig‹ zu täuschen unter Zuhilfenahme angesehener Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Die Formulierung in dem Einbringungs- und Abtretungsvertrag, ›die Einigkeit von Hibeg und BV über die vorstehend beschriebenen gesellschaftsrechtlichen Gegenstände konnte in dem Gesellschaftsvertrag der VFW nicht rechtswirksam dokumentiert werden, weil nach dem einverständlich Gewollten Änderungen gesellschaftsvertraglicher Vorschriften aufgrund von Umständen wirksam werden sollten, die einem Dritten, auch dem Registerrichter, nicht in der gebotenen Form erkennbar sein würden‹ offenbart, daß die Beklagte ohne Rücksicht auf Recht und Ordnung ihre gesteckten und verdeckten Ziele verfolgen.

Der Einbringungsvertrag vom 1. 10. 1986 enthält unter § 5 Nr. 1 eine vertragliche Regelung, nach der die Beklagte zu 2) im Falle der Kapitalerhöhung von MBB bei Nichterbringung eines diesbezüglichen Finanzierungsanteils verpflichtet werden kann, einer entsprechenden Änderung der Beteiligungsquoten an der VFW zuzustimmen. Tatsächlich ist, wie nicht anders zu erwarten, die Freie Hansestadt Bremen bereit, DM 40 Mio. aufzubringen, sollte im Zuge des Daimler-Benz-Engagements eine Kapitalerhöhung bei MBB vereinbart werden.

Sacheinlage im Wert von null Mark

Im gegebenen Fall würde das bedeuten, daß die Beteiligung der Beklagten zu 2) an der VFW von derzeit 74,9% auf 45% absinken könnte, mit der Folge, daß die Beklagte zu 2) nach dem 31. 12. 1995 keinesfalls mehr Anspruch auf einen Sitz im Aufsichtsrat von MBB zu beanspruchen hätte . . .

Die Auslegung des Einbringungs- und Abtretungsvertrags vom 1. 10. 1986 und des Gesellschaftsvertrags führt bei verständiger Würdigung zu der Feststellung, daß faktisch ein Beherrschungsvertrag zugunsten der Beklagten zu 1) zustande gekommen ist. Mit Ausnahme des Gewinnbezugsrechts ab dem 1. 1. 1988 hat die Beklagte zu 2) in der VFW keine Rechte von Belang, die sonst derjenige inne hat, der über 74,9% Geschäftsanteile verfügt.«

Damit hat die Sacheinlage für Bremer Vulkan nach Ansicht Deichners einen Wert von null Mark. Selbst wenn man, wie die Gutachter es getan haben, für die Sacheinlage eine Refinanzierungsmöglichkeit zu zinsgünstigen Konditionen ableitet und diese mit mindestens 0,5 Prozent von 150 Millionen DM (= 750 000 DM jährlich) ansetzt, ist dies kein Wert, »der bei objektiver Betrachtung dem 74,9 prozentigen VFW-Anteil innewohnt«. Denn bis zum 31. Dezember 1995 gerechnet, ergäbe

dies einen Barwert von – sage und staune – 5,105 Millionen DM – und das für junge Aktien im Gegenwert von knapp 150 Millionen DM.

Und nur ein dreiviertel Jahr später, am 26. Juni 1987, wurde eine neuerliche Kapitalerhöhung beschlossen, diesmal um 74 Millionen DM auf 296 Millionen DM. Hierbei wurde das gesetzliche Bezugsrecht für die Aktionäre nicht ausgeschlossen. Dadurch, daß der Bezugskurs allerdings bei 90 DM lag, der aktuelle Börsenkurs aber um einige Mark darunter, ergab sich aber ein faktischer Bezugsrechtsausschluß, da kaum ein Kleinaktionär eine junge Akte bezieht, wenn er die Altaktie billiger über die Börse kaufen kann.

Fairerweise muß hier aber gesagt werden, daß der Bremer Senat Börsengerüchten zufolge entgegen Deichners Ansicht versucht haben soll, den Kurs der Altaktie über 90 DM zu drükken, dies aber durch mehrere massive Verkaufsempfehlungen des »Effecten-Spiegels« verhindert wurde; dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß die im Hintergrund agierenden Großaktionäre letztendlich davon profitierten, da ihr Anteil am Vulkan immer mehr wuchs.

Der Bundespräsident wurde informiert

Es gäbe noch über mehr Eigentümlichkeiten zu berichten, so daß beispielsweise Abteilungsdirektor Lemhöfer vom Bundeskartellamt Deichner erklärt haben soll, daß die ABM die Vermögensverwaltungs-Gesellschaft Daimlers sei, daß die MBP-Software und System GmbH den Bremer Vulkan im Auftrag Daimlers wirtschaftlich überprüft haben soll, daß die VFW in einem Geschäftshaus, das MBB gehört, logiert, daß die Daimler-Benz-Tochter MTU im zentralen Verwaltungsgebäude des Vulkans sitzt und die AEG im ehemaligen Verwaltungszentrum, daß der Vulkan in Form alter Daimler-Werbung selber Werbung betreibt.

Dies alles dient nach Angaben Deichners nur dem Ziel, Daimler den Eintieg in MBB zu ermöglichen beziehungsweise ihnen weitere Anteile »zuzuschachern«. Die VFW habe dabei eine Strohmannfunktion inne. Dies wiege um so mehr, da Bundespräsident Richard von Weizsäcker mittelbar über die Robert Bosch GmbH zusammen mit der VFW an der ABM beteiligt sei. Und laut Deichner hat der damalige Bremer Vulkan-Aufsichtsratsvorsitzende Wilhelm Schneider ihm (Deichner) gesagt, »daß er selbst die Gesellschafter der ABM-Beteiligungsgesellschaft mbH, darunter Dr. Richard von Weizsäcker, über die Hintergründe der bevorstehenden Kapitalerhöhung beim Bremer Vulkan vom 30. September 1986 ins Bild gesetzt habe«.

Das Schweigen der Bonner Politiker

Deichner schreibt dazu: »Insbesondere am 16. 7. 1986 haben die verantwortlichen Organe der Beklagten gemeinsam mit den Vertretern der Treuarbeit anläßlich einer Besprechung im Hause der Beklagten zu 1) abgesprochen, den Großaktionär der Beklagten zu 2) zu verschleiern, um das gesteckte Ziel, rechtswidrige Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in der Bremer Vulkan AG durch einen Kapitalerhöhungsschwindel nicht zu gefährden . . .

Nach der Strategie der Beklagten, die mit dem Großaktionär und der Deutschen Bank abgestimmt war, sollte die Kapitalerhöhung vom 4. 3. 1986, bei der das Grundkapital von DM 88 Millionen auf DM 154 Millionen aufgestockt wurde, dazu dienen, die finanzielle Leistungskraft der Kleinaktionäre auszuschöpfen...

Es war das zwischen den Beklagten, dem Großaktionär der Beklagten zu 1) und der Deutschen Bank AG ausdrücklich vereinbarte Ziel, die prozentuale Beteiligung der Kleinaktionäre an der Firma der Beklagten zu 2) nach Möglichkeit auf Null zu reduzieren, was mit den gewählten Mitteln, nämlich einerseits Kapitalerhöhungen und andererseits das Bewirken eines Kursverfalls, zum Teil schon erreicht wurde.«

Und der Anteil der Politiker liege darin, daß sie zum einen (Bundesregierung) wüßten, wer der Großaktionär des Vulkans ist, und zum anderen (Bremer Senat) aktiv an dem »Kapitalerhöhungsschwindel« beteiligt seien. Aus diesem Grunde hat Deichner auch gegen mehrere führende Politiker, darunter Bundespräsident von Weizsäkker, Bundeskanzler Kohl und den früheren Bundeswirtschaftsminister Bangemann Klagen wegen »Beteiligung am Kapitalerhöhungsschwindel« erhoben.

Gerüchte wollen jetzt wissen, daß die Hibeg bereit sein soll, falls Daimler eine Autoproduktion nach Bremen legt, dem Konzern im Gegenzug auch die restlichen Anteile an der VFW und damit mittelbar weitere 2,51 Prozent an MBB zu überlassen.

In jüngster Zeit ist der Kurs der Bremer Vulkan-Aktie bei Riesenumsätzen steil um rund 20 Prozent angestiegen. Laut Börsengerüchten kauft Daimler jetzt den diversen Strohmännern, die vorher im Daimler-Auftrag Vulkan-Aktien gekauft hätten, diese ab, um dann »wahrheitsgemäß« behaupten zu können, man habe die Aktien ganz offiziell über die Börse gekauft.

Das alles kann heute jedem passieren

Verschwiegen werden soll nicht, daß Deichners Klage gegen die Hibeg und den Bremer Vulkan vom Landgericht Bremen abgewiesen wurde. Deichner, der als früherer Amtsgerichtsdirektor und jetzt zugelassener Anwalt auf diesem Gebiet firm ist, wirft dabei dem Richter Rechtsbeugung vor und geht deswegen gegen diesen auch vor. Es hat sich in der Vergangenheit leider mehrfach gezeigt, daß das alte Sprichwort »Vor Gericht und auf hoher See ist alles möglich« leider oft genug zugunsten des Großkapitals stimmt.

Deichner hat gegen die Landgerichts-Entscheidung Widerspruch beim Oberlandesgericht Bremen eingereicht, über die wahrscheinlich im Sommer dieses Jahres entschieden werden soll. Gleichzeitig hat Deichner aber beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde gegen den Fall eingereicht, und den mit der Eilbedürftigkeit der Sache begründet. Doch auch diese ist bis nach dem ordentlichen Gerichtsweg (nach dem Oberlandesgericht muß auch noch der Bundesgerichtshof angerufen werden) zurückgestellt worden.

Sollte dies alles stimmen, was Deichner bei seinen langwierigen Recherchen und mit teilweise abenteuerlich anmutenden Mitteln in Erfahrung gebracht hat – und vieles spricht dafür –, dann wäre dies ein weiterer Beweis dafür, wie rücksichtslos und wie geschickt das Großkapital mit dem »kleinen Mann«, in diesem Fall den Kleinaktionären des Bremer Vulkan, umgeht, wenn es ihre Interessen »nötig« erscheinen lassen. Da dies jedem passieren kann, haben wir den Fall auch so ausführlich geschildert, da er einen sehr guten Einblick in die Vorgehensweise des Großkapitals bietet.

Großkonzerne haben ganze Staaten in der Hand

Und was das schlimmste ist: Durch die verdammenswerte Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes ab 1993 schreitet die Konzentration der Wirtschaft auf einige wenige Großkonzerne immer weiter voran. Man muß nur den Wirtschaftsteil der Zeitungen etwas intensiver lesen, dann fällt einem zwangsläufig ins Auge, daß die Übernahmen mittelständischer Betriebe durch Großunternehmen in schon extrem zu nennendem Maße zugenommen haben. Und dies ist nur der Anfang. Je näher der Termin 1993 rückt, um so schärfer werden die Übernahmekämpfe werden, und mehr und mehr wird der Mittelstand verschwinden.

Doch jeder auch nur etwas an Wirtschaft Interessierte weiß, daß ein gesunder Mittelstand das A und O eines gesunden Staates ist. Denn auch heute noch, trotz fortschreitender Konzentration, stellt der Mittelstand den Großteil der Beschäftigten. Und dadurch ist vor allem auch der Staat weniger erpreßbar, als wenn einige wenige Großkonzerne es in der Hand haben, den Arbeitsmarkt und damit das Wohl einer ganze Region oder sogar eines ganzen Staates in die eine oder andere Richtung laufen zu lassen. Von daher müßte der Kampf gegen ein vereintes Europa, zumindest eines mit den derzeitigen Vorzeichen, ganz oben auf der Liste jedes national eingestellten Deutschen stehen. □

Banker-Journal

Philippinen einigen sich mit dem IWF

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Aquino-Regierung der Philippinen haben die Differenzen über die Wirtschaftspolitik des Landes, die im Dezember 1988 eine Vereinbarung über ein Darlehen von 1,3 Milliarden Dollar verhinderten, begraben. Die Vereinbarung, die im Grundsatz zwischen Prabhabar Narvekar, dem Direktor der asiatischen Abteilung des IWF, und Vincente Jayme, dem philippinischen Finanzminister, getroffen wurde, öffnet die Tür zu einer Wiederaufnahme von Gesprächen mit Schuldnern der Handelsbanken über bis zu 1,6 Milliarden Dollar an neuen Krediten.

Der Schwerpunkt der Vereinbarung liegt auf einem Darlehen in Höhe von 900 Millionen Dollar, das darauf abgestimmt ist für die kommenden drei Jahre die Lükke in der Zahlungsbilanz des Landes zu schließen.

Außerdem gehört dazu ein Kredit von 400 Millionen Dollar, den das Land in Anspruch nehmen kann, um die Auswirkungen starker Schwankungen in den Verbrauchsgüterpreisen wettzumachen.

Aber andere mögliche Geldverleiher und Spender stehen schon in den Startlöchern. Manila hat Handelsbanken um 1,8 Milliarden Dollar an Neudarlehen ersucht. Es will fast 700 Millionen Dollar in Zinszahlungen, die in diesem Jahr an den Klub von Paris, einen privaten Handelsbankenkonzern, fällig werden, umstrukturieren. Die Umplanung der an den Klub von Paris fälligen Schulden wird allerdings warten müssen bis ein neues Paket mit dem IWF unterzeichnet ist.

Eine IWF-Mannschaft wird in der nächsten Zeit die Philippinen besuchen, um für die Fonds-Leitung einen Bericht zu erstellen. Beide Seiten haben aber bereits im Grundsatz ein Abkommen über das zulässige Defizit des öffentlichen Sektors, die voraussichtlichen Steuereinnahmen, die angestrebte Wachstumsrate und Maßnahmen zur Sicherstellung von Investitionen auf dem Sektor – das heißt über eine Form von einschneidenden Sparprogrammen – getroffen.

Dieses Abkommen deutet ganz eindeutig darauf hin, daß Präsidentin Corazon Aquino die Argumente einiger ihrer Regierungsmitglieder und Politiker des Landes zurückgewiesen hat, die empfahlen, daß es besser sei, wenn das Land die Rückzahlung der Schulden begrenzen würde. □

Opiumkrieg im goldenen Dreieck

Die größte Opiumernte, die jemals in der burmesischen Sektion des »goldenen Dreiecks« eingebracht wurde, löste Kämpfe unter fünf Armeen in der Region aus. Der Korrespondent des Londoner »Observer«, Andrew Drummond, legte den Bericht aus Chiang Mai im nördlichen Thailand vor. Drummond selbst wird von einigen Leuten mit dem Flügel der burmesischen »Opposition« in Zusammenhang gebracht, von der man weiß, daß sie mit Drogen handelt.

Drummond war darum auch in der Lage, mit dem im nördlichen Burma ansässigen »Opium-König« Khun Sa auf dem befestigten Stützpunkt seiner volkschinesischen Shan-Armee nahe der burmesisch-thailändischen Grenze ein Gespräch zu führen. Die Thai-Regierung hat einen Preis von 25 000 Dollar auf Sas Kopf ausgesetzt.

Burmesische Kommunisten, das thailändische Militär, die Shan-Armee und, so behauptet Drummond, »die Überbleibsel der chinesischen Kuomintang-Nationalisten« befinden sich alle im Kriegszustand wegen 2000 Tonnen Rohopium, die zum Transport und Verkauf bereitstehen. »Dies ist jetzt ein Kampf, um die Beherrschung der thailändischen Grenze«, sagte Khun Sa. »Wenn wir siegen, dann haben wir die Kontrolle über 80 Prozent des Opiums im goldenen Dreieck.«

Einer der Gründe für die reichhaltige Ernte sei darin zu sehen, daß die burmesische Regierung, durch Unruhen und Katastrophen gelähmt, den Bauern im Staat Shan gesagt habe, sie könnten ihren traditionellen Opiumanbau wieder aufnehmen. Alle westlichen Nationen haben wegen »Verletzungen der Menschenrechte« die Wirtschaftshilfe für Burma eingestellt, und die USA haben alle Hilfsleistungen zur Drogenbekämpfung storniert.

»Dies bedeutet, daß die Ernte, die erwartungsgemäß etwa 1200 Tonnen betragen sollte, jetzt etwa 2000 Tonnen sein dürfte«, sagte Khun Sa – genug um den amerikanischen Heroinmarkt zehn Jahre lang zu versorgen.

Burmesische Bauern bestätigten, daß die Regierung ihnen zugesagt habe, niemand würde für den Anbau von Opium bestraft. Sie behaupten allerdings, daß die Ernte eigentlich etwas geringer als im Vorjahr ausgefallen sei. □

Der IWF und seine Politik des Völkermords

Die führende Zeitung Venezuelas »La Nacion« veröffentlichte einen Artikel unter der Überschrift »Der IWF hat den Tod von Millionen Menschen der dritten Welt verursacht«. Der Bericht basiert auf dem Rücktrittsschreiben von Davison Budhoo an den Internationalen Währungsfonds (IWF). Budhoo, ein langjähriger Mitarbeiter des IWF und Vertreter des Fonds in mehreren Ländern, enthüllte, daß es die Politik sei, die Wirtschaft der unter dem IWF-Diktat stehenden Länder zu zerstören. Das Diktat beruht auf der Politik der Anleihe-»Konditionalitäten« im Rahmen der »Bevölkerungskontrolle, das heißt, einer Politik des Völkermords gegenüber der dritten Welt«.

Aus seiner eigenen Erfahrung heraus schildert Budhoo im einzelnen wie der IWF seine Daten über die Volkswirtschaften von Trinidad und Tobago gefälscht habe, um die Vorschriften der Völkermords-Politik einzuhalten.

»La Nacion« veröffentlichte auch Budhoos Bericht über die persönlichen Nöte, die er durchmachen mußte, bevor er sich schließlich dazu entschloß, seinem Gewissen zu folgen und von seinem mit 145 000 Dollar pro Jahr dotierten Posten zurückzutreten. □

Neuer Bestechungsskandal in Japan

Einer der angesehensten japanischen Industriellen, der 78jährige Dr. Hisashi Shinto, wurde in seinem Krankenhausbett unter der Anklage der »Verschwörung zur Annahme von Bestechungsgelder« verhaftet und in das Tokioer Gefängnis eingeliefert. Er ist das jüngste Opfer im Handelsskandal Recruit-Cosmos. Sein langjähriger Mitarbeiter, der 63jährige Kozo Murata, wurde ebenfalls festgenommen.

In dem Skandal wurden Politiker und andere Persönlichkeiten beschuldigt, Tips für den Ankauf von Recruit-Aktien als Gegenleistung für verschiedene Gefälligkeiten gegenüber der Firma entgegengenommen zu haben.

Dr. Shinto hatte zwar selbst keine Recruit-Aktien gekauft, aber er war als Leiter von Nippon Telegraph and Telephone – der größten Firma der Welt – im Dezember 1988 zurückgetreten, als bekannt wurde, daß sich etwa neun Millionen Yen an Profiten von Recruit-Cosmos auf seinem persönlichen Bankkonto befanden.

Die Verhaftung einer solchen Persönlichkeit wie Shinto trägt den Skandal auf eine höhere Ebene, auf der Japans politische und wirtschaftliche Nachkriegsstruktur unmittelbar bedroht wird. Experten nennen darum diesen Vorgang nicht nur eine »Regierungskrise«, sondern eine »Krise des Systems«.

Shinto war für sein effizientes Management und sein sauberes Image bekannt. Er wurde von dem ehemaligen Premierminister Nakasone 1981 ersucht, seinen Pensionärsstatus aufzugeben und Nippon Telegraph and Telephone zu übernehmen, die

damals privatisiert wurde. Shinto war der unumstrittene Führer der Schiffbauindustrie, einer der Industrien, die am meisten zur Wiederherstellung des Landes nach dem Krieg beigetragen haben.

Indessen baut sich gegen den japanischen Premierminister Noboru Takeshita »eine Meuterei« auf. Buchmacher übernehmen Wetten, wie lange die Takeshita-Regierung und Partei überleben wird, da die Unterstützung durch die Bevölkerung ständig weiter zurückgeht. □

Die Probleme Mexikos mit dem Schuldendienst

In einem bemerkenswerten Überblick über die ibero-amerikanische Schuldenkrise berichtete die US-Zeitung »Baltimore Sun«, daß nach einer Schätzung Mexiko einen höheren prozentualen Anteil seines Bruttosozialprodukts für den Schuldendienst bezahlt als Deutschland in der Weimarer Zeit an Kriegsreparationen zahlen mußte, was zum Aufstieg Hitlers und letztendlich zum Zweiten Weltkrieg führte. Die Zeitung berichtete, daß die mexikanischen Reallöhne in fünf Jahren um 50 Prozent gefallen sind. »Viele Familien haben einmal im Monat Fleisch, und Unterernährung bei den Kindern ist epidemisch.«

Mitglieder des US-National Security Council »sollen vor allem über die Lage in Venezuela schockiert sein, und einige Regierungsmitglieder der Regierung empfinden die sich verschlimmernde Lage in Mexiko als besonders alarmierend«, heißt es in dem Artikel.

Aber anstatt Lösungen zu empfehlen, die eine Wiederholung der dreißiger Jahre abwenden könnten, zitiert die »Baltimore Sun« diese schrecklichen Geschichten, um fragwürdige Schuldenreduzierungsvorschläge voranzutreiben, von denen die Banker begünstigt würden, während die Wirtschaft der Region weiter ins Elend gestürzt wird. □

Opposition gegen den IWF wächst

In einem Beitrag in der »International Herald Tribune« wird berichtet, daß die Opposition zum Internationalen Währungsfonds (IWF) in einem derartigen Ausmaß wächst, daß einige der dort Beschäftigten jetzt sagen, sie hätten bei ihrer Arbeit für den IWF ein »Bunkergefühl«. Verschiedene Mitarbeiter des Fonds glauben, daß der IWF »in erheblichem Ausmaß zum Sündenbock gemacht wird«.

Der Generaldirektor des IWF, Michel Camdessus, weist eindringlich darauf hin, daß der IWF nicht »die Rolle des Sündenbocks spielen wird, um das Leben der Politiker zu erleichtern«, ob in Venezuela oder in irgendeinem anderen Land. Er sagt, es habe keinen Zweck, auch ernsthaft mit jenen zu reden, die behaupten, der IWF sei für die inneren Unruhen in den Schuldnerländern verantwortlich, da solche Leute in einem »künstlichen Universum« leben. □

Kairo verlangt Schuldenkonferenz

Eine »Kairo-Konferenz« aller verschuldeten Länder der dritten Welt sollte abgehalten werden, empfielt die in Paris ansässige arabische Wochenzeitung »Koll al Arab«. In einem Artikel wird gegen das »Abwarten-und-Tee-trinken«-Verhalten der ägyptischen Regierung polemisiert und warnend darauf hingewiesen, daß Kairo in der gegenwärtigen Situation mit zwei Optionen konfrontiert wird: Erstens, sich allen Sparprogrammen und Forderungen des IWF zu unterwerfen, wodurch eine Lage herbeigeführt werde, in der die Armee gegen eine revoltierende Bevölkerung ausschwärmen muß, wie das in Venezuela geschieht; oder zweitens, Zeit zu gewinnen durch Weigerung, den Forderungen des IWF nachzukommen, wodurch eine Lage geschaffen werde, in der die USA schließlich die Hilfeleistungen kürzen müssen.

»Koll al Arab« empfiehlt der ägyptischen Führung, einige der außenpolitischen Initiativen aus der Zeit zu erneuern als Ägypten und Indien die Non-Aligned-Movement (Nichtanpassungs-Bewegung) anführten, und eine Tagung einzuberufen, die man die »Kairo-Konferenz der verschuldeten Länder« nennen sollte. Auf dieser Konferenz sollten genaue Pläne und Vorschläge ausgearbeitet werden, wie die Rückzahlung der Schulden umgeplant und vertagt werden kann.

Der Aufruf erfolgt zu einem Zeitpunkt, wo Kairo von Washington sowohl wegen seiner Weigerung, sich der IWF-Politik zu unterwerfen als auch wegen seiner militärischen Industrie angegriffen wird. Der Nahost-Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats kritisierte Ägypten wegen seiner Zusammenarbeit mit Brasilien und Argentinien bei der Entwicklung von Mittelstreckenraketen wie auch wegen seiner angeblichen Arbeit an chemischen Waffen. □

Alan Garcia verlangt Einstellung der Schuldenrückzahlung

»Die richtige Entscheidung meiner Regierung bestand darin, die Schuldenrückzahlung zu begrenzen«, sagte der peruanische Präsident Alan Garcia. Die Explosion in Venezuela sei ein Beispiel für Länder, die immer noch die Schulden zurückzahlen wollen, ganz gleich was geschieht, und wenn die venezuelische Regierung Perus Politik der Nichtzahlung an Gläubiger übernommen hätte, dann hätte Venezuela heute 15 bis 20 Milliarden Dollar mehr an Reserven, statt lediglich sechs Milliarden, die restlos für die Bezahlung von Schulden und Zinsen verplant sind.

Garcia rechtfertigte Perus Nichtzahlung an die Inter-American Development Bank und fragt, warum Peru 101 Millionen Dollar zahlen soll, um nur 17 Millionen Dollar an Neukrediten zu bekommen. Auf Vorwürfe, er habe Peru von den Banken »isoliert«, erwiderte er: »Wir glauben, daß derjenige isoliert ist, der seine Dollar bei Zahlungen verliert, ohne irgend etwas als Gegenleistung zu bekommen. Wir können beruhigt sagen, daß wir zumindest unsere Reserven verzehrt haben.«

»Peru«, sagte Garcia, »hat den Gedanken vorgetragen, die meisten Ausfuhr-Dollar für notwendige Einfuhren zurückzubehalten. Wenn Peru den Schuldendienst abgezahlt hätte, dann hätten wir keine Reserven, und das Land hätte nicht so wachsen können wie es in den Jahren 1986 und 1987 geschah. Wir hätten dem IWF ein Schreiben zusenden müssen, indem wir hätten eingestehen müssen: ›Hilfe, IWF, kommt und macht mit uns was ihr wollt!‹«

Garcia sagte weitere erzwungene Zahlungseinstellungen voraus, und meinte, die einzige Lösung sei ein neuer Währungs-Fonds für Entwicklung. □

Schwarze Südafrikas gegen Wirtschaftssanktionen

Wirtschaftssanktionen und Gewalt zur Überwindung der Apartheid lehnt die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung Südafrikas ab. Einer von der britischen Zeitung »The Independent« veröffentlichten Meinungsumfrage zufolge, die in von Schwarzen bewohnten Städten durchgeführt wurde, verurteilen 61 Prozent Gewaltaktion gegen die Regierung.

78 Prozent der Befragten äußerten den Wunsch, daß ausländische Firmen Südafrika nicht verlassen. Ein großer Teil von ihnen ist der Auffassung, daß die Firmen zur Abschaffung von Diskriminierung beitragen. 58 Prozent sorgen sich um Arbeitslosigkeit, aber nur 13,5 Prozent um die alltägliche Apartheid. □



Geld

Das Dilemma mit der Inflation

C. Gordon Tether

Steht uns eine Rückkehr der zweistelligen Inflationsraten bevor? Zu Beginn der achtziger Jahre belief sich die Inflation in den großen Industrieländern auf jährlich um die 12 Prozent. Einigen wenigen Ländern dieser Kategorie – Japan und Deutschland zum Beispiel – war es gelungen, sie einstellig zu halten.

Aber in einigen anderen Ländern schritt die Inflation so munter fort, daß man annehmen konnte, sie würde ihnen bald ebenso aus den Händen gleiten wie das im allgemeinen bei den weniger entwickelten Ländern der Fall war und übrigens immer noch ist.

Das Übel kommt aus den USA

Amerikas eigene Inflationsquote lag mit rund 14 Prozent gut über dem Durchschnitt, während die Großbritanniens nicht weit unter der Zwanzig-Prozent-Grenze lag.

Glücklicherweise starteten die schrittmachenden Länder dann einen konzertierten Vorstoß, um das Übel durch eine Vielfalt von Änderungen in der Politik auszumerzen. Unterstützt durch eine wesentliche Senkung der Preise für Brennstoffe und andere Grundverbrauchsgüter, funktionierte dies so gut, daß um die Mitte der achtziger Jahre herum eine reale Aussicht bestand, daß zum ersten Mal seit der Zeit vor Beginn des Zweiten Weltkrieges eine volle Rückkehr zur dauerhaften Preisstabilität bald erreicht werden würde.

So belief sich 1986 die Preissteigerung in der industriellen Welt im Schnitt auf bloße 2,5 Prozent. Einige Länder verzeichneten in dem Jahr sogar einen Netto-Preisrückgang, und die Vereinigten Staaten erzielten eine Preissteigerung von weniger als zwei Prozent.

Schließlich wurde aber das verheißene Land der monetären Stabilisierung, abgesehen von ganz wenigen Fällen, niemals erreicht. Im ganzen gesehen wurde die Verlangsamung des Auftriebes der Preise ungefähr um die gleiche Zeit gestoppt und schlug kurz darauf tatsächlich um. Jedoch war die Verschlechterung eine Zeitlang von allzu bescheidener Größenordnung, um Unruhe hervorzurufen.

Erst in den vergangenen zwölf Monaten trat sie ausreichend deutlich hervor, wobei aus den Vereinigten Staaten Preissteigerungen im Bereich von vier bis fünf Prozent pro Jahr gemeldet werden und in Großbritannien fast der Stand von sieben Prozent erreicht wurde, so daß doch Unruhe hervorgerufen wurde.

Wir müssen uns jetzt fragen, es ist traurig zu sagen, ob sich nicht eine neue inflationäre Bewegung von jener Art, die Ende der siebziger Jahre eine weltweite Wirtschaftskrise hervorrief, sich zu uns auf den Weg gemacht hat.

Die einzige Waffe besteht in höheren Zinsen

Es ist klar, daß die Zentralbanken-Gemeinde zumindest halbwegs davon überzeugt ist, daß diese Gefahr nicht länger unterschätzt werden darf. Die derzeitige Begeisterung der Zentralbanker für die Entfaltung der einzigen Waffe zur Abwehr der Inflation, die sie immer noch für zuverlässig halten – das Hochdrücken der Zinsfüße –, deutet darauf hin.

Wie groß ihr Erfolg bei diesen Bemühungen sein wird, hängt wesentlich davon ab, wie weit sie ihre politischen Herren davon überzeugen können, daß die von der Inflation her drohende Gefahr ernsthaft genug ist, eine Verringerung des Wirtschaftswachstums in Kauf zu nehmen, um die Gefahr zu bannen.

Von den kürzlich erfolgten Meinungsaustauschen zwischen der neu gebildeten amerikanischen Bush-Regierung und der Federal Reserve Bank her gesehen, hat es den Anschein, daß man die Dinge in den Vereinigten Staaten nicht als leicht betrachtet, und offensichtlich hat sich in Deutschland und anderen führenden Industrieländern eine ähnliche Einstellung entwickelt.

Man sollte jedoch gleichwohl erkennen, daß eine Entmutigung der Ausgaben durch Hochdrükken der Kosten für das Leihen von Geldern, um diese zu finanzieren, vielleicht nicht mehr das mächtige Gegenmittel gegen die Steigerung des Inflationsdrucks ist. Die Bankengemeinschaft hat versucht, jeden davon zu überzeugen, daß es das ist; was nur mit anderen Worten besagt, daß, selbst wenn sie bei ihrem Ringen mit wachstumsbewußten Politikern die Oberhand behalten sollten, die neue Inflationsgefahr nicht unbedingt sofort gebannt werden wird.

Höheren Zinsen folgen höhere Löhne

Ein Grund dafür ist zu sehen, daß ein Verlassen auf hohe Zinsfüße zur Eindämmung der Inflation in dem Ausmaß wie das bei dem Behördentum derzeit der Fall ist, bis zu einem gewissen Punkt gegenproduktiv sein muß. Zinskosten sind heutzutage ein viel größeres Element in den Lebenshaltungskosten als das in der Vergangenheit der Fall war. Sie nach oben zu schrauben stärkt daher unvermeidlich die Forderung nach höheren Löhnen und Gehältern, wodurch die Geldseite der Gleichung Geld-Waren erhöht wird.

Im Falle der Vereinigten Staaten haben erhöhte Zinssätze auch eine besonders inflationäre Wirkung auf die Haushaltssituation, da das Land sich in den letzten Jahren der Außenwelt gegenüber so tief verschuldet hat. Und es ist unnötig zu sagen, daß das US-Haushaltsdefizit bereits als wesentlicher Faktor angesehen wird, der mit zu der Tendenz beiträgt, daß die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen dem Angebot den Rang abläuft.

Da ist noch ein weiterer Punkt: Jede Tendenz zur Erweiterung der Lücke in der Rückzahlung der amerikanischen Auslandsschulden als Folge erhöhter Zinszahlungen an andere Länder übt zwangsläufig einen Druck auf den Dollar nach unten aus; eine Entwicklung, die wiederum den Kräften Auftrieb geben könnte, die die Inlandspreise nach oben treiben.

Nicht weniger relevant ist die Tatsache, daß, dank der massiven Kreditbeschaffung in der die internationale Bankengemeinde in den achtziger Jahren schwelgte, wir heute in einer Welt leben, die mit flüssigen Geldern geradezu überschwemmt wird. Denn die in der Vergangenheit gemachte Erfahrung zeigt, daß der Erfolg eines Programms zur Bekämpfung der Inflation ebenso stark davon abhängt, es schwieriger zu machen, zu einem Kredit zu kommen, wie davon, den Preis dafür für den Kreditnehmer zu erhöhen.

Vorgewarnt heißt, vorgewappnet zu sein

Was jetzt zutage tritt, ist die Tatsache, daß die Inflationsgefahr allmählich bedrohlicher wird in Ländern wie die Vereinigten Staaten und Großbritannien, die es versäumt haben, auf ihren Erfolgen der früheren achtziger bei der Bekämpfung der Inflation aufzubauen. Glücklicherweise ist es unwahrscheinlich, daß sich in der ersten Hälfte von 1989 so etwas wie ein größerer Ausbruch ereignen wird.

Um das eintreten zu lassen, müßten die breite Öffentlichkeit und die Geschäftswelt vor allem »inflationäre Erwartungen« in einem viel größeren Ausmaß zur Schau tragen, als sie dies tun, das heißt, wenn man dies nach der jüngsten lustlosen Nachfrage nach Gold, der anerkannten Inflations-Schutzhecke, beurteilt.

Aber es wird ganz klar notwendig sein, diesen Aspekt der Wirtschaftslage von nun an genauer im Auge zu behalten. Vorgewarnt zu sein heißt, vorgewappnet zu sein. □

Schuldenkrise

Der Steuerzahler wird zur Kasse gebeten

C. Gordon Tether

Die Methoden, die angewendet werden, um mit der Schuldenkrise der dritten Welt fertigzuwerden, haben das wirtschaftliche Wohlergehen lateinamerikanischer Länder ruiniert. Und die beunruhigenden Nebenwirkungen auf die westlichen Industriestaaten – vor allem auf die Vereinigten Staaten – können nur durch neue Forderungen an die Steuerzahler in Grenzen gehalten werden.

Als die Schuldenkrise der dritten Welt Anfang der achtziger Jahre erstmals ausbrach, wurde offensichtlich, daß ihre Auswirkungen für die Gesundheit der Banken in den entwickelten Ländern, die einen Großteil der darin verfangenen Anleihegelder bereitgestellt hatten, verheerende Folgen haben würde. Einige amerikanische Großbanken wurden in der Tat nur durch massive Stützungsmaßnahmen, die größtenteils mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, vor einem sofortigen Zusammenbruch bewahrt.

Rückgriff auf Reserven und Gewinne

Viele andere hatten sich auf der gleichen Rutschbahn zur Katastrophe wiedergefunden, wäre das Vertrauen ihrer Anleger in ihre Stabilität nicht durch die Mitteilung des Federal Reserve Bord, der US-Bundesbank, verstärkt worden, daß für alle bedeutenden Banken, die es nötig haben, automatisch Fangnetze aufgehalten würden.

In den seither verflossenen Jahren haben sich die betroffenen Banken mit Maßnahmen beschäftigt, um die Auswirkungen der Wellen, die durch das übermäßige Borgen der dritten Welt hervorgerufen wurden, dadurch zu mildern, daß sie auf Reserven und Gewinne zurückgriffen, um den Buchwert des von ihnen erworbenen verwundbaren Wertpapiers abzuschreiben.

Als flankierende Maßnahme erfolgte ein konzertierter Vorstoß der Zentralbankengemeinde, um eine direkte Nichterfüllung seitens der Schuldnerländer durch Mobilisierung der Ressourcen der internationalen offiziellen Institutionen – vor allem der Weltbank und des Internationalen Währungs-Fonds – auf ein Mindestmaß zu beschränken, um ihnen zu helfen, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Das Ergebnis dieser Bemühungen besteht darin, daß die Gefahr eines Zusammenbruchs des internationalen Bankwesens unter dieser Belastung jetzt weit hinter uns liegt. Dies ist offensichtlich eine beruhigende Sache für Anleger in Handelsbanken in den Vereinigten Staaten und anderswo in der entwickelten Welt. Aber dies bedeutet nicht, und das sollte man erkennen, daß das Schuldenproblem der dritten Welt etwa aufgehört hätte, für die Völker der entwickelten Länder ein Gegenstand der Besorgnis zu sein.

Eine Schuldenkrise-Strategie, die ihr Schwergewicht darauf legt, das internationale Bankwesen über Wasser zu halten, bedeutet offensichtlich, die Schuldnerländer in einer Lage zurückzulassen, in der sie sich in einer Umwelt wachsender Schwierigkeiten um sich selbst kümmern müssen. Das Endergebnis liest sich in der Tat sehr traurig. Es ist nicht nur so, daß der wirtschaftliche Fortschritt in der allgemeinen Entwicklung dieser Länder um 10 bis 20 Jahre zurückgeworfen wurde.

Es ist auch so, daß die Verschuldung, die sie in erster Linie in so eine miese Lage gebracht hat, weiterhin schnell angestiegen ist. Zusammen schulden sie jetzt fast doppelt so viel als zu dem Zeitpunkt, als die Krise erstmals ausbrach, wobei sich die Differenz zu einem großen Teil durch die nichtgezahlten Zinsen erklärt, die ihren Schulden hinzugerechnet wurden, weil sie ebensolange ganz oder teilweise mit ihren Zahlungen im Rückstand blieben.

Häßliche Flecken in der Weltwirtschaft

Dies ist eine Lage, von der man sehr wohl sagen kann, daß sie den Völkern der entwickelten Länder allein schon aus humanitären Gründen Anlaß zur Besorgnis gibt.

Denn es gibt viele Beweise dafür, daß der häßliche Fleck auf der Weltwirtschafts-Landschaft, zu dem die Schuldenkrise inzwischen geworden ist, direkt und ziemlich ernsthaft die Interessen der Gläubigerländer zu gefährden beginnt.

Es gibt auch zwei Hauptgründe dafür: Der erste und offensichtlichere Grund besteht darin, daß der Zustand einer mehr oder weniger dauerhaften Verarmung, zu der viele der Schuldnerländer jetzt verurteilt sind, durch die Schuldenprobleme und die wirtschaftliche Stagnation, die ihnen das Ringen mit diesen Problemen auferlegt hat, unweigerlich eine scharfe und dauerhafte Schrumpfung ihrer Exporte aus den Gläubigerländern hervorruft. Dies wiederum wirkt als Bremse von wachsender Bedeutung für das Wirtschaftswachstum in der entwickelten Welt, mit Folgen für den dortigen Stand der Arbeitslosigkeit, die man nicht sonderlich zu unterstreichen braucht.

Der zweite Grund, warum die Völker der Gläubigerstaaten Anlaß zu steter Besorgnis über die Krise in der Dritten Welt haben, ist von besonderer Bedeutung für die Amerikaner, angesichts der Tatsache, daß ihre nächsten Nachbarn in Lateinamerika zu den Ländern mit den bedrückendsten Schuldensorgen zählen.

Die Folgen der Schuldenlasten

Dies wurde durch Jean Naneth, einem erfahrenen Wirtschaftler an der Weltbank, auf den Punkt gebracht, als er kürzlich warnte, daß die Alternative zu einer schnellen Handlung seitens der Gläubigerländer an der Front der Schuldenkrise darin besteht, »an ihren Grenzen oder an ihren Küsten mit wirtschaftlicher Stagnation, mit politischen und sozialen Unruhen, und mit Strömen von Flüchtlingen, die unweigerlich damit einhergehen, konfrontiert zu werden«.

Dies bedeutet, daß viele Regierungen unter Druck geraten werden, umfassende Hilfsmaßnahmen einzuleiten, unter Verwendung von Geldern, die der Öffentlichkeit aus der Tasche gezogen werden. Nachdem sie schon so viele Schwierigkeiten auf sich genommen haben, um die Handelsbanken aus der Bredouille, in die sie sich durch ihre übermäßigen Geldverleihungen selbst gebracht haben, herauszubringen, sollten sie darauf bestehen, daß diese Institutionen jetzt die Verantwortung zur Zahlung des Papiers übernehmen.

Schließlich geschah es vor allem, weil sie die monetaristischen Exzesse der Reagan-Regierung ausbeuteten, um ihre Zinsforderungen himmelhoch zu treiben, daß die Schuldenkrise der dritten Welt zum Ausbruch kam. Seitdem haben sie wenig getan, um die Zinssätze wieder auf ein angemessenes Niveau herunterzudrücken. □

Drogenhandel

Das Kartell der Banker und Gangster

James Harrer

Der Drogenhandel ist ein weltweites Kartell, in dem korrupte Beamte, Banker, Versandmagnate und opportunistische Zeitungsverleger eng mit Schmugglern und Gangstern zusammenarbeiten. Der Drogenhandel wird von oben nach unten gesteuert.

Neue Beweise hierfür kommen täglich ans Tageslicht. Zum Beispiel meldete die Federal Reserve Bank in Los Angeles einen Bargeldüberschuß von 3,8 Milliarden Dollar im Jahr 1988, eine Bestätigung dafür, daß das Gebiet ein Drogen- und Geldwäschezentrum ist, das mit Süd-Florida wetteifert.

Die Kassen der Banken sind voll

Der Bargeldüberschuß von 3,8 Milliarden Dollar stellt einen ungeheuren Anstieg von 2200 Prozent seit 1985 dar, als der Bargeldüberschuß dort noch bei 165 Millionen Dollar lag. Im Gegensatz dazu fiel der Bargeldüberschuß in Miami im Jahr 1988 von einem Hoch im Jahr 1985 von 6 Milliarden Dollar auf 4,8 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr.

Amerikanische Vollstreckungsbeamte betrachten die Statistik der Federal Reserve Bank als zuverlässigen Indikator der Drogengeldwäsche-Aktivitäten. Ein Überschuß wird erzeugt, wenn Banken in der Gegend mehr Bargeld-Einlagen bekommen als für die normale Geschäftsführung benötigt werden.

Aber es gibt einen Silberstreifen am Horizont. US-Präsident George Bush hat den Krieg gegen die Drogen an die Spitze der Dringlichkeitsliste für seine Regierung gesetzt, und jenen, die sich in den internationalen Handel mit Drogen und Geld eingelassen haben, wird langsam klar, daß dies der Anfang vom Ende sein könnte.

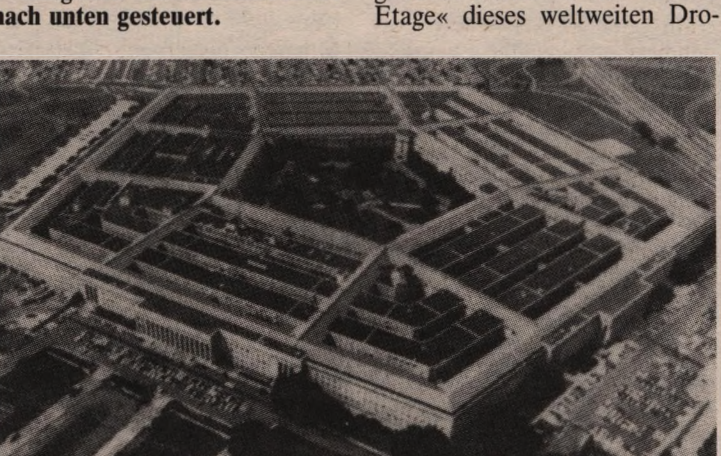
In der jüngsten Anklagerunde des US-Bundesgerichts gab Generalstaatsanwalt Thornburgh auf einer Pressekonferenz in Washington die Beschlagnahme einer halben Tonne Kokain und mehr als 45 Millionen Dollar an Bargeld, Juwelen und Immobilien, die in direktem Zusammenhang mit dem berüchtigten kolumbianischen Kokainkartell Medellin stehen, bekannt.

Thornburgh teilte auch mit, daß amerikanische Bundesbeamte tätig wurden, um Beschlagnahmungsbefehle für bis zu 412 Millionen Dollar an Einlagen in 16 Banken in Atlanta, Miami, New York und San Francisco zuzustellen.

Im Rahmen der gleichen Ermittlungen wurden im vergangenen Monat mehr als 30 Juweliere aus Los Angeles und deren Geschäftspartner verhaftet, und es wurde Anklage gegen sie erhoben, mehr als eine Milliarde Dollar an Drogengeld durch den Juwelierbezirk in der Innenstadt gewaschen zu haben.

Außerdem gab die US-Regierung bekannt, daß als Ergebnis der zweijährigen versteckten Fahndung neun Banken in Panama und Kolumbien, zwei von deren höheren Beamten und 125 andere Personen unter Anklage gestellt wurden.

Trotz dieser weithin publizierten Razzia gegen angebliche Drogengeldschieber blieb nach den gleichen Berichten die »oberste Etage« dieses weltweiten Drogenkartells – das sich nach den gleichen Berichten aus Großbankern, Versandmagnaten und sogar Regierungsbeamten, die heimliche außenpolitische Ziele verfolgen, zusammensetzt – bisher unbehelligt.



Bis jetzt sind noch keine Regierungsbeamte aus dem US-Verteidigungsministerium bei der Razzia gegen Drogenschieber verhaftet worden.

»Sie nehmen eine Menge Festnahmen vor, aber nicht an der Spitze«, sagte ein erfahrener Drogennachrichten-Experte, der in den ersten Jahren der Reagan-Regierung im Weißen Haus gedient hatte. »Ich sehe nicht, daß irgendeine jener Hauptstützen umgestoßen wird.«

Und dennoch werden weiter Anklagen herumgewirbelt, die besagen, daß Drogenprofite verwendet werden, um gewisse amerikanische außenpolitische Initiativen zu finanzieren, und diese werden von den Behörden nicht zum Schweigen gebracht oder auch nur angesprochen.

Zum Beispiel erhob der amerikanische Oberstleutnant James »Bo« Gritz, der höchstausgezeichnete Veteran des Vietnamkrieges, die Anschuldigung, daß General Khun Sa, der drogenschmuggelnde Kriegsherr des goldenen Dreiecks in Burma, ihm mitgeteilt habe, daß amerikanische Regierungsbeamte den Drogenhandel aus der Region heraus erleichtert haben. Gritz traf sich mit Khun Sa während eines Versuchs, amerikanische Gefangene, die noch von den Vietnamesen festgehalten werden, zu retten.

Schwere Beschuldigungen gegen US-Beamte

Viele Fragen wurden während der Iran-»Contra«-Anhörungen erhoben, daß der CIA Drogen schmuggelte oder mit Drogenschmugglern zusammenarbeitete, um Gelder aufzutreiben zur Finanzierung der Contras und zum Waffenversand durch illegale Kanäle, die bereits von den Schmugglern eingerichtet worden waren. Bis jetzt sind insgesamt sieben in der offiziellen Untersuchung namhaft gemachte Personen entweder durch Gewalt, geheimnisvolle Krankheit oder bei Flugzeugabstürzen ums Leben gekommen.

In der Schweiz, als Schweizer Behörden in diesem Jahr das größte Drogenfinanzierungsnetz der Geschichte aufdeckten, führte der Skandal zu dem Hinauswurf des Polizei- und Justizministers der Schweiz, Elizabeth Kopp. Aber der Schweizer Vizepräsident Achille Casanova gab kürzlich bekannt, dieses Drogenfinanzierungssystem habe dem CIA und »anderen geheimen US-Kreisen« Geldwäschedienste geleistet.

Im Lichte der langlebigen Gerüchte und Beschuldigungen um den Drogenhandel herum sind Beobachter mehr und mehr darüber erstaunt, daß der amerikanische Kongreß keine Untersuchung des Drogenhandels auf breiter Basis verlangt hat. Aber das Vorhandensein dieser Berichte und die Indizienbeweise, die sie untermauern, gekoppelt mit der Weigerung der US-Regierung, ihnen direkt entgegenzutreten, weisen auf die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung hin. □

Absprachegremien

Rockefellers Reise nach Polen

James P. Tucker

David Rockefeller und eine Delegation des Council on Foreign Relations (CFR) unternahm Anfang März dieses Jahres eine geheime Reise nach Polen, um über einen Plan zu verhandeln, wie man den amerikanischen Steuerzahler um Milliarden von Dollar prellen kann, um dieses kommunistische Land sowie andere Ostblockstaaten unterstützen zu können.

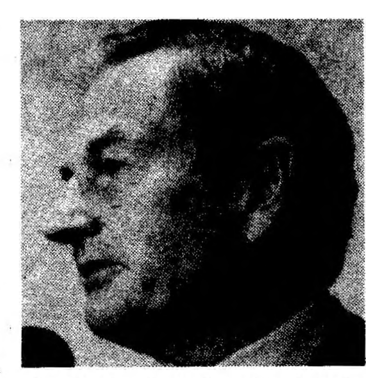
Kurz zuvor führten Rockefeller und Henry Kissinger eine Delegation der Trilateralen Kommission nach Moskau, um mit Michail Gorbatschow über ihren Ausverkauf zu verhandeln. Diese Pläne wurden nun abgeschlossen und abgesegnet auf der diesjährigen Sitzung der Trilateralen Kommission vom 8. bis 10. April in Paris. Natürlich wird auch die Schwesterorganisation, die Bilderberger, diesem Vorhaben die Zustimmung erteilen.

David Rockefeller ist der Gründer und die beherrschende Kraft in der Trilateralen Kommission, die Finanzleute und Politiker aus Nordamerika, Europa und Japan an sich zieht. Er teilt sich seine Macht mit den Rothschilds aus Großbritannien und Europa in der älteren Bilderberger-Gruppe, die die gleiche Mitgliederschaft hat, die aber Japan nicht einbezieht.

Die Führung dieser beiden geheimen Absprachegremien überlappt sich gegenseitig und reicht in das hinein, was einige die »neue Universität« nennen: den Council on Foreign Relations (CFR).

Während alle Beratungen der Trilateralen und Bilderberger hinter verschlossenen Türen erfolgen, ist es die Aufgabe des CFR, offiziell als Denk-Tank bezeichnet, die Politik unter den Maklern der Macht mit »Berichten« voranzutreiben.

Jonathan Zemmol, der zum Stab der Hauptgeschäftsstelle des CFR in New York gehört, gab zu, daß Rockefeller eine Delegation nach Polen geleitet hatte,



David Rockefeller begleitete eine CFR-Delegation nach Polen, um den Besuch von George Bush vorzubereiten.

wo sie mit Führungspersönlichkeiten der kommunistischen Regierung in Warschau zusammentraf.

Er sagte, Rockefeller sei von »führenden Bankern und Unternehmern« begleitet worden, lehnte es jedoch ab, sie namentlich zu nennen. Er berichtete, »Ost-West-Fragen« seien diskutiert worden, wollte aber nicht mehr dazu sagen.

Aus anderen Quellen war zu erfahren, daß das Geheimtreffen in Warschau mit dem Treffen in Moskau abgestimmt war. Die Trilateralen und die Bilderberger sind dabei einen Vorschlag zu entwickeln, der es ihnen ermöglichen soll, riesige Darlehen zu hohen Zinssätzen, aber geschützt durch amerikanische Bürgschaften, an Obstblockländern zu vergeben.

Hilfe für das bankrotte System

In Moskau diskutierte Rockfellers Trilaterale Kommission darüber, ob Moskau Mitglied von Weltkörperschaften werden soll, die daran gewöhnt sind, Steuergelder über die ganze Erde zu verteilen, wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF). Über eine Mitgliedschaft Polens und anderer Ostblockländer sprach Rockefellers CFR-Delegation ebenfalls.

Mittlerweile ist der CFR dabei eine »Studie« zu entwerfen, mit der demonstriert werden soll, daß, wenn man dem Kommunismus dadurch zum Erfolg verhilft, das fehlgeschlagene und bereits bankrotte System mit amerikanischen Dollar gestützt wird, dies im Interesse der Vereinigten Staaten liege. □

Absprachegremien

Das Programm für George Bush

James P. Tucker

Die Schatten-Weltregierung hat sich um den amerikanischen Präsidenten George Bush versammelt, um den Vereinigten Staaten ihre globale Tagesordnung aufzuerlegen. Der Council on Foreign Relations (CFR), die geheimnisvolle Bilderberger-Gruppe (BG) und die Trilaterale Kommission (TK) haben alle hohen Positionen in der Bush-Regierung für sich beansprucht.

George Bush war selbst ein TK-Mitglied, bis er angesichts der Kritik seitens der damaligen Kandidaten Ronald Reagan und John Connally bei den Präsidentschaftsvorwahlen im Jahr 1980 »zurücktrat«. Im darauffolgenden März, als amerikanischer Vizepräsident, sprach Bush vor der TK, die dann von Ronald Reagan im Weißen Haus empfangen wurde.

Der letzte große Namen, der in das Kabinett eintritt, ist Dick Cheney. Er wurde amerikanischer Verteidigungsminister. Cheney ist Mitglied des Aufsichtsrates der CFR. Obwohl Cheney ein Liebling der »Konservativen« ist, weil er bislang als Kongreßmann noch nichts mit der American Civil Liberties Union zu tun hatte, ist er ein starker Verfechter der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI).

John Tower wurde von der Schattenregierung als Bewerber für den Posten des amerikanischen Verteidigungsministers abgelehnt, weil er SDI, eine Quelle ungeheurer Profite, nur lauwarm unterstützte.

Wegen des möglichen Profits begrüßte die Schattenregierung SDI fast von dem Augenblick an, als US-Präsident Reagan das Programm im März 1983 bekannt gab. Im darauffolgenden Mai – kaum zwei Monate später – wurde die Bilderberger-Gruppe zu den Anführern der Beifallsrufer für SDI, als sie in der Nähe von Withe Plains zusammentraf.

Die BG, TK und CFR haben eine sich überlappende Führung. Der CFR hält häufig Sitzungen ab, und über einige davon wird öffentlich berichtet.

An der Spitze einer der Ihrigen

Brent Scowcroft (BG, TK, CFR) wurde als Berater für nationale Sicherheit eingesetzt. Scowcroft ist ein im Ruhestand befindlicher General der US-Air Force, der die Bilderberger Jerry Ford und den Trilateristen Jimmy Carter in Verteidigungsfragen beriet. Scowcroft setzte sich stark für Cheneys Ernennung ein.

Wegen des großen Profitpotentials in Verteidigungsaufträgen hat die Schattenregierung stets darauf bestanden, daß einer der Ihrigen an der Spitze stehen müsse, und Tower befand sich außerhalb des Kreises. Unter Reagan waren Caspar Weinberger (CFR, TK) und Frank Carlucci (CFR, BG) amerikanischer Verteidigungsminister.

Der US-Außenminister James Baker III. (CFR, BG) sitzt mit seinem Mitarbeiter Nummer eins, Lawrence Eagleburger (CFR), fest im Sattel.

Die Flanken der Schattenregierung beschützen Alan Greenspan, Vorsitzender des Federal Reserve Board (CFR, TK) und Paul Volcker (CFR, BG), der früher diese Position bekleidete.

Größere Entscheidungen, die die amerikanische Außen- und Wirtschaftspolitik berühren, werden getroffen, wenn die alteingesessenen Flügel der Trilateralen Kommission und der Bilderberger im Frühjahr zusammentreffen. Die Trilateristen trafen sich vom 8. bis 9. April in Paris hinter verschlossenen und bewachten Türen.

Die Bilderberger kommen etwa einen Monat später zusammen, aber Tagesordnung, Zeitpunkt und Thema der Sitzung sind streng geheim.

Die mehr öffentliche Rolle des CFR ist es, den Gesetzesmachern und führenden Persönlichkeiten der westlichen Nationen die Politik der Trilateralen Kommission und der Bilderberg-Gruppe nahezubringen. □

Europa-Journal

Das Loch im Himmel

Die Zwölfergemeinschaft ist sich einig über die totale Abschaffung der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKWs), die die Ozonschicht zerstören: Völlige Abschaffung bis zum Ende des Jahrhunderts, Verringerung um 85 Prozent »so schnell wie möglich«.

Der Rat der Umweltminister der Europäischen Gemeinschaft (EG) ist damit viel weiter gegangen als das Protokoll von Montreal, das letztes Jahr von 46 Ländern unterzeichnet und von 32 von ihnen – unter anderem von den EG-Staaten – ratifiziert worden war. Dieses Protokoll sah nämlich bis zum Jahr 2000 eine fünfzigprozentige Reduzierung dieser für die Ozonschicht zerstörerischen Gase vor.

Tatsache ist jedoch, daß diese Maßnahme schon bei ihrem Beschluß unzureichend war. Die schädlichen FCKW-Gase müssen sofort um 90 Prozent reduziert werden, wenn verhindert werden soll, daß die Ozonschicht, die die Erde vor den ultravioletten Strahlen der Sonne schützt, unwiderbringlich beschädigt wird. Es sind bereits »Löcher« in der Atmosphäre über den beiden Polen festgestellt worden, und die Wissenschaftler sind der Meinung, daß die Lage besorgniserregend geworden ist.

Und zwar um so besorgniserregender, als die Fluorchlorkohlenwasserstoffe zu unserem täglichen Leben gehören: Jeden Tag begleiten sie uns, wenn wir auf die Sprühdose mit Rasierschaum oder auf das Haarspray drücken, wenn wir den Kühlschrank öffnen und ein Plastikkörbchen herausnehmen, wenn wir in unserem Auto oder unserem Büro die Klimaanlage anstellen.

Aber keine Angst: Abschaffung der FCKWs bedeutet nicht Verzicht auf unseren gewohnten Komfort. Ersatzstoffe gibt es schon, und sie können ebenfalls im großen Stil innerhalb vernünftiger Zeiträume produziert werden. Allen industrialisierten Ländern ist klargeworden, wie ernst dieses Problem ist, und dies wird auch deutlich aus der Entscheidung der Zwölf sowie der Konferenz, die anschließend in London zu diesem Thema stattfand.

–

In den Industrieländern hat der Kampf für die Erhaltung der Ozonschicht also begonnen, und nach den Worten des Kommissars für Umweltangelegenheiten, Ripa di Meana, bedeutet der Anstoß der EG-Kommission einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Das Problem liegt beim Rest des Planeten: Hunderte Millionen Kühlschränke, Klimaanlagen, Verdunster, Plastikverpackungen überschwemmen China, Indien und Afrika und könnten all diese Anstrengungen zunichte machen. Selbstverständlich wollen diese Länder nicht auf bessere Lebensbedingungen verzichten. Für sie hat die Ozonschicht keine Priorität, um so mehr, als sie in dieser Frage nur einen geringen Teil der Verantwortung tragen im Vergleich zu den Industrieländern, denn diese produzieren und verbrauchen 80 Prozent der FCKWs im Gegensatz zu zwei Prozent in ganz China. Die dritte Welt ist also mit einer Abschaffung der Fluorchlorkohlenwasserstoffe einverstanden, verlangt indessen vom Westen die Bezahlung der Rechnung. □

Ungarns neues Mehrparteien-System

Aus Äußerungen von Führern der ungarischen Kommunistischen Partei geht hervor, was – abgesehen von der Notwendigkeit, die Menschen von ihrer wirtschaftlichen Not abzulenken – hinter dem kürzlich eingeführten »Mehrparteien-System« steckt: die Gedanken der Sowjets über die Einbindung von »Europa 1992« in das Sowjet-Reich.

Der ungarische Politiker Imre Poszgay führte dazu aus, daß die Teilung Europas nach dem Krieg ein »Fehler, ein Irrtum, gewesen sei. Es ist kein Zufall, daß in unserer Suche nach der mitteleuropäischen Idee, unserem Festhalten an Mitteleuropa, Ungarn sich geöffnet hat, besonders gegenüber Österreich. Dies könnte Erinnerungen wecken, an die schönen und gemeinsamen Erfahrungen und Entwicklungen mit Österreich ... Aber ich glaube, das Grundmotiv für Ungarns Öffnung gegenüber Österreich ist dessen gegenwärtige Neutralität«.

Ungarns Parteichef Karoly Grosz betonte vor dem Wirtschaftsforum in Davos, daß seine Gedanken im »Einklang mit den Ideen der Kooperation« des bundesdeutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher stehen. Grosz wörtlich: »Wir Ungarn haben den Weg zu einem gemeinsamen Europa beschritten. Wir führen politische und wirtschaftliche Reformen gleichzeitig durch ... Wir sind entschlossen in unseren strategischen Bemühungen, uns der weiten Welt gegenüber zu öffnen ... Durch die Errichtung von Freihandelszonen, die Gründung von gemischten Unternehmen und die Einschaltung des arbeitenden Kapitals streben wir nach Kooperation in der Produktion, die unsere traditionellen Handelsbeziehungen erweitern wird«. □

Gorbatschow entdeckt Sabotage an Perestroika

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat eingeräumt, daß Perestroika heute ein Fehlschlag ist, aber auch entdeckt, daß eine weitverbreitete »Sabotage« dafür die Ursache ist. In einer Rede benutzte Gorbatschow die Technik, aus »Briefen« zu zitieren, die er erhalten habe, um den ukrainischen Partei- und Regierungsfunktionären mitzuteilen, daß jetzt in der Sowjetunion ein Paradox besteht. Es werden tatsächlich »mehr Nahrungsmittel und andere Güter« produziert, aber die Verteilungs-Engpässe sind akuter, und deswegen glauben die Menschen, »es gehe ihnen schlechter«.

Aus seinen »Briefen«, sagte Gorbatschow, »geht klar hervor, daß die Arbeitsmoral, der Hunger nach Nahrungsmitteln, chronische lange Schlangen vor den Geschäften und Spekulation mit Gütermangel als eine Art Sabotage an der Perestroika zu betrachten sei«.

In einem »Brief« von einem »Genossen Dimitriew« in der Dnjepr-Stadt Kakhowka in der Ukraine heißt es: »Es scheint mir, daß in der Ukraine die Sabotage in vollem Gange ist. Nudeln, Konditoreiprodukte, Süßigkeiten, Backwaren, Streichhölzer, Reinigungsmittel sind verschwunden. Die Qualität des Brotes ist entsetzlich. Und auf diese Weise werden Steine auf Perestroika geworfen.«

Gorbatschow fügte schnell hinzu: »Derartige Briefe kommen nicht nur aus der Ukraine.«

Gorbatschow hob einige größere Initiativen der Wirtschaftspolitik als Mittel zur Verbesserung hervor. Zunächst machte er die Güterknappheit dafür verantwortlich, daß die Löhne schneller steigen als die Arbeitsproduktivität, und kündigte damit zukünftige Lohnsteuerungen an. Er kündigte ferner eine erneute Wirtschafts-Zentralisierung an und führte die Formel der »Selbstfinanzierung der Unternehmen« als Problem an, weswegen viele Unternehmen, die jetzt in einem wahnsinnigen Konkurrenzkampf engagiert sind, um Profite zu machen, alte Produktionsanlagen, die billige subventionierte Produkte erzeugen, gegen teuere »neue« Einrichtungen verschrottet haben. □

Moskau befindet sich auf dem Vormarsch

»In auswärtigen Angelegenheiten befindet sich Moskau auf dem Vormarsch«, heißt es in einem Leitartikel in der »New York Times« von William Safire. Er stellt fest, daß Gorbatschow im Nahen Osten Bindungen mit Ägypten wieder herstellt und Israel mit dem Versprechen der Anerkennung lockt, wobei er sich als Friedensmacher gibt, während Moskau weiterhin arabische terroristische Staaten bewaffne.

Safire stellt fest, daß in Fernost das Ende der Entfremdung zwi-

schen den größeren kommunistischen Mächten in greifbarer Nähe ist. Und in Westeuropa habe eine Geste der Sowjets zur Abrüstung die Nato selbstgefällig gemacht.

»Dies ist die wirkliche Sowjetunion: Sie konzentriert die politische Macht auf einen einzigen Führer, fischt in unseren trüben Gewässern, macht Propaganda-Konzessionen, um die benötigten Kredite und Technologie zu erhalten, und nutzt ihren Rückzug aus Afghanistan aus, um ihren Einfluß in Asien auszudehnen«, stellte Safire fest.

In Osteuropa sollten wir »uns darauf einstellen, daß Herr Gorbatschow eine Razzia macht, wie Stalin es getan haben würde, indem er brüderlich die Panzer einrollen und die Dissidenten erschießen läßt. Der derzeitige Kreml-Chef will bestimmt nicht den Vorsitz bei der Auflösung des Sowjet-Reiches führen.« □

Sowjets sehen Kissingers Einfluß gefährdet

Moskau befürchtet, daß Bushs Schwierigkeiten Kissingers Einfluß in der neuen amerikanischen Regierung aufgrund des »zögernden Starts der neuen Regierung« in den Vereinigten Staaten gefährden könnte. Moskau ist beunruhigt über »Erinnerungen an 1977, als Carter die Regierung übernahm und seine neue Mannschaft mit Cyrus Vance und Zbigniew Brzezinski die amerikanische Geschichte neu schrieb und entschlossen war, das, was auch immer Kissinger getan hatte, ins Gegenteil umzukehren.

»Die russischen Befürchtungen sind wahrscheinlich fehl am Platz«, heißt es dazu in der britischen Zeitung »Observer«, »aber es besteht eine unglückliche Parallele zwischen Carter und Bush. Bezeichnend hierfür ist James Bakers Weigerung, das Datum für ein Gipfeltreffen festzusetzen bei seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadze.«

Die Ungewißheit der Ernennung von Lawrence Eagleburger zum stellvertretenden amerikanischen Außenminister wegen seiner Beziehungen zu Kissinger Associates wurde in Moskau mit Beunruhigung registriert.

Eagleburger ist ein bezeichnendes Beispiel für das Problem, mit dem Bush zu kämpfen hat. Der »Observer« schreibt dazu: »Der Schatten Henry Kissingers schwebt wie ein Geier über dieser Regierung, und selbst der Schatten von Henry reicht aus, um seine alten Feinde im Senat dazu zu veranlassen, ihre Messer zu wetzen.« □

Sowjets geben Blitzkrieg-Divisionen zu

Die Sowjetunion hat bestätigt, daß es in Osteuropa fünf gegen den Westen gerichtete Blitzkrieg-Superdivisionen gibt, berichtet die »Washington Times«. Die Zeitung schreibt, ein Berater des USA-Verteidigungsministeriums sei bereit, dies einem Gremium der House Armed Services (Dienststellen des US-Repräsentantenhauses, die sich mit den Streitkräften beschäftigen) zu bestätigen.

Die Sowjets haben das Vorhandensein der Superdivisionen jahrelang bestritten. Das Eingeständnis verleiht »Argumenten der USA und der Nato, daß die Sowjets eine Vorweg-Angriffsoption aufbauen«, Glaubwürdigkeit.

Wenn diese Blitzkrieg-Divisionen einmal aufgelöst werden, dann wird die Fähigkeit der Sowjets zur Durchführung von Überraschungsangriffen drastisch beschnitten. Aber selbst wenn das geschehen sollte, dürften die Nato und die USA ihre Streitkräfte nicht verringern – zumindest nicht vor Ende 1990, wenn der von Gorbatschow angekündigte stufenweise Abbau planmäßig beendigt sein wird. □

Die Schulden des Ostblocks

In einer von der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) herausgegebenen Studie wird davor gewarnt, daß in Osteuropa »die gegenwärtige Lage mit der vor 1981, dem Jahr des Beginns der Schuldenkrise, vorherrschenden Situation vergleichbar sein könnte«.

Nach diesem Bericht schossen die in konvertierbaren westlichen Währungen benannten osteuropäischen Schulden zwischen 1984 und 1987 sprunghaft um 60 Prozent, von 82 auf 131 Milliarden Dollar in die Höhe.

Während die neue Woge in westlicher Verschuldung dazu benutzt wurde, Versuche zur Modernisierung der Industrie in den Comecon-Volkswirtschaften Osteuropas zu finanzieren, stellt OECD fest, daß ein Großteil der Neuschulden zur Finanzierung von verstärkten OECD-Einfuhren verwendet worden ist, was die Handelsbilanzen weiter ausgewaschen habe. Und: Das Problem der ineffizienten Investitionen hat sich verschlimmert.

In einer ähnlichen Entwicklung habe die polnische Regierung ein »Abkommen« mit Lech Walesa unter Dach und Fach gebracht, unter dem die Opposition Solidarität einen Aufruf der polnischen Regierung an westliche Regierungen zur Milderung der polnischen Auslandsschuld von 38 Milliarden Dollar unterstützen wird. In dem gemeinsamen Aufruf wird um die Erleichterung von Zinszahlungen, Erneuerung von Garantien seitens westlicher Regierungen für Handelsbank-Anleihen an Polen und bessere Bedingungen für IWF-Bereitschaftsdarlehen ersucht.

Dem Bericht zufolge würde der Aufruf zu dem Zeitpunkt erfolgen, an dem die Bush-Regierung eine breitangelegte Überprüfung osteuropäischer Fragen, darunter die Möglichkeit für Staaten des Warschauer Pakts wie Polen, engere Bindungen an den Westen zu entwickeln und ihre Abhängigkeit von Moskau zu verringern, ohne sowjetische Interessen zu bedrohen, durchführt.

Westliche Regierungen streben auch nach einem koordinierten Angehen des Problems, das helfen könnte, eine Änderung der Lage in Osteuropa anzuregen, wobei jene Art von Unterdrükkung, von der die Tschechoslowakei und Polen 1981 heimgesucht wurde, vermieden wird. Der Aufruf würde die Bush-Regierung und ihre westlichen Verbündeten zu einer Entscheidung zwingen, ob sie ihre Versprechen, Polens Schuldenprobleme lindern zu helfen, einhalten wollen, wenn Warschau bereit ist, die Unterdrückung der Gewerkschaft Solidarität zu beenden. Nach amtlichen Informationen ist die Unterstützung für den förmlichen Aufruf ein Teil des Preises, den die Solidarität zu zahlen bereit war, um ihren Rechtsstatus wiederzubekommen. □

Das erste Menschenvertilgungsmittel von Tochterfirma der Hoechst

Scharfe Kritik an der Produktion der »Abtreibungspille« in Frankreich hat der Ordinarius für Gentechnik an der Pariser Universität Sorbonne, Professor Jerome Lejeune, geübt. Die Behauptung, das Präparat werde nur unter strenger Kontrolle weitergegeben, halte der Wirklichkeit nicht stand. Tatsächlich seien schätzungsweise zehn Millionen Pillen mit der Bezeichnung RU 486 von dem Unternehmen Roussel-Uclaf – einer Tochterfirma der deutschen Hoechst AG – produziert worden, sagte der Wissenschaftler. Die Abtreibungspille sei auf dem Schwarzmarkt überall in Paris zu haben.

Lejeune nannte das Präparat das erste »Menschenvertilgungsmittel«. Die Behauptung des Chemie-Unternehmens, es sei von der Regierung gezwungen worden, die Abtreibungspille weiter herzustellen, nannte Lejeune eine »Boulevardkomödie um Leben und Tod«. Es handele sich um ein abgekartetes Spiel zwischen Staat und Industrie, die die Bevölkerung »für dumm verkaufen« wollten. Fatal sei, daß die Regierung den Erlaß zur Produktion der Pille ausgerechnet am 28. Dezember 1988 herausgegeben habe. An diesem Tag wird nach christlicher Tradition der »unschuldigen Kinder« gedacht, die König Herodes nach der Geburt Jesu umbringen ließ. □

Europäische Gemeinschaft

Mrs. Thatcher als Stolperstein

C. Gordon Tether

Das größte Hindernis für den Plan der Vereinigten Staaten von Europa liegt jetzt in der Thatcher-Regierung in Großbritannien begründet. Die stufenweise Vereinigung Westeuropas ist das Ziel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), seitdem diese unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Vertrag von Rom ins Leben gerufen wurde. Die Gemeinschaft umfaßt jetzt fast alle bedeutenden Länder in Westeuropa, und die einzigen Ausnahmen sind die Schweiz, Norwegen, Schweden, Österreich und Finnland.

Ein höchst ehrgeiziger Plan zur Vorantreibung der wirtschaftlichen und monetären Einheit innerhalb von zehn Jahren wurde tatsächlich entworfen, nachdem Großbritannien, Irland und Dänemark Anfang der siebziger Jahre der Gemeinschaft beitraten, aber dieser wurde durch die Ölpreisexplosion von 1973 bis 1974 zunichte, bevor er überhaupt aus den Startlöchern herauskam.

Der Abbau aller Kontrollen

Es wurden jedoch stufenweise Fortschritte gemacht in Richtung der Beseitigung von Zollmauern und anderer Barrieren, die den freien Fluß des Wirtschaftsverkehrs zwischen den Teilnehmern blockierten, und 1987 kam man darüber überein, daß man dem Integrationsprozeß einen gewaltigen Schub nach vorne geben sollte durch einen Vorstoß, die Herbeiführung eines »Einzelmarktes« bis 1992 zu beenden.

Da die Beschränkungen auf dem sichtbaren Ausfuhr- und Einfuhrverkehr schon weitgehend beseitigt worden sind, war das, was mit dem neuen Sprung ins Auge gefaßt wurde, der Abbau von Kontrollen über den Versicherungs-, Banken- und sonstigen Geldverkehr sowie über Devisengeschäfte und andere Kapitalbewegungen.

Mit der Verabschiedung der »Ein-einziges-Europa«-Gesetzgebung durch die Parlamente der Mitgliederstaaten, die erforderlich war, um dem Programm Rechtswirksamkeit zu verleihen, sah es im Anfang so aus, als ob die Idee der Schaffung eines westeuropäischen Superstaates, in der Größe und Bedeutung mit den Vereinigten Staaten vergleichbar, zumindest begonnen hätte, größere Formen anzunehmen. Und was keineswegs überraschend ist, die übrige Weltgemeinde begann sich darüber Gedanken zu machen, was dies für sie bedeuten würde.

Meinungsverschiedenheit in der EG

Aber bevor der Prozeß, dies herauszufinden, sehr weit gediehen war, trat ein großes neues Rätsel in Erscheinung. Es wurde plötzlich bekannt, daß es größere Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern der EWG gab.

Frankreich, Italien und Deutschland schienen es für gegeben zu halten, daß der kommende Binnenmarkt einen Schritt in Richtung auf wirtschaftliche und monetäre Einheit sowie eine größere Machtkonzentration in den Händen der Europäischen Kommission in Brüssel verlangt. Es gab sogar Hinweise darauf, daß bei Nichtvorhandensein solcher Maßnahmen die Abschaffung von Beschränkungen auf den Fluß der Devisen und Investitionen eine gefährliche Destabilisierung der Volkswirtschaften der schwächeren Mitgliedsstaaten hervorrufen könnte.

Es wurde bald klar, daß dieses Herangehen an die Sache völlig unannehmbar war, soweit es die britische Regierung betraf. Premierministerin Margaret Thatcher versicherte unverblümt, daß sich aus der Beteiligung an solch einem Programm eine Auswaschung (Erosion) der britischen Souveränität ergeben würde, die »nur über ihre Leiche« erfolgen könne.

Downing Street, sagte sie, möchte Europa einiger und mit einem größeren Sinn für die gemeinsame Sache sehen. Aber dies müsse in einer Weise geschehen, in der die unterschiedlichen Traditionen, parlamentarischen Kräfteverhältnisse und der Sinn für nationalen Stolz im eigenen Lande bewahrt werden.

Gerade als die Westeuropäer angefangen hatten, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß der Vormarsch der Internationalisierung dazu bestimmt war, ihre staatliche Identität in eine regionale Hegemonie unterzutauchen, beharrte Downing Street darauf, daß es keine Form der Integration in die Europäische Gemeinschaft dulden würde, die nicht der nationalen Unabhängigkeit der Mitgliederländer höchsten Vorrang einräumt.

Es hatte den Anschein, daß die Souveränität wieder einmal in Mode war – zumindest was die Briten betraf. War es wirklich so?

Um das zu verstehen, ist es notwendig, den Zusammenhang, in dem Mrs. Thatchers Widerstand gegen die Auswaschung der staatlichen Souveränität über die Bühne geht, einmal näher unter die Lupe zu nehmen.

Das freie Spiel der Kräfte

Der Startpunkt für eine derartige Übung ist die Erkenntnis, daß das Grundprinzip des Thatcherismus – die Philosophie, die die britische Szene in den letzten zehn Jahren beherrscht hat – darin besteht, daß die Angelegenheiten einer Nation am besten gedeihen, wenn ihre Wirtschaft dem Spiel der internationalen Marktkräfte voll ausgesetzt ist.

Im Namen dieser Einsicht erfolgte eine Schnellüberprüfung, um festzustellen, inwieweit das britische Volk überhaupt noch die Macht hat, die Herrschaft über sein eigenes Wirtschaftsleben auszuüben.

Das Eigentum an großen Unternehmen ist in ausländische Hände übergegangen, und das Geld, das sonst verfügbar gewesen wäre, um die industrielle Entwicklung daheim zu fördern, ist kräftig angezapft worden, um Auslandsunternehmen zu finanzieren. Große Teile der Wirtschaft, die vorher in öffentlicher Hand waren, sind an private Interessenten verkauft worden, mit wenig oder gar keiner Rücksichtnahme darauf, was das für ihre Arbeiter bedeutet.

Es ist kaum verwunderlich, daß die Industrie stagniert hat und die Arbeitslosigkeit weit über den normalen Stand emporgeschnellt ist.

Der Verlust der Souveränität

Kurz gesagt, der Thatcherismus hat einen tiefen Einschnitt in die Souveränität vollzogen, die dem Mann und der Frau auf der Straße am meisten bedeutet – nämlich die, die mit ihrem wirtschaftlichen Wohlergehen zu tun hat. Und es besteht kein Zweifel darüber, daß der Aspekt des europäischen Binnenmarktes, dem Downing Street zugetan ist, derjenige ist, der den Prozeß dadurch beschleunigen würde, daß den »Marktkräften« noch mehr Spielraum eingeräumt wird, um ihre Schulaufgaben zu machen.

Das setzt ein großes Fragezeichen über die Ehrlichkeit der plötzlichen Wiederentdeckung der Tugenden der Souveränität durch die Thatcher-Regierung. Das gleiche gilt für die von ihr angeführten Gründe, den Maßnahmen entgegenzutreten, die andere Mitgliederstaaten als wesentlich für den Erfolg der neuen Form der Einigung erachten.

Aus all diesen Dingen ergibt sich, daß, was auch immer das Ergebnis der Rauferei um den Binnenmarkt sein wird, die Völker Westeuropas dazu verdammt sind, eine fortwährende Erosion ihrer nationalen Unabhängigkeit zu erleiden. □

Baltikum

Ein Test für Gorbatschow

Mike Blair

Für die Welt waren die Wahlen in der Sowjetunion ein Test für Michail Gorbatschow und die übrige Hierarchie des Kreml sowie für die neue Glasnost-Politik, dem angeblich neuen Geist der »Offenheit« und Reform in der UdSSR. Bei den Wahlen bewarben sich antisowjetische Kandidaten um Sitze für den Kongreß, die Litauen, eine kleine, einstmals freie Republik an der Ostsee, in der neuen gesetzgebenden Körperschaft der Sowjetunion zugeteilt sind.

Um einer offenen Konfrontation mit den Sowjets vor der Wahl aus dem Weg zu gehen, zog der anti-sowjetische Block absichtlich zwei seiner Kandidaten zurück. Andernfalls hätte er sich um alle 42 zur Verfügung stehenden Sitze bemüht. Es wurde jedoch vor der Wahl beschlossen, anti-sowjetische Kandidaten, die gegen den Führer der litauischen Kommunistischen Partei, Algirdas Brazauskas, und seinen Stellvertreter, Wladimir A. Berezow, antreten sollten, zurückzuziehen, da diese ohnehin von der Moskau-Linie abweichen.

Das Trachten nach mehr Freiheit

Alle anti-sowjetischen Kandidaten sind Mitglieder der litauischen Bewegung zur Unterstützung der Perestroika oder Sajudis, einer in Litauen gegründeten nationalen demokratischen Bewegung. Die Sajudis-Bewegung tritt für wirtschaftliche und politische Autonomie für den einst unabhängigen Staat Litauen ein.

Die Nationalversammlung der Sajudis-Bewegung faßte einen Beschluß, in dem ein freies demokratisches und neutrales Litauen in einer entmilitarisierten Zone gefordert wird.

Die Resolution stellt kurz und bündig fest, daß sich die litauische Nation »niemals mit dem Verlust ihrer staatlichen Souveränität abgefunden« habe, und betont mit einem kaum verhüllten Hinweis auf die sowjetische Annektion der baltischen Republik im Jahre 1940 eindringlich, daß »Litauen bis zum heutigen Tage jeder Offenbarung eines Staatskolonialismus entgegensteht«.

Sajudis kann nach sowjetischem Gesetz, das nur die Kommunistische Partei zuläßt, keine politische Partei werden.

Sajudis arbeitet an der Basis

Da die Sajudis-Bewegung in erster Linie in Litauen auftritt, ist sie nicht wählbar zur Erlangung irgendwelcher Sitze im Kongreß der Volksabgeordneten, die für sowjetische Organisationen reserviert sind, die angeblich Zweigverbände in allen Teilen der Sowjetunion unterhalten. Nach dem Wahlverfahren war es Ortsverbänden der Sajudis-Bewegung auch nicht gestattet, offiziell Kandidaten für die Wahl am 26. März 1989 zu nominieren.

Sajudis überwand jedoch diese Beschränkungen durch Aktionen an der Basis, indem ihre Ortsverbände die Bürger mobilisierten, offiziellen Versammlungen von »Arbeiter-Kollektiven« zur Auswählung vor der Wahl beizuwohnen, um dort für die Ernennung von Kandidaten mit Rückendeckung der Sajudis-Bewegung abzustimmen.

In vielen Wahlbezirken ließen Sajudis-Kandidaten ihre Rivalen in der Anzahl der Nominierungen bei den Auswählungen vor der Wahl mit Leichtigkeit hinter sich.

Hätten die Sowjets sich bei der Wahl eingemischt, dann wäre es für jeden Beobachter des Wahlvorgangs in Litauen klargewesen, daß Glasnost nur eine weitere verräterische sowjetische Täuschung ist.

Die Vereinigten Staaten erkennen die Annektion der drei baltischen Staaten auch heute noch nicht offiziell an und betrachten sie als zwangsweise von den Sowjets besetzte Gebiete.

Estland rümpft Moskau gegenüber die Nase

Auch die einstmals freie Republik Estland rümpft weiterhin gegenüber dem sowjetischen Monolithen, der sie seit fast 50 Jahren mit eiserner Hand regiert, die Nase.

Allen Berichten zufolge ist der Wille nach Freiheit in der kleinen baltischen Republik auch nach fast einem halben Jahrhundert immer noch lebendig.

In den baltischen Staat ebenso wie in die Nachbarstaaten Lettland und Litauen fiel die Sowjetunion 1940 ein und annektierte sie mit Gewalt für das Sowjetreich.

Seitdem stehen die Kleinstaaten unter sowjetischer Herrschaft, abgesehen von einer kurzen Zeit während des Zweiten Weltkriegs, als die Sowjets von den einmarschierenden deutschen Truppen hinausgetrieben wurden. Viele Balten schlossen sich damals bei ihren Bemühungen, die verhaßten Sowjets zu vernichten, den Deutschen an.

Am 16. November 1988 setzte das estnische Parlament die Welt dadurch in Erstaunen, daß es sich zur souveränen Nation erklärte und den »Vorrang seiner Gesetze über die Gesetze der UdSSR« verkündete.

Weniger als zwei Wochen später erklärte das in Moskau zusammengetretene Präsidium des Obersten Sowjet, Estlands Recht auf Souveränität und sein Recht, die sowjetischen Gesetze abzulehnen, für ungesetzlich.

Nichtsdestoweniger rümpfen die Esten weiterhin die Nase gegenüber der Sowjetmacht und lösen weiterhin ihre Bindungen an die Sowjetunion auf.

Seit Beginn dieses Jahres verbietet die estnische Regierung den Esten, spärliche Verbrauchsgüter an Freunde, Verwandte und Kunden anderswo im Sowjetreich zu senden. Dieser Schritt wird von Beobachtern des Kreml im Westen als schwerer Schlag gegen das Konzept eines einzigen sowjetischen Binnenmarktes angesehen.

Zahlreiche pro-sowjetische Führungspersönlichkeiten und deren Nachfolger haben einer neuen nationalen politischen Bewegung auf breiter Basis in Estland ihren Segen erteilt.

Nach Ansicht westlicher Besucher scheint das estnische Volk keine Angst zu haben, das Thema der Unabhängigkeit von der Sowjetunion auf den Tisch zu bringen. Eine Unabhängigkeits-Partei wurde gegründet und einige Esten fordern offen die Unabhängigkeit, sogar in Leserbriefen, die in Zeitungen in der Hauptstadt Tallinn veröffentlicht werden.

Für Gorbatschow ein ernstes Problem

Die Sowjets und besonders der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow scheinen nicht zu wissen, wie sie ihr »estnisches Problem« anpacken sollen.

Bevor Gorbatschow damit begann, sein neues Glasnost-Programm, eine angebliche »neue Offenheit«, zu forcieren, hätten die Sowjets lediglich die Unabhängigkeitsbewegung mit ihrer Militärmacht niedergeschlagen, wie sie das 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei getan haben.

Gorbatschow, der sich der Weltmeinung stärker bewußt ist als seine Vorgänger im Kreml, sieht sich dem Dilemma gegenüber, was es vor der übrigen Welt für einen Eindruck machen würde, wenn die Rote Armee in Bewegung gesetzt würde, um die Freiheitsbewegung einer winzigen Nation von nur 1,5 Millionen Einwohnern zu zerschlagen.

Die Sowjets sind besorgt darüber, daß sich die Unabhängigkeitsbewegung bis in das benachbarte Litauen und Lettland ausbreiten könnte, wo ein »Unabhängigkeits-Untergrund« bereits darauf wartet, losgelassen zu werden, sollten die Esten tatsächlich ihre Freiheit erlangen. □

Sowjetunion

Das Ziel heißt Schweden

John Bishop

Eine Reihe von geheimen Eindringungen der Sowjets in das Territorium seines neutralen Nachbarn Schweden hat westliche Militärexperten dazu veranlaßt, sich darüber Sorgen zu machen, daß das skandinavische Land Ziel eines sowjetischen Angriffs sein könnte.

Seit mehreren Jahren dringen sowjetische U-Boote fast routinemäßig in schwedische Küstengewässer und Häfen ein, offenbar im Zuge von Aufklärungseinsätzen, um die Stärken und Schwächen der schwedischen Verteidigungseinrichtungen zu erkunden.

Eine Flotte von Spionage-Lkw

Zu diesen U-Booten gehören streng geheime sowjetische Midget-Boote, die, wie berichtet wird, mit panzerartigen Raupenketten ausgerüstet sind, die es ihnen ermöglichen, den Meeresgrund zu überqueren und an der Küste zu landen. Das schwedische Militär weiß, daß die sowjetischen U-Boote in zahlreichen Fällen auf schwedischem Boden gelandet sind.

Das Eindringen von sowjetischen U-Booten findet schon seit Jahren, mindestens aber seit 1982 statt, als schwedische Marinestreitkräfte nicht weniger als sechs konventionelle sowjetische U-Boote vor der Küste der Insel Musko, wo sich Schwedens wichtigster Marinestützpunkt befindet, stellten und belagerten.

Die Sowjets betreiben routinemäßig eine Flotte von schweren Lastkraftwagen für angebliche Handelszwecke, von denen etwa 2 000 jederzeit auf westeuropäischen Straßen unterwegs sind. Die meisten von ihnen werden in Wirklichkeit zu Spionagezwekken verwendet und sind oft mit ausgeklügelten elektronischen Abhörgeräten ausgerüstet.

Seit Jahren beschwert sich Schweden darüber, daß die Sowjets mit U-Booten in schwedische Gewässer eindringen.

Eine große Anzahl dieser Spionage-Lkw werden dabei beobachtet, wie sie in der Nähe von empfindlichen schwedischen Militäreinrichtungen vorbeifahren.

Die Sowjets können diese Lkw fast ungehindert unter den Bedingungen der Transport International Routier (TIR)-Vereinbarungen betreiben, wonach verplombten Lastwagen auf der Fahrt zu ihren Bestimmungsorten zollfreie Durchfahrt gestattet ist.

Die Flotte der Spionage-Lkw fährt unter dem Kommando von Glavnoye Razvedyvatelnoye Upraveleniye (GRU), des militärischen Nachrichtendienstes der Sowjets. Durch Einsatz dieser Lkw gelang es den Sowjets über Jahre hinweg, detaillierte Seitenansichten von den wahrscheinlichsten Zielen in Westeuropa in einem zukünftigen Kriege zu bekommen.

Die Lastwagen waren besonders aktiv in Schweden und das besonders in den letzten Jahren.

Die Lkw fahren auf ihrem Weg zu baltischen Häfen vermutlich durch schwedisches Gebiet.

Sorgen des schwedischen Geheimdienstes

Das schwedische Militär macht sich in der letzten Zeit große Sorgen, weil entdeckt worden ist, daß Funkgeräte, Kriegsausrüstungen, Rationen und sogar schwedische Uniformen aus Schwedens System der Mobilmachungs-Bunker, aus Tausenden von Ausrüstungsdepots, die sich an strategischen Standorten im ganzen Lande befinden, um die Reservestreitkräfte in Kriegszeiten ausrüsten zu können, verschwunden sind.

Experten des schwedischen Geheimdienstes befürchten, daß das Gerät von Sowjets entwendet wird, die von den Lkw und U-Booten aus operieren und zur Tarnung sowjetischer Sabotagemannschaften verwendet werden, die jeder sowjetischen Invasion Schwedens vorangehen würden.

Die Schweden haben auch deswegen besonders Angst davor, weil sie wissen, daß die sowjetischen Lastwagen und Unterseeboote oft mit Spetsnaz (Sondereinheiten) der Roten Armee und der Roten Kriegsmarine besetzt sind.

»Wir wissen, daß die Sowjets Pläne zur Ausschaltung unserer Hauptverteidigungs-Einrichtungen und zur Stiftung von Chaos als Vorspiel zu einer Invasion besitzen«, sagte ein schwedischer Militärexperte.

In der Tat, der schwedische Geheimdienst hat von einem sowjetischen Plan erfahren, schwedische Jäger-Piloten durch Spetsnaz-Einheiten ermorden zu lassen. Die Spetsnaz-Einheiten haben eine Liste mit den Namen von schwedischen Piloten zusammengestellt, die zur Ausschaltung vorgesehen sind.

Die Schweden glauben, daß die Mordlisten von Lkw-Spionen zusammengestellt wurden.

Schweden kann man nicht einfach überrollen

Die Ernsthaftigkeit des Problems wird offensichtlich, wenn man in Betracht zieht, daß die staatliche Transportlinie der Sowjets, Sowtrans, jedes Jahr mehr als 1 000 Fahrten durch Schweden unternimmt, wobei sie üblicherweise an schwedischen Militäranlagen vorbeifährt.

Die Sowjets wissen, daß Schweden, wenn auch ein kleines Land, sich bei militärischen Konfrontationen nicht einfach überrollen lassen wird.

Die Schweden geben einen Großteil ihres Bruttosozialprodukts für das Militär aus, das unter einer Politik der »bewaffneten Neutralität« im Einsatz ist.

Schweden unterhält eine ziemlich schlagkräftige Kriegsmarine, mit sechs modernen Zerstörern und 16 Diesel-elektrischen Unterseeboten. Es legt auch großes Schwergewicht auf 15 Minenleger, die in der Lage sind, seine Küstengewässer im Kriegsfall schwer zu verminen. Die Schweden verfügen auch über eine Flotte von 30 Minenräumern.

Die schwedische Luftwaffe, oder Flyvapnet, unterhält etwa 420 Kampfflugzeuge, darunter in erster Linie hochwertige Saab- oder Saab-Scania-Düsenjäger und Bodenangriffs-Flugzeuge. □

Gehörten Roncalli und Montini der Loge an?

Moises Carmona

Bei den nachfolgenden Zitaten handelt es sich um Auszüge aus Jaime Ayala Ponces »Introduccion a al Francmasoneria« (»Einführung in die Freimaurerei«), erster Teil, Mexiko 1983. Moises Carmona erklärt dazu: »Ich kaufte dieses schamlose Buch nur, um darin den Beweis dafür zu finden, daß sowohl Angelo Roncalli als auch Giovanni Montini sich vor ihrer Wahl zum Papst in die Freimaurerei aufnehmen ließen, weswegen nach der Bulle von Papst Paul IV. ›Cum ex apostolatus officio‹ ihre Wahl nichtig und all ihre Amtshandlungen illegitim waren.«

Aufgrund seiner intensiven freimaurerischen Arbeit wurde der Autor dieses Buches mit 34 Jahren auf Verlangen seiner Brüder Freimaurer in den höchsten und letzten Grad der sogenannten Schottischen Freimaurerei befördert. Jaime Ayala Ponce gehörte als aktives Mitglied des Obersten Rates von Mexiko dem 33. Grad des Alten und Angenommenen Schottischen Ritus an:



Der Freimaurer-Papst Johannes XXIII. berief das zweite Vatikanische Konzil ein.

Freimaurerpäpste im Vatikan

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Freimaurerei danach strebt, freie und ehrenhafte, starke und gelassene, tolerante und tapfere, intelligente und gerechte Männer in ihrem Schoß zu bilden. Deshalb hat sie das unveräußerliche Recht, den unehrenhaften, feigen, zaghaften und mittelmäßigen Männern die Aufnahme zu verweigern.

Waren Pius IX., Johannes XXIII. und Paul VI. Freimaurerpäpste? Damit kein Zweifel bleibe über das Verhältnis, in dem Sinne, daß die Freimaurerei mit der Religion verfeindet sei, und über die Art der Unterweisung, die man in der Bruderschaft erhält, weisen wir darauf hin, daß Papst Pius IX. – in der profanen Welt bekannt als Giovanni Mastai Ferreti – Freimaurer war. Wir müssen aber klarstellen, daß er schon eine Zeitlang vor seiner Erhebung zum Papst sich von der Bruderschaft getrennt hatte und sich durch seine Grausamkeiten auszeichnete. Am 9. November 1846 veröffentlichte er eine Enzyklika gegen die Freimaurerei.

Vor einigen Jahren beabsichtigte der Freimaurer Professor Lic. Alfonso Sierra Partida, in den Zeitungen des Landes eine Kopie der Aufnahmeakte einer Pariser Loge zu veröffentlichen, worin eingetragen ist, daß die Profanen Angelo Roncalli und Giovanni Montini am gleichen Tag zur Einweihung in die erhabenen Mysterien der Bruderschaft eingeführt wurden. Allerdings wollte die Landespresse das nicht tun, weswegen der Meister aus seinen eigenen Mitteln Kopien machen ließ, die zahlreich in den Freimaurerzirkeln des Landes zirkulierten.

Wenn noch Zweifel an den Behauptungen bestehen

Angelo Roncalli und Giovanni Montini sollten mit der Zeit besser bekannt werden als die Päpste Johannes XXIII. und Paul VI., die große Reformen in die katholischen Kulte einführen sollten, damit diese an die modernen Zeiten, in denen sie lebten, angepaßt würden.

Wenn noch ein Zweifel an dieser Behauptung besteht, laden wir jeden, der es tun möchte, dazu ein, alles, was sich während des ökumenischen Konzils Vatikanum II, von Johannes XXIII. einberufen, ereignet hat, zu studieren, und wir werden sehen, wie bei den Begründungen, die gemacht wurden, viele auf freimaurerischen Prinzipien und Postulaten basieren.

Sollte es dennoch Fanatiker geben, die an dem zweifeln, was ich hier bekanntgebe, möchte ich sie bitten, mir die Berechtigung vorzulegen, die Johannes XXIII. hatte, um die Abschaffung der Exkommunikationsbullen anzuordnen, die vor seiner Besteigung des Stuhles Petri noch in Kraft waren.

Im Jahre 1935 ist das Leben nicht leicht für Angelo Roncalli, Erzbischof von Messembria und Apostolischer Gesandter in der Türkei. Es sind Kriegszeiten, und wie andere Priester und Ordensleute sieht er sich gezwungen, Laienkleidung zu tragen. Genau zu dieser Zeit wird er eingeladen, in eine Geheimgesellschaft einzutreten, die Erbin der rosenkreuzerischen Lehren ist, und große Kraft mögen ihm in der Vergangenheit Louis Claude de Saint-Martin, der Comte de Saint-Germain und der Comte de Cagliostro gegeben haben.

Auf dem Welt-Freimaurer-Kongreß in Mexiko-Stadt im Oktober 1982 zirkulierte unter den Teilnehmern an diesem Kongreß ein sehr inniges Gebet dieses großen Papstes, der Johannes XXIII. war, worin er definitiv seine Mitgliedschaft in der Freimaurerei akzeptiert. Ich hoffe, Kopien von den beiden betreffenden Dokumenten bekommen zu können, sowohl von der Akte in Französisch – vor Beendigung der Drucklegung des vorliegenden Buches konnte sie nicht mehr beschafft werden; sie soll aber späteren Auflagen des Buches angehängt werden – als auch von dem Gebet, welches ich als Anhang dieser Abhandlung beifüge.

»Herr und Großer Baumeister«

Gebet des Johannes XXIII., veröffentlicht in »Il Giornale di Genova« vom 9. August 1966; aus dem Italienischen ins Portugiesische übertragen, abgedruckt in »Diario do Congreso Nacional Brasileiro« vom 4. März 1971, auf Vorschlag des Senators Benedito Ferreira; hier zitiert nach der Zeitschrift »Medio Dia en Punto« Nr. 2 vom März/April 1978.

»Herr und Großer Baumeister, wir werfen uns zu deinen Füßen nieder und bitten dich um Verzeihung für die kursierende Häresie, in unseren Freimaurer-Brüdern deine vornehmlichsten Verfolger zu erkennen. Wir kämpfen immer gegen das freie Denken, weil wir nicht begriffen hatten, daß die erste Pflicht einer Religion, wie das Konzil versicherte, darin besteht, sogar das Recht, nicht an Gott zu glauben, anzuerkennen.

Wir hatten all jene verfolgt, die in der Kirche selbst vom Weg der Wahrheit abgewichen waren, indem sie sich unter Geringachtung aller Beleidigungen und Drohungen in die Logen einschrieben. Wir hatten unbedachterweise glauben gemacht, daß ein Kreuzeszeichen höher sein könne als drei Punkte, die eine Pyramide bilden.

All das tut uns leid, und mit der Verzeihung erflehen wir von dir, du mögest uns empfinden lassen, daß ein Zirkel auf einem Altar soviel bedeuten kann wie unsere alten Kruzifixe. Amen.« □

Kirchen

Christlich verklärter Sozialismus

Beat Christoph Baeschlin

Da wird nun fieberhaft auf das Basler »Konzil« für »Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung« hingearbeitet. Aber das soll nur das Vorgeplänkel sein für eine planetare Aufregung in Form einer »Weltfriedensversammlung« von 1990 in Seoul, Südkorea.

Ein religiöses, pseudochristliches Brimborium wird als ein gigantisches Haschen nach Wind in Szene gesetzt. Schon sind in Dortmund und Stuttgart letztes Jahr Mittelgipfel auf dieser Gratwanderung zum ewigen irdischen Frieden erklommen worden.

Sozialismus als Reich Gottes

Das große Kirchenkonzil von Basel tagte von 1431 bis 1449. Also 18 Jahre lang wurde nach Wegen gesucht, um die Einheit der katholischen Kirche wieder herzustellen, nachdem Frankreichs König, Philipp der Schöne, im Jahre 1309 mit eiserner Faust den Papst in Avignon angesiedelt hatte. König Philipp wollte die jeweiligen Oberhäupter der Kirche unter seine Kontrolle zwingen.

Das Konzil von Basel bedeutet also einen Wendepunkt in der Kirchengeschichte. Seit »Basel« haben die Päpste ununterbrochen in Rom residiert. Es blieb unserem Jahrhundert vorbehalten, Basel trotz oder wegen seiner protestantischen Ausrichtung wiederum zur »Konzilsstadt« zu erheben. Das geschah im Herbst des Jahres 1912 mit dem »Weltkongreß des Sozialismus zur Verhinderung des Weltkrieges«.

Es war Leonhard Ragaz, damaliger Pfarrer am Basler Münster, der dieses Atheisten-Festival als »Konzil der Kirche des Sozialismus« bezeichnete und ihm damit zu einer religionsähnlichen Verklärung verhalf. Ragaz war die Seele des »religiösen Sozialismus«, der in jenen Jahren sich zu einer kirchlichen Modeströmung auszuwachsen begann. Pfarrer Ragaz war vom Sozialismus so tief durchdrungen, daß er sich nicht scheute, die recht großmäulige Versammlung von 1912 als »das zweite Basler Konzil« und als »das rote Konzil« zu bezeichnen.

Die große Begeisterung des damaligen Basler Münsterpfarrers über das, was er selber naiv-überschwenglich als »Konzil der Kirche des Sozialismus« bezeichnete, klingt in seinen Lebenserinnerungen nach:

»Das Münster, ›mein‹ Münster war nach einigem Widerstreben für eine Hauptversammlung des Kongresses abgetreten worden . . . Und nun war es ein großartiges Erleben, als unter den Klängen der Glocken des Münsters und dem Brausen der Münsterorgel die sozialistische Internationale in dieses uralte, herrliche Gotteshaus Christi einzog und die roten Fahnen der sozialistischen Parteien aller Länder sich um den Altartisch vor dem prachtvollen Chor reihten. Es war für mich wie die traumhaft gewaltige Erfüllung dessen, was ich in diesem Münster und außerhalb desselben verkündet hatte.

Ein Atheist predigt im Gotteshaus

Das Münster war durch die roten Fahnen und durch die Beifallsstürme, welche nach einzelnen Reden erbrausten, nicht entweiht worden. Aber dieses Konzil der Kirche des Sozialismus teilte mit jenen der christlichen Kirche das Los, ein Fiasko zu sein.«

Schon breitete sich in jenen fernen Tagen die gleiche christliche Orientierungslosigkeit aus, wie sie heute gang und gäbe ist und zum Beispiel die sogenannten deutschen Kirchentage zu wahren Hexensabbaten machte. Das nachchristliche Zeitalter war 1912 also schon angebrochen, denn also sprach Pfarrer Leonhard Ragaz:

»Da stand auf der Münsterkanzel Jean Jaurès und predigte über den Text: Vivos voco, mortuos plango, fulgura frango; die Worte der Schillerglocke in Schaffhausen auf den drohenden Weltkrieg und die Aufgabe der Internationale anwendend. Es war eine gewaltige und erschütternde Predigt, besonders mit ihrer rednerisch großartigen Perspektive auf die Schlachtfelder eines kommenden Krieges.«

Nach dieser pompösen, kirchlich verklärten Maskerade begann das eigentliche »Konzil der Kirche des Sozialismus« in dem »mit Fahnen und Losungen« geschmückten Versammlungsraum. Da kam die bittere Wirklichkeit zum Vorschein: daß es sich bei dieser gleißenden Großkundgebung nur um ein wirkungsloses Palaver handelte. Der »Weltkongreß zur Verhinderung des Weltkrieges« ist ohne jede Wirkung verpufft. In einem Augenblick, wo der Sozialismus noch als »großer Gedanke« erscheinen mochte, erwies er sich als bloßes Geschwätz.

Weniger als zwei Jahre später, im August 1914, erfaßte ein patriotischer Taumel alle europäischen Völker und fegte alle sozialistischen Phrasen wie dürres Herbstlaub beiseite.

Die Erinnerung an das sozialistische Konzil war längst ausgelöscht, als der spätere Theologieprofessor Ragaz seine Memoiren schrieb. Er sagt dort im Zusammenhang mit dem grotesk anmutenden Redeschwall zur Verhinderung des Weltkrieges: »In der Erinnerung geblieben ist mir etwas Formelles: die ganz wunderbare Art, womit Angelika Balabanoff aus dem Stegreif die Reden der Delegierten in alle Sprachen übertrug, welche für den Kongreß in Betracht kommen konnten.«

Anbiederung an politische Sektierer

Die einzige Person, die am großen sozialistischen Phrasen-Festival von 1912 in Basel teilgenommen hatte und der ich jemals persönlich begegnet bin, ist eben diese Angelika Balabanoff. In den fünfziger Jahren traf ich sie in Rom, wo sie mir sehr anregend von Gegenwärtigem und Vergangenem erzählte:

»Nie wieder hat es eine Zeit so freier Meinungsäußerung gegeben wie im Westeuropa vor 1914. Auch der Sieg über Hitler-Deutschland hat diese unbeschwerte Freiheit nie zurückgebracht.«

Als erste Generalsekretärin der III. Internationale und als jahrzehntelang wirkende Berufsrevolutionärin hatte sie Erfahrungen, die dem Durchschnittsmenschen verschlossen sind.

Natürlich erzählte sie mit Vorliebe, wie Benito Mussolini sie zu Hilfe rief, als er durch geschickte Parteitagsmanöver unvermutet mit der Redaktion der sozialdemokratischen Tageszeitung »Avanti« betraut wurde. »Es war am Parteikongreß von 1912 in Bologna, als unsere antimilitaristische, extrem revolutionäre innerparteiliche Gruppe die bisherige Parteileitung stürzte. Dadurch sind Mussolini und ich unvermutet zu Exponenten der italienischen Sozialdemokratie aufgerückt.«

Daß Mussolini seine steile politische Laufbahn als Antimilitarist begonnen hat, weist darauf hin, daß Extremlinke für den Virus des Faschismus höchst anfällig zu sein scheinen. Und nun suchen die Kirchen aus ihrer Orientierungslosigkeit herauszufinden, indem sie sich an die Rockschöße politisch linker oder extremlinker Gruppierungen anklammern.

Mit dem Basler Konzil für »Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung« von 1989 wird der Irrtum in ebenso sturer Verblendung wiederholt. Nur läßt sich die protestantische Welt diesmal mit viel größerer Wucht als 1912 in den ideologischen Morast hineinmanövrieren. □

Philippinen

Amerikas bitteres Erbe

P. Samuel Foner

Zu der Zeit, als der neue amerikanische Präsident George Bush zum ersten Mal als Führer der Vereinigten Staaten bei der Beerdigung des japanischen Kaisers die Weltbühne betrat, lauerte bereits eine andere Beerdigung im Hintergrund. Ein zweiter asiatischer Führer ist dabei, in die Geschichte einzugehen, aber dieser Fortgang verspricht alles andere als friedlich zu sein. Er stellt Bush und seine Mannschaft vor schwerwiegende Probleme.

Der ehemalige philippinische Präsident Ferdinand Marcos liegt sterbenskrank im St. Francis Hospital in Honolulu, unfähig zu sprechen, mit einer chirurgisch eingeführten Atmungsröhre in der Kehle. Und während die Bush-Regierung hektisch hinter den Kulissen daran arbeitet, Marcos einzigen letzten Willen – in sein Heimatland zurückzukehren um dort zu sterben – zu erfüllen, könnte dies zu wenig und zu spät sein, in dem strategisch wichtigen pazifischen Inselstaat eine politische Krise zu vermeiden.

Frau Aquino ist gegen eine Rückkehr

Unruhe eskaliert weiter auf den Philippinen, weit über das hinausgehend, was die Medien des Establishments in den westlichen Ländern berichten, kommentieren Freunde des ehemaligen philippinischen Präsidenten, die in den Heimatinseln in ständigem Kontakt mit den Anhängern von Marcos stehen. Und Beobachtern zufolge sitzt die Bush-Regierung »zwischen einem Felsen und einer harten Stelle« fest.

Inoffizielle Anträge werden an Corazon Aquino herangetragen mit dem Ziel, Marcos zu gestatten, zum Sterben nach Hause zurückzukehren. Nach Aussagen von Marcos Freunden werden die Anträge stillschweigend von der Bush-Regierung unterstützt.

Aber ganz gleich, ob Marcos gestattet wird, auf die Philippinen zurückzukehren um dort zu sterben, oder ob er in seinem Exil auf Hawaii stirbt, es könnte zu spät sein, um den Strom der Krise, die Bush von der Reagan-Regierung geerbt hat, umzudrehen.

Mrs. Aquino ist gegen eine Rückkehr von Marcos, egal wie dessen körperliche Verfassung auch immer sein mag. Sie hat bereits öffentlich erklärt, daß die einzigen Bedingungen, unter denen er zurückkommen könnte, darin bestehen, daß er jedes und alle »Verbrechen gegen das Volk« eingesteht, erklärt ihre Regierung.

Das Aquino-Regime, das keineswegs so stabil ist wie es sich die Medien des Establishments in der Welt erhofften, wird von der Marcos-Situation schwer erschüttert. Demonstrationen zugunsten von Marcos nehmen an Stärke zu.

Reagans Verrat an einem Freund

Anfangs wurden die marcosfreundlichen Demonstrationen auf persönliche Befehle von Mrs. Aquino hin unterdrückt. Mindestens ein Dutzend Philippinos wurden dabei getötet. Aber seit Anfang der letzten Januarwoche weigert sich die Polizei, diesen Befehlen zu gehorchen, und die Volksmengen bei diesen Demonstrationen schwellen weiter an.

Und die Lage ist für Amerika und die Amerikaner von böser Vorbedeutung: »Wenn mein Mann außerhalb der Philippinen stirbt, mache ich mir Sorgen um das Leben jedes Amerikaners auf den Philippinen«, teilte Imelda Freunden in Hawaii mit.

In der Zwischenzeit hat Imelda zu persönlichen Freunden gesagt, sie und ihr Gatte seien zutiefst erschüttert und enttäuscht über Amerika und Ronald Reagan. Sie seien mit List und Tücke dazu veranlaßt worden, die Philippinen zu verlassen, so daß Mrs. Aquino die Macht übernehmen konnte, behauptete Frau Marcos.

Jahrelang hatten sich die Marcos als persönliche Freunde von Ron und Nancy Reagan betrachtet. Sie vertrauten Ron als er Ferdinand persönlich mitteilte, die Marcos wären in Amerika »Ehrengäste«. Doch nach ihrer Ankunft wurden die Kontakte immer weniger und erfolgten in immer größeren Zeitabständen, bis sie der ehemalige US-Präsident ganz abbrach.

Aber die Tatsache, daß sie im Stich gelassen wurden, war nicht der einzige Schock und Demütigung, die die frühere erste Familie der Philippinen erdulden mußte. Reagans Regierungsbeamte, darunter Abraham Sofear, Berater des Außenministeriums, suchte Marcos regelmäßig auf »und schüchterte ihn wegen des japanischen Geldes durch seine Arroganz ein«, sagte Imelda zu Freunden.

»Die amerikanischen Regierungsbeamten sagten zu meinem Mann, er müsse ihnen den Yamashita-Schatz aushändigen, wenn er einer strafrechtlichen Verfolgung entgehen wolle.«

Die Suche nach dem japanischen Schatz

Während des Zweiten Weltkriegs versteckte der japanische General Tomoyuki Yamashita Edelmetalle im Werte von Millionen Dollar auf den Philippinen. Marcos entdeckte diesen Schatz und, so Imelda, erhielt 1947 zwischen 2000 und 3000 Dollar jede Woche, was ihn zum reichsten Mann der Inselnation machte.

Aber, so erzählte sie engen Freunden, er benutzte das Geld dazu, das Defizit seines Landes teilweise zu decken. Jetzt wollen sich die Amerikaner und Mrs. Aquino das übriggebliebene offenbar untereinander teilen.

Und ungeachtet dessen was einer glaubt, wieviel Geld die Marcos besitzen, sind sie derzeit mittellos, bestätigte Frau Marcos. Es gelang ihnen nicht, an irgendwelche ihrer Gelder heranzukommen, seitdem sie nach Amerika gebracht wurden. Sie leben derzeit von der Großzügigkeit ihrer Freunde, darunter durch die Hilfe der zurückgezogen lebenden Multimilliardärin Doris Duke, die das Kautionsgeld aufbrachte, als Frau Marcos von einem amerikanischen Bundesgericht angeklagt wurde.

Und jene Anklage war ein weiterer Verrat seitens der Reagen-Regierung, über den die Marcos erschüttert waren. Hätten sie gewußt, was mit ihnen geschehen würde als sie nach Amerika kamen, dann hätte Ferdinand Marcos gekämpft, um seine Führung zu behalten, meint seine Frau Imelda.

Bush muß das Problem lösen

Indessen schlägt die Korruption auf den Philippinen über alle Stränge, viel schlimmer als alles, was während der Marcos-Regierung passierte. Und Mrs. Aquino verliert jeden Tag weiter an Unterstützung, ihrer Regierung durch die Bürger des Landes während die Kommunisten schon in den Startlöchern stehen, um die Macht auf den Philippinen zu übernehmen.

Es ist die gleiche Situation wie seinerzeit in Cuba und Nicaragua, wo amerikafreundliche Politiker mit Hilfe der Vereinigten Staaten beseitigt wurden und die Kommunisten die Macht übernahmen.

Es war diese Situation, die dazu beitrug, Demonstrationen für Marcos anzuheizen. Die Antikommunisten haben sich geschworen, es nicht zuzulassen, daß ihr Land kampflos in die Satellitenbahn der Roten hineingleitet.

Dies ist jetzt auch die Situation, der sich US-Präsident George Bush gegenübersieht. Ein weiteres von seinem Vorgänger übernommenes Vermächtnis. Er muß das Problem lösen – oder zusehen, wie es für ihn gelöst wird. □



USA

Ende der Monroe-Doktrin

Martin Mann

Bewaffnete Truppen der Vereinten Nationen werden nach Mittelamerika gehen und ein Jahrhundert der amerikanischen Oberherrschaft in dieser von Krisen geschüttelten Region beenden, wenn ein von den Präsidenten der fünf Nationen in diesem Gebiet angenommener Plan wie vorgesehen im kommenden Sommer wirksam wird.

Mit einem noch nie dagewesenen Nasenstüber für die amerikanische Diplomatie riefen die Führer Guatemalas, El Salvadors, Honduras', Nicaraguas und Costa Ricas gemeinsam nach einer UN-»Friedensstreitmacht«, die in ihrer von Hader zerrissenen Völkergemeinschaft Polizeidienste übernehmen soll.

Die erste Aufgabe: Entwaffnung der Contras

Nach ihrer Blaupause, die bei einem zweitägigen Gipfeltreffen in El Salvador entworfen wurde, werden Truppen aus der Bundesrepublik Deutschland, Spanien, den Niederlanden und Kanada, zu denen noch südamerikanische Kontingente stoßen werden, in Mittelamerika unter der Flagge der Vereinten Nationen ausschwärmen.

Die erste Aufgabe dieser internationalen Brigade wird darin bestehen mitzuhelfen, die von den USA geförderte antikommunistische nicaraguanische Legion, die als die »Contras« bekannt geworden ist, zu entwaffnen und aus ihren Stützpunkten in Honduras zu vertreiben.

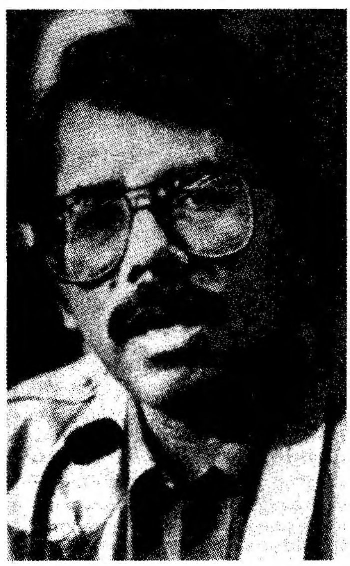
Der UN-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar, selbst ein altgedienter lateinamerikanischer Diplomat, »begrüßte« das mittelamerikanische Verlangen nach Besetzung Mittelamerikas durch eine UN-»Friedenstruppe« ähnlich wie die internationalen »Feuerwehren«, die in den vergangenen Jahren in den Libanon und andere Unruheherde entsandt wurden.



Der starke Mann Panamas, Manuel Noriega, ist auch für Stationierung von UN-Truppen im Hinterhof der USA.

Für die Bush-Regierung, Erbe des Vermächtnisses der Reagan-Ära einer aufs Ganze gehenden Unterstützung der von der CIA organisierten Contra-Streitkräfte, stellt der neue mittelamerikanische Ruf nach einem internationalen Eingreifen einen »niederschmetternden diplomatischen Rückschlag« dar.

Über die unmittelbare Herausforderung, der sich Washington gegenübersieht, hinaus ist das Abkommen unter diesen kleinen Nationen, sich von der traditionellen amerikanischen Vormundschaft loszueisen, ein dramatisches Symbol für die auseinanderbrechende amerikanische Führung in der Welt.



Daniel Ortega, der kommunistische Führer Nicaraguas, heißt die Truppen der Vereinten Nationen willkommen.

Um zu demonstrieren, daß der alarmierende internationale Einfall in die amerikanische Hemisphäre nicht nur eine vorübergehende Notmaßnahme ist, bot die aus zwölf Nationen bestehende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) den kleinen Nationen, die das UN-Friedenserhaltungsprogramm annehmen, starke finanzielle Unterstützung an.

Machtpolitik der Europäischen Gemeinschaft

Eine ungewöhnlich breit angelegte Wirtschaftskonferenz auf hoher Ebene, die ein Dutzend europäische Außenminister mit ihren mittelamerikanischen Kollegen zusammenführte, wurde in San Pedro Sula abgehalten. Auf diesem Treffen verpflichtete sich der wohlhabende europäische Block zur »festen und unzweideutigen Unterstützung« der lateinamerikanischen Initiative, die US-Hegemonie über die Region zu beenden.

In den letzten Jahren ist die europäische Direkthilfe an Mittelamerika stillschweigend von annähernd 40 Millionen Dollar 1984 bis zu schätzungsweise 150 Millionen Dollar im vergangenen Jahr gestiegen – ein ungeheurer Aufschwung um mehr als 300 Prozent.

Weitere verstärkte Hilfe wurde auf der San-Pedro-Sula-Konferenz von den Europäern in Aussicht gestellt zur Unterstützung eines langgehegten lateinamerikanischen Wunsches: regionale Eingliederung der kleinen Nationen südlich von Mexiko in einen ACM, Central American Common Market (Mittelamerikanischer Gemeinsamer Markt).

Schnelles Lob für die globalistische Interventionsstrategie und für die »Ausweisung der Yanquis aus unseren Ländern« kam von einem lateinamerikanischen Politiker mit einem Würgegriff auf einem lebenswichtigen amerikanischen Vermögenswert.

Europäer sollen Krise in der Region lösen

Der panamaische Diktator Manuel Antonio Noriega, bekannt als langjähriger CIA-Agent und in jüngster Zeit als angeklagter illegaler Drogenhändler, verlor keine Zeit, sich der neuen, von den Internationalisten beherrschten mittelamerikanischen Allianz anzuschließen. Obwohl er nicht zu den fünf lateinamerikanischen Führern gehört, die ursprünglich nach der UN-Intervention riefen, bekräftigte Noriega ihren Plan und kündigte an, daß er ihm beitreten werde.

Unter dem gedankenlosen und gegen die Verfassung verstoßenden Schenkungs-Vertrag, den die Carter-Regierung durchgesetzt hätte, wird der Panama-Kanal im kommenden Jahr zum souveränen Besitztum des Noriega-Regimes.

»Die Vereinigten Staaten, die bei ihren Bemühungen, Frieden oder Wohlstand in diese Region zu bringen, versagt haben, haben die Pflicht, den Europäern einen größeren Einfluß einzuräumen in einem Gebiet, das sie seit 150 Jahren oder länger als ihren eigenen Hinterhof betrachten«, berichtete der lateinamerikanische Korrespondent Tim Coone in der Londoner »Financial Times«.

»Das Beste was die Bush-Regierung jetzt tun kann, ist auf den hinteren Sitzen Platz zu nehmen und den Europäern eine Chance zu geben, die Krise der Region zu lösen«, schloß das führende britische Blatt seinen Bericht ab. □

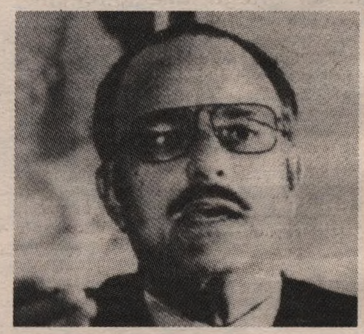
Lateinamerika

Abbruch der Beziehungen zu den USA

Warren Hough und George Nicholas

Die Nationen Mittelamerikas brechen auf dramatische Weise ihre traditionellen Bindungen zu den Vereinigten Staaten ab, indem sie nach einem Kontingent von UNO-Truppen verlangen und auch bekommen, die an ihren Grenzen Streifendienst versehen sollen, weil, wie es heißt, »die Intrigen der Washingtoner Bürokraten die stärksten und amerika-freundlichen Politiker in der Region vernichtet haben«.

Einige kenntnisreiche Beobachter und Kenner der lateinamerikanischen politischen Szene wurden gefragt, warum das Gipfeltreffen von fünf mittelamerikanischen Präsidenten mit einem Aufruf an die westeuropäischen Mächte endete, eine »Friedenstruppe« zu entsenden, um in der Region unter der Fahne der Vereinten Nationen Polizeidienste zu leisten.



Der ehemalige Präsident von Nicaragua, Anastasio Somoza, war einmal der wichtigste Verbündete und Freund der USA in Mittelamerika.

Ende der US-Vorherrschaft

Um dieses historische Auseinanderbrechen, das das Ende der Monroe-Doktrin und der amerikanischen Vorherrschaft in der Region signalisiert, zu erklären, erinnerten Experten an den Sturz des nicaraguanischen Präsidenten Anastasio Somoza im Jahr 1979, der ein Wendepunkt war und Auftakt zu einem Jahrzehnt des Sich-treiben-Lassens, der Unordnung und der Gewalttätigkeit in der Region.

»Somoza war der wichtigste Verbündete der USA in Mittelamerika«, berichtete Dr. Clemente Palmieri, ein erfahrener guatemalischer Konsularbeamter, der sich nach seinem kürzlich erfolgten Eintritt in den Ruhestand in Südflorida niederließ.

»Aber als er Ende der siebziger Jahre von bewaffneten marxistischen Rebellen belagert wurde, zogen die Washingtoner Bürokraten ihm den Teppich unter den Füßen weg. Es war ein beschämender Ausverkauf. Somoza wurde dazu getrieben, in Paraguay Unterschlupf zu suchen, und wurde dort ermordet. Nicaragua wurde eine kommunistische Diktatur.«

Doppel-Loyalisten bekommen Jobs

Bei Gesprächen mit lateinamerikanischen Professionellen aus dem auswärtigen Dienst und Polizeiwissenschaftlern in ihrer spanischen Muttersprache gibt es harte Kritik am ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagan und an seiner Entscheidung, Doppel-Loyalisten zu Krisenmanagern der mittelamerikanischen Konflikte zu ernennen.

»Ich nehme an, daß Abrams und Kagan etwas über Israel wissen und um dessen Interessen besorgt sind«, sagte Dr. Jaime Bosch, ein ehemaliger Beamter des kubanischen Außenministeriums, der jetzt als Forschungsgelehrter in einem Dokumentenzentrum in Miami tätig ist. »Aber sie wissen so gut wie nichts über Lateinamerika und haben sich noch weniger darum gekümmert.«

Der Experte für öffentliche Angelegenheiten bezog sich dabei auf den Assistant Secretary of State, Elliott Abrams, und dessen Hauptstellvertreter Robert Kagan, die während der zweiten Reagan-Regierung mit zwischen-amerikanischen Angelegenheiten betraut waren.

»Abrams und Kagan waren unter ihren Kollegen in Washington spöttischerweise als ›Dobermann-Diplomaten‹ bekannt«, berichtete Bosch.

»Es waren reibungssüchtige Raufbolde, die die wachsenden Probleme Mittelamerikas dadurch lösen wollten, daß sie es behandelten, wie Israel die Palästinenser behandelt.«

Verzweifelt um Änderung bemüht

Augustin Alles, Nachrichtenredakteur des größten spanischsprachigen Rundfunkzentrums Miamis, sagte: »Die Lateiner warteten verzweifelt auf irgendeine Änderung unter Bush.

Statt dessen wirkte es bei ihnen wie ein Donnerschlag, daß Bush Abrams durch einen in Mißkredit geratenen linksliberalen Ideologen – den gleichen Mann, der bei dem verhängnisvollen Komplott zur Zerstörung des Somoza-Regimes in den siebziger Jahren mitwirkte – ersetzen wollte.«

Die Nachricht, daß Bernard Aronson, der während der Carter-Regierung als Redenschreiber und Unruhestifter arbeitete, zum neuen Chef des Bureau of Inter-American Affairs des amerikanischen Außenministeriums ernannt worden war, versetzte die mittelamerikanischen Regierungen ins »Trudeln«, sagte uns ein altgedienter honduranischer Diplomat.

»Es war der letzte Strohhalm für uns«, erklärte dieser kenntnisreiche Diplomat. »Die US-Politik und das amerikanische Ansehen haben sich in den vier Jahren, als Abrams und Kagan mit lateinamerikanischen Angelegenheiten betraut waren, immer mehr verschlechtert.«

US-Rekord an Fehlschlägen

Im März 1988 verkündete Abrams, daß General Manuel Antonio Noriega, der panamaische Diktator, der in Florida wegen Drogenhandels unter Anklage stand, sich endlich auf dem Weg nach draußen befand. Ein Jahr später, Noriega ist immer noch an der Macht, noch fester im Sattel als je zuvor.

Vier Jahre lang gab die Reagan-Regierung täglich 1,5 Millionen Dollar aus – Geld, das aus den amerikanischen Steuerzahlern herausgequetscht wurde –, um in El Salvador die ziellose und korrupte Regierung des José Napoleon Duarte, eines von Abrams begünstigten »liberalen« Politikers, zu stützen. Im März, als die Wähler Salvadors zu den Wahlurnen gingen, warfen sie die Duarte-Regierung hinaus und wählten eine konservative Partei, deren Führer, Major Roberto d'Aubuisson, unter Abrams nicht einmal ein Visum zum Besuch der Vereinigten Staaten bekommen konnte.

In Nicaragua gelobten Abrams und Kagan, den Kommunismus »zurückzuwälzen«. Jetzt sitzt die kommunistische Diktatur fester im Sattel als je zuvor. »Und Bush will Aronson – einen der Unberufenen, die sich in fremde Angelegenheiten einmischen und die für den Schlamassel verantwortlich sind, die Leitung übertragen«, stellte der lateinamerikanische Diplomat fest.

Die Bekanntgabe des Weißen Hauses im Januar, daß Aronson der Chefbeamte der Bush-Regierung für lateinamerikanische Politik sein würde, gab amerikanischen Konservativen ebenso wie mittelamerikanischen Führungspersönlichkeiten Rätsel auf.

»Seine einzige augenscheinliche Qualifikation für den Posten ist offenbar die, daß Aronson, ebenso wie Abrams und Kagan, eine Schlüsselfigur in der Israel-Lobby ist«, versicherte Bosch. »Aber das reicht nicht, um sich mit Lateinamerika befassen zu können. Außerdem sollte Aronson zuerst ein wenig Spanisch lernen.« □

Argentinien

Schulden erdrücken das Land

Martin Burn

Es gibt einen prominenten Autor, Anhänger der Willensfreiheit und Finanzberater, der, wenn man ihn fragt, wann die Welt zu einem Ende kommen wird, antwortete: »Irgendwann zwischen morgen früh und in fünf Jahren von heute an gerechnet.« Damit meint er eine Finanz- und Wirtschaftskatastrophe, die er und andere schon lange voraussagen, die aber bislang nicht eingetreten ist.

Die Leser dieser Zeitschrift wissen genug, um nicht über Voraussagen wirtschaftlicher Schwierigkeiten zu spotten, besonders wenn sie auf eingehenden und grundlegenden Untersuchungen beruhen. Und selbst auf die Gefahr hin, als Bangemacher zu erscheinen, glaube ich, daß sich die Welt am Rande eines Ereignisses befindet, das sehr wohl eine Vertrauenskrise im Bankensystem auslösen könnte.

Der argentinische Präsident Raul Alfonsin hat das Land in eine schwere Finanz- und Wirtschaftskatastrophe geführt.

Ablehnung internationaler Schuldenverpflichtungen

Wenn es nicht eingedämmt werden könnte, dann könnte dieses Ereignis zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch führen. Und was noch schlimmer ist: die Tatsache, daß dieses Ereignis voll und ganz vorhersehbar ist und sehr wahrscheinlich eintreten wird, macht nicht einmal den Bruchteil eines Unterschiedes aus.

Das Ereignis, das im Bankwesen einen Feuersturm auslösen könnte, ist die wahrscheinliche Wahl von Carlos Menem zum Präsidenten von Argentinien. Menem hat geschworen, daß Argentinien unter seiner Regierung seinen internationalen Schuldenverpflichtungen – die sich derzeit auf 55 Milliarden Dollar belaufen und ständig steigen – nicht mehr nachkommen wird, falls dadurch das argentinische Volk weiter verarmt.

Jeder Penny dieser 55 Milliarden Dollar wurde natürlich von den Handelsbanken der Welt aus dem blauen Dunst heraus geschaffen, und jeder Penny darauf gezahlte Zinsen stammt aus der Produktivität der arbeitenden Bevölkerung Argentiniens.

Nun, viele lateinamerikanische Politiker haben in der Vergangenheit heftige Streitgespräche über diese Frage geführt, aber Menem ist Peronist – Anhänger des argentinischen Präsidenten Juan Domingo Peron (1895–1974).

Peron war ein dynamischer Volksheld und die dominierende Kraft in der argentinischen Politik des 20. Jahrhunderts. Als Mitglied der Militär-Junta, die im Juni 1943 die Macht ergriff, wurde Peron bald Arbeitsminister. Auf diesem Posten führte er eine weitverbreitete Kampagne zur Organisation von Gewerkschaften, die zur Gründung mächtiger Gewerkschaften unter den Verpackungshaus-, Metall-, Textil- und landwirtschaftlichen Arbeitern führte. Seine Unterstützung der Arbeiter Argentiniens war die Grundlage für seine späteren politischen Erfolge.

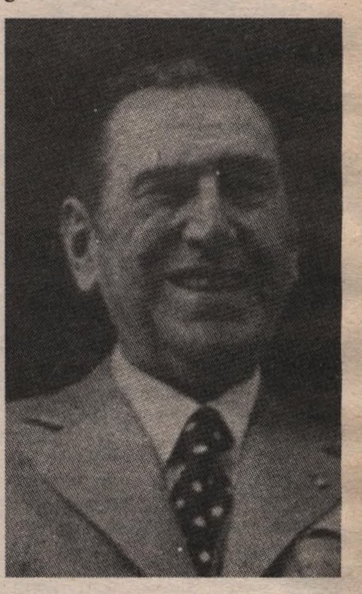
Die Geschichte des Volkshelden Peron

Schon 1945 war Peron Vizepräsident von Argentinien. Im Oktober des gleichen Jahres wurde die Regierung in der er diente in einem weiteren militärischen Staatsstreich gestürzt, und Peron wurde ins Gefängnis gesperrt – aber nur für eine Woche. Seine Anhänger unter den Arbeitern mobilisierten sich und verlangten seine Freilassung.

Bei den im Februar 1946 abgehaltenen freien Wahlen wurde Peron mit fast zwei Drittel der Stimmen des Volkes gewählt, und das trotz des Widerstands aller etablierten politischen Parteien, von den Konservativen bis hin zu den Kommunisten.

Im September 1955 wurde Peron durch einen Staatsstreich des Militärs gestürzt. Sein Vermächtnis lebte jedoch weiter. Bei den Wahlen von 1973 wurde Perons ausgesuchter Kandidat, Hector Garcia, zum Präsidenten gewählt. Wie geplant, forderte Garcia Peron auf, aus seinem spanischen Exil zurückzukehren, trat als Präsident zurück und Peron wurde erneut in freier Wahl zum Präsidenten gewählt. Im darauffolgenden Jahr starb Peron im Amt im Alter von 79 Jahren.

Im März 1976 ergriff wieder einmal eine Militär-Junta die Macht. Diese Junta erreichte neue Gipfel der Inkompetenz, sogar für lateinamerikanische Verhältnisse. Sie stürzte Argentinien tief in Schulden. Unter dem Vorwand den Kommunismus und Terrorismus zu bekämpfen, entführte sie ohne jede Formalität Tausende von Argentiniern und brachte sie um.



Juan Peron, der unvergessene argentinische Regierungschef, hatte seine Anhänger in allen Schichten des Volkes.

Im Kielwasser des äußerst beschämenden Debakels, nämlich des verlorenen Krieges gegen Großbritannien um die Falkland-Inseln/Malvinen von 1982, setzte sie nicht einmal ihre Schulden bei britischen Banken von etwa zwei bis drei Milliarden Dollar aus, noch viel weniger dachte sie daran, sie nicht anzuerkennen.

Der Ruin der Währung

Diese Junta von Generälen kämpfte einen Marx-Brothers-Krieg gegen die einfallenden Briten. In dem Feldzug, der an den italienischen Feldzug gegen die Briten in Nordafrika 1940–41 erinnerte, als italienische Generäle versuchten, den Krieg von Rom aus zu führen, gab die ar-

gentinische Regierung unrealistische Befehle an ihre schlecht ausgerüsteten und schlecht geführten Truppen auf den Malvinen (Falkland-Inseln) aus, während ihre Führer ganz gemütlich in Buenos Aires saßen.

Peinlich betroffen und gedemütigt trat das Militär beiseite und wurde 1983 durch eine vom Präsidenten Raul Alfonsin und seiner sogenannten Radikalen Partei geführten gewählten Regierung abgelöst.

Die »radikale« Regierung Argentiniens ist ebenso radikal wie ein Haufen Landklub-Republikaner. Es gelang ihr nicht, Argentiniens historischen und rechtmäßigen Anspruch auf die Malvinen durchzusetzen. Bei ihrem verzweifelten Versuch, die von ihren unmittelbaren Vorgängern gemachten Schulden zu honorieren, hat sie das Volk von Argentinien verarmt und die Währung des Landes gründlich ruiniert.

In einer Serie von Streiks im Oktober 1988 brachten Argentiniens Arbeiter, denen die Dinge zum Halse heraushingen, das Land fast zu einem Stillstand. Lehrer, Post- und Eisenbahnarbeiter, Telefon- und andere Arbeiter aus dem Dienstleistungswesen legten alle die Arbeit nieder und verlangten eine Erhöhung der Mindestlöhne, die etwa dem Gegenwert von 80 Dollar pro Monat entsprachen. Die Regierung Alfonsin führte den Vorsitz über eine Inflation, die bis zu 1000 Prozent pro Jahr betrug.

Kein Vertrauen zu den Banken

Die Journalistin Maureen Meehan, die in »Third World Week« schreibt, beschreibt eine Wirtschaft im Stadium des Zusammenbruchs. Sie zitiert einen Lehrer der nachts Taxi fährt und der gesagt haben soll: »Bei den seltenen Gelegenheiten, wo ich über zusätzliches Geld verfüge, kaufe ich Ziegelsteine, Automobilteile, Stoffe – alles was ich später wieder verkaufen kann. Das Geld selbst wird so schnell wertlos; und natürlich hat niemand Vertrauen zu den Banken.«

Miß Meehan zitiert auch eine Hausfrau aus einem verarmten Viertel, die gesagt haben soll, sie ziehe es vor, Nahrungsmittel für ihre Kinder zu kaufen, anstatt ihre Stromrechnung zu bezahlen: »Bestände nicht das Chaos und die Streiks im Elektrizitätswerk, dann wüßte man dort inzwischen, daß ich meine Stromrechnung schon ein Jahr lang nicht bezahlt habe.«

1987 waren die Peronisten die großen Gewinner in landesweiten und örtlichen Wahlen in Argentinien. 1988 gewannen sie eine Reihe von Nachwahlen zum nationalen Parlament. Derzeit erfreuen sie sich einer deutlichen Führung bei öffentlichen Meinungsumfragen.

Im vergangenen Dezember schrieb die maßgebende, in London ansässige »International Currency Review«, die 300 Dollar für sechs Ausgaben verlangt und hauptsächlich unter internationalen Bankern und Angestellten von Zentralbanken und Finanzministerien um den Erdball herum zirkuliert, in ihrer Berichterstattung über die argentinische Wirtschaft, daß die Peronisten sich darauf vorbereiten, »Señor Alfonsin und seine Radikalen bei den Wahlen im kommenden Mai in den Mülleimer der Geschichte zu fegen.«



Der Peronist Carlos Menem, ein charismatischer Politiker, will, daß Argentinien seinen finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommt.



Barber R. Conable, Vorsitzender der Weltbank: »Argentinien steht vor ernsten Problemen und einem immer härter werdenden Kampf.«

Überhang von Schulden in Milliardenhöhe

Das Blatt bemerkte auch, daß »die Vereinigten Staaten bei den Peronisten feindschaftliche Gefühle erwecken durch ihre offene Unterstützung dessen, was jedermann als eine gescheiterte Regierung der Radikalen erkennt, die ohne Hoffnung auf Überleben auf ihren Füßen dahinstirbt«.

Die »International Currency Review« schreibt weiter: »Unterdessen bereiten die Peronisten sich zur Regierung vor, unter der Führung des unheilvollen Carlos Menem, der sich deutlich als neuer Juan Peron sieht . . . Die Verkündigung des Señor Menem und seiner Mannschaft waren verschwommen bis zum Äußersten – abgesehen von einem Thema: Argentinien will seinen Schuldenverpflichtungen nicht mehr nachkommen, wenn dies erhöhte Armut und langsameres Wachstum bedeutet . . . Es ist eine gewaltige und schnell wachsende Welle der Unterstützung für die Peronisten in Argentinien vorhanden, so daß einige Banker sogar versuchen sich selbst einzureden, daß eine Menem-Regierung letzten Endes vielleicht doch nicht so schlecht ist. Dies wird sich wahrscheinlich als eine trügerische Hoffnung erweisen. Wie unsere Zeitung in der Vergangenheit schon oft ausgeführt hat, ist es eben der Überhang von Milliarden Dollar an Schulden, der zu dem geführt hat was man erhöhte Armut und langsameres Wachstum nennt.«

1982, als die internationale Schuldenkrise aus den Finanzseiten verschwand und auf die Frontseiten der Zeitungen rückte, belief sich die Auslandsschuld Argentiniens auf rund 40 Milliarden Dollar.

Das Militärregime (1976 bis 1983), das der demokratisch gewählte peronistischen Regierung folgte, und die gewählte Regierung der »Radikalen« des Präsidenten Raul Alfonsin (1983 bis jetzt) haben sich als gänzlich unfähig erwiesen, in dieser Angelegenheit irgendwelche Fortschritte zu erzielen. Die Banker und der Internationale Währungs-Fonds (IWF) haben die Lage noch verschlimmert, indem sie gutes Geld dem schlechten hinterherwarfen und unzahlbare Schulden auf unzahlbare Schulden häuften.

Immer neue, höhere Schulden

Die erste »Rettung« Argentiniens durch das Establishment erfolgte im Januar 1983 mit einer »Überbrückungsanleihe« vom IWF. Im August 1983 wurde eine weitere multilaterale Vereinbarung zur Linderung der Schulden unterzeichnet, unter der sich die Gläubigerbanken dazu bereit erklärten, Argentinien mit zusätzlichen 1,5 Milliarden Dollar an »neuem Geld« zu unterstützen, aber nur 500 Millionen Dollar von dieser Summe wurden tatsächlich ausbezahlt.

Im Dezember 1984 wandelten die Handelsbanken 14,4 Milliarden Dollar der Auslandsschuld Argentiniens um und stellten weitere 3,7 Milliarden Dollar an neuem Geld bereit. Im August 1987 wurden 30,2 Milliarden Dollar der argentinischen Schulden umstrukturiert und 1,5 Milliarden Dollar neues Geld bereitgestellt.

Diese beiden Sicherstellungen beinhalteten wesentliche langfristige Kredite zuzüglich zu der Umstrukturierung und den langfristigen Darlehen – nämlich 3,1 Milliarden Dollar 1984 und 3,5 Milliarden Dollar im Jahre 1987.

Argentinien

Schulden erdrücken das Land

Wie die maßgebende »Latin American Times« berichtete, hatten »Argentiniens Rückstände – spätestens im September 1988 – bereits 1,2 Milliarden Dollar überschritten, ohne daß seit dem 15. April 1988 irgendwelche Zinszahlungen an Handelsbanken geleistet wurden«.

Wie reagierte das Establishment auf diese Krise? Natürlich indem es noch mehr Geld nach Argentinien schickte.

Das Land steht vor dem Kollaps

Auf einer Pressekonferenz am 25. September 1988 in Westberlin kündete der Vorsitzende der Weltbank, Barber R. Conable, ein ehemaliger US-Kongreßabgeordneter aus dem Hinterland von New York, vier separate Darlehen an Argentinien in einer Gesamthöhe von 1,25 Milliarden Dollar an. Dieses Darlehen-Paket, wie die vier ihm vorausgegangenen Sicherstellungen, wurde in erster Linie dazu verwendet, überfällige Zinsen zu zahlen.

Die Kredite wurden natürlich noch schwerer auf die Schultern der arbeitenden Männer und Frauen Argentiniens gestapelt.

Dieses traurige Spektakel hätte eigentlich – hat aber anscheinend nicht – Conable deutlich vor Augen führen müssen, daß es völlig unmöglich ist, auf »Teufel-komm-raus« geliehene Gelder mit aus dem blauen Dunst heraus geschaffenen zusätzlichen Schuldengeldern zurückzuzahlen. Dies wird die endgültige Lösung dieser Krise nur noch schmerzvoller gestalten.

Und dennoch machte Conable eine gute Miene zu seinem törichten Spiel. »Lassen Sie es frei heraus sagen«, führte Conable in einer vorbereiteten Erklärung aus, »Argentinien steht vor ernsthaften Problemen und einem immer härter werdenden Kampf, um aus der Langsamwachstum-Hochverschuldungs-Hochinflations-Falle, in der es sich befindet, wieder herauszukommen. Aber ich bin überzeugt davon, daß das von der Regierung entworfene Programm ein großer Schritt in die richtige Richtung ist.

Wenn es mit Beharrlichkeit durchgeführt und von der internationalen Finanzgemeinde abgesichert wird, dann wird es dem Lande ermöglichen, seine makrowirtschaftliche Leistung bedeutend zu verbessern.«

Es besteht nicht der geringste Zweifel daran, daß Argentinien sich in einer Lage befindet, die Conable als »Langsamwachstum-Hochverschuldungs-Hochinflations-Falle« bezeichnete. Argentiniens Währung, der Austral, ist Monopolygeld. Sie wurde im Juni 1985 eingeführt, als ein Austral 1000 verdorbene Peso ersetzte und auf 1,00 Dollar = 0,80 Austral, oder 1,00 Austral = 1,25 Dollar festgelegt wurde.

Laufende Abwertung und hohe Inflation

Bis spätestens 31. Dezember 1987 konnte man für einen Dollar 3,75 Australs kaufen. Im August 1988 wurde nach einer scharfen Abwertung von der argentinischen Zentralbank eine Handelsquote von 12 Australs pro Dollar festgesetzt, einhergehend mit einer »Finanzquote« von 14,40 Australs = 1,00 Dollar. Bis spätestens Januar 1989 hatte sich die Finanzquote weiter auf 16,86 Australs pro Dollar verschlechtert, und es ist kein Ende für den freien Sturz des Australs abzusehen.

Wie es so oft der Fall ist, ging der freie Sturz des Australs, obendrein zu dem freien Sturz des argentinischen Peso, der vor dem Juni 1985 gesetzliches Zahlungsmittel war, mit einer rasenden Inflation einher. 1988 lag die monatliche Inflationsrate zwischen neun und 25,6 Prozent pro Monat.

Eine monatliche Inflationsrate von 25,6 Prozent entspricht einer Jahresrate von 1500 Prozent, da sich die inflationäre Raserei zusammenballt und sich selbst ernährt.

Die Antwort der Regierung Alfonsin hierauf war der sogenannte »Primavera« (Frühlings)-Plan, der darauf abgestimmt ist, die Löhne und Gehälter niedrig zu halten, während die Preise weiter steigen können.

Dies ist die klassische Reaktion von Regierungen der dritten Welt, die danach streben, ausländischen Gläubigern auf Kosten ihrer bereits verarmten Staatsbürger Geld zukommen zu lassen; die Nachfrage wird wirksam reduziert, so daß mehr Inlandsgüter für die Ausfuhren und zur Preisfestsetzung für Einfuhren frei werden.

Die Lage des Landes ist aussichtslos

Trotz aller Entbehrungen der Bürger Argentiniens zugunsten der Banker wird die Lage des Landes immer schlimmer, nicht besser.

Wie die »International Currency Review« berichtete, gab die Chase Manhattan Bank im vergangenen September bekannt, daß sie in Argentinien mit nicht erfüllbaren Darlehen rechne.

Das gleiche Journal berichtete, daß fast zur gleichen Zeit Kanadas Toronto Dominion Bank »wie berichtet Argentiniens mittelfristige Wertpapiere in Höhe von rund 80 Millionen Dollar zu etwa 23 Cent pro Dollar verkauft hat«.

Die »International Currency Review« schreibt weiter: »Ein Analytiker von Solomon Brothers verlieh der optimistischen Ansicht Ausdruck, dies habe Argentiniens Vermögenswerte im Preis niedrig gesetzt, und daß diese ›den Boden erreicht haben könnten‹. Wenn die Peronisten im kommenden Mai die Wahlen gewinnen, dann wird das, was er bis dahin gesehen hat, noch gar nichts sein«.

Der peronistische Kandidat bei den Wahlen ist der 55jährige Gouverneur der Provinz La Rioja, einer kleinen armen Provinz im Nordwesten Argentiniens, die an Chile grenzt. Er ist römisch-katholisch und syrischer Abstammung.

Die Sorgen der Banker

In einer offenen und freien Vorwahl am 9. Juli 1988 hob er den favorisierten Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Antonio Cafiero, mit 57 zu 43 Prozent der Stimmen aus dem Sattel. Die Presse des Establishment glaubt zu wissen warum, meint das Magazin »Economist«: »Señor Menems schamlose Verteidigung des traditionellen Peronismus brachte ihm mächtige Unterstützung seitens der rechtsgerichteten Arbeiter-Barone innerhalb der Partei ein.«

Die »Washington Post« zitierte einen Gehilfen Cafieros, den das Establishment verspätet als »gemäßigten« Peronisten entdeckte, der gesagt haben soll: »Es ist eine Art Anflug des Zaubers, ein nicht mit Vernunft erklärbarer Weg zur Erlösung. Die Bereiche der Vernunft waren unfähig irgendwelche Lösungen für die Nöte des Volkes zu finden, und so suchen die Menschen nach einer charismatischen Lösung.«

Menem war Gegner des argentinischen Militärregimes und wurde von jener Regierung fast fünf Jahre lang ins Gefängnis gesperrt. Dies war nach Ansicht argentinischer Beobachter im Wahlkampf ein Pluspunkt.

Das Establishment macht sich Mut

Das »Wall Street Journal« nannte Menem »einen charismatischen Populisten« und fügte hinzu: »Ein unermüdlicher Feldzug, der ihn durch die Viertel der arbeitenden Bevölkerung hindurch führte, legte die Grundlage für seinen Überraschungssieg bei den Vorwahlen.«

Das Establishment fürchtete ganz offensichtlich einen Wahlsieg Menems und hofft, daß »Gemäßigte« und die »Mittelklasse« sich irgendwie zusammentun werden, um ihn zu schlagen. Man scheint zu glauben, daß die Argentinier gegen niedrigere Steuern und dafür sind, Jahr für Jahr über fünf Milliarden Dollar an Zinsen an das internationale Banken-Establishment zu zahlen.

In dieser Hinsicht pfeift das Establishment deutlich im dunklen, um sich selbst Mut zu machen. Statt dessen sollte es sich auf eine neue Realität vorbereiten. □

Südafrika

Mrs. Thatcher gibt Botha neuen Auftrieb

Alec de Montmorency

Als im März dieses Jahres die britische Premierministerin Margaret Thatcher unangekündigt im südafrikanischen Kapstadt landete, wurde jedermann von dieser Blitzreise und ihrer Ankunft überrascht. Nun, fast jedermann!

Nicht überrascht war der südafrikanische Präsident Pieter W. Botha, der um sein politisches Überleben kämpft. Für ihn war es die Gegenleistung für einen politischen Gefallen, den er Mrs. Thatcher vor sieben Jahren erwiesen hatte.

Es ist eigentlich kein Rätsel

Der von Mrs. Thatcher selbst angegebene offizielle Grund für ihre unerwartete Reise war die Ankündigung, daß ihre Regierung Sanktionen gegen Südafrika weiterhin entgegentreten wird. Aber da dies schon seit Jahren Londons stetige Politik ist, und zwar auch unter dem Druck der Vereinten Nationen, war das nun wirklich ein ausreichender Grund für einen Blitzbesuch unter Bedingungen der Geheimhaltung?

Der wahre Grund für Mrs. Thatchers plötzliche Reise trat zutage, als die National Party, die versucht hatte, den 74jährigen Botha auszubooten und ihn durch den jüngeren Führer des liberalen Flügels der Partei, der von den Vereinigten Staaten begünstigt wird, Frederick de Klerk, zu ersetzen, plötzlich nachgab und nichts tat.

Aber warum vollzog Mrs. Thatcher einen derart offenkundigen, kaum verhüllten störenden Eingriff in den internen südafrikanischen Streit? Die Frage gab und gibt immer noch vielen der in Kapstadt ansässigen Korrespondenten und Kommentatoren daheim in Europa ein Rätsel auf. Aber es ist eigentlich überhaupt kein Rätsel.

Mrs. Thatcher zahlte eine große politische Schuld zurück, die sie sieben Jahre zuvor gemacht hatte. Weder sie noch Botha haben sie jemals erwähnt, denn es soll immer noch ein Staatsgeheimnis sein, obwohl einige Einzelheiten der Angelegenheit über die Jahre hinweg durchgesickert sind.

Zusammenarbeit im Falkland-Krieg

Die Sache geht zurück auf Ende März 1982, als in London die Nachricht einging, daß argentinische Streitkräfte drauf und dran waren, in die Falkland-Inseln (Malvinen) einzufallen. Die Lage sah Böses verkündend aus.

Das US-Außenministerium hatte Whitehall mit immer druckvolleren Vorschlägen bombardiert – die mehr und mehr wie Forderungen aussahen –, daß London die Liquidation seiner noch verbliebenen überseeischen Besitzungen, besonders die im Südatlantik, die von Argentinien beansprucht wurden, beschleunigen möge.

Gab es eine Art Koordination zwischen der argentinischen Militärjunta und dem amerikanischen Außenministerium?

Da war auch die gleichermaßen Böses verkündende Tatsache, daß von Anfang an, seitdem die Militärdiktatur im März 1976 in Buenos Aires zur Macht gekommen war, Militärgerät aller Art, einschließlich Flugzeugen und Raketen, aus vielen Stellen des Erdballs in das Land der Pampas strömte. Und die US-Banken übernahmen auf den Rat (sprich Garantie) des Staates hin die vollen Kosten.

Es gab die Befürchtung, daß hohe Beamte in Washington, die es darauf abgesehen hatten, England seiner letzten überseeischen Besitzungen zu entledigen, versuchen könnten, Präsident Ronald Reagan dazu zu überreden, jedem britischen Versuch, irgendwelche ihrer von Argentinien übernommenen Besitzungen gewaltsam zurückzuholen, Hindernisse in den Weg zu legen. Es gab Gerüchte über ein Einfrieren aller anglo-amerikanischen Vereinbarungen für die Dauer der britisch-argentinischen Zwietracht.

Zwei verschiedene Möglichkeiten

Großbritannien hatte zwei verschiedene Möglichkeiten der Vorauslogistik in einem Krieg im Südatlantik: eine war Wideawake Air Base auf der Himmelfahrtsinsel, eine amerikanische Einrichtung auf einer von den Briten besetzten Insel; die andere befand sich in Simonstown, das England 1957 an Südafrika übergeben hatte.

Einige Jahre lang nach der Übergabe hatte das Südatlantik-Geschwader der britischen Kriegsmarine die dortigen Einrichtungen mit Einwilligung von Pretoria benutzt. Aus Sparsamkeitsgründen war jenes Geschwader dann aufgelöst worden. Wenn dieser Stützpunkt zur Verfügung stünde, so wäre er eine Alternative zu der Himmelfahrtsinsel, falls sich die Vereinigten Staaten dazu entschließen sollten, sich auf die Seite von Buenos Aires zu stellen.

Mit diesem Gedanken im Kopf wandte sich Mrs. Thatcher mit einem Notruf an Botha, und es wurde ihr versichert, daß britische Streitkräfte die Einrichtungen jederzeit nach ihrem Belieben benutzen könnten, Einrichtungen, zu denen ein Marinestützpunkt, ein naher Flugplatz und ein angrenzendes Überwachungs- und Nachrichtenzentrum gehörten, die Südafrika mit britischer Ausrüstung aufgebaut hatte.

Wie sich herausstellte, sprach Mrs. Thatcher auch persönlich mit Reagan, und dieser erklärte sich bereit, sich auf die Seite Großbritanniens zu stellen, mit technischer Hilfeleistung wie Satelliten-Überwachungsdaten für die britische Einsatzgruppe, zusammen mit den Einrichtungen am Stützpunkt Wideawake.

Ob nun Bothas Entscheidung, britischen Streitkräften einen Vorausstützpunkt zur Verfügung zu stellen, Reagans Entscheidung beeinflußt hat oder nicht, wird man vielleicht nie wissen. Aber was Südafrika betrifft, bleibt die Thatcher-Regierung fest.

Politisches Durcheinander in Südafrika

Um aus einer Depesche im »Journal of Commerce« von Anfang März zu zitieren:

»Das Herausziehen von investierten Geldern hat bislang noch nicht dazu geführt, Südafrika zu überreden, seine Rassenpolitik zu ändern. Seitdem die Zurückziehungen 1985 begannen, hat die Wirtschaft sich einigermaßen erholt. Das Land zahlt seine Auslandsschulden mit einer Geschwindigkeit zurück, die von anderen Entwicklungsländern und Ländern der dritten Welt nicht erreicht wird. Die von den Multinationalen gelieferten Güter sind hier immer noch frei verfügbar und deren Nachfolgefirmen.

Das Herausziehen von Investitionsgeldern hat zum Verlust von einigen Arbeitsplätzen für Schwarze geführt, hauptsächlich durch Rationalisierung von Betrieben, die von Konkurrenten aufgesogen wurden, und vielleicht in geringem Umfang durch Beschneidungen von positiven Aktionsprogrammen.« □

USA

Interessen-Konflikte in der Bush-Regierung

Victor Marchetti

Lawrence Eagleburger, von US-Präsident George Bush für den Posten des stellvertretenden amerikanischen Außenministers ausgewählt, sagte zu seinen Freunden, daß er es ablehnen wird, sich mit ministeriellen Angelegenheiten zu befassen, die sich auf gewisse Körperschaften und Länder beziehen. Er sagte, er wünsche dies so zu handhaben, weil er auch nur den Anschein von möglichen Interessen-Konflikten vermeiden möchte, die als Folge seiner früheren Geschäftsbeziehungen als Präsident von Henry Kissingers Associates entstehen könnten.

Lawrence Eagleburger will es jedoch nicht ablehnen, sich mit Angelegenheiten zu befassen, die Israel betreffen. Und doch hatte er in der jüngsten Vergangenheit persönlich sowohl mit der israelischen Regierung als auch mit mindestens einer von Israelis finanzierten Organisation zu tun. Und in beiden Fällen erhielt er eine finanzielle Vergütung.

Für Israel tätig und von Israel bezahlt

Also, während Eagleburger wegen des Anscheins von Interessen-Konflikten in bezug auf seine Geschäftsverbindung mit anderen Ländern Besorgnis vortäuscht, sieht er anscheinend ein solches Verhältnis nicht, wenn es sich darum handelt, für Israel tätig und von Israel bezahlt zu werden.

Der erste passende Fall bezüglich Eagleburgers Interessen-Konflikte hinsichtlich Israels ist eine Verbindung mit dem Washingtoner Institute for Near East Policy, ein von Israelis unterstützter Denk-Tank. Im vergangenen Jahr führte Eagleburger den Vorsitz – zusammen mit dem ehemaligen amerikanischen Vizepräsidenten Walter Mondale – bei der Erstellung eines Sonderberichts durch das Institut.

Der Bericht wurde von der Presidential Study Group on US-Policy in the Middle East (Studiengruppe für amerikanische Politik im Nahen Osten auf Präsidenten-Ebene) ausgearbeitet und wurde inzwischen Präsident Bush als Blaupause für amerikanische Politik in der Region vorgelegt.

Eagleburger erstellte den Bericht vor einigen Monaten für AIPAC-Mitarbeiter und sagte bei dieser Gelegenheit, die Bush-Regierung müsse Israel beschützen, indem sie Syrien davon abschreckt, gegen den zionistischen Staat Krieg zu führen.

Dies soll auf folgende Weise geschehen: »Erstens durch Verstärkung der strategischen Zusammenarbeit mit Israel, mit Unterstützung Israels bei der Entwicklung einer antitaktischen Verteidigung mit ballistischen Raketen; zweitens durch Beeinflussung des Irak, nicht zu seiner früheren ablehnenden Ausrichtung gemeinsam mit Syrien zurückzukehren; drittens durch Aufwertung des ägyptisch-israelischen Vertrags, der weiterhin als Eckstein zur Stabilität in der Region gilt.«

Eagleburger sagte auch, daß in dem Bericht der Gedanke vertreten wird, einen US-Sonderbeauftragten zu ernennen, um den Friedensprozeß zu erleichtern und das Wettrüsten im Nahen Osten zu verringern. Es wäre die Aufgabe des Sonderbeauftragten, meinte er, »die amerikanischen Verpflichtungen gegenüber Israel – politische Verpflichtungen und solche hinsichtlich der Sicherheit, die strategische Beziehungen, die wirtschaftlichen Bindungen und alle jene Dinge, die unsere beiden Länder aneinander binden, noch einmal zu bekräftigen und ein gegenseitiges Vertrauen aufzubauen«.

Stärkung der US-Verpflichtungen gegenüber Israel

Eagleburger fügte hinzu, daß in dem Bericht eine maßgebende internationale Friedenskonferenz abgelehnt und daß darin empfohlen wird, daß die USA »nichts mit einem einseitig erklärten Staat der palästinensichen Regierung im Exil zu tun haben darf, und daß wir einen PLO-Staat ganz bestimmt nicht akzeptieren dürfen«.

Die AIPAC-Mitarbeiter, die Eagleburger befragten, brauchten nicht weit zu reisen, um von seiner Arbeit im Namen Israels zu erfahren. AIPAC und ihr Nachrichtenblatt »Near East Report« sind im Hause 500 North Capitol Street in Washington ansässig. Das Washingtoner Institute for Near East Policy ist unter der gleichen Adresse zu finden.

Die Tatsache, daß der künftige stellvertretende amerikanische Außenminister der selbstdienenden und unhaltbaren Position der israelischen Regierung in Nahost-Angelegenheiten gegenüber voll und ganz verpflichtet ist, ist schlimm genug. Aber daß er und andere zukünftige amerikanische Politikmacher, die bei der Erstellung des Berichts des von den Israelis unterstützten »Denk-Tanks« mitwirkten, für ihre Arbeit finanzielle Vergütungen entgegengenommen haben, ist ein klarer Interessen-Konflikt.

Weitere Namen auf Israels Gehaltsliste

Die anderen zukünftigen Macher der amerikanischen Politik, die Eagleburger im vergangenen Jahr dabei halfen, die Haltung der israelischen Regierung im Nahen Osten zu stärken, waren Dennis Ross und Richard Haass.

Ross, einst Mitglied des National Security Council (NSC) im Weißen Haus unter Reagan, wurde zum Direktor des Planungsstabs des Außenministeriums ernannt. Er ist langjähriger und wohlbekannter Unterstützer der Israelis und diente während des Wahlkampfes in der Bush-Mannschaft als Chef-Berater für Außenpolitik.

Haass, ein weiterer ausgesprochener Verfechter israelischer Interessen, trat an die Stelle von Ross als Spitzenmann des NSC in Nahost-Fragen.

Nach Mitteilung aus Kreisen der pro-israelischen Gemeinde nahmen alle drei zukünftigen Politikmacher für ihre Mitwirkung an der Präsidenten-Studie von dem von Israel unterstützten »Denk-Tank« Zahlungen in Form von Honoraren entgegen. Eagleburger erhielt seinerzeit auch sein Gehalt von mehr als 200 000 Dollar pro Jahr von der Firma Kissinger Associates. Ross war vom NSC beurlaubt, bezog jedoch während der Zeit, als die Studie erstellt wurde, Geld von der Regierung.

Der zweite einschlägige Fall bezüglich Eagleburgers Interessen-Konflikt hinsichtlich Israels rührt von seiner Position als Präsident von Kissinger Associates her. Sowohl Eagleburger als auch der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger (Mehrheits-Partner und Haupttriebkraft hinter der Beraterfirma, die ihren beträchtlichen Einfluß bei der US-Regierung an Meistbietende aus dem Ausland verkauft) halten ihre Kundenliste unter strengstem Verschluß. Aber es ist in Washington ein offenes Geheimnis, daß verschiedene israelische staatseigene Körperschaften auf dieser Liste obenan stehen, ebenso wie eine Reihe von amerikanischen und deutschen Firmen, die mit Israel Geschäfte tätigen.

Andere bekannte Auslandskunden, die Eagleburger persönlich vertreten hat, sind Firmen in Jordanien und Nord-Yemen im Nahen Osten, Jugoslawien und Südkorea, Italien, Schweden und einigen anderen Ländern rund um die Erde.

Obwohl Eagleburger von seinem Posten bei Kissinger Associates zurückgetreten ist, bedarf es einer beträchtlichen Erweiterung der Vorstellungskraft, um zu glauben, daß der neue stellvertretende US-Außenminister die Interessen des amerikanischen Volkes und seiner Regierung vor denen seiner ehemaligen – und möglicherweise zukünftigen – Kunden stellen wird.

Bindungen zur zionistischen Sache

Daß ein ehemaliger Beamter sich seine Erfahrung und seinen Einfluß nach seinem Ausscheiden aus den Diensten der Regierung zunutze macht, ist eine Sache; an seinen Regierungsdiensten zu verdienen ist in so einem Fall eine Sache der Begünstigung. Aber Eagleburger hat das schon einmal getan. Ihm jetzt eine weitere Chance einzuräumen, den Kreislauf zu wiederholen, nachdem er so deutlich seine starken Sympathien zu Israel – und seine finanziellen Bindungen zur zionistischen Sache im Nahen Osten – zur Schau getragen hat, ist es nicht nur eine Frage des Interessen-Konflikts.

Es gibt keinen fairen Weg für diesen Mann, die Interessen des amerikanischen Volkes und der Vereinigten Staaten in Sachen Israel oder Nahost objektiv zu vertreten.

Vor ideologischen und moralischen Konflikten

Als weiteres grasses Beispiel schlechter Urteilsfähigkeit – und möglicher Interessen-Konflikte – seitens der Bush-Regierung wurde Morris Abram, der kürzlich zurückgetretene Vorsitzende der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations, zum amerikanischen Botschafter für das Europäische Zentrum der Vereinten Nationen in Genf ernannt. Das UN-Zentrum in Genf ist Hauptquartier für solche UN-Agenturen wie die Kommission für Menschenrechte, die Internationale Arbeiter-Organisation und die Welt-Gesundheitsorganisation.

Als einer der einflußreichsten Mitglieder der amerikanisch-jüdischen pro-israelischen Gemeinde hat sich Abram häufig und unzweideutig für Israels blutige Zerschlagung des palästinensischen Aufstands ausgesprochen. Er verteidigte nicht nur die primitive Politik des zionistischen Staates, sondern arbeitete offen darauf hin, jede Kritik an jenen brutalen Methoden unter den aufgeklärteren Elementen der amerikanischen jüdischen Gemeinde im Keime zu ersticken.

Abram versuchte darüber hinaus, die amerikanische Regierung und die amerikanischen Medien unter Druck zu setzen, die rohe und grausame Taktik der israelischen Regierung zu rechtfertigen. Er zeigte absolut keine Empfindsamkeit, geschweige denn Besorgnis über die Tatsache, daß die Israelis den Palästinensern ihre Menschenrechte in himmelschreiender Weise verweigern.

Kein Verständnis für die Sache der PLO

Angesichts seiner vergangenen Taten ist von Abram nicht zu erwarten, daß er die USA bei der Commission on Human Rights oder der International Labor Organization der Vereinten Nationen ehrlich vertreten wird. Es ist klar, daß er das Untersuchungsergebnis der US-Regierung, wie es in dem jüngsten Bericht des amerikanischen Außenministeriums zum Ausdruck kommt, nämlich daß Israel durch seine erbarmungslose Niederschlagung des Aufstands die Menschenrechte ständig verletzt, nicht billigen wird. Außerdem wird er kaum die Politik der amerikanischen Regierung, durch die derzeitigen Bemühungen des Handelsvertreters des Präsidenten Israels Verstöße gegen die Rechte der palästinensischen Arbeiter zu untersuchen, unterstützen.

Abram steht vielleicht nicht auf der Gehaltsliste der israelischen Regierung, aber er ist sicherlich ein eifriger Apologet des israelischen Staates. Und dies stellt einen ideologischen und moralischen Interessen-Konflikt dar. □





Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 28. Juni 1989 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

USA

Jeder liebt Richard Cheney

Michael Collins Piper

War das ein Liebesfest, wie der Abgeordnete Richard Cheney von den amerikanischen Senioren begrüßt wurde. Spontan erhielt er die Anerkennung, sie sahen in ihm eine makellose Persönlichkeit. Oder gab es einen anderen Grund für den warmen und einstimmigen Beifall, den Cheney vom amerikanischen Kongreß erhielt?

Die Wahl des Abgeordneten Richard Cheney zum neuen amerikanischen Verteidigungsminister und die Ablehnung des ehemaligen Senators John Tower für den gleichen Posten ist eine deutliche Demonstration der Machtausübung seitens der internationalistischen Elite.

Hauptsache ist die Mitgliedschaft im CFR

Dies ist eine Elite, die das Militär eher als Profitquelle und Werkzeug auf der internationalistischen Tagesordnung denn als Garant der Sicherheit für die amerikanischen Interessen ansieht.

Mit anderen Worten: Wenn Sie Mitglied des mächtigen Council on Foreign Relations (CFR), eine internationalistische Gruppe, deren Mitgliedschaft aus den Reihen der Reichen und Mächtigen angeworben wird, sind und zufällig ein »Trinker und Schürzenjäger«, dann gelten Sie als wählbar für ein hohes amerikanisches Regierungsamt – sogar für einen Kabinettsposten.

Aber wenn Sie nicht Mitglied des CFR und ein Trinker und Schürzenjäger sind oder zu irgendeiner Zeit einmal dem einen oder anderen Laster gefrönt haben, dann brauchen Sie nicht damit zu rechnen, eine Spitzenposition in der amerikanischen Regierung einnehmen zu können; es sei denn, Sie hätten ein paar gute Freunde, die zum CFR gehören. Aber auch dann wird für nichts garantiert.



US-Verteidigungsminister Richard Cheney bekommt Beifall von US-Präsident George Bush und Vizepräsident Dan Quayle.

Dies ist die Lektion, die John Tower bei seiner unglücklichen Bewerbung um den Eintritt in das Kabinett des neuen US-Präsidenten George Bush als Verteidigungsminister erteilt wurde. Tower, der, angeblich wegen seiner moralischen Schwächen, die härtesten persönlichen Angriffe, die je einem für das Kabinett Vorgeschlagenen in der Geschichte zuteil wurden, über sich ergeben lassen mußte, ist kein Mitglied des CFR – und war es niemals.

Jedoch der Mann, der schließlich den Posten einnahm, um den Tower gekämpft hatte, bekam ihn ohne Kampf. Die Anhörung über seine Ernennung im Arms Services Committee des US-Senats dauerte nämlich summa summarum 15 Minuten, wonach über seine Ernennung auf der Vollsitzung des Senats berichtet wurde, begleitet von einer herzlichen Empfehlung, diese zu billigen.

Ein wahrer Kerl und Mitglied des CFR

Cheney wurde von allen – Demokraten und Republikanern, Liberalen und Konservativen – als großer Staatsmann ausgerufen, von Freund und Feind gleichermaßen geachtet. Dazu kommt noch, daß er ein netter Kerl ist, der mit anderen zusammenarbeiten kann ohne Verstimmung hervorzurufen oder eine persönliche Reiberei zu verursachen.

Die Medien, die sich wie ein wütender Hund verhalten hatten, der von Towers Feinden auf diesen gehetzt wurde, rollten sich wie gehorsame Hündchen zusammen, als sie über Cheney berichteten.

Der Grund für diesen erstaunlichen und überaus herzlichen Empfang für Cheney? Nun, außer der Tatsache, daß er langjähriges Mitglied des CFR ist, hat er zufällig einen Sitz in dessen Aufsichtsrat.

Die Vernarrtheit der Medien in Cheney bestand offensichtlich von Anfang an. Die »New York Times« (zu deren Eigentümern und Chefredakteuren viele von Cheneys Kollegen im CFR gehören) veröffentlichte nämlich einen glanzvollen Artikel voller Lob über die ersten Tage des neuen amerikanischen Verteidigungsministers im Amt, als dieser in Wirklichkeit noch gar nichts getan hatte.

Die »Washington Post« (zu deren Eigentümern und Chefredakteuren auch Mitglieder des CFR gehören) verkündigte freudig, daß Cheneys Ernennung mit einem »21-Schuß-Salut nach der Art des Kongresses« begrüßt worden sei.

Kenneth Adelman, ein Waffenvermittler in der Reagan-Regierung, der eine Zeitlang unter Tower in Genf gearbeitet hat und der bei der Bestätigungs-Anhörung des Senats einer der Angreifer auf Tower war, hatte folgendes über Cheney zu sagen: »Geglänzt hat er und wird er, welche Ernennung ihm auch immer vor die Füße gelegt wird.«

Die machtvolle Hand der Schattenregierung

Laut Adelman ist Cheney auch »gut geeignet, die Verteidigungsmaschine zu steuern«. Und dies trotz der Tatsache, daß er, anders als Tower, keinerlei Erfahrung in Fragen von Waffen und Verteidigung hat; er hat niemals in Uniform gedient, hat drei Herzanfälle und eine Herz-Bypass-Operation hinter sich.

Cheney hat jedoch über die Jahre hinweg eine Reihe von Seminaren, die vom CFR gefördert werden, über Themen der Verteidigung und der Strategie besucht, vermutlich die Note »A« erhalten und ist daher ausreichend qualifiziert, das größte Militär der Welt zu leiten.

Die machtvolle Hand der Schatten-Weltregierung zeigt sich über die gesamte Episode der Ernennung Towers, seiner öffentlichen Demütigung und Cheneys erstaunlich glatte Bestätigung ohne Ränkespiele hinweg. Cheney scheint alle jene guten Dinge zu verkörpern, die über ihn gesagt wurden, aber verleiht ihm dies die Qualifikation, das US-Verteidigungsministerium zu leiten?

Nun, schließlich werden ihm mehr als genug Fachleute sowohl innerhalb als außerhalb des Ministeriums und natürlich aus dem Brain Trust des CFR zur Seite stehen. □

Israel

Jüdische Solidarität

Mark Lane

»Wir brauchen die Einheit und Solidarität unseres ganzen Volkes«, versicherte der israelische Premierminister Yitzhak Shamir und schlug dabei mit der Faust auf das Rednerpult. »Das Wort muß von hier hinausgehen in die Hauptstädte der Welt, daß das jüdische Volk nicht geschwächt ist, das jüdische Volk Israels Ruf hört und der Zukunft zusammen mit Israel entgegensieht.«

Es war eine aufrüttelnde Rede von 22 Minuten, die der israelische Ministerpräsident vor 300 Mitgliedern des Steuerungsausschusses des Premierministers zur jüdischen Solidarität in Jerusalem hielt. Aber die aufpeitschende Rhetorik und das sorgfältig gestaltete Programm – geplant sowohl um Meinungsverschiedenheiten zu minimalisieren als auch um ein Image der Einheit vorzutäuschen – war kein voller Erfolg.

Etwas ist besser als gar nichts

Shamir mußte sich bei seinen intensiven Bemühungen, die Illusion einer internationalen Solidarität unter den Juden herbeizuführen und um Unterstützung für seine lahme Annäherung an eine friedliche Lösung der palästinensischen Situation beim neuen amerikanischen Präsidenten George Bush und seinem Außenminister Baker zu erheischen, mit dem zufrieden geben, was er hatte, nach dem Motto: Etwas ist besser als gar nichts.

Die amerikanische Delegation – offensichtlich die Gruppe, deren Unterstützung Shamir am meisten brauchte – war kleiner, mit einem geringen Nimbus und weniger hilfreich als sich der reaktionäre Likud-Premierminister erhofft hatte. Shamir und seine Hilfskräfte hatten auf 3000 Delegierte aus aller Welt – weitgehend aus den USA – gehofft, die der Konferenz beiwohnen würden.

Es erschienen jedoch weniger als 1200 Vertreter der Diaspora, und viele von denen, die erschienen, gaben ihrer Opposition gegen Shamirs hartnäckige Weigerung mit der PLO zu verhandeln, und seine Bemühung, die fehlgeschlagene jordanische Option wiederaufleben zu lassen, Ausdruck.

Das durchsichtige Manöver des Premierministers – und seine hinterlistige Warnung – mit der Absicht die Sympathie des amerikanisch-jüdischen Kontingents dadurch zu gewinnen, daß er zu ihnen sagte, die Frage »Wer ist Jude« sei derzeit nicht auf der Tagesordnung der israelischen Gesetzgebung, wurde als das gesehen, was es war und daher ignoriert.

Israel muß eine historische Wahl treffen

Shamirs politischer Erzrivale in der Regierung der nationalen Einheit, Finanzminister Shimon Peres von der Arbeiter-Partei nutzte die Gelegenheit, der Versammlung mitzuteilen, daß er einen alternativen Friedensplan habe, der für die amerikanische Führung möglicherweise annehmbarer sei.

In Erkenntnis dessen, daß sich die internationale öffentliche Meinung gegen Israel und zugunsten des PLO-Vorsitzenden Yasser Arafat wendet, sagte Peres zu den Delegierten: »Ich glaube, wir sollten uns in den kommenden Monaten entscheiden. Wenn wir (Israel und die Palästinenser) eine gemeinsame Lösung finden, gut. Wenn nicht, werden wir (Israel) eine historische Wahl treffen müssen. Wir müssen das auf eine faire Art und zivilisierte Weise tun.«

Peres deutete sogar an, daß die Arbeiter-Partei noch in diesem Jahr aus der Regierung der nationalen Einheit ausscheiden könnte, wenn Shamir und der Likud den Friedensprozeß nicht beschleunigen. Aber Peres zeigte sich mehr als Politiker und nicht als der Friedensmacher, der er zu sein vorgibt. Er schlug eine Selbstregierung der Palästinenser in den »dicht bevölkerten arabischen Gebieten«, einschließlich der Verwaltung ihrer eigenen Institutionen »von der Gesetzgebung bis zum Gesundheitswesen, von der Erziehung bis zur Landwirtschaft« vor. Er setzte jedoch hinzu, daß die bestehenden jüdischen Siedlungen in der West Bank und im Gazastreifen nicht aufgelöst werden – »was Shamir dazu veranlaßte, die Augenbrauen zu heben«, wie ein Beobachter der Konferenz mitteilte.

In einer Stellungnahme zu Shamirs Versuch, internationale jüdische Solidarität mit Israel zur Schau zu stellen, sagte Seymour Reich vom B'nai B'rith, Vorsitzender der Konferenz der Präsidenten größerer Amerikanisch-jüdischer Organisationen: »Diese Konferenz ist kein Theater. Wir wollen unsere Unterstützung in den Friedensprozeß einbringen.«

Ein scharfer und gerissener Politiker

Aber er räumte ein, daß Shamir mit der Einberufung dieser Großversammlung ein Risiko eingehe, da er sich der Kritik über seine Politik aussetzte. Nichtsdestoweniger, glaubt Reich, kann Shamir nur aus der Erfahrung lernen. Entweder unterstützt eine Mehrheit der jüdischen Führer aus der Diaspora die Politik der israelischen Regierung, oder der Premierminister lernt etwas daraus, daß er es mit einer Vielfalt von alternativen Ansichten zu tun hat. Der eigentliche Zweck der Konferenz sei es, jüdische Einheit bei der Unterstützung von Israels Bedürfnissen – Friede und Sicherheit – zum Ausdruck zu bringen.

Bezüglich der Frage der Verhandlungen mit der PLO wählte Reich seine Worte sorgfältig aus: »Sehr wenige der Teilnehmer an der Solidaritätskonferenz würden einen palästinensischen Staat unterstützen«, sagte er. »Aber es gibt vielleicht welche, die für Verhandlungen mit der PLO sind«.

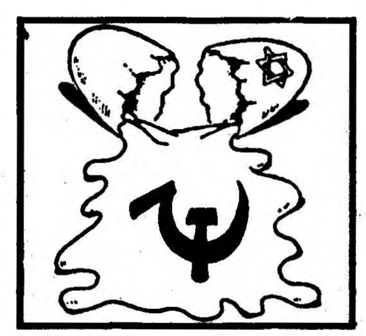
Er setzte hinzu, daß, als er und andere amerikanisch-jüdische Führer sich im Weißen Haus mit Bush trafen, sie nicht den Eindruck hatten, daß die USA dabei waren, sich in Verhandlungen mit der PLO zu stürzen. Vielmehr rechne er damit, daß die USA die PLO unter Druck setzen wird, den Palästinensern in der West Bank und im Gazastreifen zu gestatten, ihre eigenen Vertreter zu den Friedensverhandlungen zu wählen.

Reich sagte, er erwarte, daß Shamir endlich Gedanken äußert, die »den Friedensprozeß nach vorn bringen werden. Ich glaube, er kennt Friedensvorschläge, die für Washington annehmbar sind«. Reich fügte hinzu, daß Shamir »ein sehr scharfer, sehr gerissener und sehr fähiger Führer ist, um eine Friedensinitiative in die Wege zu leiten, die von den Amerikanern angenommen wird.«

Forderung nach Gesprächen mit der PLO

Am Vorabend der Solidaritätskonferenz ließen Rivalen von Shamir die alarmierende Nachricht an die israelische Presse durchsickern, daß ein streng geheimer, für das Kabinett erstellter Bericht des Nachrichtendienstes zu der Schlußfolgerung gekommen sei, daß ein bedeutungsvoller Dialog mit den Palästinensern ohne Beteiligung der PLO nicht geführt werden kann.

Der Bericht, wonach die PLO eine wesentliche Veränderung zum Besseren vollzogen habe, kommt auch zu der Folgerung, daß der Palästinenser-Aufstand kein Ende finden wird, es sei denn die Israelis wären bereit, mit der PLO zu verhandeln. □



Schlamperei in der israelischen Armee

Die Isreal Defense Force (IDF) leidet unter der Kritik ausländischer Medien, daß das schlampige und liederliche Aussehen israelischer Soldaten deren Wirksamkeit bei der Zerschlagung des palästinensischen Aufstands beeinträchtigt. Die Steinewerfer bringen ihnen keinerlei Achtung mehr entgegen, sagen die Kritiker.

»Schlechte Kleidung fordert Chutzpe (Frechheit) und Mißachtung heraus, und das beeinträchtigt die Funktionen der Armee«, stimmt der ehemalige Stabschef General Rafael Eitan, jetzt Mitglied der Knesset, dem zu. »Unsere Soldaten haben doch hübsche Uniformen. Wir brauchen ihnen keine neue zu kaufen. Aber die Uniformen sollten sauber und gebügelt sein, so daß die Soldaten nicht wie Schlampen aussehen.«

Auf einer Pressekonferenz lehnte es der derzeitige Chef des Generalstabs, General Dan Shomron, zunächst ab, Fragen über die äußere Erscheinung israelischer Soldaten zu beantworten. Schließlich sagte er jedoch, daß die Reservisten eine hervorragende Arbeit leisten und nicht nach ihren Dickbäuchen und langen Haaren beurteilt werden sollten.

Aber Eitan, der fest daran glaubt, daß der Anblick eines Trupps Soldaten mit Feldmützen für potentielle Aufständler eine Abschreckung ist, sagte: »Der beste Platz für eine Feldmütze ist auf dem Kopf. Wozu ist eine Feldmütze in der Gesäßtasche eines Soldaten gut?

Wenn ein Soldat nicht dazu gezwungen wird, seine Feldmütze zu tragen, dann vergißt er auch, seine Stiefel zu putzen und seine Hose dort hineinzustecken. Dies bringt Mißachtung, und Mißachtung bringt Chutzpe mit sich, die wiederum dazu führt, daß dem Soldaten Steine an den Kopf geworfen werden.«

Irgend jemand schlug daraufhin vor, daß es den Schlampen besser ginge, wenn sie Helme statt Feldmützen tragen würden. □

Shamirs verhaßter Feind

Indem er den Vorsitzenden der PLO Jassir Arafat mit Adolf Hitler verglich, sagte der israelische Premierminister Yitzhak Shamir kürzlich, wenn Arafat in einer Friedensmission nach Israel käme, wie es der verstorbene ägyptische Präsident Anwar Sadat vor zehn Jahren tat, »dann würden wir ihn ins Gefängnis sperren«.

Gefängnishaft mag als ein ziemliches rauhes Willkommen für den PLO-Führer erscheinen, sollte er mit einer Friedenspalme in der Hand nach Israel kommen, aber es ist immer noch viel besser als das, was Shamirs Kabinettskollege Ariel Sharon für Arafat im Sinn hat. Sharon, der ehemalige Verteidigungsminister, der die israelische Invasion in den Libanon im Jahr 1982 leitete, sagte, er würde Arafat töten, wenn dies möglich wäre. Sharon behauptet, daß es im Nahen Osten keinen Frieden geben wird, solange Arafat noch »lebend herumläuft«.

In einem Interview mit Armaud de Borchgrave, Herausgeber der »Washington Times«, sagte Shamir, daß Arafat wie Hitler ist, weil »sie der gleichen Familie von Demagogen und Total-Politikern angehören, Feinde des jüdischen Volkes, Männer denen es nichts ausmacht, Millionen von Menschen zu töten, um ihre Ziele zu erreichen.«

Shamir sagte auch, der Dialog zwischen den USA und der PLO sei »zwecklos«, weil Arafats Anerkennung des Existenzrechts Israels und sein Verzicht auf den Terrorismus »alles Unsinn und Lügen« sind. Die einzige Art und Weise, in der Arafat beweisen könnte, daß er und die PLO es aufrichtig meinen, besteht für ihn darin, »die Organisation aufzulösen«.

Nach Meinung des Premierministers ist der US-Dialog mit der PLO» »nicht gesund, weil er der PLO mehr Prestige und Bedeutung verleiht, und zwar so, daß gemäßigte Elemente, die einen Pfad zum wirklichen Frieden mit Israel finden möchten, entmutigt werden«.

Shamir sagte, er hätte einen Vorschlag zur Lösung des palästinensischen Problems, den er, wie er andeutete, Präsident Bush vorlegte. Der Vorschlag beinhaltet eine Annäherung in zwei Stadien, wobei im ersten Stadium eine minimale Art der Selbstregierung für die Palästinenser im Gaza-Streifen und an der West Bank zugelassen werde. Im zweiten Stadium würden »Verhandlungen über den endgültigen Status der Territorien geführt, ohne jetzt zu entscheiden, was das Endergebnis dieser Verhandlungen sein wird«.

Shamir hob hervor, daß sein Vorschlag in Zusammenarbeit mit den Palästinensern, »die in den Territorien leben«, funktionieren kann. Er sagte: »Die palästinensische Zivilbevölkerung ist völlig in der Lage, sich selbst zu organisieren und eine Delegation zusammenzustellen – ohne Einmischung der PLO –, um Verhandlungen zu führen.«

Dies ist der gleiche leere Friedensvorschlag, den die Israelis im vergangenen Jahr propagierten, vom gleichen Augenblick an, als König Hussein von Jordanien sich im vergangenen Sommer von seiner Beteiligung an dem Prozeß zurückzog und somit die sogenannte jordanische Option zunichte machte. Örtliche palästinensische Führer haben den Vorschlag schon mehrmals zurückgewiesen und betont, daß es keine Verhandlungen ohne Beteiligung der PLO geben könne. □

Shamirs Erinnerungen an die Zeit als Terrorist

Vor noch nicht so langer Zeit weckte der Premierminister Yitzhak Shamir auf einer Versammlung von Freiheitskämpfern in Jerusalem fröhliche Erinnerungen an die gute alte Zeit vor 50 Jahren, als er und seine Kumpels im Untergrund auf palästinensischen Marktplätzen und in Lichtspielhäusern Bomben legten – dabei Hunderte ermordeten und Tausende von unschuldigen Opfern im Namen des Terrorismus und der israelischen Unabhängigkeit terrorisierten.

»Wir schlugen kräftig auf arabische Aufständler ein, die Juden auf den Landstraßen und auf den Straßen der Städte ermordeten«, sagte Shamir. »Wir schlugen sie an den schwarzen Tagen mit Vergeltungsmaßnahmen, die gleichzeitig mit den donnernden Minen durchgeführt wurden, die wir mitten unter die Mörder legten.« Er sagte es mit stolzem Ton und überging dabei die Tatsache, daß seine Opfer ebenso wahllos ausgesucht wurden, wie die jüdischen Opfer, von denen er behauptete, daß er sie rächen wollte.

1937 trat Shamir der Irgun bei, jener zionistischen Untergrundorganisation zu der auch ein anderer zukünftiger israelischer Premierminister, Menachem Begin, gehörte. Kurz danach begann die terroristische Einheit mit einem Programm der Bombardierung palästinensischer Örtlichkeiten. Im Juli des gleichen Jahres tötete eine von der Irgun auf einem überfüllten arabischen Marktplatz in Haifa gelegte Bombe rund 50 Menschen.

Aber die Taktik der Irgun war für den jungen Shamir nicht bösartig genug, deshalb trennte er sich von der Gruppe, trat der noch blutigeren Stern-Bande bei und wurde deren Einsatzleiter. In dieser Eigenschaft plante er die Morde an Lord Moyne, den britischen residierenden Minister für den Nahen Osten im Jahr 1944, und an Graf Folke Bernadotte, den Sondervermittler der Vereinten Nationen für Palästina, im Jahr 1948.

Die Tatsache, daß der israelische Premierminister immer noch die Gesinnung eines Terroristen hat – der politische Probleme mit Mord zu lösen pflegt – wurde im vergangenen Jahr untermauert, als Shamir die Ermordung des zweiten Mannes der PLO, Abu Jihad, in Tunis befahl. □

Ein neuer Zionismus

Die Verzweigungen des Palästinenser-Aufstands reichen weit

über die Grenzen Israels, der West Bank und des Gaza-Streifens hinaus. Das Weiße Haus und sogar einige Kongreßmitglieder in Washington haben damit begonnen, ihre Positionen in dieser Frage zu überdenken. Doch nirgendwo ist die Seelenforschung verzweifelter oder schmerzvoller als unter einer kleinen Anzahl amerikanisch-jüdischer Intellektueller, die sich in einer Bemühung verknotet haben, ihre Zuneigung zu Israel und dem Zionismus mit ihren moralischen und humanistischen Instinkten in Einklang zu bringen.

Ein einschlägiger Fall ist der von Leonard Fein, Autor, Aktivist und ehemaliger Herausgeber der Zeitschrift »Moment«, »dem Magazin für jüdische Kultur und Meinung«. Fein ist Gründer von Mazon, einer Organisation, die sich in einer weltweiten Bemühung zur Hungerbekämpfung engagiert, ein Berater des Religious Action Center for Reform Judaism und Untersützer der Friends of Peace Now (Freunde der Frieden-jetzt-Bewegung) in Amerika.

Vor etwa einem Jahr gab Fein seine Stellung als Herausgeber von »Moment« auf und schrieb ein tief bewegendes, gedankenvolles Buch mit dem Titel »Were Are We? The Inner Life of America's Jews«. Natürlich neigten die meisten amerikanisch-jüdischen Organisationen und Zeitungen dazu, sein Buch zu kritisieren, weil es sanft mit dem Aufstand umgeht. Einige Kritiker haben ihn sogar beschuldigt, eine weiche Birne oder Schlimmeres zu haben.

Nun hat der verwirrte, nach Wahrheit suchende Fein in der neuesten Ausgabe von »Moment« einen langen Artikel mit der Überschrift »Ein neuer Zionismus« geschrieben, in dem er danach strebt, einen logischen Weg zu finden, wie man sowohl echter Amerikaner als auch wahrer Zionist sein kann. Um der Fallgrube einer Doppel-Loyalität, die bislang das Versagen des amerikanischen Zionismus war, aus dem Weg zu gehen, kommt er mit einem neuen Lösungsversuch.

Fein schreibt: »Der neue Zionismus muß der getrennten Entwicklung zweier jüdischer Gemeinden – Israel und Amerika –, die in Freiheit und mit einem beträchtlichen Ausmaß an Autonomie leben, Rechnung tragen. Er muß auch unvorhergesehenen Empfindlichkeiten einer Beziehung zwischen Ungleichen, zwischen einem souveränen Staat und einer mächtigen freiwilligen Gemeinde Rechnung tragen.«

Mit anderen Worten, Fein will einen zionistischen Kuchen und ihn auch essen – in Amerika. Das geht nicht. Und früher oder später wird dieser gute Mann zwischen dem zionistischen Israel und seinem heimatlichen Amerika wählen müssen.

Keineswegs überraschend schreibt der neue Herausgeber von »Moment«, Hershel Shanks, einen Gegenartikel zu Feins »New Zionism«, in dem er dessen »inspirierende Vision« ein »fehlerhaftes Argument« nannte. Worauf Shanks Widerlegung hinausläuft ist nichts weiter als eine Verteidigung des amerikanisch-jüdisch-israelisch-zionistischen Status quo.

Stillschweigend inbegriffen in seiner Verteidigung ist die Vorstellung des amerikanischen Judentums, daß seine Loyalität in erster Linie Israel und dem Zionismus gilt – selbst wenn die meisten amerikanischen Juden sich nicht dazu entschließen können. Aliya zu praktizieren, das heißt, ins Heimatland zurückzukehren. Klar, Shanks glaubt, daß jene Juden auch dienen, die nur in den Vereinigten Staaten bleiben und das Geld des amerikanischen Steuerzahlers nach Israel schicken. □

Für direkte Gespräche mit der PLO

Seit der Intifada (Palästinenser-Aufstand) sind die israelischen Frauen taubenartiger geworden. Über 70 Prozent von ihnen sind für direkte Gespräche mit der PLO, sagen zwei Professoren an der hebräischen Universität und zitieren damit die Daten aus drei kürzlich stattgefundenen Erhebungen. Nur 50 Prozent der Männer befürworten derartige Gespräche. Religiöse Frauen seien falkenartiger als religiöse Männer, und weltliche Frauen taubenartiger als ihre Männer. Gebildetere Frauen seien taubenartiger als jene mit weniger Bildung. □

Mehr Geld für die Kibbutzim

Israels berühmte Kibbutzim (Landwirtschaftskolchosen) befinden sich in ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten. Sie machen die von den israelischen Banken erhobenen hohen Zinssätze für ihre Probleme verantwortlich. Doch die Banken und die Regierung beschuldigen die Kibbutzim, über ihre Verhältnisse zu leben und schlechte Geschäftsentscheidungen zu treffen.

Nichtsdestoweniger haben das Finanzministerium und größere Banken eingewilligt, die Kibbutzim durch Sicherheitsleistungen aus ihren Schwierigkeiten herauszubekommen. Unter der Vereinbarung werden Schulden in Höhe von einer Milliarde Schekel erlassen, Schulden im Werte von drei Milliarden Schekel werden 25 Jahre lang zu niedrigeren Zinssätzen refinanziert, und 650 Millionen Schekel an neuen Geldern werden in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen über die kommenden sechs Jahre hinweg zur Verfügung gestellt. □

Sowjetisch-jüdische Emigration

Die Union of Councils for Soviet Jewy (Union der Räte für das sowjetische Judentum), UCSJ, hat im Licht der verstärkten Einwanderung von Juden aus der Sowjetunion ihre Haltung gegen den Verzicht auf das Jackson-Vanik-Amendment gemildert. UCSJ-Führer gaben ihre Forderung auf, daß mindestens 50 000 Juden pro Jahr die UdSSR verlassen sollten, bevor amerikanische Handelsbeschränkungen aufgehoben werden. Wenn die Sowjets mindestens 30 000 Juden pro Jahr freigeben, dann wird das die UCSJ zufriedenstellen und könnte den amerikanischen Kongreß ermutigen, Einfuhrkredite für die Sowjetunion zu genehmigen. □

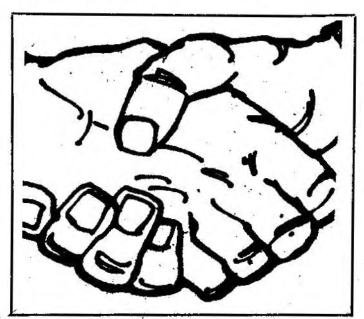
Neue Siedlungen auf der West Bank

Die erste von acht für Judea und Samaria (die West Bank) und den Gaza-Streifen geplanten Neusiedlungen werden wahrscheinlich bald in Samaria errichtet. Der Likud und die Arbeiter-Partei haben sich geeinigt, in diesem Jahr fünf Siedlungen in Judea und Samaria und drei im Gaza-Streifen zu errichten, doch der Finanzminister Shimon Peres von der Arbeiter-Partei weigert sich nun, die erforderlichen Gelder bereitzustellen. Die Likud-Partei droht daher damit, gegen die Hilfeleistungen für die von der Arbeiter-Partei unterstützten Kibbutzim und Moschawim (Kollektiven) zu stimmen. □

Irak will Atomkraftwerk wieder aufbauen

Irak denkt ernsthaft darüber nach, das 1981 durch einen Bombenangriff der israelischen Luftwaffe zerstörte Atomkraftwerk wiederaufzubauen. Ägypten wird beim Neubau der Anlage der wichtigste Partner sein. Wo die Technologie herkommen soll, ist noch nicht bekannt.

Die halbamtliche arabische Tageszeitung »Al Ayyam« zitierte Informationsquellen aus dem ägyptischen Ministerium für Elektrizität und Energie dahingehend, daß ägyptische und irakische Beamte an der Errichtung von Versuchs-Atomreaktoren zur Stromerzeugung als Teil eines größeren Plans arbeiten, der von dem neuen Arab Cooperation Council (ACC) erstellt wurde. Dieser Rat setzt sich aus Jordanien, Irak, Ägypten und dem Nord-Yemen zusammen. □



Israel

Verhandlung durch Stärke

Mark Lane

Stellen Sie sich vor, Sie seien ein gutunterrichteter Beobachter der internationalen Szene, der vor ein paar Jahren in ein Koma gefallen ist. Sie sind gestern wieder aufgewacht und haben sich darangemacht, die Zeitungen zu lesen, um nachzuholen, was los gewesen ist. Was, die Sowjets bilden die Speerspitze eines umfassenden Friedensvorstoßes im Nahen Osten? Die USA haben einen Dialog mit der PLO begonnen, sitzen aber sonst auf ihren Händen, während die Sowjets das Fundament für eine internationale Friedenskonferenz legen? Was geht denn hier vor sich?

Die gleichen Fragen werden von allen gestellt, die diese Entwicklungen beobachten. Und sie sind um so treffender im Lichte des Besuchs des israelischen Premierministers Yitzhak Shamir in Washington. Der Zweck des Besuchs war offiziell und anscheinend absichtlich irgendwie verschwommen. Fest steht jedoch, daß die Grundregeln der besonderen Beziehungen zwischen den USA und Israel geändert – überholt worden sind ist eigentlich der bessere Ausdruck, durch die Ereignisse.

Hektische Manöver hinter den Kulissen

Zu diesen letzteren Entwicklungen zählen der scheinbar niemals enden wollende Palästinenser-Aufstand, die amerikanische Nachgiebigkeit gegenüber den Sowjets im Nahen Osten und die hektischen Manöver hinter den Kulissen seitens der Supermächte, der Europäer und der Beteiligten am Nahost-Konflikt selbst.

Der Versuch herauszufinden, was vor sich geht, ist äußerst schwierig, da so viele dieser Aktivitäten auf den höchsten Ebenen der internationalen Führung vonstatten gehen und, was noch bedeutsamer ist, auf persönlicher Ebene. In der Tat, man sagt, daß die »alten Hasen« im US-Außenministerium derzeit murren, weil ihnen bei den jüngsten Gesprächen auf höchster Ebene keine Karten ausgeteilt wurden. Sie beklagen sich darüber, daß der amerikanische Außenminister James Baker und der US-Präsident George Bush die Außenpolitik selbst betreiben und dabei die Bürokratie des Auswärtigen Dienstes völlig übergehen.



Mitte Januar traf der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadze mit Mosche Arens, seinem israelischen Kollegen, und mit dem PLO-Führer Yasser Arafat in Kairo zusammen. Bezeichnenderweise fanden beide Sitzungen am gleichen Tage statt. Wie berichtet wird, verließen alle Beteiligten mit lächelndem Gesicht den Tagungsort.

Zur Beerdigung des japanischen Kaisers Hirohito in Tokio traf Bush mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak, dem israelischen Präsidenten Chaim Herzog und Jordaniens König Hussein zusammen. Nach einem außergewöhnlichen Zusammentreffen von Angesicht zu Angesicht mit dem iranischen Führer Ayatollah Khomeini hat Schewardnadze ein Treffen mit Baker in den Vereinigten Staaten vereinbart.

Nach einer Informationsreise in den Nahen Osten der Außenminister von Spanien, Frankreich und Griechenland in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Europäischen Gemeinschaft entsandten sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion Delegationen auf höchster Ebene, um mit den sich informierenden Außenministern zusammenzutreffen.

Außerdem hielt sich Arens eine Zeitlang in London zu einer Klausurtagung mit dem britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe und Premierminister Margaret Thatcher auf, während Shamir zur gleichen Zeit in Paris weilte.

Beginn einer dramatischen Neuentwicklung

Es ist also klar, daß derzeit sehr viele Gespräche stattfinden und Abkommen getroffen werden. Aber was genau geht hier vor? Es ist nicht möglich, dies mit Sicherheit zu sagen, aber eine dramatische Neuentwicklung im Nahen Osten, mit oder ohne Kooperation der Israelis, scheint sich anzubahnen.

Shamir war sozusagen vollbepackt in Washington eingetroffen. Er hatte außerdem eine Zusammenkunft von jüdischen Führungspersönlichkeiten aus allen Teilen der Welt einberufen, die formell den Titel trug »The Prime Minister's Conference on Jewish Solidarity with Israel« (»Die Konferenz des Premierministers über die Solidarität der Juden mit Israel«), eine Bezeichnung die nicht gerade eine versöhnliche Haltung vermittelt.

In den Einladungen zu der Konferenz, die zu Tausenden hinausgingen, schlug Shamir eine mosesähnliche Note an: »Die Regierung von Israel erwartet, daß das gesamte jüdische Volk Israel in seinem Verlangen nach Frieden, Sicherheit und Wohlstand zur Seite steht.«

Ungeachtet seiner Erwartungen erlebt Shamir derzeit jedoch ein Aus-der-Reihe-Tanzen derjenigen, auf die er sich eigentlich am meisten verlassen können müßte – die Bürger Israels. Eine kürzliche Meinungsumfrage ergab, daß 53 Prozent der Israelis der Ansicht sind, daß Verhandlungen mit der PLO sofort in Angriff genommen werden sollten. Diese Einstellung spiegelt sich in der wachsenden Zahl von inoffiziellen Kontakten auf unterer Ebene zwischen Israelis und Mitgliedern der PLO wider, über die die israelische Presse ausführlich berichtet.

In der Tat hielt der PLO-Führer Arafat in Kairo eine Pressekonferenz speziell für die israelische Presse ab. Obwohl eine Berichterstattung über diese Pressekonferenz offiziell von Uri Porat, dem Chef der israelischen Rundfunkbehörde, verboten wurde, wurde diese Anordnung von Haim Yevin, dem Direktor des Fernsehens, mißachtet, der die Pressekonferenz über die Bildschirme laufen ließ.

Mit dem Unvermeidlichen zusammenarbeiten

Also, noch einmal gesagt, es bleibt eine offene Frage, welchen Kurs Shamir einschlagen wird. Wird er dramatisch eine eigene neue Friedensinitiative verkünden, die darauf abzielt, die Weltmeinung zu besänftigen, während sie mit Sicherheit von der PLO zurückgewiesen wird?

Wird er ganz einfach weiter eine starre Haltung einnehmen und

direkt an den US-Kongreß appellieren, Israel in seiner »Stunde der Not« zu unterstützen?

Obwohl der amerikanische Kongreß Israel gegenüber sklavisch ergeben ist, tritt immer deutlicher hervor, daß er – in der Erkenntnis des Unmuts der Wähler über die barbarische Behandlung der Palästinenser – nicht mehr bereit sein wird, durch jeden Reifen zu springen, ohne daß dies ihm gegenüber ausreichend gerechtfertigt wird.

Oder wird Shamir nach der Art eines wahren Staatsmannes einsehen, daß, falls er nicht jetzt handelt, um zu einer Vereinbarung zu kommen und mit der Völkergemeinschaft und der PLO zusammenarbeitet, er dann die übrige Welt geschlossen gegen Israel vereinigt finden wird? Diese Möglichkeit scheint höchst unwahrscheinlich zu sein, denkt man an Shamirs Vergangenheit und an seine jüngsten Vorbereitungen auf seinen Besuch in Washington.

Der ehemalige israelische Außenminister Abba Eban rief in einem kürzlich veröffentlichten Artikel zu »Verhandlungen jetzt, aus der Stärke heraus«, auf, und zitierte Talleyrand in bezug auf Staatsmannskunst, die, wie er sagte, oft darin bestehe, »mit dem Unvermeidlichen zusammenzuarbeiten«.

Shamir wird sich diesen Rat vielleicht einfach zu Herzen nehmen und, obwohl verhandlungsbereit, dennoch nichts aufgeben, was er nicht aufgeben muß, und eine Menge Einwände erheben gegen jede Konzession, die er machen muß.

Shamir hat wiederholt seine Entschlossenheit erklärt, die Bildung irgendeines unabhängigen palästinensischen Staates in den besetzten Gebieten zu vereiteln. Auf unbewaffnete palästinensische Jugendliche zu schießen und die Häuser ihrer Eltern in die Luft zu sprengen, ist eine Sache; aber Israels Fähigkeit, gegen das zusammengefaßte Gewicht der internationalen Meinung und gegen den von beiden Supermächten ausgeübten Druck, wenn diese sich einmal entschieden haben, daß genug genug ist – und sie scheinen das getan zu haben –, standzuhalten, ist eine ganz andere Sache. □

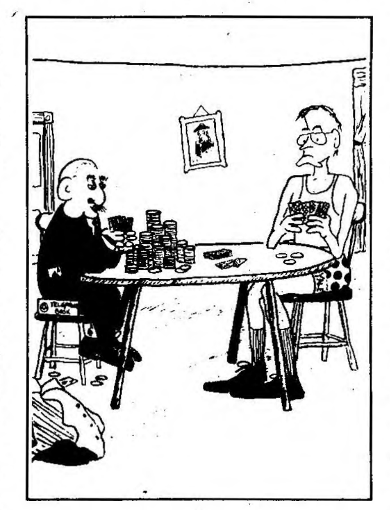
Israel

Wütend über Shamir

Mark Lane

Menachem Rosensaft, Vorsitzender der Labour Zionist Alliance, ritt kürzlich ausgerechnet in der »New York Times« eine wütende frontale Attacke gegen den israelischen Premierminister Yitzhak Shamir.

In einem Artikel gegenüber dem Leitartikel in der unerschütterlich pro-israelischen Zeitung klagte Rosensaft darüber, daß »Shamir keinen Frieden machen will, weil er diesen mit Selbstmord gleichsetzt«.



Die Kritik der israelischen Rechten

Rosensaft war einer von fünf amerikanischen Juden, die im vergangenen Dezember in Stockholm mit dem Vorsitzenden der PLO, Yasser Arafat, zusammentrafen. Es war jene Zusammenkunft, die zu Arafats entscheidender Verlautbarung führte, daß die PLO endlich Israels Existenzrecht anerkennen und in ihrem Verlangen nach palästinensischer Unabhängigkeit auf weitere Terrormaßnahmen verzichten wolle.

Nach dem Stockholmer Treffen, sagte Rosensaft, »haben rechtsgerichtete Israelis und ihre Gehilfen im amerikanisch-jüdischen Establishment uns sofort als willige Gimpel, Abtrünnige und noch Schlimmeres heruntergeputzt. In meinem Fall gab es konzentrierte, wenn auch erfolglose Bemühungen, mich aus einer Reihe von Posten zu verdrängen, die ich in jüdischen und zionistischen Gruppen innehabe, um mich von Sitzungen der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations (Konferenz der Vorsitzenden größerer amerikanisch-jüdischer Organisationen), deren Mitglied ich bin, auszusperren.«

Aber Rosensaft läßt sich nicht einschüchtern und sagte: »Diese Versuche, jeden zu verfemen, der im gleichen Raum mit Mitgliedern der PLO zusammensitzt, sind eine gedrängte Darstellung der psychologischen Neigung der israelischen Rechten. Unter einem hauchdünnen demokratischen Anstrich in westlichem Stil sind sie strenge politische Fundamentalisten, für die jede ideologische Abweichung auf Verrat hinausläuft.«

Nur Druck aus Moskau und Washington hilft

Er führte aus: »Israelis wie Premierminister Shamir und Außenminister Mosche Arens glauben, daß das jüdische Volk ein von Gott gegebenes Recht auf das ganze biblische Land Israel habe, zu dem nach ihrer Auslegung auch die West Bank und der Gaza-Streifen gehören. Ihre starren Ansichten haben wenig mit Besorgnissen um die Sicherheit zu tun. Die Prinzipien und das Programm der Likud-Partei schließen sogar den geringsten Kompromiß bezüglich irgendeines Teils des Landes zwischen dem Mittelmeer und dem Jordanstrom aus.

Sie vertreten auch die Ansicht, daß die bloße Handlungsweise eines Gesprächs mit der PLO die Anerkennung genau jener palästinensischen nationalistischen Bestrebungen impliziert, die mit ihrer absolutistischen Vision von einem Großisrael unvereinbar sind. Deshalb versuchen sie auch so sehr, jene unter uns zu entrechten, die das Recht der Palästinenser sowohl auf Selbstbestimmung als auch auf eine Führung ihrer eigenen Wahl anerkennen.«

Rosensaft kommt daher zu der Schlußfolgerung, daß es naiv ist zu glauben, daß Shamir irgendeine Art von glaubhaftem Friedensvorschlag unterbreiten kann. Es ist viel wahrscheinlicher, daß der israelische Führer »noch einen weiteren Public-Relations-Plan vorlegen wird, der darauf abzielt, die Aufmerksamkeit von seiner Unnachgiebigkeit abzulenken«.

Andere amerikanisch-jüdische Beobachter der israelischen Politik stimmen mit Rosensaft überein. Sie betonen, daß nur Washington und vielleicht Moskau Shamir unter Druck setzen können, einem Land-für-Frieden-Abkommen mit den Palästinensern zuzustimmen. Aber sie sagen, daß selbst eine Druckausübung durch die Großmächte unter den gegebenen Umständen nicht ausreichen wird.

Kein Raum für Kompromisse

»Shamir ist ein politisches Tier«, sagte ein Beobachter. »Der mitreißende Sieg des Likud-Blocks bei den kürzlich stattgefundenen Gemeindewahlen macht seine Position nur noch sicherer. Die Arbeiter-Bewegung in Israel stirbt ab. Likud und die Rechte sind im Kommen. So wie die Bevölkerung der Aschkenasim (Europäer) in Israel abnimmt, so verringert sich auch ihr Einfluß. Shamir und der Likud haben mit ihrer starren Haltung gegenüber den Palästinensern die Gedanken und Herzen der Sephardim-(orientalischen)Mehrheit gewonnen.

Die Aschkenasim können jederzeit auswandern. Sie haben die Bildung und das Geld dazu. Nur die Sephardim bleiben in Israel hängen.

Sie sehen das palästinensische Problem als eine Wir-oder-sie-Situation an. Es ist kein Raum für Kompromisse.« □

Zitate

Identität

Edmund Stoiber, bayerischer Staatsminister: »Die deutsche Identität wurde bereichert und erweitert durch das, was andere aus ihrer ursprünglichen Heimat an Talenten und Kulturgütern mitbrachten. Aber sie wurde bewahrt, weil sie der unverrückbare Orientierungspunkt blieb, auf den hin sich alle Integrationsprozesse entwickelten. Die multikulturelle Gesellschaft setzt dagegen auseinanderstrebende Kräfte frei, führt die Konflikte hinein, zerstört den Grundkonsens zur Lösung von Problemen und wird damit zwangsläufig tendenziell intolerant und unfriedlich. Die multikulturelle Gesellschaft ist deshalb weder ein Weg für unser Volk, noch bringt sie humane Lebensbedingungen für Menschen, die als Ausländer in unser Land kommen.«

Abrüstung

General John R. Galvin, Oberster Alliierter Befehlshaber der NATO in Europa: »Ich kann weder eine Veränderung bei sowjetischen Stationierungen noch bei Übungen und Beständen feststellen. Es heißt, ›gebt den Sowjets Zeit‹, aber Generalsekretär Gorbatschow hat in seiner mehr als dreijährigen Amtszeit keinen Vorschlag zum Abbau der Rüstungsproduktion unterbreitet.«

Islam

Hans Küng, Professor für katholische Theologie: »Wenn der Islam sich nicht abschotten will gegenüber moderner Wissenschaft und Technologie, dann muß er sich genauso wie die Christenheit diesen Problemen der Moderne stellen und muß durch die gegenwärtige Krise hindurch. Schließlich: Wenn der Islam gemerkt hat, daß das, was die Christenheit zuvor lernte, daß man nicht unbedingt gegen moderne Wissenschaft, Technologie, Industrie und auch Demokratie sein muß, um Gottgläubiger (Christ oder Muslim) zu sein, dann wird Zusammenleben auch mit dem Islam einfacher. Die Fragen werden ja gerade interessant, jetzt 200 Jahre nach der Französischen Revolution, wie die Religionen sich mit den Menschenrechten nun abfinden. Das ist ein Problem, das auch in der katholischen Kirche noch keineswegs gelöst ist, wenn man bedenkt, wie zur Zeit Bischofssitze besetzt werden, wie die Frauen behandelt und die Theologen schikaniert werden. Ich habe auch in Teheran niemanden gefunden, der grundsätzlich die Menschenrechte abgelehnt hätte. Im Gegenteil man hat nur erhebliche Mühe mit der Verwirklichung.«

Geräuschlos

Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank: »Wir tun das, was wir tun, nicht aus Eitelkeit, wir tun das aus der Erkenntnis heraus, schlichter Notwendigkeit. Wir tun es allerdings in einer anderen Form, als das früher der Fall war, nämlich offener. Wir sind nicht mehr der Meinung, daß man in einer emanzipierten Welt, in der Menschen informiert sein wollen, das, was man seine eigenen strategischen Ziele nennt, besser für sich behält. Wir bekennen uns offen dazu und sagen, worin sie bestehen und was wir tun wollen, um sie zu realisieren. Wenn die Öffentlichkeit das hier und da als eitlen Lärm empfindet, bedaure ich das. Die Intention ist genau gegenteilig. Wir wollen keine Geräusche machen, sondern wir wollen Klarheit schaffen.«

Europa 1992

Rudolf v. Bennigsen-Foerder, Vorstandsvorsitzender des Strom-, Chemie- und Handelsriesen Veba: »Der Binnenmarkt gibt großen Schub. Es wird gewiß an manchen Stellen Tränen geben. Aber im Grund genommen ist der Binnenmerkt eine Riesenchance gerade für uns Deutsche. Auch das, was sich im Osten tut, ist eine Hoffnung, von der ich nur sagen kann, hoffentlich realisiert sie sich.«

Gentechnik

Ignaz Kiechle, Bundeslandwirtschaftsminister (CSU): »Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, daß von der Anwendung der Gentechnik grundsätzlich keine neue Dimension der Gefährdung der Umwelt zu erwarten ist. Um aus Vorsorge-Gesichtspunkten auszuschließen, daß nicht doch aus einzelnen Anwendungen der neuen Techniken Gefährdungen für Mensch, Tier und Umwelt erwachsen, dürfen gentechnisch veränderte Organismen grundsätzlich nicht in die Umwelt entlassen werden. Dies darf nach den bisherigen Sicherheitsbestimmungen nur in Ausnahmefällen geschehen, wenn in einem Antragsverfahren beim Bundesgesundheitsamt unter Anhörung der Zentralen Kommission für die biologische Sicherheit und im Einvernehmen mit anderen zuständigen Behörden die Zulassung für eine Freisetzung erteilt wird. In diesem Verfahren wird sehr sorgfältig geprüft, ob Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt ausgeschlossen sind. Es ist davon auszugehen, daß diese Regelung für Mikroorganismen auch in dem in Vorbereitung befindlichen Gen-Gesetz erhalten bleibt.«

Kirche

Erich Wiedemann, Spiegel-Reporter, in seinem Buch »Die deutschen Ängste. Ein Volk in Moll«: »Das real existierende Christentum ist wesentlich schuld an der Demontage des Evangeliums. Vor allem die protestantische Kirche. Sie hat bei der Untertunnelung der alten Werte tüchtig mitgebuddelt, ist aber mit der Vermittlung von neuen Werten deutlich im Rückstand geblieben. Die jungen evangelischen Theologen sehen es nicht als ihre Aufgabe an, gute Botschaften zu verbreiten. Sie haben das ganze Jahr Bußtag und würden, wenn man sie ließe, am liebsten ein elftes Gebot in die Bibel hineinredigieren, das da lautet: Du sollst dich nicht freuen . . . Sie haben die Hosen voll und die Herzen leer.«

Asyl

Rita Süssmuth, Bundestagspräsidentin (CDU): »Wegen unserer Vergangenheit im Dritten Reich müssen wir die Gralshüter des Grundrechtes auf Asyl sein.«

Berliner Mauer

Alexander Jakowlew, Gorbatschow-Berater und Politbüromitglied: »Nicht wir haben diese Mauer gebaut – das ist ja nicht unsere Mauer. Das ist Sache der DDR. Sie wurde unter konkreten Bedingungen offensichtlich gebaut. Und wenn man sich einmal ganz aufmerksam hier die Wurzeln dieser Angelegenheit anschaut, dann ist das ja recht kompliziert.«

Linsengericht

Dr. Günter Kießling, Bundeswehrgeneral a. D.: »Man kann nicht ungestraft jahrzehntelang ›Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland‹ fordern – und sie in Wirklichkeit verhindern wollen, um die Freiheit der deutschen Nation für ein Linsengericht westdeutscher Bequemlichkeit einzutauschen. Mögen unsere verantwortlichen Politiker der Auffassung zuneigen, diese westdeutsche Freizeit- und Wohlstandsgesellschaft komme ohne innere Bindung an die Nation aus, sie benötige nur wirtschaftliches Wachstum, und das wird ihr der vielgepriesene europäische Binnenmarkt schon bringen. Sie täuschen sich. Wer so weit heruntergekommen ist, daß er sich bereit findet, gar die Teilung seines Vaterlandes hinzunehmen, der muß daran erinnert werden, daß dieser Status quo auch militärische Konfrontation der Supermächte und ihrer Blöcke bedeutet – und das mitten in Deutschland. Beides – deutsche Teilung und militärische Konfrontation – hängt unabdingbar zusammen. Unsere große Chance, die Einheit und Freiheit der Nation zu erlangen, besteht nun einmal darin, daß alle anderen Nationen – selbst diejenigen, die einer deutschen Wiedervereinigung mit Unbehagen entgegensehen – einen gesicherten Frieden wollen. Das ist aber nur möglich, wenn die militärische Konfrontation überwunden wird. Spätestens seit dem Gipfel von Reykjavik sollte jedermann klar sein, daß die Supermächte auf dieses Ziel hinwirken. Der Zusammenhang von Abrüstung und deutscher Frage ist offenkundig. Mögen das auch die Bonner Größen als ›blühenden Unsinn‹ abtun, die Entwicklung wird über sie hinweggehen.« □



Der Templerstaat

Ralf Ettl

Über die quasi-politischen Vorstellungen des Templer-Ordens ist im allgemeinen wenig bekannt. Allein das Konzept der »Verchristlichung der Wirtschaft« hat auch seitens der Wissenschaft hier und dort einmal Interesse hervorgerufen; und hier wiederum im besonderen die geld-philosophischen Überlegungen und deren Ansätze in der praktischen Anwendung während des Mittelalters. Schließlich weiß man doch mitunter einiges über die angestrebte Aufwertung des Handwerks und über Gedanken hinsichtlich eines höheren Stellenwertes für die Frau – allerdings in einem Sinn, der nichts mit »Emanzipation« gemein hatte, die Frauen zu »Erstzmännern« machen will, sondern im Gegenteil als Verstärkung des ur-weiblichen Elements im Lebensgefüge.

Über die eigentliche Staatsidee der Templer ist hingegen fast nichts allgemein bekannt. Und das liegt wohl in erster Linie daran, daß diese Idee mit keiner der gegenwärtig herrschenden Gesellschaftsordnungen in Einklang zu bringen wäre, zugleich aber eine sowohl logische wie moralische Überlegenheit gegenüber den herrschenden Systemen deutlich erkennen läßt.

Die vielfältigen Übereinstimmungen

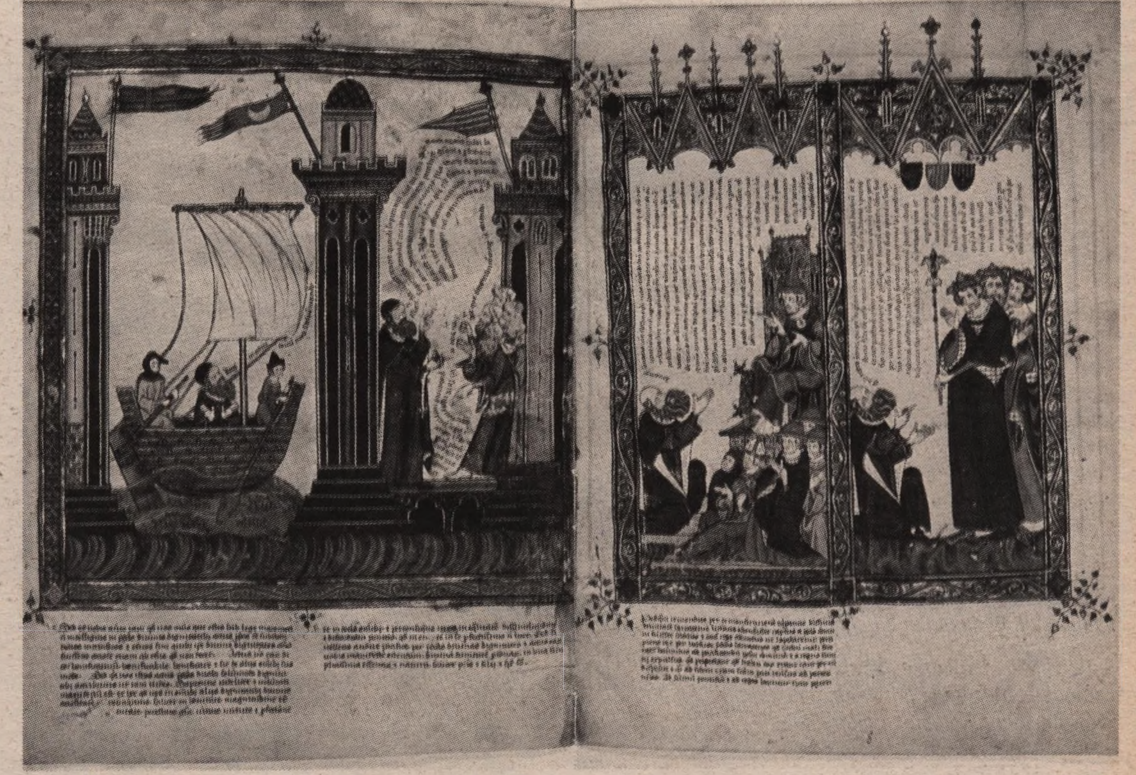
Die Idee des »Templerstaates« ist im wesentlichen die Idee einer aristokratisch-republikanischen Theokratie besonderer Ausformung. Das Christentum ist dabei nur ein Eckpfeiler. Der zweite geht auf die babylonisch-assyrische und karthagische Staatsform zurück.

Wenn sich im »Templerstaat« verschiedene Einklänge mit altgermanischen Vorstellungen vom Zusammenleben finden, so geht dies jedoch auf die zuvor erwähnten altorientalischen Quellen zurück. Die vielfältigen und verblüffenden Übereinstimmungen zwischen dem alten Germanentum und dem alten Orient, im besonderen Babylonien/Assyrien, sind mittlerweile enträtselt, worüber zu sprechen jedoch an dieser Stelle zu weit führen würde.

Die endgültige Ausformung des »Konzepts« vom »Templerstaat« geht auf Wildgraf Hugo zurück, der in Wien eine genaue Schrift dazu hinterließ.

Um die Ideen des »Templerstaates« richtig verstehen zu können, ist es unabdingbar notwendig, diese im direkten Zusammenhang mit der durch den Orden – mehr oder minder heimlich – vertretenen Glaubenslehre zu sehen. Von dieser Glaubenslehre soll deshalb hier kurz gesprochen werden.

Dem Uneingeweihten mag daran manches sonderbar und auf den ersten Blick schwer verständlich erscheinen. Es soll hier auch nur das Prinzip geschildert werden, das verstanden zu haben eine Voraussetzung für das Verstehen alles Folgenden ist.



Raimundus Lullus, der mit Jakob von Molay befreundet war, auf einer Meerfahrt zu den Ungläubigen und im Gespräch mit Sarazenen.

Das Wissen der ewigen Wahrheit

Die Glaubenslehre, aus der die theokratische Ordnung des »Templerstaates« ihre Grundlagen schöpft, ist die des Ur-Evangeliums Christi, wie es in den der Vernichtung entgangenen Schriftfragmenten von Johannes, Matthäus und Marcion deutlich wird – und die sumerische (auch babylonisch-assyrische und phönizisch-karthagische) Ilu-Lehre, welche wiederum als die wahre Bezugsbasis der Lehre Christi anzusehen ist.

Kern all dessen ist das »Wissen der ewigen Wahrheit«, das Wissen vom Reich Gottes und vom ewigen Leben, das Jesus Christus den Menschen gebracht (wiedergebracht) hatte. Im sogenannten »Neuen Testament« ist all dies eliminiert worden, weil es mit dem dazugemogelten sogenannten »Alten Testament« nicht zusammenpassen könnte.

Wir lesen zwar noch, daß Jesus vom Reich Gottes lehrte – doch kein Wort mehr von dem, was er da lehrte!

Hier nun diese Glaubenslehre – »Das Wissen der ewigen Wahrheit« – in Stichworten:

Wir Menschen sind alle gefallene Engel. Wir sind nicht erschaffen worden, sondern von Voranfang an als Keimlinge des Seins dagegewesen. Im Reich Gottes, einer herrlichen jenseitigen Welt, haben wir alle schon lange Zeiten gelebt; und zwar als »Engel« (babyl. »Igigi«, punisch »Ingi«). Ein Großengel lehnte sich aber gegen Gott auf und wurde zum Verworfenen (»Schaddein«). Er zog mit einigen Anhängern aus dem Gottesreich aus und baute aus untauglichen Stoffen (quasi Antimaterie) eine andere Welt, welche die Hölle wurde.

Das Erlangen der Erkenntnis

Durch die Verlockungen dieses Schaddein (El Schaddei = Jahve) zogen viele Engel aus dem Gottesreich aus, um sich die neue, angeblich noch schönere Welt anzusehen. Ehe sie aber die in Wahrheit schreckliche Höllenwelt erreichten, fielen sie in Bewußtlosigkeit und verloren ihre »himmlischen« Körper. Und als bewußtlose Keimlinge

Der Templerstaat

lagen die Ausgezogenen nun im »Meer des Schweigens« – und alle diese Ausgezogenen waren wir Menschen.

Um diesen vielen die Möglichkeit neuen Erwachens und der Heimkehr zu geben, schuf Gott den diesseitigen Kosmos mit der Erdenwelt. Dazu schuf er einen »Bogen jenseitiger Welten«, die ihrer Art nach einer Stufenleiter ähneln, die vom Reich Gottes bis zur Hölle reicht.

Auf weitere Jenseitswelten, wie etwa das Dämonenreich, das »Mittelreich« der positiven ausgezogenen Großengel, oder das an-sich sehr bedeutsame »Grüne Land« soll hier nicht eingegangen werden, um unnötige Verwirrung zu vermeiden.

Aus dem »Meer des Schweigens« also kommen nach und nach die Samen der Menschen, erlangen wieder Bewußtheit (wenn auch nicht Erinnerung an ihr vormaliges Engelsdasein) und gehen einmal durch das Erdenleben. Hier sollen sie Erkenntnis sammeln. Und je nach dem Grad ihrer Erkenntnis, gelangen sie nach ihrem irdischen Sterben in eine ihrem Erkenntnisgrad angemessene Jenseitswelt – von wo aus sie sich dann in eine nächste »voranarbeiten«, bis sie wieder jenen »Lichtgrad« haben, der ihre Rückkehr ins Gottesreich möglich macht.

Damit ist der Sinn des Erdenlebens erklärt: Es geht um das Erlangen der Erkenntnis; im konkreten der Erkenntnis des Guten und des Bösen. Wenn in den jüdischen Schriften, dem sogenannten »Alten Testament«, der Sündenfall ausgerechnet »Das Essen vom Baum der Erkenntnis des Guten und des Bösen ist«, so läßt sich darin unschwer die Offenbarung des Schaddei erkennen, der naturgemäß die Erkenntnis des Guten und des Bösen verbieten muß, weil er selbst sonst als böse erkannt würde und die Menschen begriffen, daß er sich als »Gott« bloß aufspielt, in Wahrheit aber der Widersacher Gottes ist.

Interessanterweise ist es im Islam der »Baum der Begierde«, von dem zu essen verboten wird.

Der Schlüssel für die Ideen

Es gibt also keine »Dreifaltigkeit: Gottvater – Sohn – Heiliger Geist«, denn Jesus Christus war die Menschwerdung Gottes selbst. Und der »Gott» El-Schaddai-Jahve des sogenannten »Alten Testaments« ist der oberste der Teufel, der Satan. Hingegen spielen mehrere heidnische »Götter« im Sinne positiver Großengel eine Rolle; etwa Aschera / Ischtar oder Baal / Bel. Der Name des absoluten Gottes aber ist »Il« (aus den Kräften Ilu), der in der Person des Jesus Christus in Menschengestalt auf die Erde kam, um das wahre Wissen den »gefallenen Engeln«, die heute als Menschen durch das Erdendasein gehen, zurückzubringen und ihnen so den Weg des ewigen Lebens zu weisen.

Das geamte Wissen, von dem hier nur Andeutungen gegeben wurden, war in drei Schriften zusammengefaßt worden: Dem »Kleinen Buch«, dem »Buch Ilu« und dem »Signum«, aus welchen dann ein Gesamtbuch enstand, das »Templer-Brevier«. Diese Schriften vermitteln ein so vollständiges Bild aller Dinge, daß sich eine perfekte theokratische Staatsordnung daraus ableiten, beziehungsweise entwickeln ließ. Eine auf dem Ilu beruhende Rechtsprechung war schon in viel früherer Zeit durch König Sargon II. von Assyrien und Babylonien entwikkelt worden, so daß alles und jedes quasi durch göttlich offenbartes Gesetz regelbar wurde.

Eine ähnliche Haltung findet sich übrigens im Islam, wie die theokratische Ordnung Imams Khomenie zeigt, wenngleich das islamische Gesetz von dem des Ilu verschieden ist.

Im »Buch Ilu« findet sich eine sehr konkrete Darstellung der Zustände im Gottesreich. Und dieses Wissen bildet den Schlüssel für die Ideen des »Templerstaats«. Man könnte sagen: Der Templerstaat sollte so weit wie möglich und auf Erden machbar ein Abbild des Gottesreichs sein. Zum Maßstab sollte also die ewige göttliche Ordnung dienen, deren für die Diesseitswelt gültige Form nicht zuletzt auch durch die Gesetzmäßigkeiten der Natur vorgegeben ist. Ordnung, Liebe und Gerechtigkeit waren die drei Säulen, alles zu tragen.



Jeder kann vollkommen sein

Diese drei Begriffe bedürfen in der heutigen Zeit jedoch einer genaueren Definition; denn ihre wahre Bedeutung ist längst entstellt worden. Es ist also notwendig, die Worte hier so zu verstehen, wie die Alten – und auch die Väter der Idee vom »Templerstaat« – sie richtigerweise verstanden.

Gerechtigkeit bedeutet, einem jeden Wesen nach seiner individuellen Art gerecht zu werden. Das heißt das genaue Gegenteil dessen, wie das Wort »Gerechtigkeit« nach sozialistisch-demokratisch-liberalem Verständnis pervertiert zu werden pflegt.

Gerechtigkeit kann nämlich eben nicht Gleichheit für alle heißen, sondern muß Ungleichheit für alle bedeuten.

In einer wahrhaft gerechten Ordnung müssen einem jeden so viel Rechte zustehen, wie es seinen persönlichen Eigenschaften und Fähigkeiten entspricht.

Gleiche Beurteilung aller ist das Gegenteil von Gerechtigkeit im ursprünglichen Sinne.

Liebe bedeutet, durch ein neidloses Gemeinsamkeitsgefühl aller für alle die gegebenen Unterschiede aufgrund der Einsicht eines jeden in seine Daseinsposition in gegenseitiger Achtung zu akzeptieren, und so Harmonie herzustellen. Denn wenn jeder Mensch schon einstmals als »Engel« im Reich Gottes seine unveränderbare Position innerhalb der sozialen Rangordnung innehatte, so kann dies gewiß nicht auf Erden verändert werden.



Innenansicht der Templerkirche von Tomar in Portugal.

Auch ist es eine alte Erfahrung, daß der Mensch Zufriedenheit und damit Offenheit für Göttliches nur dann findet, wenn er in einer seinen Möglichkeiten gemäßen Position und Lebensweise steht.

Templer werden verbrannt. Aus den »Chroniques de France ou de Saint Denis«, 1270 bis 1380.

Goethe hat dies einmal so ausgedrückt: »Jeder kann vollkommen sein, im Rahmen seiner Möglichkeiten«; und im Reichsgesetz Sargons II. lesen wir dazu: »Hurtig strebe ein jeder, seine Gottheits-Gaben fleißig zu nutzen und voll auszuschöpfen, was er vermag. Wer darüber hinaus aber mehr will erzwingen, der wisse: Solches Mehr ist vom Teufel.« (wörtlich: »aus der Verworfenheit«, was durch die erste Übersetzung in »vom Teufel« abgeändert wurde).

Und ist es nicht gerade in der heutigen Zeit eben jenes »Mehr wollen, als die Anlagen zugeben«, was extremen Streß und Unglücklichsein bis häufig zum Selbstmord heraufbeschwört? Ist nicht darin vielleicht auch eine Ursache für die extrem hohe Kriminalität unter den Farbigen in den USA zu erkennen? Ist das gewiß ursprünglich gutgedacht gewesene Prinzip der »gewaltsamen Gleichheit« nicht in Wahrheit eine Geißel für die Menschen – vor allem für jene, die aufgrund ihrer Anlagen nicht schritthalten können?

Der Begriff der »Liebe« meint hier vor allem: Das Annehmen eines jeden, wie er ist – und das Akzeptieren, daß andere von der Anlage her fähiger sein können.

Erstes Ziel heißt Harmonie

In einem Johannes-Text über das Reich Gottes heißt es: »Und die Wesen kleinen Geistes waren stolz darauf, was die Großen schaffen konnten; und die Großen freuten sich über das, was die Kleinen schufen.«

Das ist die Haltung der Liebe untereinander. Der dritte Kern-Begriff, die Ordnung, meint schlüssig zum einen die soziale Rangordnung, wie sie überall in der Natur harmonisches Zusammenleben bewirkt also eine gesunde hierarchische Ordnung, die alle Lebensbereiche durchwirkt. Zum anderen meint der Begriff »Ordnung« die Staats- und Rechtsordnung, die sich ganz und gar nach den göttlichen Prinzipien aufbaut und aufgrund göttlich offenbarter Mechanismen erhält.

Gerechtigkeit – Liebe – Ordnung im eben definierten Sinne stellen die Tragebalken des »Templerstaats« dar, dessen erstes Ziel die Harmonie zwischen Mensch und Gottheit durch Harmonie unter den Menschen hieß.

Das organisatorische Schema des »Templerstaats« geht vermutlich auf die erste Staatsverfassung Karthagos zurück. Diese ist leider nicht mehr erhalten (mit Ausnahme der Gesetztafel Tani-Baal), Hinweise in Hugos Schrift lassen jedoch erkennen, daß er sich auf die Königin Elissa (Dido), die Gründerin Karthagos, bezieht, die demnach eigenhändig eine Staatsverfassung aufgesetzt haben soll, die über dreihundert Jahre unverändert in Kraft geblieben sei.

Wenn wir uns nun das »Organisationsschema« des »Templerstaats« näher ansehen, so ist dabei stets zu bedenken, daß Gottgewolltheit als Maß aller Dinge angesetzt wurde. In der Gewißheit des Glaubens an die vorhandenen Offenbarungen konnte kein Zweifel daran bestehen, daß man wußte, was gottgewollt ist und was nicht.

Ein Staat ohne Gewaltanwendung

Dies ließ die Abschaffung der vorhandenen Machtstrukturen zur ersten Voraussetzung werden: Abschaffung der Kirchenmacht und Abschaffung der absolutistischen weltlichen Macht. Was die Neuordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse anbelangte, so waren bereits wichtige Schritte eingeleitet worden.



Bernhard von Clairvaux, der geistige Vater des Templerordens, als Prediger und seine Versuchung durch den Teufel.

Kulturgeschichte

Der Templerstaat

Es bleibe dahingetellt, wie diese Voraussetzungen hätten erfüllt werden können. An Gewaltanwendung war ganz sicher nicht gedacht, sonst hätte der Orden nicht sein Heer – mit allein 15 000 Mann Reiterei das größte stehende Heer der damaligen Welt – abgerüstet, als Kreuzzüge nicht mehr anstanden, noch vom Orden für wünschenswert gehalten wurden. Erst durch diese Abrüstung wurde die Zerschlagung des Templerordens überhaupt möglich.

Und wenn wir heute noch über einiges Ordenswissen verfügen, so ist dies allein der Tatsache zu verdanken, daß der deutsche Zweig des Templerordens sich einen Teil seiner Militärmacht bewahrte und daher die Forderung nach Auflösung des Ordens zunächst ganz einfach ignorierte. Allerdings war diese Reststreitmacht viel zu gering, um offensiv werden zu können, es reichte gerade so weit, daß ein wenig Zeit gewonnen werden konnte, um Wertvolles in Sicherheit zu bringen. Heute wäre es auch müßig, nach den damaligen Vorstellungen von Verwirklichungsmöglichkeiten der templerischen Staatsidee zu fragen.

Macht- und Willensbildung im Templerstaat

Beginnend bei der kleinsten Einheit, der Sippe im Sinne von Großfamilie, besteht ein System von »Bestimmern«, die immer größere Einheiten vertreten und schließlich den Kaiser wählen.

Jede Sippe hat eine Stimme, die jeweils das älteste Mitglied der Großfamilie innehat – gleichgültig, ob Mann oder Frau. Diese »Bestimmer der Sippe» bilden die unterste und schließlich zugleich wichtigste Ebene der Entscheidungen im Staate.

Das gesamte Staatswesen ist in Gruppen von jeweils zwölf Sippen unterteilt, eine wiederum kleine Einheit, deren Angehörige sich mehr oder weniger alle persönlich kennen. Zwölf »Bestimmer der Sippe« wählen aus ihrer Runde einen »Bestimmer der Gruppe«.

Die nächst größere Einheit umfaßt ein Land-, Orts- oder Stadtgebiet, in dem 120 Sippen leben. Die »Bestimmer der Gruppen« dieser Sippen wählen aus ihren Reihen einen »Bestimmer des Kreises« (der ein Mann sein soll).

Die nächste Einheit umspannt einen Wohnraum von 360 Sippen. Die »Bestimmer der Kreise« dieses Gebietes wählen aus ihren Reihen nun einen »Bestimmer des Grafen«; und drei »Bestimmer des Grafen« wählen einen Adeligen aus ihrem Lebensumfeld zum »Hochgrafen«.

Jenem Adeligen, der nicht unbedingt Graf sein muß, den die »Bestimmer des Grafen« zum »Hochgrafen« wählen, übergeben sie »auf Ehrenwort im Angesicht Gottes« vertrauensvoll das Mandat, den Besten aus ihren Reihen zum König zu wählen.

Die »Hochgrafen« halten nun in ihren jweiligen Landkreisen einen Rat ab, und jeder Landkreis delegiert einen »Hochgrafen« als »Wahl-Grafen« zur Königswahl. Auf diese Weise werden in den Ländern die Könige gewählt, die dann ihrerseits aus ihrer Runde einen zum Kaiser bestimmen.

Der Adel selbst hat im »Templerstaat« keine starre Form. Die »Bestimmer der Gruppen« können dem König jederzeit Personen vorschlagen, die in den Adelsstand erhoben werden sollen. Ebenso können sie aber auch das Ausstoßen eventueller Unwürdiger aus dem Adelsstand bewirken. Der Adel erfährt somit eine ständige Erneuerung.

In der Sprache, die Christus sprach

Auf diese Weise sollten alle Länder der germanisch-keltisch-romanischen Welt einen Staatenbund bilden, dessen gemeinsames Oberhaupt der Kaiser ist. Während die Könige nur in ihren jeweiligen Ländern Befugnis hätten, also nur »Innenpolitik« und keine Außenpolitik, zu treiben ermächtigt wären, oblägen dem Kaiser – und allein ihm – sämtliche gemeinsamen Belange; und so natürlich die Außenpolitik gegenüber Völkern, die nicht dem Staatenbund, dem »Reich«, angehören.

Auch die militärische Gewalt aller läge ganz in den Händen des Kaisers; die Könige der einzelnen Länder des Bundes hätten keine Militärhoheit gehabt, wodurch etwaige Konflikte innerhalb des Bundes unwahrscheinlich geworden wären. Im übrigen sollte die militärische Führung unbedingt aus Ordenskreisen kommen.

Um keines der Reichsländer zu bevorzugen oder zu benachteiligen, war als »Reichsamtssprache« die Einführung des Aramäischen (Syro-Aramäisch) vorgesehen, jener Sprache, in der Christus gepredigt hatte.

Bevor wir uns jetzt den Einzelheiten der politischen und wirtschaftlichen Aspekte näher zuwenden, ist ein Blick auf eine besondere Vorstellung hinsichtlich der geistlichen Belange, namentlich bezüglich der priesterlichen Betreuung der Menschen, sehr interessant. Der professionelle Klerus sollte ja abgeschafft und durch ur-christlich-marcionitische Wege ersetzt werden. Dabei werden jedoch auch altorientalische Einflüsse erkennbar.

Stärkerer Einfluß des Weiblichen

Ähnlich wie unter je zwölf Sippen für politische Belange ein »Bestimmer der Gruppe« gewählt werden sollte, so sollte innerhalb jeder dieser Gruppen auch eine »Schwester der Heiligsten Mutter« (Christi) erwählt werden – praktisch eine Priesterin. Als Symbol der Reinheit und der Unschuld sollte jeweils ein Mädchen von besonderer Schönheit und Klugheit ausgewählt und zur Priesterin ernannt werden. Sie mußte Jungfrau sein, und ihre Haare durften noch nie geschnitten worden sein. So sollte sie bis zu ihrem siebenundzwanzigsten Lebensjahr das Priesterinnenamt innehaben.

Ähnlichkeiten mit den Regeln für karthagische Priesterinnen sind hier unübersehbar. Wenn die »Schwester der Heiligsten Mutter« dann ihr Amt an die Nachfolgerin übergab, war sie zugleich deren Lehrerin – wie diese Frauen überhaupt für spätere Lehrtätigkeit vorgesehen gewesen sein dürften. Eine Frau, die zur Priesterin gewählt wurde, war auf Lebzeiten finanziell durch den Staat versorgt, zumindest aber so lange, bis sie nach ihrer Amtszeit heiratete.

Auf diese Weise sollte das weibliche Element stärkeren Einfluß auf die Gemeinschaft erlangen; also das Weiche, Zarte, Gefühlvolle. Die Könige, und selbst der Kaiser, sollten verpflichtet sein, eine solche Priesterin als Ratgeberin um sich zu haben.

Man könnte hier gut vom Gedanken einer Gewaltenteilung sprechen: Männlich ist gleich weltliche Kompetenz; Weiblich ist gleich geistige Kompetenz.

Bei näherem Hinschauen wird in beiden Wahlprinzipien die Überlegung der Gottgewolltheit erkennbar. Was die Bestimmer der weltlichen Sphäre anbelangt, so fußt deren Wahl auf der Entscheidung jener Menschen im Volke, die Gottes Wille am ältesten werden ließ. Und die Wahl der geistlichen Betreuerinnen entschied die Gottesgabe der Schönheit, wo diese nicht durch modische Eitelkeit beschnitten worden war.

Keine Pervertierung des göttlichen Willens

An eine Hierarchie der Geistlichkeit oder gar den Aufbau eines Apparates, wie die Kirche ihn darstellt, war nicht gedacht. Die Beziehung zu Gott sollte sich in einem ausschließlichen Naheverhältnis vom einzelnen zum einzelnen abspielen, wie es zur Zeit Christi und in den Gemeinden der Marcioniter gewesen war.

Wenn die geistlichen Belange vorwiegend in die Hände von Frauen gelegt werden sollten, so hat dies verschiedene Gründe, auf die im einzelnen einzugehen hier zu weit führen würde. Ein wichtiger Aspekt war dabei auch, dem alttestamentarischen Geiste entgegenzuwirken, da in diesem die Äußerung des Satans gesehen wird. Im Judentum wird die Frau als minderwertig betrachtet. Sie hat nirgends etwas zu sagen, und selbst das »Blutgeld« für eine Frau ist billiger als das für einen Mann.

Im Gegensatz zu den klassischen altorientalischen Kulturen, in denen weibliche Gottheiten verehrt wurden und wo also das

weibliche Element in hoher Achtung stand, vertraten die Hebräer eine das Weibliche verachtende Auffassung. Wenn die Juden sich als ein »besonderes Volk« fühlten, so traf dies jedenfalls insofern zu, wie sie keine typischen Altorientalen waren.

Der »Templerstaat« bezog sich indes in vielerlei Hinsicht auf den klassischen alten Orient. Falls tatsächlich die erste Staatsverfassung Karthagos das Grundmuster gebildet haben sollte – von einer Frau entworfen –, so wäre die Hochachtung gegenüber dem Weiblichen im »Templerstaat« um so erklärlicher. Ein rein rationaler Grund dafür, das Priesteramt, und somit maßgebliche erzieherische Tätigkeit, in Frauenhände zu legen, war aber die gott- und naturgegebene Nahebeziehung zwischen Frau und Kindern, denen lehrend sich zu widmen eine Aufgabe der Priesterinnen hätte sein sollen.

Es muß in diesem Zusammenhang abermals in Erinnerung gerufen werden, daß die Hochachtung gegenüber der Frau im altorientalischen Sinne zu verstehen ist: Also Hochhalten des Weiblichen als Weiblichkeit – und keinesfalls in männlichen Bereichen; die Frau Männliches tun zu lassen, kommt einer Entwürdigung des Weiblichen gleich. Wie in vielem besteht also auch hier ein strikter Gegensatz zur modernen abendländischen Auffassung, die als Pervertierung des göttlichen Willens gesehen worden wäre – und sicher nicht zu Unrecht.

Die Wahlen im Templerstaat

Nach dem nun das Prinzip der Machtvergabe im »Templerstaat« – sowohl der weltlichen wie auch der geistlichen Macht – betrachtet wurde, ein Blick auf gedachte Regulative. Im geistlichen Bereich waren solche nicht vorgesehen, wohl aber hinsichtlich der weltlichen Macht.

Dabei finden sich Ideen zur Mechanismen, die außerordentlich praktikabel erscheinen – und wesentlich wirksamer als die Mechanismen der Demokratie, obgleich keine regelmäßigen allgemeinen Wahlen für den »Templerstaat« vorgesehen sind. Solche Wahlen finden vielmehr permanent statt.

Denn: Jederzeit können die Träger der Macht, die »Bestimmer«, abgewählt und durch andere, neugewählte, ersetzt werden; und zwar auf jeder der bereits geschilderten Ebenen. Es kann sich also kein Mandatsträger jemals für eine gewisse Zeitspanne in seinem Amt sicher fühlen, wenn er nicht gute Arbeit leistet. Wann immer ein Gewählter nicht den Ansprüchen genügt, kann er abgewählt und durch einen besseren ersetzt werden. Dies droht insbesondere den Adeligen, den »Hochgrafen«, deren Aufgabe es ist, die Volksinteressen gegenüber der Führung unmittelbar durchzusetzen. Und sogar der Kaiser kann abgewählt werden.

An Stelle intervallmäßiger allgemeiner Wahlen, wie sie in der Demokratie üblich sind, um dann den vielversprochenhabenden Gewählten auf mehrere Jahre ein sanftes Ruhekissen zum Vergessen ihrer Versprechungen zu gewährleisten, finden im »Templerstaat« solche Wahlen nicht statt, sondern es findet eine ständige Verjüngung der Mandatsträgerschaft durch tägliche Abwahl- und Neuwahlmöglichkeit im einzelnen statt.

Auf diese Weise sorgen die Mechanismen des »Templerstaats« dafür, daß stets die besten und einsatzfreudigsten Personen Mandatsträger sind. Das beginnt mit den »Bestimmern der Gruppen« und den »Bestimmern der Kreise«, geht über die »Bestimmer des Grafen« und die »Hochgrafen« und »Wahl-Grafen« bis zu den Königen und zum Kaiser. Die »Bestimmer der Sippe« bleiben jeweils die Ältesten, sie werden nie gewählt, sondern im Todesfalle eines oder einer Ältesten rückt das nächstälteste Sippenmitglied in die Funktion auf.

Harmonisierung statt Polarisierung

Willensbildung und Machtentfaltung erfolgen also im »Templerstaat« durch ständige und unmittelbare, jeweils von Fall zu Fall aktuelle, Erneuerung der Mandatsverteilung. Dabei liegt die schlußendliche Macht vor allem in den »Bestimmern der Sippe«. Trotz der Könige und des Kaisers kann also von einer absolutistischen Herrschaft keine Rede sein. Der »Templerstaat« schafft ein logisches und nach göttlich-natürlichem Ordnungssinn gestaffeltes Regierungssystem. Auch Bürgermeister, Gemeindevorsteher und so weiter werden durch die »Bestimmer« der jeweiligen Kathegorie gewählt – und zwar ebenso abwählund austauschbar.

Parteien, wie in demokratischen Staaten, wären für die Väter des »Templerstaats« unerträglich gewesen. Denn der »Templerstaat« strebt nach Harmonisierung; der Parteienstaat hingegen zerteilt, wie schon im Wort Partei offenkundig wird. Nicht das Polarisieren von Interessengruppen schafft ein harmonisches Zuammenleben, sondern das Gefühl von umfassender Gemeinsamkeit, das unterschiedliche Einzelinteressen überstrahlt.

Um die Ursprungsüberlegungen der eben geschilderten Mechanismen zu begreifen, muß nun abermals ein Blick auf die Glaubenslehre getan werden: Wir alle sind demnach »gefallene Engel«. Wir sind nicht »von Natur aus gut«, sondern wir sind von Natur aus »Gefallene«, die lediglich einen erkenntnisfähigen Geist besitzen, der zum Guten leiten kann.

Der Mensch ist nicht »machbar«, er ist vorgeformt von Ewigkeit her jeweils nach seiner ganz persönlichen Art. Das Staatswesen muß daher so beschaffen sein, daß es dem Wissen um diese Tatsachen Rechnung trägt. Es hat die Fehlbarkeit jedes einzelnen in Betracht zu ziehen.

Zugleich aber soll es durch möglichst große Harmonie die »Schwingung des Reinen« unter den Menschen verbreiten. Denn jeder Mensch ist sowohl Aussender von Schwingungen wie auch empfangender Resonanzboden. Herrscht eine starke Schwingung des Reinen, des Guten, so wirkt diese auch auf die »Resonanzböden« der Unreinen, der weniger Guten, und ermöglicht so ein optimales Ausmaß an Harmonie des Zusammenlebens. Daß »Vollkommenheit« auf Erden niemals auch nur annähernd erzielt werden könnte, darüber waren sich die Verfasser des »Templerstaats« im klaren.

Der »Templerstaat« hat also ein menschliches Konzept – jedoch nicht ein »humanes« nach liberalem Verständnis. Denn – wiederum durch das Wissen aus der Glaubenslehre – die Väter der Idee gingen davon aus, daß die Fortpflanzung aller Lebewesen, so auch die der Menschen, nach dem Gesetz der Affinität erfolgt, daß nach eben diesem Gesetz der Affinität Samen aus dem jenseitigen »Meer des Schweigens« während des Zeugungsaktes angezogen und in Entfaltung versetzt werden.

Die Chance zur Heimkehr

So bei Pflanzen und Tieren die immerwährende Gleichartigkeit, so bei den Menschen die häufige Familienähnlichkeit: Nicht durch das Blut wird dies hervorgerufen, sondern durch das Anziehen von Samen aus dem Jenseits nach dem Affinitätsprinzip.

Rassenvermischung hätte im »Templerstaat« als schwere Lästerung des göttlichen Willens gegolten und zu den wenigen todeswürdigen Verbrechen gezählt. Im »Sargons-Recht«, das weitgehend für den »Templerstaat« gültig sein sollte, gibt es dazu sogar einen speziellen Paragraphen.

Aber auch andere Punkte wären zu nennen, die dem Liberalismus zuwiderstehen. So wären alle »kranken Seelen« unter hartes Urteil gefallen; also jede Perversität, Homosexualität und dergleichen. Auf die heutige Zeit projiziert, wäre aber auch das Rauschgiftproblem in den Bereich »kranke Seelen« gereiht und mit eiserner Hand ausgerottet worden.

Alles Dekadente und »Kaputte«, was der heutige Zeitgeist so hätschelt, wäre im »Templerstaate« schnell und erbarmungslos ausgemerzt worden – damit nicht weiterer »falscher Samen« in die Welt hinein angezogen werde.

Als noch konkretes Beispiel sei die Frage der Abtreibung genannt, die in Frage zu stellen in der »Bequemlichkeitsdemokratie« von heute kaum jemand mehr wagt. Im »Templerstaat« gehört Abtreibung zu den wenigen unbedingt todeswürdigen Verbrechen. Und zwar aus Gründen der Glaubenslehre: Der Sinn des Erdenlebens ist das Finden von Erkenntnis – und die Pflicht der Menschen ist es, durch Zeugung von Nachkom-

Der Templerstaat

menschaft den vielen noch in Bewußtlosigkeit im »Meer des Schweigens« wartenden »Gefallenen« einen neuen Anfang zu ermöglichen.

Wird nun ein Samen aus dem Jenseits angezogen und aber getötet, ehe dieser sich zum erkenntnisfähigen Wesen auf Erden entfalten konnte, so wird diesem dadurch die Chance der Heimkehr ins Reich Gottes genommen; jene Möglichkeit, um deretwillen Gott die Erdenwelt erschaffen hat. Somit ist die Abtreibung das vielleicht schwerste Verbrechen überhaupt.

Gegensatz zu Marxismus und Faschismus

Von einigen wenigen Punkten abgesehen, wie etwa den soeben genannten, stellt der »Templerstaat« ein Optimum an persönlicher Freiheit des Einzelnen dar. Und auch dies ist in der Glaubenslehre begründet: Das Erdenleben des Menschen hat den Sinn, ihn Erkenntnis finden zu lassen – und jeder einzelne Mensch ist verschieden vom anderen. Also müssen größtmögliche Entfaltungschancen für jeden geboten werden, der nach Erkenntnis sucht; und das tut, zumindest unbewußt, fast ein jeder.

Dieser Punkt nun versetzt den »Templerstaat« auch in Gegensatz zu Marxismus und Faschismus. Denn jede Art von Kollektivismus, jede Form der Vermassung, verunmöglicht die Erkenntnisfindung des einzelnen. Der »Templerstaat« strebt nach größtmöglichem Individualismus des einzelnen. Massenaufmärsche und dergleichen mehr könnten in das Bild des »Templerstaats« nicht hineinpassen. Und jede Ideologie, die den Staat als Ganzes über die einzelne Persönlichkeit stellt, muß der Idee vom »Templerstaat« unversöhnliche Feindschaft ansagen.

Somit wird deutlich, daß der »Templerstaat« mit allen zur Zeit auf der Erde herrschenden Systemen im Gegensatz steht. Im objektiven Vergleich mit all jenen anderen Systemen wird er aber wohl dem Weisen als der richtigere Weg offenbar werden. Denn auch Staatswesen sind an ihren Früchten zu erkennen.

Wenden wir uns nun dem Wirtschaftssystem des »Templerstaats« zu. Wie die gesamte Staatsidee, von der wir hier sprechen, ist auch deren Wirtschaftssystem mit keinem zur Zeit herrschenden vergleichbar. Es ist in seinen Grundzügen jedoch dem westlichen näher als dem sozialistischen, denn es stellt auch hier die freie Entfaltung der Möglichkeiten des einzelnen in den Vordergrund.

Abschaffung der Zinswirtschaft

Zwei besonders wichtige Punkte sollen hier hervorgehoben werden. Zunächst ist dies die Abschaffung der Zinswirtschaft. Um diese realistischerweise zu ermöglichen, mußte eine neue Art von Geld geschaffen werden. Genauer gsagt: Es bedurfte zweier unterschiedlicher Geldarten. Eines reinen Zahlungsgelds, das in Umlauf ist und den unmittelbaren Kreislauf des Arbeitslebens regelt – und eines »Wertgeldes«, das nur mittelbar benutzt werden kann.

Das »Zahlungsgeld« – quasi die Währung –, kann nur Zug um Zug verwendet werden. Es kann nicht gehortet werden, noch könnte damit Handel getrieben werden. Denn Geld ist Mittel, Bewegung und Handel zu schaffen, es darf nicht selbst zur Handelsware pervertiert werden. Es darf auch nicht gehortet werden, weil dadurch wirtschaftsnotwendige Mittel zur Schaffung von Bewegung lahmgelegt würden. Darum ist das Zahlungsgeld durch durchlaufende Kennzeichnung so gestaltet, daß es alle neun Monate seinen Wert verliert – und Horten also absurd würde.

Im »Templerstaat« wäre also sichergetellt, daß die gesamte Summe des in Umlauf gebrachten Geldes sich auch wirklich ständig in Umlauf befindet und somit als bewegender Strom für die Wirtschaft zur Verfügung steht. Geld- und Währungsspekulation wäre ausgeschlossen.

Parallel zum »Zahlungsgeld« (der Währung) bestünde im »Templerstaat« ein »Wertgeld«. Dieses Wertgeld ist nicht gegen Zahlungsgeld umtauschbar, sondern allein gegen »Werte«; also etwa Gebäude, Waren, Schiffe und dergleichen. Es stellt im Grunde ein Mittel zur Vereinfachung von Tauschhandel »Sache gegen Sache« dar. Es ist nur gegen Sachwerte erhältlich und von andauerndem Wert.

Das gesamte Geldwesen liegt ausschließlich in den Händen der »Reichsbanken«. Geldgeschäfte gehören zu den ganz wenigen Tätigkeiten, die dem Einzelnen untersagt sind. Auch Geldverleih ist verboten. Die Reichsbanken unterstehen direkt den Königen und der Oberhoheit des Kaisers.

Wenn eine Reichsbank einen »Kredit« vergibt, so wird dieser prinzipiell als Geschenk gewertet, dessen »Rückschenkung« erwünscht, jedoch nicht zwingend erforderlich ist. Solche »Kredite« sind als »Leih- und Schenkgeld« namentlich für schöpferisch tätige Bürger vorgesehen – etwa Erfinder, Handwerker, Künstler. Leih- und Schenkgelder können aber auch bedürftige Familien erhalten, wenn ein »Bestimmer der Gruppe« dies beantragt oder befürwortet.

Als Maßstab für die Gesamtsumme des in Umlauf zu bringenden »Zahlungsgeldes« wird die geschätzte Arbeitsleistung aller Menschen des Landes veranschlagt; als Maßstab für das »Wertgeld« die geschätzte Menge vorhandener relevanter Werte im Land. Bei »Wirtschaftswachstum« würden Anpassungen vorgenommen werden.

Geld als Quelle des Bösen

Das Geld, die »Quelle des Bösen«, Verführer der Menschen zu Gier und Unvernunft, sollte im »Templerstaat« also »gezähmt« und in einer Weise eingesetzt werden, wie es der Gesamtheit dient. »Das Geld diene den Menschen – nicht die Menschen dem Geld«, schreibt Hugo.

Das Geldsystem ist allemal ein wesentlicher Eckpfeiler des Wirtschaftssystems insgesamt. Dies gilt im besonderen für den »Templerstaat«. Und wer sich ein wenig mit diesen Gedanken auseinandersetzt, wird bemerken, daß die Menschheit sich manche Krise hätte ersparen können, wären die Ideen des »Templerstaats« zum Durchbruch gelangt. Allerdings wären auch die Machtverhältnisse auf Erden heute völlig andere, und die Welt hätte vermutlich ein ganz anderes Gesicht.

Dies läßt sich sehr gut ermessen, wenn man das Eigentumsrecht im »Templerstaat« betrachtet, welches wiederum weitgehend auf Sargon II. zurückgreift. So wäre zunächst das aus dem Germanentum schon bekannte Almende-Recht eingeführt worden, wie es auch im alten Orient galt: Was Gott für alle erschaffen hat (Wald – Wiese/Wüste – Wasser), kann nicht einem einzelnen allein gehören.

Erblicher Grundbesitz wäre im »Templerstaat« auf »das Bewohnbare« beschränkt gewesen. Dies hätte zwar sehr wohl Schlösser und Parkanlagen zugelassen, nicht aber ganze Landstriche in Privatbesitz. Größere Ländereien wären stets nur an entsprechend tüchtige Menschen vom König verliehen worden; und zwar auf Zeit. So lange der Belehnte daraus das beste machte, blieb es ihm. Es blieb auch seinen Erben, wenn diese sich bewährten. Bei Mißwirtschaft sollte das Lehen jedoch in kurzer Frist auslaufen und einem Fähigeren überantwortet werden.

Förderung des Handwerks

Durch dieses Leih-Prinzip an den Tüchtigen wäre der Aufbau großer und gut funktionierender Unternehmen möglich gewesen. Es war im »Templerstaat« auch nicht daran gedacht, etwa die Arbeiter- oder Angestelltenzahl eines Betriebes zu begrenzen. Voraussetzung war nur, daß der Unternehmensinhaber seinen Betrieb selbst führte. Anonyme Kapitalgesellschaften hätten sich nicht bilden können. Der Unternehmer sollte, wie ein »Schutzvater«, die für ihn tätigen Menschen leiten. Eine solche persönliche Beziehung war unerläßlich. In dem Moment, wo ein Betriebsbesitzer selbst nicht mehr tätig gewesen wäre und nur noch andere hätte für sich arbeiten lassen, wäre er enteignet worden.

»Arbeitsloses Einkommen« – gleichgültig welcher Art – hätte es im »Templerstaat« nicht geben können. Wenn ein Betriebsinhaber aus Altersgründen nicht mehr selbst zur Leitung seiner Firma in der Lage gewesen wäre, so hätte er einen anderen an seiner Stelle bestimmen müssen. Dies hätte sehr wohl ein Mitglied seiner Familie sein können, sofern dort die Befähigung gegeben war.

Wesenlose Großkonzerne, für die Menschen nur noch Nummern in einem Computer sind und für die kein einzelner Mensch mehr voll die Verantwortung trägt, etwa gar »Multis«, hätte der »Templerstaat« unmöglich gemacht. Vom Unternehmer war persönlicher Einsatz für das Unternehmen – und für seine Leute verlangt: Der Unternehmer als »sorgender Patriarch«. Gewerkschaften und »Arbeitskampf« wären völlig unnötig gewesen.

Schließlich wollte der »Templerstaat« dem Handwerk besondere Förderung zukommen lassen. Dabei ist zu bedenken, daß unter »Handwerk« auch die Künste und das Erfindertum verstanden wurden. Im Handwerk meinte man die Fortsetzung desjenigen Schaffens zu sehen, welches die »gefallenen Engel« einstmals schon im Reich Gottes innehatten.

Die Wissenschaften wiederum wollte der »Templerstaat« in »männliche« und »weibliche« unterteilt wissen, und Frauen Entfaltungsmöglichkeiten eröffnen. Dies wäre aber ein eigener Punkt, über den ausführlich gesprochen werden müßte: Die strikte Unterscheidung in Männlich und Weiblich durch alle Ebenen des Lebens. Die gottgewollte Rollenteilung zwischen Mann und Frau war im »Templerstaat« von hoher Bedeutung.

Ein Spiegelbild des Gottesreiches

Von außerordentlicher Einfachheit war das Steuerwesen gedacht: Ohne jede Staffelung nach Einkommen sollte ein jeder männliche Bürger neun Prozent bezahlen. Adelige hatten zehn Prozent zu zahlen, und Bürger mit kleinem Einkommen nur ein Prozent desselben. Frauen hatten keine Steuern zu zahlen; sie sollten auch nicht erwerbstätig sein.

Der »Templerstaat« war also als ein Staatswesen gedacht, das so weit wie möglich ein Spiegelbild des Gottesreiches sein sollte – aber unter ganz bewußter Einbeziehung des Wissens, daß dies auf Erden und mit Erdenbewohnern, die »gefallene Engel« sind, nur durch regelnde Maßnahmen möglich sein würde – und auch dann nur in sehr beschränktem Maß. Denn daß es unmöglich sein würde, ein »Paradies auf Erden« zu bauen, das war gerade den Templern sehr klar.

Der französische Philosoph Rivarol hat den Gedanken geprägt, daß Leute, die das Paradies bringen wollen, die Hölle bringen. Und das war Jahrhunderte zuvor auch den Vätern der Templerstaatsidee vollauf bewußt – wie vor ihnen schon den Weisen des alten Orients.

Die Ursprünge dieser Staatsidee liegen – unbeweisbarermaßen – wohl schon bei den alten Sumerern. Jedenfalls finden wir bei ihren Erben, den Babyloniern und Assyrern, den Phöniziern und Karthagern, wesentliche Übereinstimmungen verwandter Staatsordnungen. Die Ur-Verfassung Karthagos, auf die sich Hugo beruft, ist, wie schon erwähnt, leider verlustiggegangen. Manches spricht aber dafür, daß sie in der Tat als Vorlage zur Verfügung gestanden hatte.

Einzelne Punkte dieser Staatsidee sind immer wieder einmal aufgetaucht. Wenngleich eben nur einzelne Punkte, nicht wirklich die Staatsidee, die richtigerweise vielleicht nicht »Templerstaat«, sondern »Karthagerstaat« heißen sollte.

In den zwanziger Jahren spielte der »Jungdeutsche Orden« mit einigen lose verwandten Gedanken, und im »Grünen Buch« des Muhamar Al Ghaddafi finden sich ebenfalls einige wenige Verwandte Aspekte.

Am Rande interessant mag auch sein, daß König Salomo, auf den sich absurderweise Anhänger des mosaischen Gesetzes berufen, ein großer Bewunderer der überlegenen phönizischen Kultur war und sich allgemein sehr zum Phöniziertum hingezogen fühlte. Er verehrte keineswegs den Jahve, sondern die phönizische Göttin Astore/Aschera. Der Tempel Salomos war ein durch und durch heidnischer Tempel, in dem die Bilder der Aschera und des Baal-Hammon standen, und ein assyrischer »Sonnenwagen« vor dem Eingang. Salomo fühlte sich als Abkömmling von Phöniziern und war es womöglich auch. Sein Ruf als Weiser ist wahrscheinlich vor allem dadurch begründet worden, daß er während seiner Herrschaftszeit ein dem phönizischen ähnliches Staatswesen einzuführen versuchte.

Gerechte Strafe durch Wiedergutmachung

Interessant nun noch einige Worte über das Rechtssystem des »Templerstaats«. Es ist weitgehend dem Reichsgesetz Sargons II. nachgebildet (Kodex Sar-Kyan). Dieses Gesetz sieht keine Gefängnisse vor. Es ist untersagt, einen Menschen einzusperren. An Stelle von Gefängnisstrafen tritt Fronarbeit im Dienste der Geschädigten. Die Strafausmaße sind rigoros, werden aber in den meisten Fällen eben in Fronarbeit und Strafzahlungen umgesetzt. Wenn dies den Geschädigten zugute kommt, so ist das mehr als nur logisch.

Die Todesstrafe kann in den meisten Fällen umgewandelt werden – sofern das Opfer oder die Angehörigen des Opfers dem Täter Gnade gewähren, und der König dem zustimmt.

Auch hier spielt wieder die Glaubenslehre hinein: Bei Fronarbeit kann der Täter Erkenntnis gewinnen; würde er eingekerkert, hätte er diese Chance kaum.

Martern gibt es keine. Etwa alttestamentarisches Steinigen gibt es nicht. Sittenstrolche erhalten jedoch Prügel. Das gesamte Prinzip der Rechtsprechung ist nach einem Doppelverständnis von Gerechtigkeit aufgebaut: Gerechte Strafe – und gleichsam gerechte Wiedergutmachung für die Opfer. Die Rechtsprechung selbst liegt bei den Priesterinnen, deren Urteil durch den König zu bestätigen ist.

Die Idee des »Templerstaats« hat naturgemäß viele Facetten. Sein Grundprinzip ist jedoch einfach erklärt: Gerechtigkeit und Ordnung, in Harmonie gebracht durch die Liebe.

Der Mensch nicht Maß aller Dinge

Viele werden nun die Frage stellen, inwieweit denn ein solcher »Templerstaat« sich praktisch hätte realisieren lassen – in Anbetracht des »Faktors Mensch«, der unausrottbaren Eigenschaften wie Habsucht, Bestechlichkeit und menschlicher Schwächen aller Schattierungen? Dazu muß gesagt werden, daß gerade die Glaubenslehre von den Menschen als »gefallenen Engeln« all diese Dinge durchaus zu bedenken gegeben hatte.

Dies um so mehr, wie die europäische Mentalität des »Der Mensch ist das Maß aller Dinge« durch die babylonisch-altorientalische Einstellung »Der Mensch ist der Schatten der Gottheit« ersetzt werden mußte. Hier ist die das gesamte angestrebte Reich, das »Neue Babylon« zu beherrschende Ordnungsmacht des Ordens zu sehen. Eine Elite von Menschen absoluten Glaubens, die – nach harter Auslese – das stille Rückgrat des Staates hätten bilden sollen.

Mit Ausnahme der wirtschaftlichen Gedanken ist die »Templerstaat«-Idee nur im süddeutschen Raum bezeugt. Es ist also nicht gewiß, ob die gesamte Ordensführung dieser Idee anhing, es ist nicht einmal völlig sicher, ob die Idee vom »Templerstaat« überhaupt im ganzen Orden detailliert bekannt war. Dies darf jedoch als wahrscheinlich angenommen werden. Hugo wird kaum auf eigene Faust ein solch umfassendes Staatskonzept erarbeitet haben.

Doch auch diese Frage klären zu wollen, wäre heute müßig. Sicher ist, daß ein »Templerstaat« eine andere, und womöglich bessere, Welt hätte formen können, als wir sie heute haben; eine Welt, in der nicht ein jeder nur nach seinem persönlichen Wohlergehen des Augenblicks strebt, quasi nach dem Motto: »Nach mir die Sintflut.« Und wenn die vorhandenen Offenbarungen nicht trügen, dann könnten jene Vertreter des Zeitgeistes sich gar sehr irren: Die »Sintflut« könnte über sie kommen! □

Medizin

Grundsätzliches über Hautkrankheiten

Günter Carl Stahlkopf

Hautkrankheiten sind im jeweilig unterschiedlichen Ausdrucksbild der Symptomatik, aus der kausalen Schau, ein körpereigener Versuch zur Selbstreinigung, um damit über das Hauptorgan Haut artspezifische Gifte auszuscheiden und so innerzelluläre Funktionsstörungen und Zellblockaden abzubauen oder zu vermeiden. Hier liegt also kein Versagen der Immunität vor, sondern im Gegenteil, das deutlich sichtbare Zeichen für die deutlich wirksame Kraft des Organismus.

Aus dieser Erkenntnis heraus habe ich die Mittelwirkungen meiner Regena-Ganzheits-Zell-Regenerations-Therapie zusammengestellt, um entsprechend den Zusammenhängen zur echten Ausheilung dieser verschiedenen tiefgreifenden Hauterkrankungen über spezifische Entgiftungswirkungen bis in die Zelle, als Quelle dieser Intoxikationsgifte, diese abzubauen.

Die Entgiftung der Zelle

Dadurch wird das Ausleitungsbestreben über die Haut einerseits unterstützt, wie es andererseits über die Neutralisationswirkung dieser Mittel und der Regenerationskraft derselben in der Zelle, auf Zeit gesehen nicht mehr zur Neubildung derselben kommt, und damit die Notwendigkeit einer Ausleitung über die Haut (Immunität) mehr und mehr entfällt.

Der Zustand der vollkommenen Entgiftung der Zelle in Zusammenhang mit der gleichzeitig dabei angestrebten Zellregeneration, auch bezogen auf den regenerativen Abbau der Organ-Insuffizienzen bei Niere, Blase und Darm, nennen wir echte, iatrogenfreie Ausheilung der Haut-Krankheiten.

Wir unterteilen in genetisch vorprogrammierte chronische Hautkrankheiten über den Begriff der »Konstitution« des Kranken, und Hautkrankheiten als Folge von Therapie- und Medikamentenschäden von durchgemachten akuten Vorkrankheiten von jüngster Kindheit an.

Darum ist eine fast kriminalistisch zu erarbeitende genaue Vorgeschichte des Kranken so entscheidend wichtig, damit der Arzt daraus kausal-auswertend ableiten und erkennen kann, welche symptomatisch eingeheilte – das heißt nicht ausgeheilte – akute Vorkrankheit mit stets iatrogenen Folgen die Hautkrankheit X ausgelöst hat.

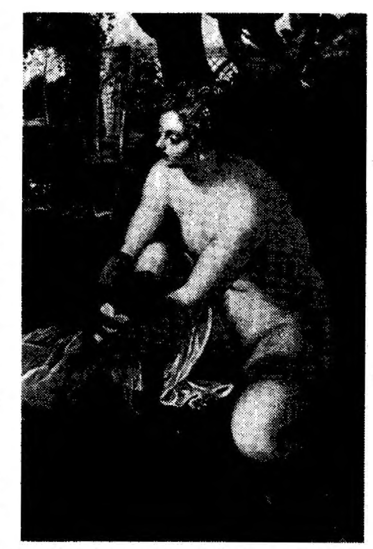
Nur ein Beispiel: Asthma ist höchstens zu einem Prozent »angeboren«, also ererbt. Das heißt, zu 99 Prozent ist das Asthma-Leiden die Folgen von einer iatrogenen Schädigung, die nach Wochen, Monaten oder Jahren durch falsche Einheilung und damit Unterdrückung eines normalen Milchschorfes oder eines Ekzems bei Kindern, statt deren echter Ausheilung, entstanden sind.

Symptombehandlung mit iatrogener Wirkung

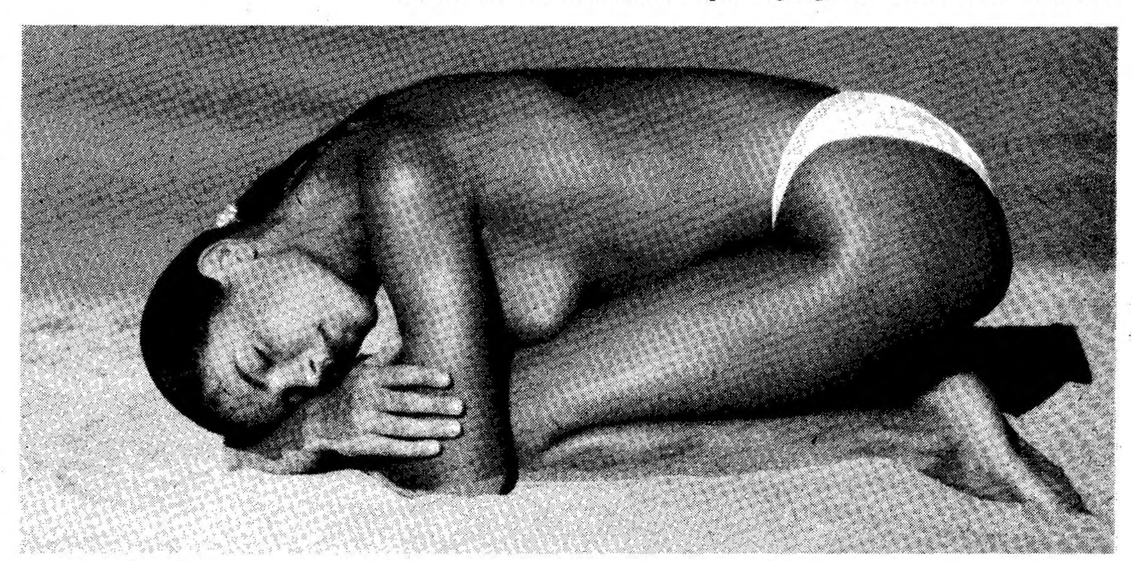
Denken Sie hierbei nicht nur an schädigende chemische Therapie-Folgen, sondern erkennen Sie bitte, daß viele sogenannte Naturheilpräparate ähnlich iatrogen wirken. Dies beginnt bei den furchtbaren »Molkekuren«, ganz gleich, ob die »Milchsäure rechts oder links gedreht« ist, über Kampfer-, Chinin-Präparate, den verschiedenen homöopathischen Einzelpotenzen von der niedrigsten bis zur Hochpotenz, und endet bei den so »überzeugend« wirkenden Quark-Umschlägen. Alles wirkt im tiefsten Sinne latentstellend mit dem »Erfolg« der Symptom-Einschmelzung, weil unter anderen der Versuch der Toxinausscheidung unterdrückt wird.

Alles, was hier so »überzeugend wirksam«, ist aus kausaler Sicht eines beweisbaren Wissens nur Symptombehandlung mit iatrogener Wirkung.

Ein weiteres Problem sind die Impfschäden. Hier wird das »genetische Material« zusätzlich geschädigt, und viele Hautleiden sind die Folge dieser Schädigung, die bei anderen Konstitutionen auch wieder Asthma-Folgen auslösen können. Die wahren Impffolgen äußern sich mit Zellmembran-Schädigung, die den notwendigen Zellaustausch pathogen beeinflussen.



Liebe, Freude, Glück und eine gesunde Ernährung erweitern das Zellularsystem und aktivieren den Stoffwechsel.



Die Haut ist ein Hauptorgan, darüber werden viele Gifte ausgeschieden, die zu Zellblockaden führen können.

Persönliche, körperliche und psychische Leiden, die bis in die seelischen und sozialen Strukturen der Familien reichen, haben keinen kausalen Wert für die Entstehung der Krankheit. Es ist und bleibt ein nicht zu unterschätzendes »auslösendes Moment«, vergleichbar mit Regen-Nebel-Unwetter-Lagen, die zusätzlich die obige Komponente negativ unterstützen.

Alles zusammen beeinflußt den innerzellulären Stoffwechsel und bringt bei fortschreitender pathogener Belastung des Gesamtorganismus viele Hautkrankheiten mit diversen oft unerträglichen Schmerz- und quälenden Juckreiz-Zuständen, wie unter anderen auch das Asthma-Geschehen, zur Auslösung.

Warum? Seit nunmehr zwanzig Jahren »spreche« ich gegen die falsche Psychotherapie in solchen Beispielen, wenn der Psychotherapeut seine Grenzen übersteigt und Ursache und Wirkung verwechselt, um falsch zu behaupten, daß er Hautkrankheiten oder Asthma, sogar Krebs allein als seelisch bedingt hinstellt, um sie auch allein mit Psychotherapie heilen zu können.

Die »Droge« Liebe, Freude, Glück

Liebe, Freude, Glück und Erfolgserlebnisse erweitern das Zellularsystem, aktivieren den Stoffwechsel und fördern die Durchblutung bei jedem Kranken. Sie wirken wie eine Droge ganz positiv symptomlindernd und fördern die Regenerativ-Wirkung auch unserer Regenaplexe. Allein aber verpufft die Wirkung auf Zeit mehr und mehr, weil die kausalen Ursachen weiter wirksam bleiben.

Kummer, Ärger, Unglück, Herzeleid und Mißerfolg im Beruf und Leben dagegen wirken konträr zu oben, weil sie die Zelle zusammenziehen und den sowieso schon gestörten Stoffwechsel nebst Durchblutung noch mehr belasten und dezimieren. Das heißt, das Krankheits-Symptom verschlimmert sich echt wahrnehmbar.

Jeder gute Arzt und Kliniker ist sowieso auch ein guter Psychologe, und er allein entscheidet darüber, bei welchen Patienten er zart einfühlend mit Katzenpfötchen richtungweisend vorgehen muß, und bei welchen er sein Ziel erreicht mit klaren, gegenseitig bindenden, keine Zweifel lassenden, vielleicht sogar harten Anweisungen.

Der Regena-Arzt kann echt und schädigungsfrei ausheilen. Er hat die Pflicht als Wissender, den Patienten zu führen, denn er allein bestimmt, und der Patient muß folgen, wenn es um »die Wurst« geht.

Bei der Behandlung mit unseren Regenaplexen sind unbedingt folgende verkürzt aufgeführte Ernährungshinweise zu beachten:

Keine milchsäurehaltigen Lebensmittel wie Quark, Joghurt und auch keine Sauerteigbrote mit Einschluß auch der Sauerkraut-Mahlzeiten.

Keine kohlensäurehaltigen Getränke in Form der vielen Mineralwasser. Kein Essig als Speisen- und Salatwürze.

Kein Zitronensaft als Vitamin-C-Komponente, weil hiermit in völlig unnatürlicher Weise genossen, nur zellulärer Schaden ausgelöst wird in Richtung Verhärtung oder Sklerose. Im Beispiel genügen wenige Tropfen pro Tag in den Rohkostsalat gegeben.

Weg von der falschen Vitamin-C-Lehre.

Kein oder nur wenig Zucker. Je schwerer das chronische Leiden, je weniger beziehungsweise keinen Zucker.

Keine Eierspeisen, auch keine mit Ei legierten Suppen und Breispeisen.

Hoher Eiweißgehalt verstopft die Zellen

Dasselbe trifft für Käsegenuß zu. Nach der richtigen Volksweisheit heißt es: Käse verstopft Haut und Haare, weil der hohe Eiweißgehalt die Zellen »verstopft«, den innerzellulären Stoffwechsel erheblich auch über den Milchsäuregehalt mehr und mehr bremst und blockiert, und die Haare über den damit toxisch belasteten Lymphstrom im Wachstum gebremst werden.

Auch hier versucht die echte Immunität des Organismus, diese Toxine als Abfallprodukte eines fehlgeleiteten Stoffwechsels im Haarwuchs abzulagern mit zwangsweisen Folgen der Haarboden- und Haarwuchs-Schädigung.

Diese Hinweise entspringen keiner philosophischen Schau, sondern der korrekten Darlegung einer wissenschaftlichen physiologischen Lehre aus kausaler Sicht. Sie sind für den Arzt unersetzlich, weil die damit getroffene Diagnostik von keinem Labor-Parameter erfaßt wird.

Man sollte folgerichtig erkennen, daß die hochmolekular feinstoffliche Toxinausscheidung nur an den empfindlichsten, also noch reaktionsstarken Hautzonen zur versuchten Ausscheidung gebracht werden.

Eine schwielige, durch manuelle Tätigkeit verhärtete oder verschwartete Arbeiterhand oder Hautzonen, die zur Verhärtung neigen, oder durch die Unbilden der Witterung »gegerbten« zum Beispiel freien Oberarme, oder das Gesicht eines Gebirglers oder eines Seemannes, sind für derartige Ausscheidungsreaktionen nicht reaktionsstark genug. Deshalb spielen sich dieselben zum Beispiel in den Ellenbogen, an den Kniekehlen oder generell an den Gelenkbeugen ab, das heißt überall dort, wo zarte, reaktionsstarke Hautverbände sind.

Noch feinstofflichere Toxine drängen an den Mundschleimhäuten, an denen des Auges oder an den Vulva-Schleimhäuten nach außen. Je mehr die Schleimhäute der Geschlechtsorgane befallen sind, je klarer kann man dahinter das Wirken einer venerischen Blutbelastung ablesen, die entweder ererbt oder erworben ist. Das heißt, die ererbte Belastung versucht schon im Kindesalter an die »Oberfläche« zu kommen zur Neutralisations-Reinigung.

Die erworbene Belastung tritt als Folge durchgemachter schleichender venerischer Infekte oder durch klare akute venerische Krankheiten ebenfalls zur Oberfläche, um Ausdrucksbild einer echten Abwehr durch Ausscheidungsreaktionen zu sein.

Der stets vorhandene unterdrückte oder offene Entzündungsprozeß im Verein mit leichten bis stärksten Juckreizschmerzen zeigt den Grad des toxischen Einflusses an.

Da ist kein Blitzkrieg zu gewinnen

Eine Psoriasis (Schuppenflechte) ist stets ein klarer Beweis dafür, daß der Patient unter den »Vorsünden« eines seiner beiden Elternteile zu leiden hat.

Erwähnt werden muß auch noch, daß die Sklerodermie (Verhärtung und Schrumpfung der Haut) ein nächstes Krankheitsbild ist, das als eine echte Folge von Medikamentenschäden, die durch Einheilung von vorausgegangenen leichteren Hautkrankheiten entstanden ist.

Wenn die Regena-Therapie ihren Anspruch erfüllen kann, im Sinne einer echten biomolekularen Umwandlung Blockierungen in der erkrankten Zelle zu lösen und ihren Stoffwechsel zu normalisieren, dann müßte sich das gerade bei solchen Krankheitsbildern erweisen, denen alle herkömmlichen Behandlungsformen hilflos gegenüberstehen. Was wir bisher vermochten, war doch bestenfalls Linderung schaffen.

Die Regeneration solcher tief in die genetischen Formen eingeprägte Defekte aber bedarf einer geduldigen und sorgfältigen Arbeit. Da ist kein Blitzkrieg zu gewinnen. Und ohne die gewissenhafte Mitarbeit des Patienten nur wenig zu erreichen. Wer einen Platz saubermachen will, muß wohl zuerst dafür sorgen, daß nicht ständig neuer Schmutz dorthin getragen wird, sonst kommt er nie zum Ziel.

Selbstverständlich müssen wir auch während der Regena-Therapie alle als Reizfaktoren im allergischen Geschehen bekannten Stoffe zu vermeiden suchen und sorgen, daß die Belastung durch krankmachende Umweltfaktoren in der Wohnung und besonders in der Ernährung so klein wie möglich gehalten wird.

Dann gilt es die Krankheitsentwicklung aufzuspüren, und aus der Krankenvorgeschichte bekanntgewordene Schäden aufzuarbeiten. Wir müssen damit rechnen, daß »eingeheilte«« Vorerkrankungen aktiviert werden, daß zum Beispiel Kinder zunächst anfälliger werden, weil sie sich mit den eingelagerten Toxinen auseinandersetzen müssen. □

Informationen über die Regena-Ganzheits-Zell-Regenerations-Therapie und die Anschriften des Regena-Ärzte-Kreises erhalten Sie von Günter Carl Stahlkopf, Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell.

Vertrauliches

Südostasien

Sihanuk beschuldigt Thailand und Vietnam

Verstärkte diplomatische Aktivität in ganz Südostasien zielt darauf ab, Kampuchea in ein »Thai-Vietnamesisches Gemeinwesen« zu verwandeln, wobei »China als Aufseher fungieren soll«, sagte Prinz Sihanuk, ehemaliger Staatschef und jetziger Leiter der kampuchanischen Widerstands-Koalition.

Der gegenwärtige Plan würde Kampuchea auf das Jahr 1983 zurückwerfen, als nur die französische Kolonisierung Kambodscha davor bewahrte, zwischen Vietnam und Thailand aufgeteilt zu werden. Unter dem derzeitigen Plan, sagte er, hätten Thailand und Vietnam jeweils ihren Einfluß in dem »Gemeinwesen«, wobei China als Vorsitzender des Aufsichtsrates agiert. Kampuchea hätte keine wirkliche Souveränität.

Indessen wird eine zweite Runde chinesisch-vietnamesischer Gespräche über Kampuchea und die Normalisierung der bilateralen Bindungen stattfinden, sagte der vietnamesische stellvertretende Ministerpräsident Nguyen Co Thach. In einem Gespräch mit Journalisten meinte Thach, die beiden Seiten seien dabei, den Zeitpunkt und den Tagungsort für diese Gespräche auszuarbeiten. Thach bestätigte auch frühere Berichte, wonach Vietnam die Schiffahrtseinrichtungen von Cam Ranh Bay auch für Frachter anderer Nationen außer der Sowjetunion öffnen wird. □

Pakistan

Gandhi besorgt über Raketenversuche

Indiens Premierminister Rajiv Gandhi hob warnend hervor, daß Indien nach Pakistans erfolgreicher Erprobung seiner eigenen Mittel- und Kurzstrecken-Boden-Raketen Maßnahmen ergreifen muß, um »sich zu schützen«. Nach Mitteilung des pakistanischen Generalstabschefs Aslam Beg haben die Raketen eine Reichweite von 300 und 800 Kilometer und eine Nutzlast von 500 Kilo bei voller Genauigkeit.

Der Versuch mit dem, was die Inder als »grenz-überschreitende Raketen« bezeichnen, findet zu einer Zeit statt, in der die amerikanische Regierung die Reduzierung militärischer und wirtschaftlicher Hilfeleistungen in Erwägung zieht, nachdem es der letzten US-Regierung unter Ronald Reagan nicht gelungen war, zu versichern, daß Pakistan nicht die Atombombe besitzt. □

Aids

Welt-Gesundheitsbehörde schuld am Holocaust

Peter Gauweiler, Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, hat ein Buch veröffentlicht, in dem die World Health Organization (Welt-Gesundheitsbehörde), WHO, für den Aids-Holocaust in Afrika verantwortlich gemacht wird. Gauweiler wurde bekannt dadurch, daß er in Bayern Maßnahmen im öffentlichen Gesundheitsdienst einführte, um die Verbreitung von Aids drastisch einzudämmen; er wurde dafür kürzlich seiner Verantwortung für Bayerns Aids-Politik enthoben.

In seinem Buch »Was tun gegen die Ausbreitung von Aids« berichtet Gauweiler von zwei internationalen Konferenzen; die erste fand 1985 statt, auf ihr wurde enthüllt, welch ungeheuerliches Reservoir an Aids-Viren in Afrika vorhanden ist. Er zitiert auch Studien, in denen über die erschütternde Aids-Infektionsrate auf dem afrikanischen Kontinent berichtet wird.

Gauweiler kommentiert: »Diese Entwicklung hat nicht zu einem internationalen Alarmplan gegen Epidemien geführt, der alle verfügbaren Kräfte mobilisiert mit dem Ziel, das Elend der Kranken zu mildern, die nicht infizierten Teile Afrikas zu schützen und den Virus daran zu hindern sich auf andere Länder auszubreiten. In Wirklichkeit herrsche Stillschweigen unter den Komplizen. Die WHO teilte der Öffentlichkeit 1985 mit, soweit ihr bekannt sei, seien nur zehn Menschen in Afrika an Aids erkrankt und das zu einer Zeit, als andere von Infektionen ganzer Gebiete berichteten.

Die Aids-Katastrophe in Afrika ist eine Verurteilung jener, die in der WHO politische, soziale und medizinische Verantwortung tragen. Die heutigen Prognosen einer Entvölkerung ganzer Gebiete Afrikas hätten verhindert werden können, wenn die Verantwortlichen bei der WHO rechtzeitig ein internationales Hilfsprogramm in die Wege geleitet hätten, das diese Bezeichnung verdient. Hierzu wäre nur ein kleiner Teil des Geldes und der menschlichen Energie erforderlich gewesen, die zum gleichen Zeitraum an UNO-, UNESCO- und WHO-Diskussionen aller Art über ›allgemeine politische Fragen‹ verschwendet wurden«. □

China

Es geht um die Wirtschaftspolitik

Spekulationen über Erschütterungen in der politischen Führung in Beijing wollen nicht verstummen. Es wird behauptet, daß der ehemalige Präsident Li Xiannian in einer Geheimsitzung mit dem obersten Führer Deng Xiaoping den Hinauswurf des Generalsekretärs der Partei, Zhao Ziyang, wegen dessen Wirtschaftsreformpolitik verlangt habe. Li, Vorsitzender der politischen Beratungskonferenz des Volkes, soll erzürnt gerufen haben: »Was Zhao tut, beruht auf Kapitalismus«.

Ein anderer Konservativer der Partei, Chen Yun, hat sich auch kritisch über die Geschwindigkeit, wenn auch nicht unbedingt über die Richtung der Wirtschaftspolitik von Zhao geäußert. Obwohl Li und Chen nicht mehr zur obersten Führung der Partei gehören, glaubt man, daß die zwei Senioren immer noch die Ansichten der Partei-Traditionalisten und konservativen Militärführer repräsentieren. □

Korea

Dissidenten wollen die Regierung stürzen

Südkoreas größte Dissidenten-Gruppe gelobte, mit der parlamentarischen Opposition zusammenzuarbeiten, um Präsident Noh Tae-Woo zu stürzen. »Das ist so, weil es keine Wiedervereinigung mit Nordkorea geben kann, ohne daß wir die hiesige Militärdiktatur loswerden«, sagte der Vorsitzende Lee Buyoung der Chonminyon, einer Koalition zwischen Gruppen von Dissidenten, vor dem Klub der Auslandskorrespondenten in Seoul.

In jüngster Zeit hat die Noh Tae-woo-Regierung wiederholt versucht, die Dissidenten-Bewegung durch Schließung ihrer »freien Schulen« aufzulösen und ihre direkte Verbindung zu Politikern der nordkoreanischen Regierung zu unterbrechen. »Wir haben ein Stadium erreicht, wo wir Versuche, die Regierung durch Klassenrevolution zu stürzen, nicht länger dulden können«. □

Japan

USA helfen bei neuem Düsenjäger

Die Bush-Regierung ist dabei, eine Entscheidung zu treffen, um Japan zu ermöglichen, mit amerikanischer Hilfe einen Düsenjäger der neuen Generation zu bauen. Sie wird jedoch eine vorhandene Vereinbarung anpassen, um den Fluß der fortgeschrittenen amerikanischen Technologie über den Pazifik hinweg »deutliche Grenzen« zu setzen. Die Begrenzungen gelten für den Zugang der Japaner zur fortgeschrittenen Aerodynamik, Motortechnologie und Radar. Die ursprünglich durch die Reagan-Regierung ausgehandelte Vereinbarung hätte Japan unbegrenzten Zugang zu dieser Technologie verschafft.

Der US-Handelsminister Robert Mosbacher führt einen harten Kampf gegen die ursprüngliche Abmachung und argumentiert dahingehend, daß die Übergabe von Luftfahrt-Technologie der amerikanischen Konkurrenzfähigkeit Abbruch tun könnte. □

Schuldenkrise

Britisches Fernsehen dokumentiert Auswüchse der Banken-Politik

Eine Dokumentation, die im britischen und dänischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, brachte erschütternde Tatsachen über die von der internationalen Schuldenkrise hervorgerufenen Erschütterungen. Es wurde berichtet, daß die verschuldeten Länder des Südens seit 1982 eine Nettosumme von 225 Milliarden Dollar an Banken im Norden überwiesen haben; 2,2 Millionen Kinder starben allein in Brasilien wegen der Schuldenkrise; 4,2 Millionen Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten gingen wegen des Zusammenbruchs von ibero-amerikanischen Exportmärkten verloren, was einem jährlichen Verlust an Exporteinkommen von 20 Milliarden Dollar gleichkommt. Ähnliche Zahlen wurden für Europa vorgelegt.

In der Fernsehsendung griff der ehemalige britische Schatzkanzler Denis Healey die Politik der Banken in den achtziger Jahren als »völlig verrückt« an. Er beschuldigte die Banker, die internationale Wirtschaft »zerstört« und eine »Katastrophe« heraufbeschworen zu haben. Es wurde ein Filmausschnitt mit Healey als Redner aus dem Jahr 1979 gezeigt, als dieser erklärte, das internationale Bankwesen sei bankrott.

Doch Walter Wriston von der Citybank, der als der »Hohepriester des Bankwesens« bezeichnet wird, tadelte die Zinssatzpolitik des ehemaligen Chefs der Federal Reserve Systems der USA, Paul Volckner, weil sie »Leichen auf den Straßen« verursacht habe. Dann erschien Volcker auf dem Bildschirm und sagte: »Ich weiß, daß es Leute gibt, die sagen, ich hätte die Weltwirtschaft zerstört, aber die wäre ohnehin gestorben«.

Healey erschien noch einmal auf dem Bildschirm und prahlte damit, daß er in den siebziger Jahren eine besondere, mit der Weltbank verbundene internationale Institution für das Recycling von Petro-Dollar gründen wollte, aber sein Plan sei vom damaligen US-Finanzminister William Simon blockiert worden. Schon erschien Simon auf dem Bildschirm und sagte: »Ich hatte die Araber auf meiner Seite. Es war ihr Geld, nicht wahr? Sie haben es offen und ehrlich gestohlen«.

Der Leiter von Mexikos internationaler Handelsbank unter Präsident José López Portillo (1976 bis 1982), Adrian Lajous, verlas Zitate von Shylock aus Shakespeares »Kaufmann von Venedig«. Lajous sagte dann: »Wir haben unser Pfund Fleisch bezahlt und nun müssen wir wie Portia handeln«, und wies darauf hin, daß Mexiko nicht länger in den Händen von Wucherern leiden könne, sondern man die Wucherer der Verachtung preisgeben müsse.

Die Schlußfolgerung der Sendung: Das Bankgeschäft ist zu einem internationalen Schwindelspiel geworden, zum größten Kasino der Welt. □

Schuldenkrise

Die USA und der Außenminister sind gefragt

Auf einer Sitzung über die Schulden der dritten Welt, mußte sich der amerikanische Außenminister James Baker von ibero-amerikanischen Delegierten »allerlei anhören«, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. »Die Lateinamerikaner lassen ihn wissen, daß ihre eigene Tagesordnung das Schuldenproblem ist, und daß sie verzweifelt sind. Offenbar hat sich das der neue US-Außenminister zu Herzen genommen«.

Venezuelas Carlos Andrés Pérez und der ehemalige Präsident Rafael Caldera sowie der brasilianische und mexikanische Außenminister betonten diesen Punkt mit Nachdruck.

In der Öffentlichkeit sagte Pérez jedoch: »Der Brady-Plan ist eine ausgezeichnete Initiative und stimmt sehr wohl damit überein, was die lateinamerikanischen Länder vorgeschlagen haben. »Er setzte jedoch hinzu: »Wir glauben, daß er eigentlich keinen Betriebsmechanismus hat, und deswegen befürchten wir, daß er hinausgeschoben werden könnte. Die Zeit läuft gegen uns«.

Vorher hatte Pérez bereits behauptet, daß die im Brady-Plan vorgesehene Verringerung des Schuldendienstes um nur 20 Prozent »absolut nichts lösen würde«, eine Einstellung, die von dem mexikanischen Finanzminister Pedro Aspe geteilt wird, der dazu bemerkte, daß »20 Prozent für uns nichts wert sind«. Pérez stellte auch fest, daß steigende Zinssätze jeden Gewinn aus dem Brady-Plan, so wie er jetzt auf dem Tisch liegt, mehr als aufheben würde.

Der ehemalige amerikanische Präsident Jimmy Carter meinte: »Ich hoffe auf eine drastische Verringerung der Schuldenlast, vielleicht mindestens um 50 Prozent, und vielleicht noch mehr für einige Länder wie Peru, die zahlungsunfähig sind«.

Der Sprecher des amerikanischen Repräsentanten-Hauses, Jim Wright«, sagte ebenfalls, daß »20 Prozent nicht ausreichen«, aber es ist ein Anfang. □

Ägypten

USA erpressen im Namen des IWF

Die Vereinigten Staaten halten fällige Bargeldüberweisungen an Ägypten von jeweils 150 Millionen Dollar für 1988 und 1989 zurück, bestätigte ein Sprecher des US-Außenministeriums. Die 150 Millionen Dollar sind ein Teil von zwei Hilfspaketen von 800 Millionen Dollar und werden erst dann freigegeben, wenn die Regierung von Hosni Mubarak »zusätzliche Reformen« auf den Weg gebracht hat.

Der Sprecher des Außenministeriums sagte nichts Genaues, meinte jedoch deutlich, daß Ägypten die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verlangten völker-mörderischen Vorschriften einhalten muß und forderte gebieterisch die Abschaffung von Nahrungsmittel-Subventionen. Frühere Versuche seitens Ägyptens, derartige Vorschriften in die Tat umzusetzen, hatten zu furchtbaren Unruhen geführt. □

Syrien

Syriens Präsident Assad, der Satan des Nahen Ostens

Der libanesische Interims-Präsident, General Michel Aoun, behauptet, wenn der Westen gegen den »Alptraum von Drogen und Terrorismus« kämpfen will, dann muß er »dem Libanon helfen« gegen Syriens Hafez Assad und Syrien aus dem Libanon vertreiben.

Aoun beschuldigt Assad, den Libanon vernichten zu wollen. Er sagte: »Ich möchte es klar und deutlich sagen, daß ich niemals versucht habe, zu irgendeinem Kompromiß mit Präsident Assad zu kommen. Es ist immer die syrische Regierung gewesen, die versucht hat, das Land zu destabilisieren, Mordversuche, Vergeltungen und Entführungen zu organisieren«.

Der Libanon ist unter syrischer Herrschaft zum Stützpunkt für Terrorismus und illegalen Drogenhandel, aber auch zur Destabilisierung anderer Bereiche in der Welt geworden.

Befragt, ob er über das Schicksal der von Syrien festgehaltenen westlichen Geiseln besorgt sei, feuerte Aoun zurück, es »gebe vier Millionen Libanesen, die von den Syriern als Geiseln festgehalten werden. Die Syrier beherbergen alle Terroristen und bilden sie aus. Mit der Befreiung unseres Staatsgebietes von der syrischen Besatzung werden wir der Bedrohung gegen die Demokratien ein Ende setzen«. □

Briefe

Betr.: Sowjetunion »Gorbatschows halbneues Denken«, Nr. 5/89

In der Politik ist es üblich und keineswegs ungewöhnlich, daß das eine gesagt, das andere gemeint ist oder gemeint wird. Bewußt wird die Unwahrheit gesagt, Augenmassage getrieben und gelogen. Es fängt mit dem Schlagwort Kapital an und meint das Eigentum. SPD-Politiker möchten das Schuldenproblem mit Lastenausgleich lösen. Strauß nannte dasselbe Vermögensabgabe.

Nun sollte niemand glauben, damit sei die Bank für Gemeinwirtschaft gemeint. Gemeint ist der Häuslebauer, der mit einer Zwangshypothek belastet und mit einem Teil seiner Ersparnisse zugunsten des Zinskapitals enteignet werden soll.

Der neueste Schwindel ist die sozialistische Bankrotterklärung, die uns als Perestroika und Fortschritt verkauft wird und die wir unterstützen sollen. Im Klartext soll die Unterstützung Sanierung des Bankrotts heißen. Man weiß, auch ein schmackhaftes und gutklingendes Rezept dafür. Statt die deutschen Umsiedler aufzunehmen, sollte man dem Ostblock Geld zur Verfügung stellen, um das Schicksal und den Lebensstandard der Deutschen zu verbessern, damit eine Umsiedlung überflüssig machen. Klingt wunderbar.

Ministerpräsident Lafontaine muß uns nur sagen, wie er das realisieren will. Platzmangel soll ein weiterer Grund sein, die Aussiedler nicht aufzunehmen.

Wenn wir den sozialistischen Bankrott sanieren sollen, was als Hilfe bezeichnet wird, dann können wir auch mit diesem Geld Arbeitsplätze in der Türkei schaffen, mit der Auflage, daß dort die Türken aus der Bundesrepublik beschäftigt werden müssen. Dann haben wir das Türkenproblem gelöst, für die Umsiedler Platz geschaffen. Auf jeden Fall dürfte eine solche Lösung billiger kommen, als eine Sanierung des sozialistischen Bankrotts, wo die Deutschen sowieso keinen roten Pfennig zu sehen bekämen. Als Abfallprodukt hätten wir auch noch das Türkenproblem gelöst. Ob eine solche Lösung etwas mit Rassismus oder Ausländerfeindlichkeit zu tun hat?

Oder ist es ausländerfreundlich, Wahlbürger zu schaffen, die auf Kommando des Ajatollas hören?

Werden mit Ajatollas Wahlbürger auch Arbeitsplätze geschaffen?

Alois Balluscheck, Hamm

Betr.: Parteien »Das falsche Spiel von Genscher und der FDP«, Nr. 5/89

Was ist eigentlich eine multikulturelle Gesellschaft? Doch wohl jene Gesellschaft, bei der nicht mehr von Volk und Völkern gesprochen werden kann, sondern lediglich von einem Durcheinander heterogener Elemente unterschiedlichster Herkunft. Daß der Mensch als Zoon politikon nur eine einzige Art, als kulturelles Wesen aber aus zahlreichen höchst unterschiedlichen Arten besteht, wird einfach übersehen.

Man geht immer noch von der total falschen Vorstellung aus, daß alle Menschen gleich sind, also auch zusammengewürfelt werden können, so wie es gerade der Augenblick erfordert und wie es die Leute beherrschenden Internationalisten aller Schattenregierungen auf allen Ebenen wünschen. Was dabei herauskommt zeigt der Blick auf die Neue Welt – siehe Mittelamerika –, wo alle nur denkbaren Gesellschaften multikultureller Art von einem Chaos ins andere führen. Von Kultur bleiben nur Restbestände übrig, bestimmend ist Geld und Gelddenken auf allen Ebenen.

Der Himmel bewahre uns vor der multikulturellen Gesellschaft, die der Inbegriff des Kulturlosen ist. Volk, Völker und deren Kulturen gilt es zu erhalten. Die multikulturelle Gesellschaft ist nichts anderes, als das ethnologische Chaos.

Dr. Hans Georg Amsel, Waldbronn

Betr.: Wiedervereinigung »Erst Deutschland – dann Europa«, Nr. 4/89

Der ausgezeichnete Beitrag über den geistig-politischen Zustand unseres Volkes und Staates wirft naturgemäß die Frage auf, weshalb eine deutsche Regierung noch niemals die Eigeninteressen über die fremder Mächte gestellt hat.

Die so selten erhobene Forderung nach Abzug fremder Truppen vom Gebiet des eigenen Landes wird in allen Teilen der Welt als selbstverständliche Pflicht einer jeden Regierung angesehen, doch scheint diese unsere Demokratie völlig ungeeignet zu sein, die Unabhängigkeit und geistige Freiheit handelnd zu erzwingen.

Der kondominale Zustand unseres Vaterlandes seit über 40 Jahren erbrachte politische Verhältnisse, die in ihrer Einmaligkeit historisch noch niemals aufgetreten sind. Dabei stellt die Abstinenz der deutschen Parteien in bezug auf die Selbstbestimmung eines Volkes den bedauernswerten Schlußpunkt einer nationalen Selbstaufgabe dar.

Von allen Parteien und politischen Gruppierungen fordert als einzige die »Deutsche Volksgemeinschaft« unter Punkt 1 der Deutschen Handfeste »Den Abzug aller ausländischen Freundschafts-, Sicherungs- und Besatzungstruppen aus Deutschland, Auflösung deren Stützpunkte und militärischen Einrichtungen sowie die Entfernung der hier gelagerten ABC-Waffen bei gleichzeitiger Stärkung der eigenen Verteidigungskraft und des Willens zur Wehrbereitschaft«.

Wenn nicht bald ein totaler Bewußtseinswandel eintritt, wird die Bundesrepublik noch hinter »Glasnost« zurückfallen und die Urenkel werden dann nur noch die Möglichkeit haben, mit Steinen auf Panzer und Raketen zu werfen oder als Heloten museale Attraktion für Touristen zu werden.

Ludwig Stiehler, Monschau-Mützenich

*

Es ist üblich, Militärbündnisse Verteidigungsbündnisse zu nennen. Es ist eine andere Frage, ob sie es wirklich sind. Nato und Warschauer Pakt sind natürlich von der Übung dieser Selbstklassifizierung nicht abgewichen. Weder läßt sich beweisen, daß Nato und Warschauer Pakt den Frieden erhalten haben, noch, daß ohne den Abschluß dieser Bündnisse der Krieg ausgebrochen wäre. Trotzdem kann man die Feststellung wagen: Es kann dem Frieden nur dienen, wenn durch die Neutralität der beiden deutschen Staaten die Linie der unmittelbaren militärischen Konfrontation zwischen den Supermächten um einige hundert Kilometer verkürzt wird, und es hat dem Frieden nicht gedient, daß diese Linie über Jahrzehnte so lang wie jetzt gewesen ist.

Das deutsche Volk hat in Europa keine Selbstbestimmung und Souveränität, solange ein Teilvolk Nato-, ein Teilvolk Warschauer-Pakt-hörig ist. Wie sollen die Bewaffnungen von Streitkräften der deutschen Teilstaaten gegeneinander die Selbstbestimmung und Souveränität des ganzen deutschen Volkes ersetzen und sichern können?

Die vertraglichen Bindungen zu den Westmächten wiegen weniger als die Verantwortung gegenüber den Menschen in der DDR. Diese Verantwortung haben wir mißachtet, als wir den atomaren Waffen, sogar in der Bundesrepublik selbst, zugestimmt haben, die die Menschen in der DDR gefährden. Selbst wenn sich eine sittlich unangreifbare Begründung dafür finden ließe, eine andere Menschengruppe atomar zu gefährden, kann diese jedenfalls dann nicht gelten, wenn zwischen der eigenen und der anderen Gruppe eine besondere Bindung besteht, die solche Zustimmung ausschließt, wie es bei uns Deutschen durch die Zugehörigkeit zum gleichen Volk, zur gleichen Nation der Fall ist.

Gottfried Jahn, Siegen

Betr.: Religion »Gerechtigkeit für Pilatus«, Nr. 2/89

Sowohl in dem Bericht »Gerechtigkeit für Pilatus«, als auch in dem Leserbrief dazu, habe ich eigentlich jegliche Bezugnahme vermißt: zwischen der Vertreibung der Geldwechsler, Ochsen-, Schafe- und Taubenhändler aus dem Tempel von Jerusalem durch Jesus und seiner anschließenden Verhaftung und Verurteilung: Dabei liegt es doch auf der Hand, daß diese Geschäftemacher im Tempel sich durch ihre plötzliche Vertreibung an ihrem »nervus rerum« getroffen fühlen und auf Jesus noch böser werden mußten!

Natürlich wußte Jesus bereits vor seinem Eintritt ins Jerusalem, daß er den letzten Willen seines Vaters erfüllen mußte und vermutlich wäre Jesus von den Sadduzäern auch ohne diese Tempelaustreibung verhaftet worden, aber irgendwie bekommt man bei der Lektüre der vier Evangelien (Matth. 21/12, Mark. 11/15, Luk. 19/45 und Joh. 2/15) doch den Eindruck, daß in dieser Tempelaustreibung ein auslösender Faktor steckt, denn jahrelang hat Jesus im Land gepredigt und Wunder getan und wurde nicht gefaßt, schon gar nicht von den Römern, die damals im königlichen Gefängnis seinen »Bruder im Geiste – Johannes« gefangen hielten und sogar köpfen ließen.

Und natürlich spielte die Tempelaustreibung – und zwar mit einer »Geisel aus Stricken« – auch eine Rolle für die politisch-terroristische Gruppe um Barrabas, die mit Jesus ihren politischen Führer erhofften und – verständlicherweise – enttäuscht werden mußten.

Wir sehen also, daß die Tempelaustreibung in Jerusalem verschiedene Aspekte und Fragen aufwirft, unter anderen auch diese: wie kam es überhaupt zu Geschäftemachern in einem jüdischen Tempel oder gibt es eine gewisse jüdische Affinität zum Geschäftemachen? Diese Frage können wir getrost bejahen, denn die archäologische Forschung hat vermutlich das erste jüdische Bankhaus – mit Namen »Murashu & Söhne« entdeckt, das 587 v. Chr. in Nippur in Mesopotamien, und zwar ausgerechnet während der »Babylonischen Gefangenschaft« der Juden, also in Feindesland, im Exil gegründet wurde und dessen monetäre Tätigkeit sich während der nächsten 150 Jahre nachweisen läßt (siehe Keller »Und die Bibel hat doch recht«).

Ich meine also, daß dieses jüdische Phänomen »Banken zu eröffnen, Geschäfte zu machen und zwar auch zwischen den Fronten« einer Erwähnung wert ist, wenn man über das Wirken und den Tod von Jesus Christus in Jerusalem schreibt: Und das um so mehr, als wir heute wieder von Geschäftemachern (Bankern, Trusts, Holdings) manipuliert werden, denken wir nur an die EG und die Bauern oder an den geplanten Binnenmarkt 1992!

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

Betr.: USA »Abschreckung mit den ›Heimlichen‹«, Nr. 4/89

In einer Gesellschaft, in der Geld der Höchstwert ist, läßt sich gar nichts geheim halten. Die Wahrheit dieser These beweisen unter anderem der Verrat der Atombombe und die 50 000 gefallenen Amerikaner in Vietnam durch mit amerikanischen Patenten ausgerüsteten Waffen des Feindes.

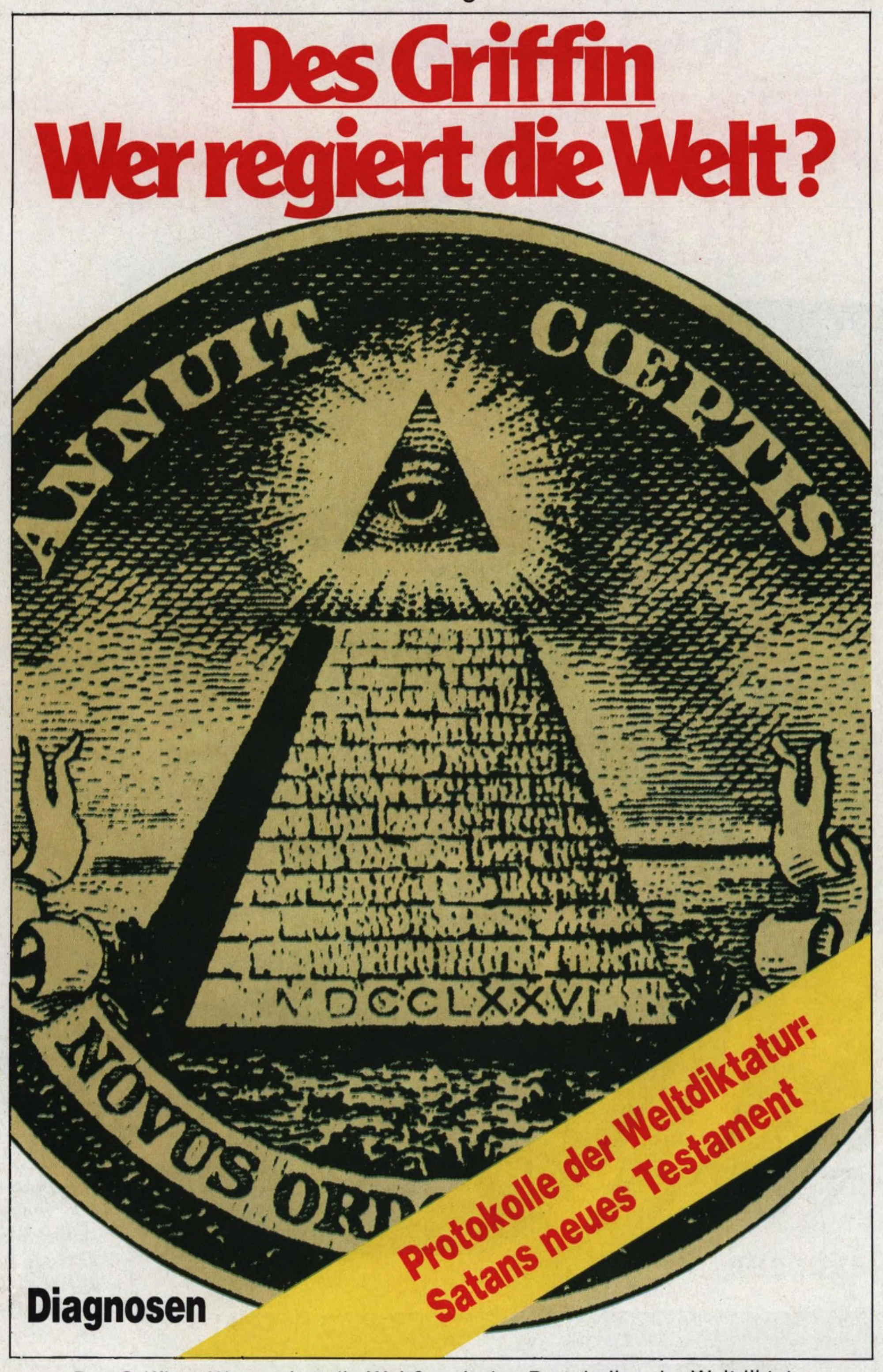
Geld ist erst recht der Todfeind der Ehre in dieser durch sittlichen Verfall gezeichneten Zeit.

Joachim Specht, Krefeld

Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen. Diese internationalistische Gruppe, die die »Neuerschaffung der Welt« will, versteckt sich hinter vielen Namen in verschiedenen Gremien. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen. Dieses Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.



Peter Blackwood: »Die Netzwerke der Insider«, ein Nachschlagewerk über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten. 408 Seiten mit vielen Abbildungen DM/sfr 30,– ISBN 3-923864-02-7 Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg. Zu beziehen über den Buchhandel.


Des Griffin
Wer regiert die Welt?
ANNUIT COEPTIS
MDCCLXXVI
NOVUS ORD
Protokolle der Weltdiktatur:
Satans neues Testament
Diagnosen